



DIE GESPENSTER DES VATIKAN

Wie Verbrecher und Heilige eine Weltmacht schufen

Joschka Fischer zur globalen Krise
»Können wir uns
selbst verteidigen? Nein.«

Die neue Supermacht
Chinas Griff nach der
deutschen Wirtschaft

Trumps Affären
Eine kurze Begegnung
mit Stormy Daniels



Junge Sterne glänzen dreifach: flexibel, verlässlich, überzeugend.

Profitieren Sie jetzt beim Kauf eines gebrauchten Dieselfahrzeugs¹.

Dank Fahrzeugrückgabeoption² den Jungen Stern nach Vertragsende einfach wieder zurückgeben.

3 Jahre Garantie³ zusätzlich beim Kauf eines Junge Sterne Dieselfahrzeugs.

1.500 € Umtauschprämie⁴ beim Tausch Ihres alten Diesels gegen ein neues Junge Sterne Fahrzeug.

Ihr Mercedes-Benz Partner berät Sie gern zu diesem exklusiven Angebotspaket.



¹Das Angebot gilt bis zum 30.06.2018 (Kauf- und Übernahmedatum in diesem Zeitraum). ²Diese Option beruht auf einer Zusatzvereinbarung zwischen Ihnen und Ihrem Händler. Gültig nur im Rahmen einer Plus3-Finanzierung mit der Mercedes-Benz Bank AG. 6 Monate vor Laufzeitende haben Sie die Wahl: 1. Fahrzeug behalten und die Schlussrate weiterfinanzieren. 2. Zum vertraglich garantierten Restwert zurückgeben. 3. Schlussrate begleichen, selbst verkaufen und auf ein neues Modell umsteigen. ³Angebot gilt nur für Fahrzeuge mit gültiger Junge Sterne Garantie, inklusive Garantieverlängerung für das 3. Jahr bei Kauf eines Junge Sterne Dieselfahrzeugs mit Euro-5-Norm und Euro-6-Norm. Gültig nur bei Abschluss eines Restwertprodukts der Mercedes-Benz Bank (Finanzierung oder Leasing). Gilt nicht bei Kauf eines Benziners oder Hybrids. ⁴Umtauschprämie in Höhe von 1.500 € für gebrauchte Junge Sterne von Mercedes-Benz (Benziner, Diesel- und Hybridfahrzeuge mit Euro-6-Norm). Gebrauchte Diesel mit Euro-4-Norm (Altfahrzeug mit mind. 6 Monaten Zulassung auf Käufer) müssen – unabhängig vom Hersteller – bei teilnehmenden Mercedes-Benz Vertriebspartnern in Zahlung gegeben werden und Sie erhalten eine Umtauschprämie zusätzlich zum Ankaufspreis. Besitzer gebrauchter Diesel mit Euro-1-Norm bis Euro-3-Norm (Altfahrzeug mit mind. 6 Monaten Zulassung auf Käufer) erhalten die Umtauschprämie bei nachgewiesener Verschrottung.

Hausmitteilung

Betr.: Titel, Missbrauch, Hochbegabte, SPIEGEL BIOGRAFIE



Mayr, Papst Franziskus

sogar Papst Franziskus und dessen Vorgänger Benedikt XVI. Doch es ging ja nicht um Gott oder Glauben, sondern um eine zutiefst menschliche Organisation. Am Ende konnten sich die Autoren auf ein Fazit des Erzbischofs Georg Gänswein einigen: »In der Geschichte des Vatikan gibt es Großartiges und Erbärmliches, Heiliges und Unheiliges – und das alles unter dem einen Dach.« **Seite 10**

Auch im Buddhismus geschieht Unheiliges: Der Abt Thich Thien Son versprach in hessischen Klöstern über Jahre Erleuchtung – und soll unter diesem Vorwand Klosterschüler sexuell belästigt haben. Ann-Katrin Müller und Anna Sawerthal redeten mit Betroffenen und mit Zeugen eines Gesprächs, bei dem der Abt Sexualkontakte eingeräumt haben soll. Alle Ermittlungen gegen ihn wurden allerdings eingestellt. Die Erinnerungen der Betroffenen seien nicht konkret genug und die Aussagen nicht konstant gewesen. Müller war verblüfft, dass die Betroffenen den Abt immer noch verteidigen: »Alle haben erst mal betont, was für ein talentierter Mann er sei und wie er ihnen geholfen habe; dabei hat er sie traumatisiert.« **Seite 48**

Journalisten sind es gewohnt, Fragen zu stellen. Aber die Kinder, mit denen Indien-Korrespondentin Laura Höflinger im Schulbus mitfuhr, drehten den Spieß schnell um. Ist Deutschland eine parlamentarische Demokratie? Müssen Juden dort noch immer Angst haben? Und ist Journalismus ein redlicher Beruf? Höflinger traf die 11- bis 14-Jährigen im indischen Gurugram. Dort sucht der Mensa-Verein, die Organisation für Hochbegabte, nach versteckten Genies: solchen, die in bitterer Armut aufwachsen, aber einen IQ von 130 und höher haben. Mensa schickt die Kinder auf eine Privatschule, wo sie gefördert werden. »Bildung verändert für diese Kinder alles«, sagt Höflinger, »nicht nur die Aussichten für das weitere Leben, sondern auch ihre Träume.« **Seite 112**



Höflinger, Hochbegabte



Er brachte es vom Hirtenjungen zum Friedensnobelpreisträger, war Freiheitskämpfer, Kommunist, politischer Gefangener, schließlich Präsident Südafrikas: Vor 100 Jahren wurde Nelson Mandela geboren. SPIEGEL BIOGRAFIE zeichnet ausführlich die Lebensgeschichte Mandelas nach, aber auch die Schrecken des südafrikanischen Apartheidregimes – und den Widerstand gegen Unterdrückung und Diskriminierung. Historische Dokumente verbinden sich mit SPIEGEL-Geschichten aus fünf Jahrzehnten sowie aktuellen Porträts und Reportagen zu einem umfassenden Kompendium. SPIEGEL BIOGRAFIE »Nelson Mandela« erscheint am Mittwoch.



VICTORINOX



**LEXICON HARDSIDE
GLOBAL CARRY-ON**

Köln | Zürich | Luzern

SHOP ONLINE AT VICTORINOX.COM



ESTABLISHED 1884

Inhalt

72. Jahrgang | Heft 21 | 19. Mai 2018

Titel

Vatikan Die Geschichte der Kirche ist voller Sünden und Verbrechen – kann Papst Franziskus zum Reformen werden? 10
Wim Wenders' Dokumentarfilm über Papst Franziskus ist PR vom Feinsten 19

Deutschland

Leitartikel Wie Kanzlerin Merkel bei ihrem Besuch in China auftreten sollte 6

Meinung Der gesunde Menschenverstand / So gesehen: Steinmeier royal ... 8

Armutsrisiko für Mieter steigt / Alliierte wussten vor BND vom Kampfstoff Nowitschok / Rückruf von 60 000 manipulierten Porsche 20

Außenpolitik Wie Donald Trump einen Keil zwischen Berlin und Paris treibt 24

Karrieren Mit dem Amerikaner Richard Grenell erlebt Berlin einen Botschafter ganz neuen Typs 28

Affären Ein Flüchtling erzählt, wie er dafür zahlte, in Bremen schnell als Asylbewerber anerkannt zu werden 30

Konservative Ausgerechnet ein CSU-Mann will neuer Kommissionspräsident in Brüssel werden 32

SPD Weil die Umfragewerte sinken, beginnt in der Partei eine Debatte über das Ende der Großen Koalition 34

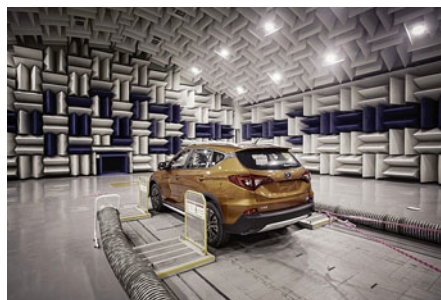
Nation Was ein Auftritt mit dem türkischen Präsidenten über die Fußballer Mesut Özil und İlkay Gündoğan sagt – und die Aufregung darum über alle anderen Deutschen 38



IBRAHEEM ABU MUSTAFA / REUTERS

Weltbrandstifter Trump

Der US-Präsident kündigt das Iran-Abkommen und verlegt die Botschaft nach Jerusalem. In Gaza werden 60 Demonstranten erschossen, an einem Tag. Und im Irak ist nach dem Wahlsieg eines schiitischen Geistlichen unklar, wie es weitergeht. »Draußen tobt ein Gewitter«, sagt Joschka Fischer im SPIEGEL-Gespräch. Handle Europa nicht, »spielen wir keine Rolle mehr«. **Seiten 24, 60, 84, 89**



QILAI SHEN / BLOOMBERG / GETTY IMAGES

In der Chinafalle

Intelligente Maschinen, saubere Autos: Die Volksrepublik wird zum globalen Hightechgiganten – und zum Konkurrenten für die deutsche Wirtschaft. Die Bundesregierung braucht eine Chinastrategie. **Seite 68**

Kommentar Das neue bayerische Polizeigesetz nutzt vor allem Islamisten und der AfD 41

Netzwerke Die Beziehung zwischen FDP-Chef Christian Lindner und einem Düsseldorfer Unternehmer 44

Bundestag Viele Abgeordnete haben hohe Nebeneinkünfte 46

Missbrauch Ein buddhistischer Abt soll Klosterschüler in Hessen sexuell belästigt haben 48

Gesellschaft

Früher war alles schlechter: Die Grundschulklassen werden kleiner / Gehören Panini-Sticker zu Deutschland? 52

Eine Meldung und ihre Geschichte Ein englischer Fußballverein steigt nach 145 Jahren zum ersten Mal ab 53

Verführung Der unheimliche Erfolg der Deutschrock-Band Frei.Wild 54

Zeremonien Wie eine israelische Sängerin für die Eröffnung der Botschaft der Vereinigten Staaten in Jerusalem instrumentalisiert wurde 60

Homestory Wenn politisch korrekte Erziehungsmethoden scheitern 63

Wirtschaft

Flüchtlingspolitik kostet den Bund bis zum Jahr 2022 70 Milliarden Euro / IWF vor Ausstieg aus der Griechenlandhilfe 66

Globalisierung Deutschland braucht eine neue Strategie für den Umgang mit China 68

Handelskrieg SPIEGEL-Gespräch mit EU-Kommissarin Cecilia Malmström über Trumps Drohungen 76

Analyse Die Aufregung um die neuen Datenschutzregeln ist entlarvend 79

Telekommunikation United-Internet-Chef Ralph Dommermuth kritisiert die Verzögerung bei der 5G-Auktion ... 80

Ausland

Über den Weg der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung in die Regierung / Schweden schützt sich gegen mögliche Wahlmanipulationen 82

Irak I Ein Entführer, ein Start-up-Förderer – zwei Versionen der Zukunft von Bagdad ... 84

Irak II Wer ist der Wahlsieger Muqtada al-Sadr? 86

Europa Ex-Bundesaußenminister Joschka Fischer im SPIEGEL-Gespräch über das drohende Ende des Westens 89

USA Eine Pornodarstellerin wird zur größten Gefahr für Präsident Trump 92

Sport

Was der Videobeweis bringt / Magische Momente: Ex-Nationaltorwart Uli Stein über seinen DFB-Pokalsieg mit Eintracht Frankfurt 95

Karrieren SPIEGEL-Gespräch mit Ex-Rennfahrer Nico Rosberg und Ex-Eishockeyspieler Christian Ehrhoff über den schwierigen Abschied vom Profisport 96

Bundesliga Ein Schiedsrichter wehrt sich gegen einen DFB-Gutachter 100

Wissenschaft

Onlinehandel mit Elfenbein / Gefährlicher Mückenspeichel / Analyse: Wie brandgefährlich sind Elektroautos? 104



ENRICO FABIAN / DER SPIEGEL

Genies aus den Slums

Intelligenzforscher fahnden in indischen Armutsvierteln nach hochbegabten Mädchen und Jungen. Dank spezieller Förderung sollen die Wunderkinder später Mediziner, Wissenschaftler oder Ingenieure werden. **Seite 112**

Flirt mit dem Bruch

Schon nach wenigen Wochen in der Regierung wächst in der SPD der Frust über die Große Koalition. Führende Genossen wollen die Gangart gegenüber der Union verschärfen – und drohen offen mit einem Aus von Schwarz-Rot. **Seite 34**



SVEN DÖRING / AGENTUR FOCUS / DER SPIEGEL

Der Soundtrack zur AfD

Die Südtiroler Rockgruppe Frei.Wild füllt die großen Hallen Deutschlands, ihre Platten führen die Charts an. Die Texte sind mindestens rechts-populistisch, manche behaupten: nationalistisch und rassistisch. Woher kommt der Erfolg? **Seite 54**

Luftfahrt Die Wahrheit über den Geisterflug – was an Bord von MH370 geschah 106

Psychologie Warum wir essen, was wir essen – die erstaunlichen Entdeckungen eines britischen Gastroforschers 110

Bildung Die Wunderkinder aus den indischen Slums 112

Kultur

Neuer »Star Wars«-Klon / Debatte um Beuys / Kolumne: Zur Zeit 116

Teilhabe Wie selbstgerecht ist das Weltbild der Linksliberalen? Ein SPIEGEL-Gespräch mit dem Philosophen Michael Sandel 118

Autoren Junot Díaz – Literaturstar im Zwielicht 122

Missbrauch Der Schriftsteller Christian Kracht offenbart ein frühes Trauma 124

Staatsministerinnen Kulturpolitikerin Michelle Müntefering über das Berliner Stadtschloss und die Rückgabe von Raubgut 125

Helden Eine Verneigung vor dem verstorbenen Schriftsteller Tom Wolfe 126

Rassismus Eine Dresdner Ausstellung untersucht die Geschichte einer Ideologie 128

Filmkritik Sandra Hüller im Supermarkt-Drama »In den Gängen« 130

Bestseller 121

Impressum, Leserservice ... 132

Nachrufe 133

Personalien 134

Briefe 136

Hohlspiegel / Rückspiegel .. 138

Verhandeln mit dem Leviathan

Leitartikel Auf ihrer elften Chinareise hat die Bundeskanzlerin eine historische Mission.

Im Frühjahr 1989, kurz bevor Angela Merkels politische Laufbahn begann, schlug Chinas Führung den Aufstand auf dem Platz des Himmlischen Friedens nieder. Von Ost-Berlin bis Ulan Bator stürzten die kommunistischen Regime, das »Ende der Geschichte«, der Triumph des demokratischen Rechtsstaats schien sich abzuzeichnen. Wer hätte damals auf die Zukunft des chinesischen Regimes gewettet?

Die Geschichte widersetzte sich. China hat sich zu einem der wirtschaftlich stärksten und zugleich repressivsten Staaten der Welt entwickelt. Jahrzehntlang war das Land ganz auf sich selbst und seinen Aufstieg konzentriert, nun aber drängt Peking »ins Zentrum des Weltgeschehens«, wie Staatschef Xi Jinping auf dem Parteitag im Oktober sagte. Kein westlicher Regierungschef hat diese Entwicklung so lange und so aufmerksam verfolgt wie die deutsche Kanzlerin, die selbst in einer Diktatur aufgewachsen ist. Kommende Woche bricht sie zu ihrer elften China-reise auf. Sie wird Peking und die südchinesische Hightech-Stadt Shenzhen besuchen, deren Unternehmen sich bereits mit dem Silicon Valley messen.

Im März wurde Xi Jinping zum Herrscher auf Lebenszeit ernannt. Wie soll die Kanzlerin diesem von Sendungsbewusstsein erfüllten Mann gegenüberstehen? Sein Land ist seit zwei Jahren Deutschlands größter Handelspartner, die Chinesen sind VIP-Kunden der deutschen Auto- und Maschinenbauer. Zugleich steuert Xi einen Leviathan, einen krakenhaften, alles durchdringenden Staatsapparat, dessen Tentakel sich bis in den Privatsektor erstrecken, der Milliarden in deutsche Unternehmen investiert.

In Deutschland dominieren drei Bilder des modernen China: Das eine ist der effiziente, tatkräftige Machtstaat, der Deutschlands Wirtschaftsführern imponiert. Die »neue Seidenstraße«, Pekings eurasisches Entwicklungsprogramm, sagte Siemens-Chef Joe Kaeser, werde die Welthandelsorganisation ablösen – »ob Ihnen das passt oder nicht«. Das zweite ist der technologische Aufsteiger, der die liberalen Regeln des Welthandels und die Größe seines eigenen Marktes nutzt, um das Know-how westlicher Unternehmen abzugreifen. Dem möchten Politiker in Berlin und Brüssel einen Riegel vorschieben. Das dritte ist die brutale Diktatur, die Minderheiten unterdrückt, die Presse zensiert und Bürgerrechtler einsperrt. Diesen Unrechtsstaat verachten viele Deutsche.

Keines dieser drei Bilder ist falsch, doch sie allein beschreiben die komplizierte Wirklichkeit nicht mehr. Pekings Wirtschafts- und Außenpolitik ist zu herrisch, als dass man sich ihr einfach fügen könnte. Chinas Ingenieure sind zu innovativ und seine Unternehmen zu erfolgreich, als dass ihnen allein mit Handelschranken beizukommen wäre. Und die chinesische Gesellschaft ist zu lebendig und dynamisch, als dass man sich von ihrem Regime abwenden sollte. China ist kein Alles-oder-nichts-Staat und seine Führung kein guter Adressat für die reine Lehre der parlamentarischen Demokratie und der Marktwirtschaft. In diesem einen Punkt hatten Chinarealis-

ten wie Henry Kissinger und Helmut Schmidt recht. Mit radikalen Ratschlägen ist Politikern im Umgang mit Peking nicht geholfen.

US-Präsident Donald Trump hat sich entschieden, China wirtschaftlich herauszufordern und gleichzeitig die Nähe seines autoritären Herrschers zu suchen. Er droht Peking mit einem Handelskrieg und schmeichelt Xi Jinping zugleich, indem er ihn »König von China« und sein Verhältnis zu ihm »wundervoll« nennt. Mit Menschenrechten, Meinungs- und Pressefreiheit behelligt Trump Xi nicht. Das ist für Angela Merkel keine Option, weder politisch noch persönlich. Aber sie hat andere Möglichkeiten, darunter die Anwendung eines Begriffs, auf den die Weltmacht China selbst gerade ihre neue Außenpolitik baut.

Die Kanzlerin sollte von Peking verlangen, was Peking auch

für sich beansprucht: Deutschlands »Kerninteressen« anzu-erkennen. Sie sollte für deutsche Unternehmen in China die gleichen Rechte fordern, die chinesische in Deutschland genießen; Peking muss zudem die Einheit Europas respektieren, sich also aus Sonderbündnissen zurückziehen, wie es sie mit osteuropäischen Staaten geschlossen hat; vor allem aber die individuellen Menschenrechte achten, als deren letzte westliche Anwältin Merkel nach Peking reist.

Gerade dazu besteht ein dringender Anlass, der direkt ins Jahr 1989 und auf Merkels Anfänge zurückweist: Die Dichterin Liu Xia, Witwe des Tiananmen-Aktivisten und Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo, steht seit Jahren unter Hausarrest, obwohl sie nie ein Gesetz gebrochen hat. Liu Xia ist schwer krank und möchte nach Berlin ausreisen. Diesen Wunsch können ihr nur Xi Jinping und Angela Merkel erfüllen. Bernhard Zand



HANS CHRISTIAN PLAMBECK / LAIF

Staatschef Xi, Kanzlerin Merkel

TISSOT CHRONO XL.
MIT 45 MM GEHÄUSE.



T + TISSOT

#ThisIsYourTime

TISSOTWATCHES.COM
TISSOT, INNOVATORS BY TRADITION

Markus Feldenkirchen **Der gesunde Menschenverstand**

Die Merkel-Scholz-Partei



Bevor sich die SPD ein drittes Mal in die Große Koalition mit Merkel drängen ließ, erklärte jeder Spitzengenosse, dass ein solches Bündnis der Demokratie schade. Die ersten zwei Bündnisse mit der Union hatten ja gezeigt, dass beide Parteien darin ihr Profil verlieren. Am Ende wusste kaum noch jemand, wofür sie stehen und was sie unterscheidet. Es gehe jetzt darum, österreichische Verhältnisse in Deutschland zu verhindern, sagte Olaf Scholz nach der Bundestagswahl – im Wissen, dass eine ewige Große Koalition die politischen Extreme stärkt. Man ging dann doch wieder eine ein. Nicht einfach so, nein, nein, diesmal, so hieß es, werde man alles anders machen: weniger kuscheln, mehr streiten. Und die Eigenständigkeit klar herausstellen. Also wirklich jetzt. Dann wurde Scholz Vizekanzler.

Nachdem Angela Merkel jahrelang an der Verschmelzung von CDU und SPD gearbeitet hatte, bekam sie mit Scholz nun einen emsigen Partner. Dank seiner konservativen Haushaltspolitik ist ihm die Wolfgang-Schäuble-Gedächtnismedaille schon jetzt nicht mehr zu nehmen. Für Scholz gibt es keine rechten und linken Politikentwürfe mehr, sondern nur solide und unsolide. »Ein deutscher Finanzminister bleibt ein deutscher Finanzminister«,

sagt Scholz und klingt fast wie Kaiser Wilhelm II.: »Ich kenne keine Parteien mehr!« Scholz' Regierungsmannschaft folgt derweil brav der Devise: Lieber Ruhe als Ärger. Egal ob bei der Zukunft der EU, der Reform von Hartz IV, dem Streit um die Abtreibung oder dem Familiennachzug von Flüchtlingen. Die Einzigen, denen Wiedererkennungbarkeit noch ein Anliegen ist, sind die Herren von der CSU und die Linken in der SPD.

Das Duo Merkel/Scholz pflegt – anders als zur Zeit des Vizekanzlers Sigmar Gabriel – sogar denselben Politikstil: Ihren Überschuss an Vorsicht kompensieren beide mit dem Verzicht auf Leidenschaft, sie wirken distanziert und erklären sich eher ungern. Sie verbindet eine chronisch unterzuckerte Art des Politikmachens. Beide agieren, als wären die Debatten des vergangenen Jahres einfach an ihnen vorbeigelaufen. Während die Kanzlerin nicht mal ansatzweise erkennen lässt, dass ihr die Kritik an ihrem positionsarmen, bestenfalls reaktiven Regierungsstil zu denken gibt, fungiert Scholz eher als Merkels Buchhalter denn als Gegenentwurf zu ihr. Verglichen mit Kanzlerin und Vizekanzler dürfte es den Kessler-Zwillingen jedenfalls leichtgefallen sein, ihre Unterschiede zu erklären.

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein, Jan Fleischhauer und Markus Feldenkirchen im Wechsel.

Kittihawk



So gesehen

Hallo, Herr Kaiser!

Royal Wedding? Nie bei uns. Wir haben Steinmeier.

● Armes Deutschland! Wenn am Samstagabend der letzte Adelsexperte seine Analyse des Hochzeitskleides von Meghan Markle abgeschlossen hat, wenn der Gesichtsausdruck der Queen im Moment der Vermählung ihres Enkels Harry vom letzten Sachverständigen final ausgedeutet ist, wenn schließlich das letzte Stück nach Originalrezept gebackener Royal-Wedding-Torte vor dem Fernsehgerät verspeist wurde, dann wird es Zeit für den deutschen Hobbymonarchisten, den hierzulande vergleichsweise matten Glanz an der Staatsspitze zu betrauern.



Hätte doch nur der deutsche Kaiser Wilhelm II. nicht 1918 abdanken müssen! Dann wäre heute wohl Georg Friedrich Prinz von Preußen unser Staatsoberhaupt, ein properer Betriebswirt und Major der Reserve aus Potsdam. Das ewige Konzeptgeschacher um die Verwendung des Berliner Stadtschlösses bliebe uns erspart: Hier wohnt der Kaiser, keine Diskussion. Donald Trump würde gern zu Besuch kommen, er könnte mit einer goldenen Kutsche durch die Gegend fahren, wäre schwer beeindruckt und danach gewiss zu weitreichenden Zugeständnissen aller Art bereit. Aber nichts da, wir haben eine Republik und Frank-Walter Steinmeier als Staatsoberhaupt. Von einer baldigen Großhochzeit seiner Tochter Merit ist nichts bekannt, keine Liaison mit einem TV-Star, nicht einmal kleinere Skandale sind überliefert. Aufregendste Anekdote: Man baute einmal gemeinsam bis zwei Uhr früh Ikea-Regale auf. So gesehen: glückliches Deutschland.

Stefan Kuzmany

Der neue Ford Mustang

*Denken Sie
einmal nicht
an Ihre Kinder.*



Einfach mal machen.

Der neue Ford Mustang ist authentisch und souverän. Mit anderen Worten: Gönnen Sie sich markantes Design und 331 kW (450 PS) Leistung mit cleveren Extras, wie dem adaptiven MagneRide™-Fahrwerk, dem neuen 10-Gang-Automatikgetriebe und zahlreichen Sicherheits- und Assistenzsystemen.

Abbildung zeigt Wunschausstattung gegen Mehrpreis.

Kraftstoffverbrauch (in l/100 km nach § 2 Nrn. 5, 6, 6a Pkw-EnVKV in der jeweils geltenden Fassung): 19,0–16,6 (innerorts), 8,8–8,2 (außerorts), 12,4–12,1 (kombiniert). CO₂-Emissionen: 277–270 g/km (kombiniert).



Eine Idee weiter



Titel

Im Namen Gottes

Vatikan Nach dem Pfingstwunder zogen die Apostel in alle Welt – die Kirche entstand.

In Jahrhunderten voller Sünden und Verbrechen wurde sie zur Weltmacht.

Jetzt versucht Papst Franziskus, die Gespenster der Vergangenheit zu vertreiben.



Petersdom

DPA

Die Quelle der Macht, der Mittelpunkt eines Weltreiches, in dem die Sonne nie untergeht – ist nur eine kleine Nische in einer Wand unter der Erde. Direkt daneben wurden einst ein paar Knochen und Goldfäden gefunden. Und deren Geschichte ist ebenso geheimnisvoll, so grausam und umstritten wie vieles, was die Herrscher dieses Reiches in den vergangenen fast 1700 Jahren taten.

Die Geschichte geht so: Nach der Auferstehung Jesu soll Petrus und den anderen Jüngern der Heilige Geist erschienen sein, und plötzlich konnten sie in vielen Sprachen reden. Das ist das Pfingstwunder – und die Jünger verstanden es offenbar als Auftrag, sich zu organisieren, in die Welt hinauszuziehen und den Menschen ihren Glauben zu predigen. Deshalb gilt Pfingsten, 50 Tage nach Ostern, den Christen als der Moment, in dem die Gruppe der Apostel zum Kern einer Kirche wurde.

Den Oberapostel Petrus soll es auf seinen Wanderungen nach Rom verschlagen haben. Dort hatten die Kaiser Caligula und Nero im Feuchtgebiet Ager Vaticanus eine Kampfarena gebaut. Und im Jahr 64 wurden in diesem Zirkus Anhänger der neuen Christensekte massakriert. Einer davon soll Petrus gewesen sein.

Neros Schergen warfen die Leichen von Hingerichteten meist in den Tiber. Doch den toten Petrus sollen ein paar Freunde im Schutz der Nacht in ein Tuch gewickelt und in die Via Cornelia am Vatikanhügel geschleppt haben. Kleine Mausoleen säumten die Straße, und nahebei sollen die Männer den Apostel beerdigt haben. Viele Jahrhunderte später, um 1939, wollte Papst Pius XII. die Grotten unter dem Petersdom renovieren lassen. Dabei stießen Archäologen auf die Reste der alten Petersbasilika, die Kaiser Konstantin ungefähr ab dem Jahr 326 hatte bauen lassen.

Sie erkannten, dass die Arbeiter des Kaisers mit gewaltigem Aufwand manche Mausoleen abräumt und andere Stellen mit Schutt aufgefüllt hatten, um eine ebene Fläche für die Basilika zu schaffen. Dabei gab es einen besseren Bauplatz nur wenige Schritte weiter. Aber unter dem Altar der alten Basilika und des Petersdoms stießen die Archäologen auf ein paar Knochen. Sie stammten von zwei Männern und einer Frau. Und von einem Hahn, einem Schwein und einem Pferd.

Noch einmal Jahrzehnte später fand eine Wissenschaftlerin eine Kiste mit Knochen, die ein Vorarbeiter damals in einer von zwei Nischen entdeckt und beiseitegeräumt hatte. Es waren die Knochen einer Maus – und die eines Mannes, der zwischen 60 und 70 Jahren alt gewesen sein dürfte und im ersten Jahrhundert gestorben war. Dabei lagen Reste eines Purpur-

tuchs, von Goldfäden durchzogen. Im Juni 1968 verkündete Papst Paul VI., diese Knochen seien die von Petrus.

Zwar bezweifeln manche Historiker, dass der überhaupt in Rom war. Doch die mutmaßlichen Petrus-Knochen sind wichtig für den Vatikan. Sie sollen die Macht der Päpste stützen, denn schon immer hatten die Bischöfe von Rom den Anspruch, sie allein seien die Nachfolger Petri und somit die Oberhirten einer Glaubensgemeinschaft von rund 1,3 Milliarden Menschen.

Dass alle Fäden der Macht in Rom zusammenlaufen, ist einer der Geburtsfehler des Vatikan. Er erklärt den Aufstieg des Christentums zur Weltreligion – aber auch die vielen Verbrechen der Geschichte. Denn es entstand eine geistliche Diktatur: schlagkräftig, skrupellos, erfolgreich, ein Herrschaftsapparat, der seit Jahrhunderten funktioniert. Der begründet wurde in der Zeit der Kaiser und Könige, der Tyrannen und Eroberer. Und der auch heute noch immer nach uralten Regeln funktioniert.

Dieser Apparat hat wenig gemein mit dem Kern der christlichen Lehre. Eher ist er eine furchtbar menschliche Organisation, Zentrale einer schwer zu fassenden Weltmacht, verschlossen und geheimnisvoll. Der Vatikan hat Sünden und Verbrechen begangen, er hat Hunderttausenden Menschen den Tod gebracht. Er hat andere Kirchen vernichtet, Kriege angezettelt, Völker mit unterworfen.

Und in den vergangenen Jahren flogen gleich mehrere Skandale auf. Es geht um Korruption und schwarze Kassen, die Vatikanbank hat mit der Mafia kooperiert, geheimnisvolle Morde konnten nie aufgeklärt werden. Kinder und Jugendliche wurden missbraucht, der Apparat der Kirche versagte bei der Aufklärung. Und die Frage ist, ob dieses System überlebensfähig ist. Oder ob es sich reformieren muss – und wenn ja, ob es das überhaupt kann.

Als die Alliierten im Herbst 1944 Rom eingenommen hatten, betrat der britische Hochkommissar Harold Macmillan den Vatikan. Er beschrieb »ein Gefühl der Zeitlosigkeit – Zeit bedeutet hier nichts, Jahrhunderte kommen und gehen, doch hier lebt man in einer vierten Dimension. Und im Zentrum von alldem, hinter dem Pomp der Jahrhunderte – sitzt der kleine heiligmäßige Mann, eine bemitleidenswerte und zugleich beeindruckende Gestalt«.

Und weil die Zeit im Vatikan scheinbar nicht vergeht, sind auch die Gespenster

der Vergangenheit noch da. Es sind die Gespenster von Tätern wie Hitler und Mussolini, die der Vatikan stützte – und von Opfern wie all den Sklaven, deren Leiden die Päpste guthießen.

Der jetzige Papst Franziskus ist angetreten, die Gespenster der Vergangenheit zu vertreiben, indem er die Kirche in die Moderne führt. Er will sie dezentralisieren, die Macht des Apparats beschränken, die Rolle der Frauen aufwerten. Die Kirche müsse für die Umwelt kämpfen und für die Armen. Der Kapitalismus sei »in der Wurzel ungerecht«.



Papst Franziskus im Vatikan 2015: »Satan ist eine Person«

Das Ringen um die Zukunft wird dadurch symbolisiert, dass nun zum ersten Mal in der Geschichte zwei Päpste im Vatikan leben, die unterschiedlicher kaum sein könnten: der Deutsche und der Argentinier, Benedikt XVI. und sein Nachfolger Franziskus. Der eine in Fragen der Doktrin erzkonservativ, der andere eher reformfreudig.

Der 264. Nachfolger des Apostels Petrus, bürgerlich Joseph Ratzinger, ist mittlerweile 91. Auf dem Weg zur Morgendandacht hat er Mühe, mit seinem Rollator über die einen Zentimeter hohe Schwelle der Hauskapelle zu kommen. Aber noch trägt der zurückgetretene Pontifex das päpstliche Wappen auf dem Messgewand,

der Händedruck ist allerdings schwächer geworden. Der einst kräftige Mann wirkt nun federleicht, durchsichtig beinahe.

Ganz anders Franziskus, 81, inzwischen fünf Jahre im Amt. Wenn er einem die Hand schüttelt, denkt man, die Finger wären in einen Schraubstock geraten. Seine Augen fixieren das Gegenüber mit fröhlicher Neugier. Der Mann denkt und spricht direkt, bildhaft. Und besonders gern vom Teufel. Für den Argentinier steckt der Teufel hinter allem Bösen, er treibe Kinderschänder oder Mörder an – und auch jene im Vatikan, die Reformen verhindern wollen.

Satan sei »keine diffuse Sache, sondern eine Person«, sagt Franziskus: »Mit uns Priestern, Bischöfen ist er wohlgezogen. Dann aber geht es übel aus, wenn du es nicht rechtzeitig merkst.«

Um zu verstehen, welche Macht der Teufel im Vatikan hat, muss man in die Anfangsjahre des Christentums zurückkehren.

Tausend Jahre Finsternis

In den ersten rund 300 Jahren ihrer Geschichte waren die Christen die Verfolgten: Sie lebten ihren Glauben im Verborgenen; viele starben wie Petrus, sie wurden verbrannt, gekreuzigt, in der Arena von Raubtieren zerrissen. Allein 32 Päpste endeten als Märtyrer. Doch kurz nachdem Roms Kaiser Konstantin den Christen Glaubensfreiheit eingeräumt hatte, änderte sich das Bild radikal. Der Christusglaube wurde schnell die einflussreichste Religion im Römischen Reich. Und schon um das Jahr 500 behauptete Papst Gelasius I., die geistliche Macht sei der weltlichen übergeordnet.

Aus den Gejagten wurden zugleich Jäger, aus Opfern Täter. Jesus hatte Sanftmut gepredigt,

aber unter den Augen der ersten Päpste entwickelten sich seine Anhänger zu Terroristen.

Die britische Altertumswissenschaftlerin Catherine Nixey hat Mitte September unter dem Titel »Das Zeitalter der aufziehenden Dunkelheit« eine Untersuchung über den Machtrausch der ersten Gotteskrieger vorgelegt. Die Autorin räumt mit der Vorstellung auf, die frühen Christen hätten die Menschen nur mit der Kraft ihrer Worte auf ihre Seite gezogen. Sie seien vielmehr Barbaren gewesen und hätten Hochkulturen zerstört. Wenn Christen kamen, mussten Priester anderer Religionen »schweigen oder sterben«, zitiert Nixey ein historisches Dokument.

Sie beschreibt, wie christliche Horden über die Stadt Palmyra im heutigen Syrien herfielen. Die »bärtigen, schwarz gekleideten Eiferer« kamen mit »Stöcken und Steinen und eisernen Stäben«, so ein historisches Zeugnis. Sie zerstörten Statuen von Gottheiten, die ihnen nicht passten – ähnlich wie Jahrhunderte später die Krieger des »Islamischen Staats«, ebenfalls in Palmyra.

In Alexandria zerstückelte ein christlicher Mob die Mathematikerin und Astronomin Hypatia, die mit mathematischen Formeln und astronomischen Instrumenten hantiert hatte – die frühen Christen sahen darin Werkzeuge des Satans.

Die Fanatiker des neuen Glaubens attackierten die vielschichtige Welt der Antike und nisteten sich in deren Tempeln ein. Und sie brachten die Finsternis des Mittelalters über Europa. Gelehrsamkeit wurde bald fast nur noch hinter Klostermauern geduldet – soweit die Kirche das zuließ. Damals, so Nixey, »wurden die geistigen Grundlagen für tausend Jahre Unterdrückung durch eine religiöse Macht gelegt«.

Die letzte Festung

Es kann nur einen geben. Dieser Grundgedanke kann monotheistische Religionen intolerant und gefährlich werden lassen. Wo es nur einen Gott geben darf, sind Andersgläubige fast zwangsläufig Ungläubige. So schafft der Glaube immer den Gegensatz: die und wir. Und aus dem Gegensatz wird oft Hass: die oder wir.

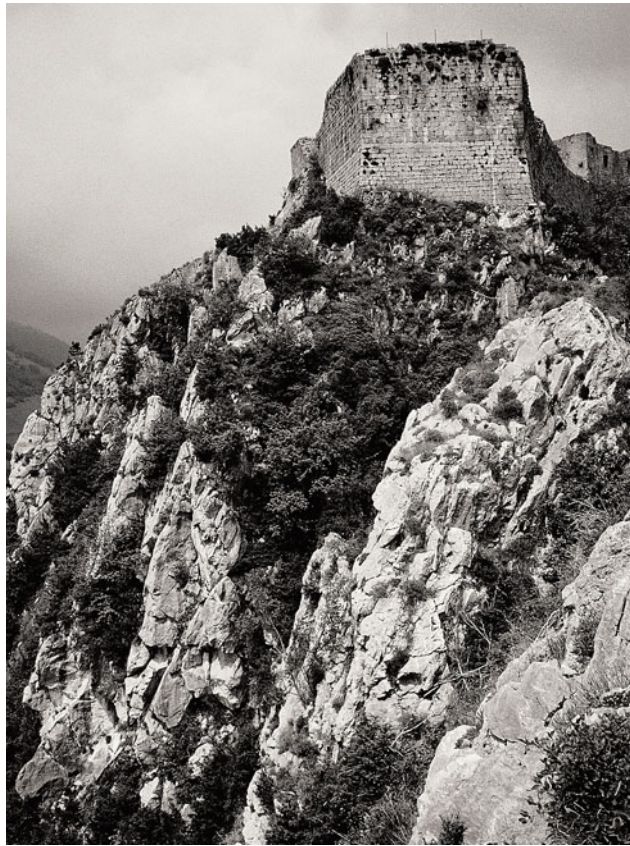
Dieser Hass lässt sich ausnutzen: Im 11. Jahrhundert war der Vatikan in Not, seine geistliche Autorität schwand nach Jahren von Nepotismus, Gier und Unzucht.

Papst Urban II. kam auf eine grausam-geniale Idee, auch um von alldem unchristlichen Treiben abzulenken. Nachdem Glaubensbrüder aus Byzanz um Hilfe gebeten hatten, rief er am 27. November 1095 die Ritter der Christenheit zum ersten Kreuzzug auf: Sie sollten Jerusalem von den Muslimen befreien. Ein Angriffskrieg, doch das störte den Herrn im Vatikan nicht: »Mögen jene, die gegen Brüder und Verwandte kämpften, nunmehr mit gutem Recht gegen Barbaren streiten.« Es wurde der erste »heilige Krieg«, und er sollte die weltliche Macht der Päpste zementieren.

Im folgenden Jahr setzten sich wohl 50 000 Männer in Marsch; schon auf dem langen Weg plünderten und mordeten sie. Im Juli 1099 eroberten sie Jerusalem und

richteten ein furchtbares Blutbad an, aus der Stadt dreier Religionen wurde ein christliches Königreich.

Doch der übelste Kreuzzug dieser Zeit richtete sich nicht gegen Muslime, sondern gegen andere Christen. In Südfrankreich hatten sich die Katharer (»die Reinen«) ausgebreitet. Ihre Priester und Priesterinnen verabscheuten den Reichtum der katholischen Kirche, die Präserei, den Prunk. Sie lebten wie Jesus: Arm, ohne jeden Besitz zogen sie übers Land. Sie bauten auch keine Kirchen, sie predigten im Freien oder in Privathäusern.



Katharer-Zuflucht Montségur: »Tötet sie alle«

Ihre Religion unterschied sich in einem Punkt besonders von den Dogmen der katholischen Kirche: Sie glaubten an Gott im Himmel – aber die Erde mit all ihren Übeln, Sünden, mit Not und Kriegen, Gier und Krankheiten habe nicht Gott erschaffen, sondern Satan. Das Problem dabei: Damit galt den Katharern auch der Vatikan als eine Kreation Satans.

1207 forderte Papst Innozenz III. den französischen König auf, die Katharer niederzumachen, damit »die Anhänger der verruchten Häresie unter dem Zwang der königlichen Gewalt und unter den Leiden des Krieges ihren wahren Glauben wiederfinden«. Wenig später, nach dem Mord an einem päpstlichen Abgesandten,

rief Innozenz zum Kreuzzug auf und versprach den Rittern Seelenheil und die Ländereien jener, die nichts gegen die Katharer unternahmen. Unter Führung des nordfranzösischen Adligen Simon de Montfort setzte sich daraufhin ein Heer beutegieriger Ritter in Bewegung. Eines ihrer ersten Ziele war die Stadt Béziers.

Aber die Katharer waren tolerant, deshalb lebten sie in Béziers friedlich mit Katholiken und Juden zusammen. Der Legende nach wurde ein Vertreter des Papstes vor dem Sturm auf die Stadt deshalb gefragt, wie denn Ketzler von treuen Katholiken zu unterscheiden seien. Er soll geantwortet haben: »Tötet sie alle. Gott wird die Seinen erkennen.«

Und so geschah es. Das päpstliche Heer schlachtete Männer, Frauen und Kinder ab. Ein Chronist berichtete, allein in einer Kirche seien 7000 Menschen massakriert worden. Die Zahl war sicher zu hoch gegriffen, aber nach heutigen Schätzungen ermordeten die Vatikankrieger in Béziers insgesamt etwa 20 000 Katharer, Katholiken und Juden in wenigen Stunden.

Béziers war nur der Anfang. Simon de Montfort erwies sich als effizienter Anführer, erst ein Jahrzehnt später tötete ihn ein Stein aus einem Katapult. »So also starb der, der den Schrecken des Krieges vom Mittelmeer bis an die Nordsee gesät hat, durch einen einzigen Stein«, schrieb der Chronist Wilhelm von Puy-laurens, selbst Katholik.

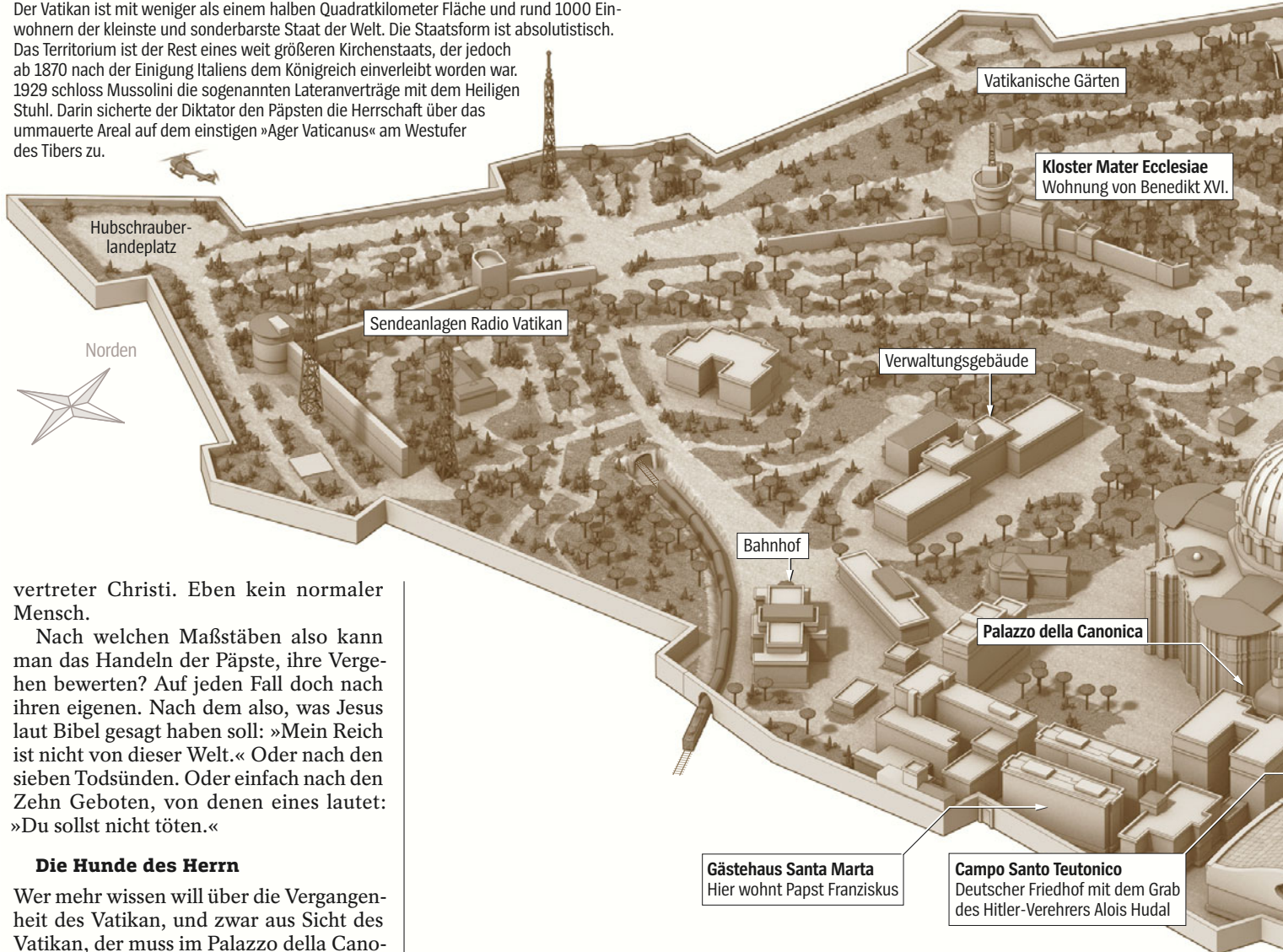
Der Vatikan ließ sich vom Tod seines Handlangers, der so viele Christen auf dem Gewissen hatte, nicht beirren. Die Häresie sollte um jeden Preis ausgerottet werden. Es wurde ein langer Krieg. Am Ende hatte sich der Kern der Katharer in die letzte Festung zurückgezogen, die nahezu uneinnehmbare Burg

Montségur, hoch oben auf einem Berg am Rand der Pyrenäen. Den ganzen Sommer über im Jahr 1243 belagerten die Kreuzritter Montségur. Erst am 16. März 1244 gaben die letzten Katharer auf. Aber sie weigerten sich, ihrem Glauben abzuschwören. Die rund 200 Prediger und Predigerinnen stiegen lieber auf einen Scheiterhaufen am Fuße des Berges.

Verteidiger der Kirche argumentieren, Päpste, Kardinäle und ihre Untertanen seien immer nur Menschen ihrer Zeit gewesen. Wer sie nach moralischen Maßstäben der Neuzeit verurteile, denke ahistorisch. Das stimmt vielleicht, allerdings baut der Vatikan seine Macht auf dem Anspruch auf, der Papst sei der Stell-

Weltmacht Vatikan Ansicht der Città del Vaticano

Der Vatikan ist mit weniger als einem halben Quadratkilometer Fläche und rund 1000 Einwohnern der kleinste und sonderbarste Staat der Welt. Die Staatsform ist absolutistisch. Das Territorium ist der Rest eines weit größeren Kirchenstaats, der jedoch ab 1870 nach der Einigung Italiens dem Königreich einverleibt worden war. 1929 schloss Mussolini die sogenannten Lateranverträge mit dem Heiligen Stuhl. Darin sicherte der Diktator den Päpsten die Herrschaft über das ummauerte Areal auf dem einstigen »Ager Vaticanus« am Westufer des Tibers zu.



vertreter Christi. Eben kein normaler Mensch.

Nach welchen Maßstäben also kann man das Handeln der Päpste, ihre Vergehen bewerten? Auf jeden Fall doch nach ihren eigenen. Nach dem also, was Jesus laut Bibel gesagt haben soll: »Mein Reich ist nicht von dieser Welt.« Oder nach den sieben Todsünden. Oder einfach nach den Zehn Geboten, von denen eines lautet: »Du sollst nicht töten.«

Die Hunde des Herrn

Wer mehr wissen will über die Vergangenheit des Vatikan, und zwar aus Sicht des Vatikan, der muss im Palazzo della Canonica über der Sakristei des Petersdoms hinauf in den vierten Stock fahren und bei Kardinal Walter Brandmüller klingeln. Der Historiker und Theologe aus Ansbach, mittlerweile 89, war mehr als ein Jahrzehnt lang Vorsitzender des Päpstlichen Komitees für Geschichtswissenschaft. Er lebt in einer großzügigen Gelehrtenwohnung mit Blick über Rom.

Brandmüller lässt keinen Zweifel daran, dass Kritik an den Taten der Päpste auf Jahrtausende gesehen bedeutungslos sei. Er hat ein Schreiben konservativer Kirchenmänner an Franziskus mitunterzeichnet, in dem sie sich gegen die teilweise Zulassung wiederverheirateter Geschiedener zur Kommunion wenden, also gegen eine Franziskus-Reform. Brandmüller wird nicht müde, davor zu warnen, dass ein Abrücken von der reinen Lehre zur Spaltung der Kirche führen könne.

Trotzdem wirkt er entspannt. Die Rolle des Papstes dürfe nicht überschätzt werden, sagt der Kardinal: »Päpste kommen, Päpste gehen, es bleibt die Kirche. Die Kir-

che ist nicht der Papst.« Selbst beim Blick auf die historisch finstersten Zeiten des Vatikan dürften die Gläubigen nicht an der Doktrin zweifeln. Was zähle, sei der Inhalt, nicht das Gefäß: »Auch in einem ungespülten Glas kann guter Wein sein.«

Und natürlich gab es immer wieder Katholiken, die Gutes taten, Bürger oder Heilige, ohne die der Kirche die moralische Kraft gefehlt hätte, so groß zu werden – Männer wie Franz von Assisi oder Maximilian Kolbe, der sich im KZ opferte. Und auch manche Sünden der Kirche wiegen nicht so schwer, wie es auf den ersten Blick scheint.

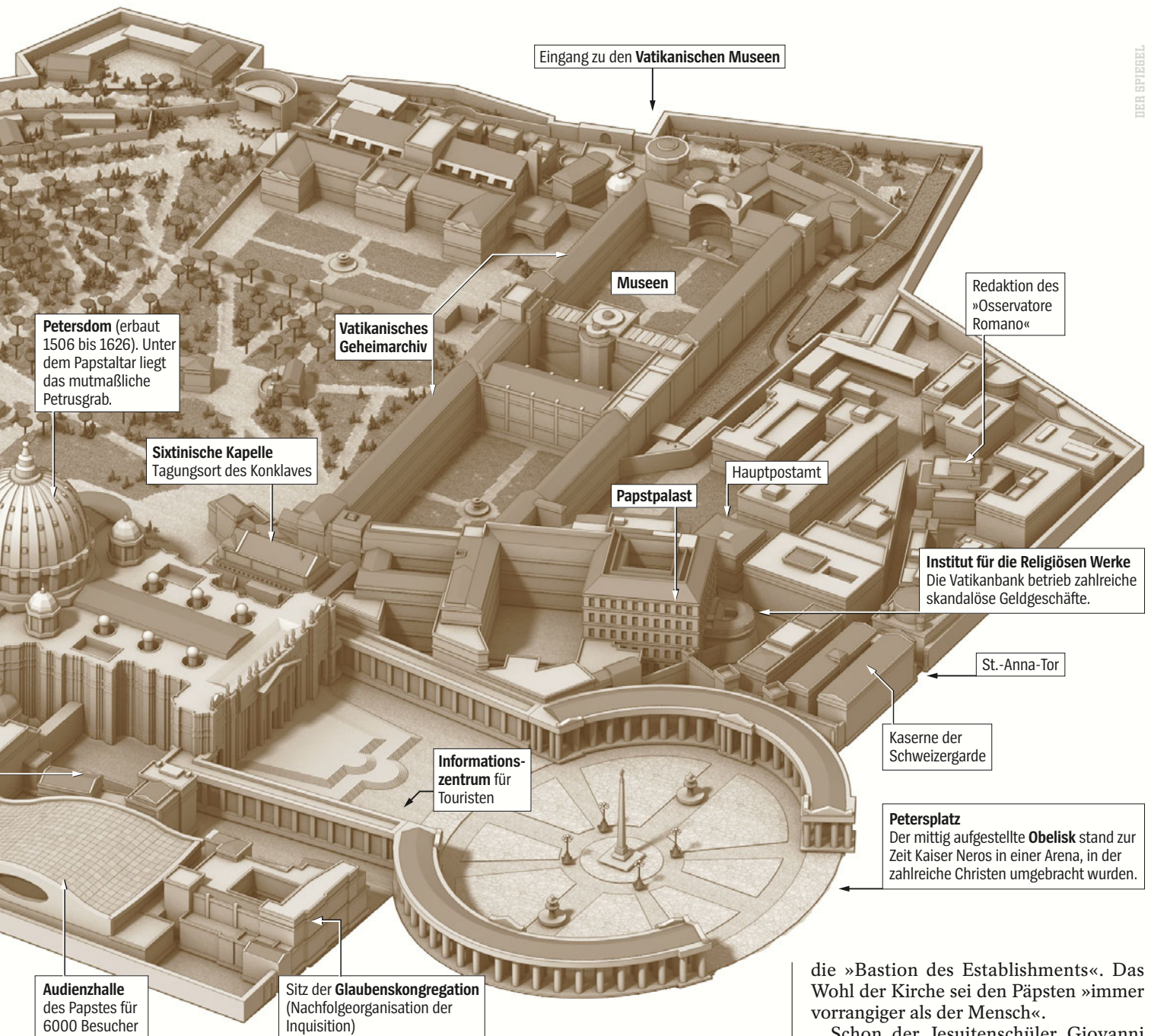
Brandmüller ist Experte für Konziliengeschichte, hat aber in »Der Fall Galilei und andere Irrtümer« auch das komplizierte Verhältnis zwischen Macht, Glaube und Wissenschaft seziert. Den Umgang mit Galileo Galilei zum Beispiel für die Borniertheit der Kirche zu erheben, das hält einer wie er für verfehlt.

Galilei, einer der angesehensten Wissenschaftler Europas, hatte ab 1609 mit

einem Teleskop die Gestirne studiert. Dabei sah er, dass der Jupiter Monde hat, die sich um den Planeten drehen. Seine Erkenntnisse stützen die These, dass sich das Universum nicht um ein Zentrum dreht. Das war Häresie.

Einige Jahre zuvor hatte die Inquisition noch den Astronomen Giordano Bruno auf den Scheiterhaufen geschickt, weil er behauptet hatte, das Weltall müsse unendlich sein. Galilei wurde vor ein Tribunal der Inquisition gestellt, er musste abschwören und bekam lebenslangen Hausarrest, aber immerhin ermordete der Vatikan ihn nicht.

Die Inquisition, gegründet im Jahr 1231 von Papst Gregor IX., war gewissermaßen die Folterkammer der Päpste. 700 Jahre lang verfolgten die Schergen der Kirche Abweichler von der katholischen Lehre in ganz Europa. Grauenhaft effizient arbeiteten vor allem die Dominikanermönche, vom Volk als »Domini Canes« gefürchtet, als »Hunde des Herrn«. Tausende von Menschen wurden auf Streckbänken



zerrissen, verbrannt oder mit glühenden Zangen gequält und hatten alles Mögliche gestanden.

Nicht alle Schuld an diesem Grauen liegt beim Vatikan, auch Könige und Fürsten missbrauchten die Inquisition zur Einschüchterung. Aber ohne den Segen aus Rom hätten die Folterknechte wohl nicht so viele Menschen umbringen können.

Heilige Rassisten

Neben Diktatur und Intoleranz gibt es einen dritten Grund für den historischen Erfolg, aber auch für die Verbrechen des Vatikan: die unheilvolle Vermischung von weltlicher Macht und Religion, Herrschaftsprinzip der Päpste von Anfang an.

Dagegen haben sich immer wieder Christen auch innerhalb der katholischen Kirche gestellt. Die meisten wurden verfolgt und vernichtet. Der bekannteste ist der Mönch Martin Luther, sein Hass auf Macht und Glorie des Vatikan (»Die teuflische Päpstei ist das letzte Unglück auf Erden«) führte zur Spaltung der Kirche. Seitdem die heilige Inquisition niemanden mehr zu Tode foltern darf, werden Kritiker stattdessen kaltgestellt und ausgestoßen.

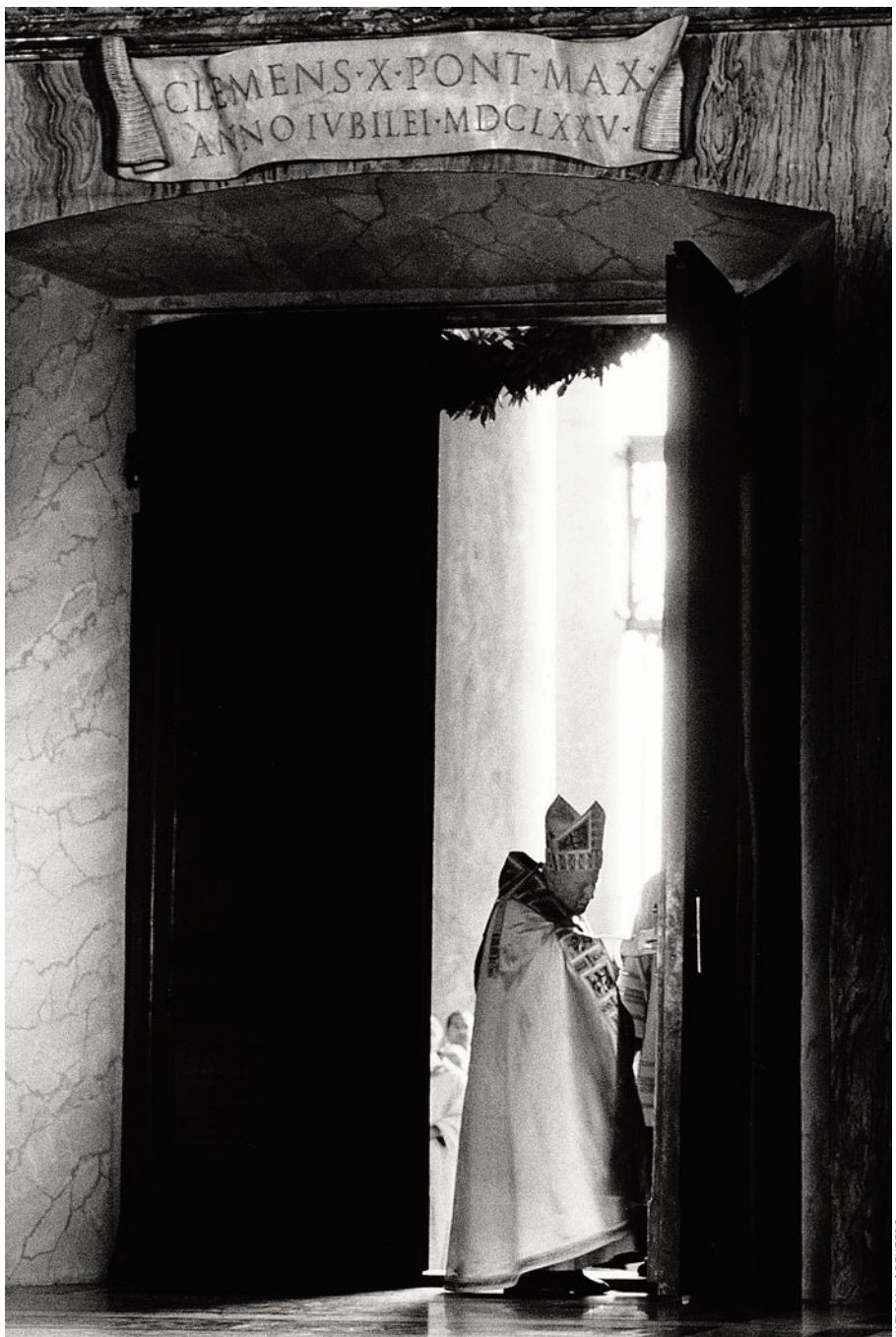
Dabei haben es nur wenige Katholiken gewagt, den Vatikan so hart anzugreifen wie der Wiener Theologieprofessor Hubertus Mynarek. 1972 schrieb er in einem offenen Brief an Papst Paul VI. von der »Sünde der Machtlust«. Der Vatikan sei der »Hort und Garant des Bestehenden«,

die »Bastion des Establishments«. Das Wohl der Kirche sei den Päpsten »immer vorrangiger als der Mensch«.

Schon der Jesuitenschüler Giovanni Botero (1544 bis 1617) hatte geschrieben: »Unter allen Gesetzen gibt es nicht ein einziges, das den Fürsten gewogener ist als das christliche, denn es unterwirft ihnen nicht nur die Körper und Vermögen der Untertanen, sondern auch die Seelen.«

Viele Päpste sahen sich sogar als den weltlichen Herrschern übergeordnete Instanz. Nachdem Christoph Kolumbus für die spanische Krone Amerika entdeckt hatte und auch portugiesische Kapitäne immer weiter in unbekannte Gegenden vorstießen, stritten sich die beiden Seefahrernationen um die Aufteilung der Welt.

Zu der Zeit herrschte im Vatikan Rodrigo Borgia unter dem Namen Alexander VI. Seinen Zeitgenossen galt er als Monster. Giftmorde, Erpressung, Vatikanorgien mit 50 Huren auf einmal, Inzest – unter ihm soll es alles gegeben haben. Sein



Papst Johannes Paul II. 2001: Absolutistische Monarchie

natürlich illegitimer Sohn Cesare wurde mit 17 zum Kardinal ernannt.

Von Macht verstand Alexander viel. Und er sah in den Eroberungen der Seefahrer die Chance, sein Reich noch zu vergrößern. Also entwarf der Papst im Streit der Könige einen Kompromiss: Im Vertrag von Tordesillas 1494 wurde eine vertikale Linie gezogen durch das, was damals von der Erde bekannt war. Alle neuen Länder westlich davon sollten künftig Spanien gehören, alle Länder im Osten Portugal.

Die Konquistadoren unterwarfen ein Volk nach dem anderen und zwangen die Eingeborenen, in Plantagen und Silberminen zu schuften bis zum Tod. Millionen

Indios starben allein in Lateinamerika an Krankheiten und durch Zwangsarbeit. Manche Kirchenmänner hielten selbst Sklaven, hatte doch schon Thomas von Aquin (auch er trotzdem ein sogenannter Heiliger) die Sklaverei gerechtfertigt. Und mehrere Päpste bestätigten dieses Recht.

Es gab aber ein praktisches Problem: Die Indios im neu entdeckten Amerika hielten die Strapazen unter europäischer Knute nicht durch, sie starben viel zu schnell. Der Priester Bartolomé de Las Casas, Fürsprecher der Indios, empfahl, Sklaven aus Afrika zu holen. Die Schwarzen seien robuster – und so begann der transatlantische Sklavenhandel. Schätz-

ungsweise zehn Millionen Menschen wurden in Afrika eingefangen wie Vieh, in Ketten gelegt und übers Meer geschickt. Viele starben schon bei der Überfahrt. Über 150 Jahre hinweg passierte all das mit dem Segen des Vatikans.

Noch 1866 ließ Papst Pius IX. erklären: »Die Sklavenhaltung widerspricht nicht natürlichem und göttlichem Recht.« Erst 1965 verdammt das Zweite Vatikanische Konzil die Sklaverei endgültig. Und 2015 entschuldigte sich Franziskus in Bolivien für die »schweren Sünden« der Kirche und vor allem die Qualen der Indios in Lateinamerika.

Auf der Rattenlinie

Nur wenige Schritte vom Palazzo della Canonica und Kardinal Brandmüller entfernt geht es hinein in ein von hohen Mauern umstandenes Juwel des Vatikanstaats – den Campo Santo Teutonico. Auf dem Friedhof der Deutschen und Flamen, zu dem eine Kirche und ein Priesterseminar gehören, sind an diesem Sonntag vor Pfingsten viele Menschen unterwegs: Eltern und ihre Kinder rüsten sich draußen zur Erstkommunion, drinnen vor dem Altar der Kirche predigt der diensthabende Priester das Gebot der Liebe.

Zypressen wachsen an den Gräbern deutscher Pilger, die in Rom gestorben sind. Zwischen ihnen liegt der österreichische Bischof Alois Hudal, unter anderem Rektor des deutschen Priesterkollegs in Rom. Ein Mann, der für die vielleicht schwerste Schuld in der Geschichte des Vatikan steht: für die Arrangements zweier Päpste – Pius XI. und Pius XII. – mit den Faschisten. Für den Erhalt der Macht schwieg der Vatikan lange zur Vernichtung der Juden.

Hudal träumte von einer Einheitsfront zwischen Nationalsozialisten und katholischer Kirche im Kampf gegen den »Ostbolschewismus«. Eines seiner Bücher widmete er dem »Führer der deutschen Erhebung und Siegfried deutscher Hoffnung und Größe« – Adolf Hitler.

Vor zwei Jahren erschien in Deutschland eine Studie des US-Historikers David Kertzer. Jahrelang hatte er Akten aus dem päpstlichen Geheimarchiv studieren können, die 2006 freigegeben worden waren. Pius XI. und Mussolini, so Kertzer, »hielten nichts von Demokratie und Parlamentarismus«. Mussolini berichtete, der Papst habe ihm gesagt: »Ich sehe in dem Komplex der faschistischen Lehren, die die Prinzipien von Ordnung, Autorität und Disziplin befürworten, nichts, was den katholischen Lehren zuwiderläuft.«

Der »Duce« stärkte im Gegenzug den Einfluss der Päpste: Das Kreuz hing in Italiens Klassenzimmern, Mussolinis erste Regierung kniete 1922 beim Amtsantritt nieder. 1929 schlossen Faschisten und Vatikan die Lateranverträge, die dem Papst

auch die weltliche Macht über den Vatikanstaat garantierten.

Vier Jahre später unterzeichnete ein Vertreter des Papstes dann einen Vertrag mit Hitler-Deutschland. Das Reichskonkordat stärkte den »Führer«, und die Kirche konnte ihr Vermögen und ihre Macht bewahren, etwa ihre Bekenntnisschulen in Deutschland.

Später, viel zu spät, bereute der Papst. Am 21. März 1937 verbreiteten die deutschen Kirchen seine Enzyklika »Mit brennender Sorge«. Die Nazis würden sich gegen die »gottgeschaffene und gottbefohlene Ordnung« stellen, sie hielten sich nicht an das Konkordat. Auch Mussolinis neue Rassengesetze gegen die Juden gingen Pius XI. 1938 dann zu weit, die Priester sollten sie von den Kanzeln aus kritisieren. Doch da war er schon schwer krank, das wussten seine Kardinäle. Nach Kertzers Recherchen spielten sie auf Zeit und verschleppten den Entwurf einer Enzyklika.

Dem Tod nahe, wollte Pius XI. wenigstens noch eine Rede vor seinen Bischöfen halten. Aber am Tag davor starb er.

Die Macht in Rom übernahm Eugenio Pacelli, jener Kardinalstaatssekretär, der den Vertrag mit Hitler-Deutschland ausgehandelt hatte. Er nannte sich Pius XII. und sorgte dafür, dass Manuskripte der ungehaltenen Rede seines Vorgängers verschwanden.

Pius XII. unterstützte den ultrarechten Putschisten General Francisco Franco im Spanischen Bürgerkrieg. Als Franco die republikanischen Truppen geschlagen hatte, als seine Kämpfer in Madrid einmarschierten, beglückwünschte Pius via Radio die »Söhne des katholischen Spanien« zum Sieg über die »Proselyten des Atheismus« – die Demokraten. Danach sah der Papst zu, wie der Holocaust begann.

Gesandte der britischen und der amerikanischen Regierung beknieten ihn, er möge gegen Hitler Stellung beziehen. Doch der Papst schwieg.

Sicher, er sorgte sich um den Erhalt des Kirchenstaats. Aber war er auch ein Antisemit, wie einst so viele Katholiken? In den Jahrhunderten zuvor waren Juden in der christlichen Welt als »Jesus-Mörder« verfolgt und umgebracht worden. Judenhass gehörte zur katholischen Gedankenwelt wie übrigens auch zur evangelischen. »Im Laufe der Zeit bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass während des Zweiten Weltkriegs Papst Pius XII. und die überwältigende Mehrheit der europäischen Kirchenführer die Beseitigung der Juden als ebenso nützlich ansahen wie die Vernichtung des Bolschewismus«, so schrieb der US-Historiker Richard Rubenstein.

Doch dann trat Amerika in den Krieg ein, in Stalingrad wurde Hitlers 6. Armee eingekesselt – und Pius XII. vollzog eine

Wende. In seiner Weihnachtsansprache 1942 erwähnte er »Hunderttausende Menschen«, die »zum Teil nur wegen ihrer Nationalität oder Rasse dem schnellen oder langsamen Tod ausgeliefert« seien. Als 1943 die SS bis an die Mauern des Vatikan vorrückte, gewährte er 7000 Juden in Klöstern und im Vatikan Zuflucht.

Doch längst nicht alle im kirchlichen Apparat wollten diese Wende mitmachen: Als das »Dritte Reich« zusammenbrach, versuchten viele der Massenmörder, sich abzusetzen, so wie Ratten ein sinkendes Schiff verlassen. Es entstand, was Geheimdienstler die »Rattenlinie« nannten.

Über Herbergen und katholische Klöster flohen die Nazis Richtung Süden. Und der wichtigste Organisator der Rattenlinie war Bischof Alois Hudal in Rom, dessen Gebeine heute in Ehren auf dem Campo Santo ruhen.

Zu den »Ratten« gehörte Adolf Eichmann, Organisator des Holocaust. Und

er hinderte ihn auch nicht daran. Hudal schrieb noch in seinen Memoiren, er sei stolz darauf, den Nazis geholfen zu haben.

Immerhin hat Johannes Paul II. im Jahr 2000 als erster Papst eine Synagoge betreten – und sich für all das entschuldigt, was die Kirche den Juden angetan hat, für Verfolgung und Hass.

Die drei Spuren

Das also ist das historische Erbe, das Papst Franziskus nun verwaltet. Und es wiegt schwer, bis heute. Selbst ein entschlossener Reformier wie Franziskus werde gebremst von den »Gespenstern der Vergangenheit«, urteilt Bestsellerautor Gianluigi Nuzzi. Seine auf vertrauliche Dokumente gestützten Sachbücher handeln von dunklen Umrissen im Kirchenstaat: von haarsträubenden Finanztransaktionen und schwarzen Konten und von sexuellem Missbrauch von Messdienern.

Nuzzi ist eher klein, kahlköpfig, 48 Jahre alt, und er hält den Heiligen Stuhl in Atem als eine Art Großinquisitor gegen neuzeitliche Verbrechen im Vatikan. Er folge, so der Autor, immer drei Fährten: Geld, Blut und Sex.

Seit Nuzzi vor zehn Jahren Zugang erhielt zum in die Schweiz geschmuggelten Geheimarchiv von Renato Dardozzi, dem Ex-Kanzler der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften, spinnt er seinen Faden weiter. Und versucht zu beweisen, dass die Skandale aus den Zeiten von Papst Paul VI. um 1970 bis in die Jetztzeit unter Franziskus reichen.

Was Nuzzi über die Jahre aus Tausenden Dokumenten filterte, liest sich wie ein Krimi: Die Bankiers des Papstes kooperierten mit der Mafia; der Vatikan unterhielt geheime Schließfächer. Es ging um Milliardenbetrug, Schmiergelder und mysteriöse Morde.

Im Morgengrauen des 18. Juni 1982 baumelte eine Leiche von der Londoner Blackfriars Bridge, den Kopf in einer Schlinge, die Anzugtaschen voller Backsteine. Es war Roberto Calvi, Direktor der Mailänder Bank Ambrosiano, die kurz zuvor zahlungsunfähig geworden war – maßgeblich mitverschuldet von Erzbischof Paul Casimir Marcinkus, dem Chef des Instituts für die Religiösen Werke (IOR): der Bank des Vatikan. In Marcinkus' Auftrag sollen über Briefkastenfirmen Waffengeschäfte abgewickelt und Drogengelder gewaschen worden sein.

Und all das im Namen des Heiligen Vaters?

Papst Paul VI., bei dem Marcinkus, Spitzname »Gorilla«, einst als Leibwächter begonnen hatte, ehe er Finanzchef wurde, schien an den Skandalen unter der Regie seines Schützlings wenig Anstoß zu nehmen. Unter Mithilfe von Calvi und dem



Misshandelter Sklave 1836

Mit dem Segen des Papstes

Auschwitz-Arzt Josef Mengele, der Zehntausende Juden in die Gaskammern schickte. Und Franz Stangl, Kommandant des Konzentrationslagers Treblinka. Und Klaus Barbie, Gestapo-Chef von Lyon. Und Alois Brunner, Eichmanns rechte Hand.

Die Kirche versorgte sie mit neuen Identitäten und Beglaubigungsschreiben. Damit bekamen sie in der Regel vom Roten Kreuz Reisepapiere unter falschem Namen. Und dann gingen sie an Bord der Schiffe nach Chile, Brasilien oder Argentinien.

Papst Pius XII. hatte Hudal nicht den Auftrag gegeben, die Massenmörder vor den Galgen der Alliierten zu retten. Aber

später mit Rattengift ermordeten Mafiafinanzier Michele Sindona verstrickten sich die Männer des Vatikan tief ins organisierte Verbrechen. Ein von den italienischen Behörden ausgestellter Haftbefehl gegen den Papstvertrauten Marcinkus blieb folgenlos, weil der Vatikan sich weigerte, den Bischof auszuliefern.

Was diese Verbrechen mit heute, mit der Ära Franziskus zu tun haben? Viel, so der Aufdecker Nuzzi. Die Mitwisser von damals seien weiter im Hintergrund tätig. Intrigen laufen beispielsweise gegen den französischen IOR-Wächter und Franziskus-Vertrauten Kardinal Jean-Louis Tauran.

Ein 2017 aufgetauchtes rätselhaftes Papier erwähnt ihn als Empfänger detaillierter Kostenaufstellungen, die mit der Verschleppung und späteren »Verlegung in den Vatikanstaat« von Emanuela Orlandi zu tun haben sollen, samt »Erledigung abschließender Schritte«. Die 15-jährige Emanuela, Tochter eines Dieners von Johannes Paul II., war am 22. Juni 1983 spurlos verschwunden.

Die Spekulationen darüber, ob sie als Sexobjekt im Vatikan benutzt oder ermordet worden war und dann einbetoniert in einem Küstenvorort endete, dauern bis heute an. Emanuelas Bruder Pietro, der weiter nach dem Verbleib seiner Schwester forscht, erhielt von Papst Franziskus die Antwort: »Sie ist im Himmel.«

Nur: Warum legt der Vatikan keine Akten offen?

2011, noch unter Benedikt XVI., war eine andere Affäre um den Kammerdiener Paolo Gabriele ans Licht gekommen. Der Mann hatte Briefe und Akten vom Schreibtisch des Pontifex kopiert und aus dem Vatikan geschleust: »Vatileaks I«. Geheime Konten, gehalten von Stroh Männern der organisierten Kriminalität, sollen entdeckt worden sein. Es ging auch um Korruption und Günstlingswirtschaft.

Dann folgte »Vatileaks II«, die Affäre um einen spanischen Prälaten und eine PR-Spezialistin aus der Finanzkommission. Sie hatten vertrauliche Dokumente an die Öffentlichkeit geschmuggelt. Beide wurden vor Gericht dafür verurteilt, dass sie Misswirtschaft in der Kurie und vereinzelte auch das Luxusleben von Kardinälen öffentlich gemacht hatten.

Und jetzt ist da Kardinal George Pell. Der Australier war bis vor Kurzem als Superwirtschaftsminister nominell die Nummer drei im Vatikan, er muss sich nun wegen des Vorwurfs des sexuellen Missbrauchs von Kindern verantworten. Pell bestreitet die Vorwürfe. Aber es gibt noch mehr Missbrauchsfälle in aller Welt, zu denen der Vatikan lange schwieg.

Ein polnischer Erzbischof soll sich in der Dominikanischen Republik an Kin-

les mit Chatprotokollen, SMS und »dick pics«, Intimfotos von Männern, vor frommen Hintergründen belegen. Der Mann prangert nicht die Homosexualität der Kirchenleute an, sondern ihre Verlogenheit.

Die Skandale belasten Papst Franziskus, auch wenn die Schuld meist in den Pontifikaten vor seiner Zeit zu suchen ist. Aber der Papst wittert bei vielen der Enthüllungen »Verrat«, weil ihm vor allem die Finanzskandale schaden. Er sieht, dass seine Reformen durch den Widerstand der Konservativen stocken. Und dass zugleich eine Rückkehr zu den üblen Zuständen der Vergangenheit droht.

Bei seiner vergangenen Weihnachtsansprache vor Würdenträgern waren unter den Zuhörern nicht wenige, die das Pontifikat des Argentiniers kritisch sehen. Über »um sich greifende Verwirrung« lästern sie, und: Der Papst schwäche die Doktrin und stärke seine Fans außerhalb der Kirche.

»Die Agenda dieses Papstes deckt sich mit jener der Kirchenfeinde«, sagt einer derjenigen im Vatikan, die den Pontifex der Häresie bezichtigen.

Der Papst ein Ketzer? Besonders kritische Geister sehen sogar das Risiko, dass »die katholische Kirche zerstört« werde, wenn Franziskus versuche, »jedermanns Liebling« zu sein, wie es Kardinal Gerhard Ludwig Müller nennt, der vom Papst gefeuerte Vorsitzende der Glaubenskongregation – so heißt die heilige Inquisition heute. Papst Benedikt XVI. war, als er noch Ratzinger hieß, lange deren Chef.

Dem Altpapst selbst ist zu dieser Frage nichts zu entlocken. Schon gar nicht, dass er die Theologie seines Nachfolgers freudig begrüße.

Franziskus weiß, worauf er sich eingelassen hat: Den Vatikan ändern zu wollen, sagte er vor Kurzem, sei so, als versuchte man, »die ägyptische Sphinx mit einer Zahnbürste zu putzen«.

Clemens Höges, Walter Mayr



Fensterbild im Petersdom: Retter der Judenmörder

dern vergangen haben. Chilenische Opfer beklagten sich im April bei Franziskus über hochrangige Kleriker. Erst hatte der Papst die Beschuldigten noch verteidigt, später entschuldigte er sich »als Papst und im Namen der Weltkirche«.

Und im Februar hat zudem ein männlicher Prostituierte ein 1200-Seiten-Dossier über Umwege an den Heiligen Stuhl geschickt. Darin schildert er nicht nur, wie er sogar hochrangigen Geistlichen zu Diensten war und dass diese sich auch sonst an geheimen Plätzen betätigten – er kann vie-

Video
Als eine Leiche auf dem Papstthron saß

spiegel.de/sp212018vatikan
oder in der App DER SPIEGEL



Priester des Zelluloids

Kino Wim Wenders' neuer Dokumentarfilm über Papst Franziskus ist ein Meisterstück der PR-Kunst.

Mitte Mai, einen Tag nach der Premiere des neuen Kinofilms über Papst Franziskus, bekam der SPIEGEL eine kurze Nachricht aus dem Vatikan. Ein Emoji. Monsignore Dario Edoardo Viganò, bis vor Kurzem Präfekt der Kommunikationsabteilung des Vatikan und noch immer einer der engsten Mitarbeiter von Franziskus, schickte per iPhone das Symbol 🙌, Daumen rauf, ein Fingerzeig Richtung Himmel. Wohin auch sonst?

Von Kommunikation verstehen sie etwas im Vatikan, schon immer. Ein Papst, der sogar vor Mordanschlägen nicht zurückschreckte, ließ im Jahr 1612 seinen Namen in riesigen Lettern in die Fassade des Petersdoms meißeln, »Paul V. Borghese, Pontifex maximus«, eine Botschaft der Macht in Marmor, bis heute. 2018 lässt der aktuelle Amtsinhaber seine Botschaft als Kinofilm verbreiten, mit freundlicher Unterstützung eines berühmten deutschen Regisseurs: Wim Wenders' Dokumentation »Papst Franziskus – Ein Mann seines Wortes« soll Millionen Zuschauer in aller Welt erreichen, Christen, Atheisten, Neugierige.

Wenders wurde katholisch getauft, als Jugendlicher wollte er Priester werden. »Aber dann kam der Rock'n'Roll«, sagt der Regisseur, Jahrgang 1945; später entdeckte er für sich den Sozialismus, den Existenzialismus, die Psychoanalyse, den Buddhismus, »alles, was man so macht«. Schließlich sei er »in einem großen Bogen zurückgekehrt zum Glauben meiner Kindheit«. Heute ist der Regisseur evangelisch, ein Protestant mit einem Faible für Franziskus.

Am Tag nach Christi Himmelfahrt wurde Wenders' Papst-Film beim Katholikentag in Münster uraufgeführt, am Sonntag vor Pfingsten folgte die Gala-Premiere beim Festival von Cannes. Am 14. Juni bringt das Hollywoodstudio Universal die Dokumentation in die deutschen Kinos. Es ist kein Film über den Papst, sondern einer mit ihm. Im Zentrum stehen vier lange Interviews, die Wenders mit Franziskus geführt hat. Der Papst blickt dabei direkt in die Kamera; es wirkt, als redete er jedem Zuschauer persönlich ins Gewissen.

Die Idee zum Film stammt nicht von Wenders, sondern von Dario Viganò, dem PR-Strategen des Papstes. Ende 2013,

Franziskus war noch nicht einmal ein Jahr im Amt, lud Viganò den Regisseur nach Rom ein. Warum Wenders? »Er hat diesen maßvollen, poetischen und innovativen Blick«, so Viganò. Der PR-Mann ist studierter Theologe, aber er hat auch rund ein Dutzend Bücher übers Kino verfasst, Werke wie »Der Priester des Zelluloids«. Viganò kann wortreich schwärmen von Wenders' früheren Dokumentationen wie »Buena Vista Social Club« oder »Pina« und von dessen wohl berühmtestem Spielfilm, »Der Himmel über Berlin«, Bruno Ganz als Engel auf der Siegestsäule.

Über das Konzept der Papst-Dokumentation wurden sich Viganò und Wenders schnell einig. Die Aufrufe des Papstes zum



Regisseur Wenders

»Das ist ein armer Film«

Verzicht setzte der Regisseur in die Praxis um. »Das ist ein armer Film«, rein budgetmäßig, sagt Wenders. »Mit einem Papst, der eine arme Kirche für die Armen will, darf man keinen reichen Film machen.«

2,5 Millionen Euro habe man bei privaten Geldgebern eingesammelt, darunter eine Schweizer Kulturstiftung. Eine Million davon spendeten die Produzenten. Genauer: Das Geld »ging auf ein Konto, über das der Papst verfügen kann, für Zwecke, die er für richtig hält«, sagt Wenders. Der Film selbst habe 1,5 Millionen Euro gekostet, ungefähr so viel wie ein Fernseh-»Tatort«.

Zu wenig, um den Papst auf Reisen mit einem eigenen Team zu begleiten. Doch praktischerweise werden die Auftritte des Papstes, seine Reden und Reisen, ohnehin von Kameralenten des Centro Televisivo Vaticano gefilmt. Viganò sorgte dafür, dass Wenders Zugang zum Archiv des Vatikan-senders bekam. Der Regisseur musste nur

das Material sichten, Szenen auswählen und zusammenschneiden. O Wunder: Auf den Bildern von Vatikan-TV macht Franziskus immer eine gute Figur.

Bei einem normalen Dokumentarfilm wäre der Einsatz von so viel PR-Material problematisch. Doch Wenders erklärt diese Methode einfach zum Konzept: »Ich mache keine Filme, um etwas zu kritisieren. Das können andere auch viel besser.« Den Vorwurf, er habe sich vom Vatikan instrumentalisieren lassen, weist er zurück: »Ich bin komplett Herr dieses Films gewesen. Der Vatikan hat nur den Anstoß gegeben, sich in die Produktion aber nicht eingemischt«, sagt Wenders.

PR-Mann Viganò formuliert es so: »Ich habe alle Phasen des Projekts an der Seite des Regisseurs begleitet, von der Entwicklung der Erzählidee über die Produktion, über den Schnitt bis hin zur Kopie des Films« für das Festival von Cannes. Das Ergebnis, lobt Viganò, sei »eine aufmerksame Regiearbeit, die sich selbst zurücknimmt«.

»Papst Franziskus – Ein Mann seines Wortes« beginnt mit den Worten von Wim Wenders. Mit ergriffener Stimme klagt der Regisseur aus dem Off über den Zustand der Welt, »Katastrophen ziehen über uns hin«, die Kamera blickt dabei wie ein Gott vom Himmel. »Wie sollen wir leben, heute, in Frieden, miteinander und in Eintracht mit unserer Erde?«, fragt Wenders. Langsam reißen die Wolken auf und geben den Blick frei auf das Kloster von Assisi. In der Basilika ist der heilige Franziskus begraben, der Namenspatron des Papstes.

Wenders kommt im Film immer wieder auf Franz von Assisi zurück. Weil in diesem Fall nicht einmal das Archiv des Vatikan mit Filmaufnahmen dienen konnte – der Mann starb 1226 –, hat Wenders einige Szenen aus dessen Leben mit Schauspielern nachgestellt, gedreht in Schwarz-Weiß mit einer alten Kamera mit Handkurbel, wie bei einem Stummfilm.

Ansonsten zeigt die Dokumentation nur den Papst. Die Inszenierung der Interviews, die direkte Ansprache des Zuschauers, verstärkt sein natürliches Charisma. »Franziskus' Starqualität«, sagt Wenders, »ist sein Zugang zu Menschen, seine unmittelbare, freundliche Fähigkeit, sich auf jeden einzulassen.«

Auch auf den Regisseur. Am Ende des Films hat der Papst sogar ein Kompliment für Wenders versteckt. »Ein Künstler«, sagt Franziskus, »ist ein Apostel der Schönheit, der uns anderen hilft zu leben.«

Zusammengefasst: 🙌

Martin Wolf

Deutschland

»Wann kriegt die Union jetzt endlich auf die Fresse?« ► S. 34

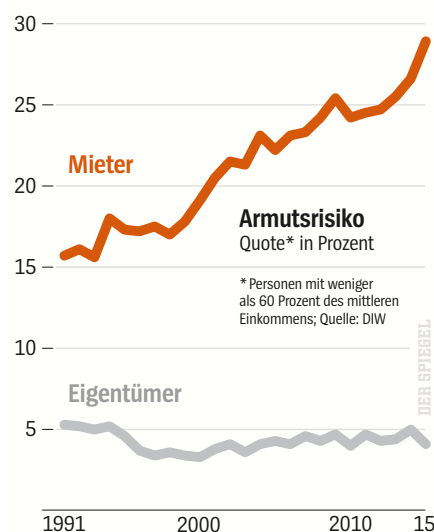


Immobilienmarkt

Arme Mieter

Vor allem junge Erwachsene treffen die steigenden Ausgaben für Wohnen hart.

● Das Risiko, von Armut bedroht zu werden, ist für Mieter in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Einkommensverteilung in Deutschland. Danach lag die Armutsrisikoquote für Mieter im Jahr 2015 bei knapp 29 Prozent. Anfang der Neunzigerjahre war der Anteil noch mit 16 Prozent nur gut halb so hoch. »Von dieser Entwicklung sind vor allem junge Erwachsene bis 35 Jahre betroffen«, heißt es in der Studie. Bei Menschen, die Wohneigentum besitzen, liegt dieses Risiko lediglich bei rund vier Prozent und ist seit über zwei Jahrzehnten relativ konstant. Ist die eigene Wohnung erst einmal abgezahlt, entfallen Kreditraten oder Miet-



zahlungen. Mieter hingegen mussten 2010, so die DIW-Studie, im Schnitt rund 28 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens für Miete ausgeben.

Als armutsgefährdet gilt, wer 60 Prozent oder weniger des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Die Schere dürfte sich noch weiter öffnen: Parallel zu den Mieten steigt seit 2010 auch die Armutsrisikoquote stärker als zuvor. Betroffen sind vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen. »Menschen, die ein Armutsrisiko haben, dürfte es also immer schwerer fallen, auf dem Immobilienmarkt bezahlbare Mietwohnungen zu finden«, sagt DIW-Forscher Markus Grabka. Das Institut fordert deshalb von der Politik, mehr für den sozialen Wohnungsbau zu tun. MAD

Ex-Piratin hilft Grünen

● Marina Weisband, ehemalige politische Geschäftsführerin der Piratenpartei, wird künftig die Grünen bei der Erarbeitung ihres Grundsatzprogramms unterstützen. Die Ex-Piratin soll im Bereich Digitalisierung und Automatisierung mitarbeiten. Die grüne Parteispitze hat sechs sogenannte Impulsgruppen zu Themen wie Digitalisierung, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie neuen Fragen der Wissenschaftsgesellschaft und Bioethik gegründet. Im noch geltenden Programm kommt das Stichwort »digital« nur dreimal vor – es stammt aus dem Jahr 2002. »Genau da wollen wir auf die Höhe der Zeit – und noch weiter vorausdenken«,



Weisband bei Parteitag 2017 in Berlin

sagt der politische Geschäftsführer der Grünen, Michael Kellner. Eine gute Digitalpolitik sei eine Zukunftsaufgabe, so Kellner: »Marina Weisband ist eine Koryphäe auf diesem Gebiet.« Das grüne Grundsatzprogramm soll im Frühjahr 2020 beschlossen werden. HÖH

Wagenknecht will Reform der Rundfunkgebühren

● Die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Sahra Wagenknecht, fordert eine Reform der Gebühren des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. »Der Beitrag sollte nach Einkommen gestaffelt werden und für niedrige Einkommen deutlich ver-

ringert werden«, so Wagenknecht. Die derzeitige Lösung sei ungerecht. Grundsätzlich sprach sich Wagenknecht für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus. Allerdings solle dieser den Ehrgeiz haben, ein Programm zu machen, das mehr Menschen, etwa auch Jüngere, erreiche. »Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss seinem Auftrag gerecht werden und nicht Seifenopern bringen«, so Wagenknecht. ABE

Rücktritt auf Antigua nach BKA-Überwachung

● Telefonüberwachungen des Bundeskriminalamts (BKA) haben am Dienstag zum Rücktritt des Energieministers des Karibikstaats Antigua und Barbuda, Asot Michael, geführt. Das BKA hatte bei Ermittlungen wegen Umsatzsteuerbetrugs mit Umweltzertifikaten 2016 ein Gespräch mit dem illustren britischen Investor Peter Virdee Singh und dem deutschen Geschäftsmann Dieter Trutschler abgehört und dabei Hinweise auf Bestechung des Karibikpolitikern erhalten. In dem Telefonat ging es im Zusammenhang mit dem Bau einer Solaranlage um Provisionen in Millionenhöhe, Wahlkampfunterstützung, aber auch um ein Auto für die Mutter des Ministers. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main wirft Virdee vor, Hintermann von Umsatzsteuermanipulationen in dreistelli-

ger Millionenhöhe zu sein, in die damals auch die Deutsche Bank verwickelt war. Trutschler seinerseits war einst – auch durch falsche Angaben – Chef des Elektrizitätswerks in der kosovarischen Hauptstadt Priština geworden und wegen dubioser Zahlungen in Misskredit geraten. Beide Männer bestreiten die Bestechungsvorwürfe und behaupten, sie seien illegal abgehört worden. Der High Court in London hat jedoch die Beweismittel für zulässig erklärt. AUL



Queen Elizabeth II., Virdee 2014 in London

Gabriels Alleingang

● Die Bundesregierung hat noch nicht entschieden, unter welchen Bedingungen sie den Wechsel von Ex-Bundesminister Sigmar Gabriel (SPD) in den Verwaltungsrat des geplanten Bahnherstellers Siemens-Alstom genehmigt. Das Bundesministergesetz sieht vor, dass ausscheidende Regierungsmitglieder vor einem Wechsel in die Wirtschaft bis zu 18 Monate pausieren müssen, wenn Interessenkonflikte drohen. Wie lange der Betreffende gesperrt wird, empfiehlt eine Ethikkommission. Das Gremium hat jedoch nach Angaben aus Regierungskreisen seinen Bericht zur Causa Gabriel noch nicht dem Kanzleramt vorgelegt. Der SPD-Politiker geht offenbar bereits davon aus, dass er lediglich zwölf Monate pausieren muss. Er stehe, teilte Gabriel mit, »nach Ablauf eines Jahres nach dem Ausscheiden aus der Bundesregierung zur Verfügung«. Die Pressemitteilung sorgte in der Regierung für Irritation. CSC

Aufstand in der Union

● In der Unionsfraktion gibt es scharfe Kritik an den neuen Datenschutzvorschriften der EU, die kommende Woche in Kraft treten. Bei einem vertraulichen Treffen von Mitgliedern der Fraktionspitze mit Vertretern des Innenministeriums wurden massive Vorbehalte gegen die Regelung deutlich. Die Abgeordneten fürchten, dass kleine Firmen und Freiberufler bei Verstößen von Abmahnvereinen und -anwälten zur Kasse gebeten werden. Vizefraktionschef Ralph Brinkhaus sagte, die Regelung fördere die Demokratieverdrossenheit und spiele der AfD in die Hände. Kollege Carsten Linnemann mahnte, wenn die Regierung nichts gegen die Folgen der »Datenschutzgrundverordnung« unternehme, brauche sie künftig nicht mehr über Bürokratieabbau zu sprechen. Die Verordnung sieht zahlreiche neue Dokumentations- und Rechenschaftspflichten vor. Die Fraktionsführung will die Regierung dazu bewegen, bereits auf der Kabinettsitzung am kommenden Mittwoch ein Eckpunktepapier zu verabschieden, das die Praktiken unseriöser Abmahnvereine untersagt. Ein entsprechendes Gesetz soll so schnell wie möglich auf den Weg gebracht werden. Das Innenministerium wurde beauftragt, zu prüfen, ob die Regeln auch rückwirkend angewandt werden können. RAN



Ermittler in Salisbury, England

Zeitgeschichte

Alliierte wussten vor dem BND von Nowitschok

● Mehrere Nato-Staaten verfügten Mitte der Neunzigerjahre über detaillierte Kenntnisse zum sowjetischen Kampfstoff Nowitschok – und hielten ihr Wissen vor der Bundesregierung Helmut Kohls (CDU) geheim. Das musste der Bundesnachrichtendienst (BND) feststellen, als er damals die Verbündeten stolz über eine Probe Nowitschok informieren wollte, die ein russischer Überläufer dem BND besorgt hatte. Die Alliierten »wussten bereits Bescheid«, ärgert sich noch heute ein Beteiligter. Mit Nowitschok wurde kürzlich im englischen Salisbury ein Anschlag auf den britisch-russischen Doppelagenten Sergej Skripal und dessen

Tochter verübt. Indizien legen nahe, dass Moskau dahintersteckt. Die Existenz dieser Probe widerspricht allerdings der Behauptung Großbritanniens, der Kampfstoff könne nur aus Russland kommen. Schon vor dem Mauerfall wusste der Westen, dass Moskau das Gift produzierte, bald darauf lag auch die Formel vor (SPIEGEL 17/2018). Immerhin durften die Deutschen dank ihrer Probe bei einer Arbeitsgruppe in der Nato mitmachen, zu der Amerikaner, Briten, Niederländer, Kanadier und weitere Länder zählten. Die Geheimdienstler tauschten sich einige Male etwa über Toxizität, Nachweis- und Lagerfähigkeit von Nowitschok aus, dann löste sich die Gruppe auf. Viele Medien hatten jüngst berichtet, der BND habe mit seiner Probe »maßgeblich« dazu beigetragen, dass der Westen Nowitschok kenne. KLV

Drittes Geschlecht

SPD-Häuser blockieren Seehofers Entwurf

● Justizministerin Katarina Barley und Familienministerin Franziska Giffey (beide SPD) blockieren einen Gesetzesentwurf von Innenminister Horst Seehofer (CSU) über die Rechte von Menschen ohne eindeutiges biologisches Geschlecht. In einem Schreiben des Justizministeriums gegen Seehofers Entwurf, der ein Bundesverfassungsgerichtsurteil von 2017 umsetzen soll, heißt es, dessen Regelwerk sei »noch nicht ausgereift«. Der Entwurf erzeuge »ein Ungleichgewicht zwischen Inter- und Transsexuellen«, für die Barley ein einheitliches Gesetz fordert. Seehofer strebt dagegen eine juristische Minimallösung an: Menschen, die weder weiblich noch männlich sind, sollen sich laut seinem Haus künftig in Ausweispapieren in der Kategorie »anderes« eintragen lassen können. Im Justiz- und im Familienministerium hält man diese Bezeichnung, die auf eine Empfehlung des Ethikrats zurückgeht, für herabsetzend. Barley bevorzuge den Begriff »weiteres«, heißt es, Giffey wolle »divers« oder »inter«. Seehofer will überdies Kindern mit uneindeutigem Geschlecht ab dem Alter von 14 Jahren die Entscheidung gestatten, wie sie im Personenstandsregister geführt werden. Barley fordert dagegen, »zumindest zu erwägen«, ob dies nicht schon für noch jüngere Kinder möglich sein solle. Auch will die Justizministerin es den Betroffenen im Konfliktfall ermöglichen, eine Personenstandsänderung ohne Zustimmung ihrer Eltern zu erreichen – und sich später im Leben doch wieder für ein anderes Geschlecht zu entscheiden. AMA

Abgasaffäre

Rückruf von 60 000 Porsche

● Das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) lässt zwei Dieselmotoren von Porsche zurückrufen. Dabei handelt es sich nach Informationen des SPIEGEL und des Bayerischen Rundfunks um das aktuelle Modell des Macan 3,0 Liter V6 mit einer Stückzahl von 53 000 und den Cayenne 4,2 Liter V8, bei dem in 6800 Exemplaren Software manipuliert wurde. »Aufgrund der eingebauten Abschalteinrichtungen kann es im Betrieb der Fahrzeuge zu erhöhten Stickoxidemissionen kommen«, so ein Sprecher des Verkehrs-



Porsche-Logo

ministeriums. Beide Modelle haben die Schadstoffklasse Euro 6, die von Konzernen und Regierung beworben wird, um im Austausch gegen ältere Diesel für bessere Luft zu sorgen. Beim Macan fanden die Prüfer des KBA fünf illegale Abschalteinrichtungen, die bewirken, dass die Abgasreinigung nur im Labor voll funktioniert – auf der Straße nicht. Im Verkehrsministerium ist man über die Anzahl der Softwaremanipulationen ebenso verärgert wie darüber, dass beim Macan bereits 2016 ein Softwareupdate vorgenommen wurde – angeblich um die Abgaswerte zu verbessern. Porsche erklärte, man habe bereits im Februar die Behörden über »Unregelmäßigkeiten« informiert. GT

INSPIRED
BY ARCHITECTURE



COMMANDER
BIG DATE

Veredeltes Automatikwerk, bis zu 80 Stunden
Gangreserve, Großdatum bei 6 Uhr, Edelstahl-
gehäuse, Saphirglas, Sichtboden verschraubt,
wasserdicht bis zu einem Druck von 5 bar (50m).

Unverbindliche Preisempfehlung € 960.-



MIDO®

SWISS WATCHES SINCE 1918

EIFFEL TOWER, PARIS

WWW.MIDOWATCHES.COM



DIMITAR DILKOFF / AFP

Hände an der Hosennaht

Außenpolitik Eigentlich sollte der Streit mit Trump über das iranische Atomabkommen die Europäer einigen, aber nun setzt Kanzlerin Merkel auf Beschwichtigung. Wieder einmal übernimmt Frankreichs Präsident Macron die Führung des Kontinents.

Es kommt nicht häufig vor, dass der überzeugte Europäer Peter Altmaier Vorschläge aus Brüssel in Zweifel zieht. In der vergangenen Woche aber erteilte er dem Plan der EU-Kommission, europäische Unternehmen für die neuen amerikanischen Iransanktionen zu entschädigen, eine Absage. »Wir haben juristisch keine Möglichkeit, deutsche Unternehmen gegen Entscheidungen der amerikanischen Regierung zu schützen oder sie davon auszunehmen«, sagte der Bundeswirtschaftsminister. Er warnte davor, »vorläufige Vorschläge« ins Gespräch zu bringen.

Doch in Brüssel wollte keiner auf ihn hören. Als Außenminister Heiko Maas einige Tage später seine Amtskollegen aus Großbritannien und Frankreich traf, hatte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini bereits ein Papier vorbereitet, das ebenjene Vorschläge, vor denen Altmaier gewarnt hatte, auf den Weg brachte.

Neun Tage nach Trumps Entscheidung, aus dem Nuklearabkommen mit Iran aus-

zusteigen, hat Europa damit zu einer ersten Antwort auf den Affront aus Washington gefunden. Die EU-Kommission kündigte an, von amerikanischen Sanktionen betroffene europäische Unternehmen durch das sogenannte Blocking Statute zu schützen.

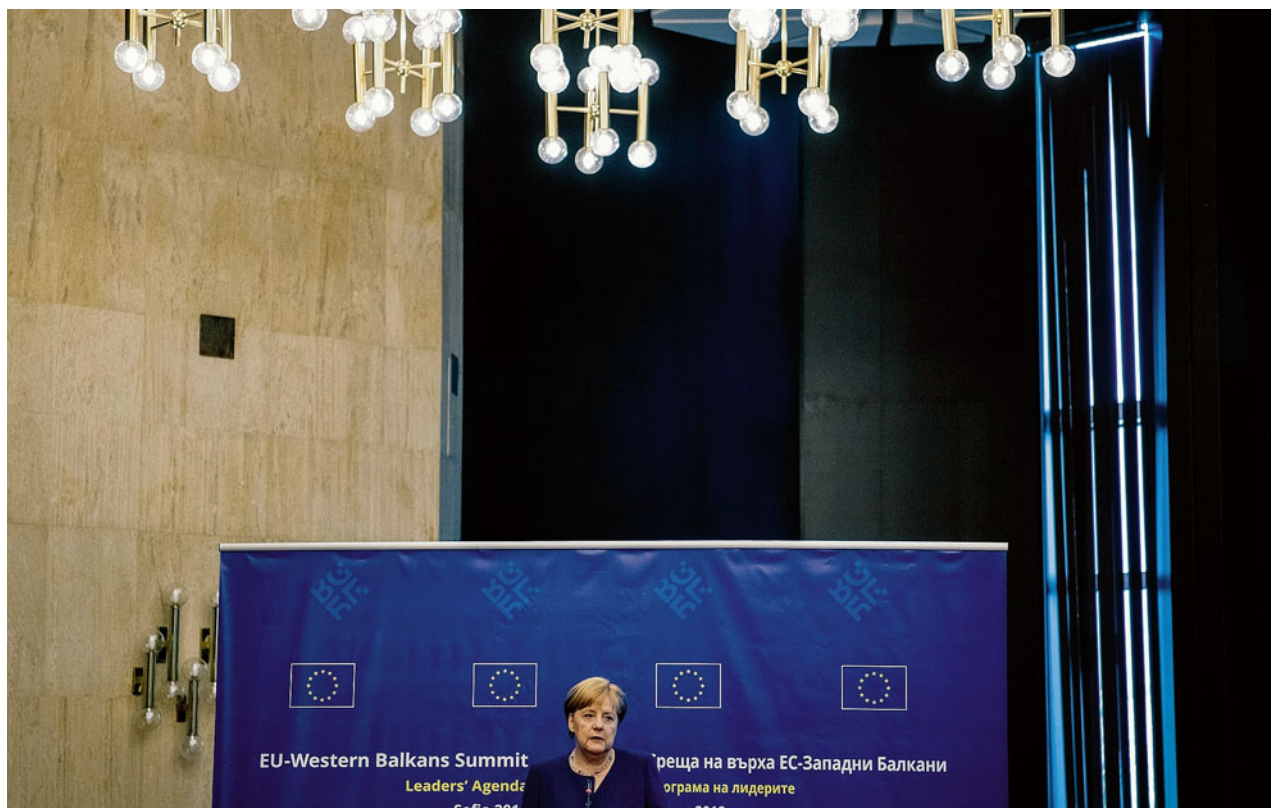
Es war nicht die Antwort Deutschlands, jedenfalls nicht die der Kanzlerin und ihres Wirtschaftsministers. Es war die Antwort von Emmanuel Macron, dem neuen starken Mann in Europa. Vor allem der französische Präsident hatte hinter den Kulissen Druck gemacht, während Berlin vor einer Konfrontation mit Trump zurückschreckte.

Von Anfang an steuerten Berlin und Paris in unterschiedliche Richtungen, wie es nun weitergehen soll im transatlantischen Verhältnis. Soll man Trump beschwichtigen oder ihm die Stirn bieten? Soll Europa wegen Iran einen Handelskrieg mit den USA riskieren? Lässt Trump sich davon beeindrucken, wenn die Europäer ent-

schlossen Widerstand leisten, oder wird er die Situation nur weiter zuspitzen?

Es ist die große, alte Frage der Außenpolitik, die Frage nach der richtigen Reaktion auf Druck und Zwang: Appeasement? Oder fühlen sich die Raufbolde der Weltpolitik dadurch eher ermutigt? Es ist eine Frage, die man sich bisher im Umgang mit Wladimir Putin und den Diktatoren dieser Welt gestellt hat.

An der Entschlossenheit der Amerikaner besteht kein Zweifel. Trump setzt auf maximalen Druck – auch gegenüber den Verbündeten in Europa. Richard Grenell, der neue US-Botschafter in Berlin, verband das Thema Iran ganz offen mit dem Handelsstreit zwischen Europäern und Amerikanern. Wenn die Europäer sich gegen Iran an die Seite Trumps stellten, könnte der darauf verzichten, die angeordneten Strafzölle für Stahl und Aluminium einzuführen, ließ Grenell vergangene Woche gegenüber der »New York Times« durchblicken.



Staatschef Macron, Kanzlerin Merkel: Frankreich macht sich groß, Deutschland macht sich klein

Das heißt im Umkehrschluss: Spuren die Europäer nicht, werden sie den Handelskrieg bekommen. Wer solche Freunde habe, brauche keine Feinde, konstatierte EU-Ratspräsident Donald Tusk.

Klar ist, dass die Europäer nur dann etwas erreichen können, wenn sie sich auf eine Linie einigen. Doch damit tut sich Berlin schwer. Die Deutschen wollen das Abkommen zwar gern retten, aber eigentlich nicht dafür kämpfen. Paris ist dagegen zur Konfrontation bereit. »In Berlin setzt man eher auf Appeasement, während Paris befürchtet, dass man Trump mit jedem Zugeständnis ermutige, noch dreister vorzugehen«, sagt ein hoher EU-Beamter.

Auffällig ist, wie unterschiedlich Berlin und Paris ihre Tonlage wählen. »Da können wir nichts machen«, das ist, zusammengefasst, der Sound, der im Berliner Kanzleramt zu hören ist. In Paris heißt es dagegen: »Das können wir uns nicht bieten lassen.«

Es ist der bekannte Reflex: Deutschland macht sich klein. Frankreich macht sich groß. »Wenn wir akzeptieren, dass andere Großmächte, auch wenn sie Verbündete sind, für uns entscheiden, dann sind wir nicht mehr souverän«, warnte Macron beim EU-Gipfel in Sofia.

Er hat erkannt, welche Chance ihm der Widerstand gegen die US-Sanktionen

bietet. Nun kann er den Franzosen beweisen, wofür es Europa wirklich braucht. Nur Europa kann seiner Meinung nach dem Vertragsbrecher USA Paroli bieten.

In Berlin ist dagegen viel von »Realpolitik« die Rede. Damit ist gemeint, dass man Trump nicht viel entgegenzusetzen habe. Trump werde die Iranfrage sehr hart spielen, heißt es. Von »Überforderung« ist die Rede.

Tatsächlich fehlt es wohl vor allem an politischem Willen. Für Altmaier ist das Abkommen mit Iran im Zweifel weniger wichtig als der Streit mit der Trump-Administration um Strafzölle auf Stahl und Aluminium. Er will um jeden Preis verhindern, dass er sich zu einem veritablen Handelskrieg ausweitet – und auf das Herz der deutschen Wirtschaft übergreift: die Autoindustrie. Amerikanische Strafmaßnahmen würden Deutschland als Exportnation viel empfindlicher treffen als Frankreich.

»Die USA können nicht der wirtschaftliche Weltpolizist sein«, wettet dagegen Frankreichs Finanz- und Wirtschaftsminister Bruno Le Maire. Er und sein Kabinettskollege, Außenminister Jean-Yves Le Drian, luden demonstrativ zu einer gemeinsamen Pressekonferenz ins monumentale Pariser Finanz- und Wirtschaftsministerium, bei der die beiden Minister wie Feldherren

auftraten, bereit zur Machtprobe mit Washington.

Le Drian sprach von »unserer Entschlossenheit zu kämpfen, damit die Entscheidungen der USA keine negativen Auswirkungen auf französische Unternehmen haben«. Und Le Maire legte noch drauf: »Ganz Europa ist vor die Herausforderung gestellt, seine wirtschaftliche Souveränität durchzusetzen.«

Der ehemalige Premier Jean-Pierre Raffarin, der als Regierungschef 2003 zwischen Paris, Berlin und Moskau den Widerstand gegen Bushs Irakkrieg koordinierte, forderte gar eine G4 aus Frankreich, Deutschland, Russland und China, um Trump die Stirn zu bieten. Frankreich sieht sich eben immer noch als Weltmacht. Und als solche schmiedet es die Allianzen, die ihm gerade passen.

Deutschland tut sich da schwerer. Ein Bündnis mit Russland und China gegen die USA, den Freund und Verbündeten, ist für Transatlantiker wie Altmaier ein Albtraum. Hinzu kommt, dass auf der Gegenseite nicht nur die USA, sondern auch Israel stünden. Die Frage, wie man mit Iran umgehe, habe natürlich eine israelische Komponente, heißt es im Kanzleramt. Wenn man über Iran spreche, müsse man immer Israel im Auge haben.

Im Zentrum der Auseinandersetzung mit den USA steht die Wirtschaft. In Frankreich wären vor allem Großkonzerne wie der Ölriese Total oder der Autohersteller



**Nahost-
krise**

Peugeot von amerikanischen Sanktionen betroffen, in Deutschland ist der Anteil mittelständischer Unternehmen, von denen viele kein nennenswertes US-Geschäft haben, hoch. Sie können also im Zweifel ihre Verträge mit Iran trotz amerikanischer Sanktionen erfüllen. Total legte dagegen am Mittwoch sein Großprojekt, die Exploration des iranischen Gasfelds South Pars im Persischen Golf, auf Eis.

Weder für Deutschland noch für Frankreich hat das Irangeschäft allerdings wirklich entscheidende Bedeutung. Nur 0,3 Prozent der französischen Exporte gehen nach Iran, in Deutschland sind es 0,2 Prozent.

Maßnahmen zum Schutz europäischer Firmen haben also vor allem politisch-symbolische Wirkung. Sie sind ein Signal an Trump, dass sich die Europäer nicht alles gefallen lassen. Und ein Signal an Iran, dass die EU wirklich für das Abkommen kämpft. Diese Signale brauchen die Reformer in Teheran, um die Hardliner davon abzuhalten, den Nukleardeal zu kündigen.

Das sogenannte Blocking Statute, das die EU-Kommission nun auf den Weg gebracht hat, sieht vor, europäische Unternehmen, die den US-Sanktionen Folge leisten, Strafzahlungen aufzuerlegen. Im Gegenzug sollen Unternehmen, die den US-Sanktionen trotzen, für Einnahmeausfälle entschädigt werden. Der Rat hat nun zwei Monate Zeit, bevor das Statut in Kraft tritt. Das könnte Deutschland nur verhindern, wenn eine qualifizierte Mehrheit dagegen stimmt.

Die »Blocking Actions« wurden 1996 von der EU verabschiedet, ursprünglich, um US-Sanktionen gegen Iran, Libyen und Kuba zu kontern, die Wirkung auf Drittländer in der EU hatten. Damals verzichtete US-Präsident Bill Clinton auf die amerikanischen Sanktionen, sodass das Statut nie angewandt wurde.

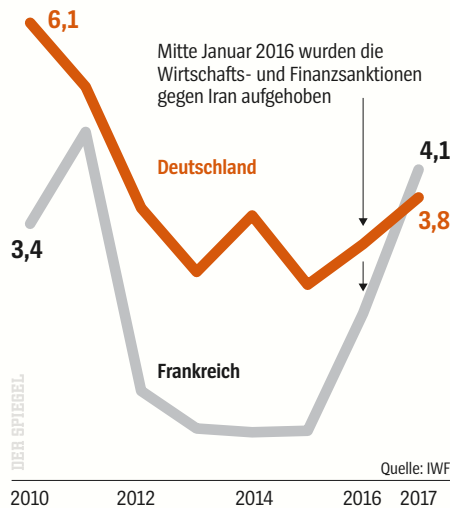
Auch wenn die Chancen als gering eingestuft werden, damit tatsächlich Unternehmen in Iran zu halten, ist Außenminister Maas, anders als Altmaier, zu dem Schluss gekommen, dass es das richtige Signal an die US-Administration wäre.

Altmaier hingegen sieht die Idee des »Blocking Statute« kritisch, im Kanzleramt hält man sie gar für »absurd«. Sollten sich Maas und Altmaier nicht einigen, müsste sich der deutsche Vertreter in Brüssel enthalten. Macron hätte dann einen weiteren Grund, Deutschland in Sachen europäische Außenpolitik als unsicheren Kantonnisten einzustufen.

Eine weitere Idee sieht vor, dass sich die Europäische Investitionsbank in Iran engagiert. Schon im November hatten die EU-Außenminister die Bank beauftragt, ihr Mandat so zu erweitern, dass auch die Finanzierung von Projekten in Iran denkbar ist. Doch bis das wirklich geschieht, kann es dauern. So wurde bislang zwar

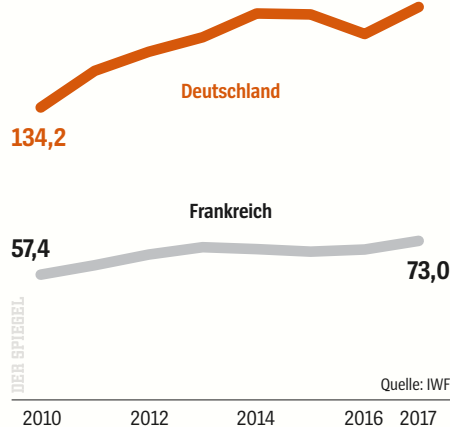
Handelspartner Iran

Außenhandelsvolumen mit Iran, in Milliarden US-Dollar



Handelspartner USA

Außenhandelsvolumen mit den USA, in Milliarden US-Dollar



das sogenannte External Lending Mandate der Bank geändert. Seit April steht Iran nun erstmals im Annex 2 der »potenziell« für Hilfen infrage kommenden Staaten, Geld kann aber erst fließen, wenn das Land in Annex 3 aufrückt, also auf die Stufe etwa des Libanon kommt.

Nächster Schritt wäre dann ein Rahmenabkommen der EU mit Iran, auf dessen Grundlage konkrete Projekte finanziert werden könnten. Problematisch ist aber, dass auch die EIB in den USA, am größten Finanzmarkt der Welt, tätig ist und daher ins Visier der US-Sanktionen geraten könnte.

Nicht nur Macron macht Druck auf Kanzlerin Merkel, auch in der Regierung und den eigenen Reihen sehen manche die Leisetreterei der Kanzlerin kritisch. Außenminister Maas schloss sich am Dienstagabend beim Krisengipfel in Brüssel seinem französischen Kollegen an, der gemeinsam

mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini auf ein Maßnahmenpaket drängte. Man sei nicht ohnmächtig, sagte Maas in Brüssel. Auch wenn es nicht einfach werde, gebe es sicherlich »Möglichkeiten und Instrumente«.

»Wir sollten nicht zu sehr auf Anpassung oder Beschwichtigung setzen, sondern eine selbstbewusste europäische Haltung entwickeln«, sagt auch der CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter. »Es ist richtig, dass die Franzosen sagen, wir Europäer dürfen jetzt nicht unsere Hand an die Hosennaht legen. Nur auf Grundlage klarer Positionen und Geschlossenheit können wir einen Dialog mit den USA fortsetzen, der unseren Interessen dient.«

Kritik an ihrem vorsichtigen Kurs bekommt Kanzlerin Merkel in Brüssel zu hören. »Kriechen ist das Anlocken weiterer Maßnahmen«, sagt der CDU-Europapolitiker Elmar Brok, ein Vertrauter Merkels. »Deswegen muss man auch mal einen Punkt setzen.« Trump liebe starke Verhandlungspartner zwar nicht, »aber er respektiert sie, so wie alle starken Leute nur starke Leute respektieren«. Es brauche, »ein Symbol, dass wir uns nicht alles gefallen lassen«.

Nachgiebigkeit dagegen ermutige Trump in seiner Einschätzung: »Mit denen kann ich's ja machen, die fressen mir aus der Hand«, meint Brok.

Iran jedenfalls, das machte Außenminister Mohammad Javad Zarif diese Woche noch einmal klar, könne sich nicht mit einem »Wir können nichts tun« seitens der Europäer abfinden. »Die EU, Russland und China sind gemeinsam nicht weniger mächtig als die USA«, sagt Irans Botschafter in Berlin, Ali Majedi. Im Streit um die Strafzölle habe sich die EU gemeinsam Trump entgegengestellt und sei damit erfolgreich gewesen. Das Gleiche erwartet Teheran nun für das Nuklearabkommen.

»Wenn die EU, Russland und China die Instrumente in ihrer Hand nutzen, damit Iran von dem Abkommen wirtschaftlich profitiert, werden auch wir das Abkommen weiter befolgen«, so Majedi. Dann könne man auch über Irans Rolle in der Region oder das umstrittene ballistische Raketenprogramm reden, allerdings unabhängig vom Atomabkommen. »Wenn es die Erwartung gibt, dass Iran das Abkommen neu verhandelt und weitere Zugeständnisse macht – das ist nicht akzeptabel.«

Markus Becker, Christiane Hoffmann, Peter Müller, Christoph Schult, Gerald Traufetter

Video
Ausweg aus
der Hilflosigkeit

spiegel.de/sp212018eu
oder in der App DER SPIEGEL



For you. For friends. For family. For 99.



smart



>> Jetzt Ihren passenden smart besonders günstig leasen.

Jeder Mensch ist anders, genau wie jeder smart. Und egal, ob Sie einen smart nur für sich alleine oder für Touren mit Freunden und Familie suchen: Den smart forfour gibt es jetzt ab 99,- Euro¹ im Monat – genauso wie den smart fortwo. Aber nur bis zum 30.6.2018. Mehr Informationen bei Ihrem smart Händler.

Übrigens, alle smart Modelle gibt es jetzt auch rein elektrisch.⁴

**Ohne
Anzahlung.**

www.smart.com

Unser Leasingbeispiel für Privatkunden:

	smart forfour 52 kW ¹
Kaufpreis ²	11.825,00 €
Leasing-Sonderzahlung	0,00 €
Gesamtkreditbetrag	11.825,00 €
Gesamtbetrag	4.752,00 €
Laufzeit in Monaten	48
Gesamtleistung	40.000 km
Sollzins gebunden p. a.	-7,68 %
Effektiver Jahreszins	-7,42 %
48 mtl. Leasingraten à ³	99,00 €



smart – eine Marke der Daimler AG

¹Kraftstoffverbrauch: 4,8l/100 km (innerorts), 3,8l/100 km (außerorts), 4,2l/100 km (kombiniert), CO₂-Emissionen (kombiniert): 97 g/km. Energieeffizienzklasse B. Die angegebenen Werte sind die „gemessenen NEFZ-CO₂-Werte“ i.S.v. Art. 2 Nr. 2 Durchführungsverordnung (EU) 2017/1153, die im Einklang mit Anhang XII der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 ermittelt wurden. Die Kraftstoffverbrauchswerte wurden auf Basis dieser Werte errechnet. Aufgrund gesetzlicher Änderungen der maßgeblichen Prüfverfahren können in der für die Fahrzeugzulassung und ggf. Kfz-Steuer maßgeblichen Übereinstimmungsbescheinigung des Fahrzeugs höhere Werte eingetragen sein. Die Angaben beziehen sich nicht auf ein einzelnes Fahrzeug und sind nicht Bestandteil des Angebots, sondern dienen allein Vergleichszwecken zwischen verschiedenen Fahrzeugtypen. Die Werte variieren in Abhängigkeit der gewählten Sonderausstattungen. ²Unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers, zzgl. lokaler Überführungskosten. Andere Motorisierungs- und Ausstattungsvarianten gegen Aufpreis möglich. ³Ein Leasingbeispiel der Mercedes-Benz Leasing GmbH, Siemensstraße 7, 70469 Stuttgart. Stand 01.04.2018. Ist der Darlehens-/Leasingnehmer Verbraucher, besteht nach Vertragsschluss ein gesetzliches Widerrufsrecht nach § 495 BGB. Das Angebot gilt vom 01.04. bis zum 30.06.2018 (Auftragseingang), sofern die berechnete Lieferung bis zum 31.12.2018 erfolgt. Nur solange der Vorrat reicht und nur bei teilnehmenden smart Händlern. ⁴Nicht im Leasingangebot enthalten. Abbildungen zeigen Sonderausstattungen.

Anbieter: Daimler AG, Mercedesstraße 137, 70327 Stuttgart

Der schillernde Falke

Karrieren Mit Richard Grenell ist ein ungewöhnlicher Diplomat in die US-Botschaft in Berlin eingezogen: laut, modern, offen schwul, erzkonservativ. Er tweetet mehr als sein Präsident.

Inkonsistent ist ein Wort mit vielen Bedeutungen: unbeständig, unstimmig, widersprüchlich. Eigenschaften, die man nicht unbedingt einem Spitzendiplomaten zuschreiben würde. Der neue Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin, Richard Grenell, sagt, er sei in hohem Maße inkonsistent.

Ein Mittagessen in der US-Vertretung am Pariser Platz, der Botschafter spricht über sein Weltbild. Er hat eine kleine Runde aus Journalisten eingeladen, in Rotwein geschmorte Rippchen werden gereicht. Dazwischen platziert der Botschafter Sätze, von denen er weiß, dass sie wirken.

Sein Blick auf die Welt sei nicht ideologisch gefestigt, sagt Grenell. Er passe in keine Schublade, in keine der üblichen Denkrichtungen. Mal fühle er sich als Liberaler, mal als Konservativer. Er wäre zum Beispiel gern ein Verfechter des freien Handels. Doch dann sehe er, dass andere diesen freien Handel manipulierten. Es wäre nicht klug, wenn er dann weiter den freien Handel verteidigen würde.

Jede neue Situation erfordere eine neue Antwort, sagt Grenell, er sei ein Problemlöser. Darin gleiche er dem Präsidenten. Auch Donald Trump sei ideologisch inkonsistent, deshalb habe Trump die Wahl gewonnen. »Ich halte es für einen großen Vorteil für Trump, dass man nicht vorausagen kann, wohin er steuert.« Es halten alle kurz inne nach diesem Satz.

Mit Richard Grenell ist eine neue Art der Diplomatie in die amerikanische Botschaft eingezogen. In ihrer Darstellung modern und bunt, Grenell überlegt etwa, wie die Kunst in der Botschaft anders präsentiert werden könnte.

Außenpolitisch aber argumentiert der Diplomat konservativ und strikt auf Trumps Linie. Sei es in Fragen der Klimapolitik, sei es bei der Frage, ob die Verlegung der US-Botschaft in Israel sinnvoll war. Der Präsident habe im Wahlkampf versprochen, die Botschaft zu verlegen, sagt Grenell. »Anders als viele andere Präsidenten vor ihm hat er sein Versprechen gehalten.« Jerusalem anzuerkennen, bedeute, die Realität anzuerkennen. Kein Wort zu den Toten.

Grenell wendet sich gegen eine zu starke Regulierung von Facebook und Google in Europa und bewundert die deutsche Autoindustrie, auch wenn sie in der Ver-

gangenheit einiges vermasselt habe. Er selbst fährt BMW.

Im Weißen Haus ist Grenell bestens vernetzt, John Bolton, der nationale Sicherheitsberater, ist einer seiner Mentoren und engsten Partner.

Bolton machte zuletzt mit scharfen Sprüchen zu Iran auf sich aufmerksam. In der Frage Nordkoreas forderte er, die atomare Abrüstung müsse dem »Modell Libyen« folgen. Wohl auch deshalb stellte Nordkoreas Diktator Kim Jong Un das geplante Spitzentreffen mit Donald Trump infrage. Die Falken bestimmen die Außenpolitik im Weißen Haus. Auch Richard Grenell ist ein Falke, wenngleich ein schillernder.

Drei Tage vor dem Mittagessen war Grenell in Berlin gelandet, mit seinem Partner Matt Lashey, einem Entwickler von Gesundheits-Apps, ihrem Blue-Lacy-Hund Lola, mit sieben Koffern und Taschen, eine zierte seine Initialen, RG.

Acht Monate hat es gedauert, bis der Senat in Washington seine Nominierung bestätigt hat. Was an der hilflosen Blockadepolitik der Demokraten gegen Trump liegt, aber auch an der ungünstigen Persönlichkeit des neuen Botschafters. Über Hillary Clinton tweetete er einmal, sie sehe immer mehr aus wie Madeleine Albright. Er hat sich dafür entschuldigt.

Man konnte die Reise des neuen Botschafters auf Instagram verfolgen. Dort teilt er sein Leben mit allen, die es sehen wollen. Man entdeckt unter vielen fröhlichen Selfies mit Freunden auch sein Haus in Palm Springs, das er mit seinem Partner selbst entworfen und eingerichtet hat, das Bild einer Drag Queen an der Wand, des Künstlers Magnus Hastings. Man lernt, dass Lola, dem Hund, drei Tumoren entfernt werden mussten. Man begleitet Grenell zum Britney-Spears-Konzert. Man sieht ihn mit einem Hut auf dem Kopf, den Truthahnschenkel zieren, beim »Turkey Trot«, einem Benefizlauf zu Thanksgiving. Er ist sich für nichts zu schade, er lacht viel auf diesen Bildern.

Atmosphärisch wird sich der diplomatische Alltag in Berlin verändern. Grenell ist nicht gekommen, um den Flurschaden, den die Tweets und Statements aus Washington in Deutschland und Europa hinterlassen haben, wieder zu bereinigen. Er kann höchstens erklären, warum er entstanden ist.

Grenell ist laut, wie sein Präsident. Er twittet mehr als Trump. Ihm liegt die Provokation näher als der Kompromiss. Doch er sucht die konstruktive Auseinandersetzung, er fordert sie von seinem Gegenüber ein. Schreibe doch mal, was uns verbindet, und nicht nur, was uns trennt, empfiehlt er den Journalisten. Hört endlich auf die schweigende Mehrheit in eurem Land und nicht nur auf die, die laut sind. Er glaubt, dass Politiker wie Jens Spahn, Sebastian Kurz und Christian Lindner genau das begriffen hätten. Er wolle ein »begieriger Zuhörer« sein, sagt Grenell, aber er sei auch einer, der »rundheraus spricht«.

Zu den Deutschen sprach er rundheraus gleich am ersten Amtstag mit einem Tweet: »Deutsche Firmen, die in Iran tätig sind, sollten ihre Geschäfte sofort herunterfahren.« Trump hatte am selben Tag angekündigt, das Atomabkommen mit Iran aufzukündigen.

Der Tweet kam nicht gut an, er widersprach den Regeln der Diplomatie, dass man seinem Gastgeber nichts auftrage. Es liege ihm fern, den Deutschen Anweisungen zu geben, sagt Grenell. Und doch hat er diesen Satz bewusst gesetzt: Er ist nicht nur eine Drohung, man kann ihn auch als Angebot begreifen.

Er erwähnt das Beispiel der Chinesen, die sich nach Trumps ausdrücklichem Wunsch den Sanktionen gegen Nordkorea angeschlossen hätten. Dafür belohne sie Trump nun mit besseren Konditionen. Grenell erinnert daran, dass die EU mit den USA ja derzeit über Einfuhrzölle auf Stahl und Aluminium verhandeln. Trump werde ein Paket aus verschiedenen politischen Entscheidungen schnüren und sie nicht isoliert betrachten. Der Tweet, er sollte auch eine Verlockung sein.

Es ist erstaunlich, wie unterschiedlich innerhalb und außerhalb der Botschaftsmauern die Sicht auf die derzeitige Weltlage ist. Während in Zeitungen nach der Aufkündigung des Iran-Deals von einem Ende der westlichen Allianz die Rede ist, vermag der amerikanische Botschafter keinen tiefen Graben zwischen Europa und den USA zu erkennen. Im Gegenteil: Er sieht die Iran-Frage als Beleg, dass man auf derselben Seite stehe. Er rät, sich die Erklärung genau anzusehen, die Deutschland, Frankreich und Großbritannien zu Iran abgegeben haben. Darin würden sie die Angst der USA, der Iran könne Atomwaffen erlangen, teilen.

Richard Grenell sieht sich als Freidenker, doch in Wahrheit ist auch er ein Teil der politischen Klasse. Nachdem er in Missouri studiert und später die Harvard Kennedy School mit einem Master abgeschlossen hatte, arbeitete er als Sprecher für den damaligen Gouverneur des US-Bundesstaats New York, George Pataki, als Sprecher der Oberbürgermeisterin von



MICHAEL HÜBNER / BILD

Botschafter Grenell in seiner Berliner Residenz: Einer, der »rundheraus spricht«

San Diego und für republikanische Kongressabgeordnete.

Im Jahr 2000 half er im Wahlkampf des republikanischen Präsidentschaftskandidaten John McCain, der schließlich George W. Bush unterlag. Bis heute bezeichnet er John McCain als seinen Mentor, obwohl man von McCain weiß, für wie gefährlich er Trump hält. »So beginnen Diktaturen«, hat der republikanische Senator gesagt, nachdem Trump die Medien als »Feinde des Volkes« bezeichnet hatte. Für Grenell ist die Unabhängigkeit McCains entscheidend. Ihm sei es egal, was Republikaner über eine Sache denken würden, was die Demokraten.

McCain mache sich jedes Mal ein eigenes Bild. Das bewundere er, so denke auch er.

Von 2001 bis 2008 war Grenell Pressesprecher für die US-Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York, so lange wie kein anderer. Schon damals war das Verhältnis zu den Deutschen angespannt: Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte sich dem Irakkrieg verweigert, George W. Bush war mit seinem Folter- und Vergeltungsprogramm nach 9/11 bei den Deutschen ähnlich beliebt wie heute Donald Trump mit seinen Tweets.

Dennoch findet der neue Botschafter: »Man muss nur einen Tag bei den Verein-

ten Nationen verbringen, um zu spüren: Deutschland und die USA sind auf einer Seite. Wir sind Freunde, auch wenn wir Meinungsverschiedenheiten haben. Wir glauben an dieselben Werte; Demokratie, Menschenrechte, an die Regeln des Gesetzes und den Kapitalismus.«

Nach seiner Zeit bei der Uno gründete Grenell mit Capitol Media Partners sein eigenes Unternehmen. Die Firma berät Regierungen, Unternehmen und Persönlichkeiten mit außenpolitischen Interessen. Grenell arbeitete etwa mit George Clooney oder mit Ryan Gosling zusammen. Er kenne die Welt der Medien, sagt Grenell, »ich liebe sie«. Er möchte in Berlin viel mit Journalisten arbeiten, auch, um ihren Blick auf Amerika zu weiten.

Außenpolitisch ist Grenell ein Hardliner, doch er hat auch weiche Seiten. Bisweilen bricht seine Stimme, etwa dann, wenn er über John McCain spricht, der ihn im Senat nicht mitwählen konnte, weil er sterbenskrank zu Hause ist. Wenn er über seine eigene Krebserkrankung spricht, die er mit Chemotherapien besiegt hat. Wenn er von der dicken Bibel erzählt, auf die er seinen Eid abgelegt hat: Sie stammt aus dem Jahr 1892 und gehörte seinem Urgroßvater. Grenell ist gläubig, zu Hause betet er mit seinem Partner jeden Tag.

Emotional wird er auch, wenn er von Momenten erzählt, in denen seine Homosexualität politisch gegen ihn verwendet wurde.

Es war vor sechs Jahren, im August 2012. Ricard Grenell, damals 45 Jahre alt, stand im Honey Pot, einer Bar in Tampa, Florida. Eine Schwuleninitiative der Republikaner hatte zur Party eingeladen.

Kurz zuvor hatte der Parteitag der Republikaner den Mormonen Mitt Romney zum Präsidentschaftskandidaten nominiert, Grenell war in seinem Team der außen- und sicherheitspolitische Sprecher. Nach drei Wochen aber schmiss er hin, evangelikale Gruppen in der Partei hatten gegen ihn und seine sexuelle Orientierung gehetzt. Das Wahlkampfteam empfahl ihm, sich mit Äußerungen zurückzuhalten. »Es ging irgendwann nicht mehr um meine außenpolitische Kompetenz, sondern nur noch darum, dass ich schwul bin«, sagte Grenell damals in der Bar. Das habe ihn tief getroffen.

Donald Trump dagegen, der erst vor Kurzem angeordnet hat, Transsexuelle aus dem Militär auszuschließen, hatte mit der Homosexualität seines neuen Botschafters offenbar kein Problem. Er machte Richard Grenell zu seinem bislang höchstrangigen offen schwulen Beamten. Das, sagt Grenell, habe nicht jeder von Trump erwartet. Es sei die ideologische Inkonsistenz, die Unberechenbarkeit. Martin Knobbe



Murks mit Siegel

Affären 1000 Euro zahlen – und schon lief das Asylverfahren schnell und erfolgreich: Ein Flüchtling erzählt, wie einfach es wohl war, in Bremen den gewünschten Bescheid zu bekommen.

Nuri Khalil* steht in einem gelben Nike-Shirt vor zwei Fleischspießen in einer Dönerbude in Cuxhaven. Der Kurde lebt seit mehr als 20 Jahren in Deutschland, aber ein anerkannter Flüchtling ist er erst seit Kurzem, seit zwei Jahren.

Seine vorherigen Versuche hatten nicht gefruchtet. Den ersten Asylantrag hatte das Amt abgelehnt, seine Klage das Verwaltungsgericht abgeschmettert. Khalil hätte, wenn alles nach Recht und Ordnung in der Bundesrepublik gelaufen wäre, vor Jahren abgeschoben werden sollen.

Aber dann hörte Khalil von diesem Anwalt, Irfan C., dem nachgesagt wurde, auch in schwierigen Fällen helfen zu können. Gegen Geld, bar auf die Hand. Khalil fuhr in die Kanzlei nach Hildesheim – und erhielt wenige Monate später die ersehnte Anerkennung.

Khalil eilt hinter der Theke seiner Dönerbude hervor und legt stolz seine Papiere

auf den Tisch. »Die Flüchtlingseigenschaft wird zuerkannt«, steht in dem dreiseitigen Asylbescheid der Flüchtlingsbehörde aus Bremen. Ziel erreicht.

Sein Fall klingt nicht nach der Bundesrepublik, die von dem Selbstverständnis lebt, dass ihre Behörden und ihre Bürokratie funktionieren und ihre Beamten streng nach Vorschrift arbeiten. Was sich in Bremen, in der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), in den vergangenen Jahren ereignet hat, klingt eher nach Bananenrepublik.

Der Fall von Khalil wäre wohl in jeder anderen Flüchtlingsbehörde mit spitzen Fingern angefasst worden, in Bremen aber hatte der Kurde innerhalb kurzer Zeit Erfolg. Und mit ihm vermutlich viele andere. Die Staatsanwaltschaft Bremen ermittelt wegen mutmaßlichen Asylmissbrauchs in mindestens 1176 Fällen.

Als Khalil seinen Asylantrag stellte, legte er einen gefälschten syrischen Ausweis vor. Trotz Hinweisen, dass er log, wurden die Papiere nicht geprüft, und Khalil er-

hielt die Anerkennung. Den Bescheid unterschrieb Ulrike B., langjährige Chefin der Außenstelle. Die Beamtin aus Bremen und der Anwalt aus Hildesheim sind die Schlüsselfiguren in der Affäre.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die beiden sowie zwei weitere Anwälte, einen Dolmetscher und einen Vermittler – und kaum ein Tag vergeht, ohne dass neue peinliche Details ans Licht kommen. Das Bamf mit seiner Chefin Jutta Cordt muss sich rechtfertigen, weil es schon 2014 und danach immer wieder alarmierende Berichte erhielt, aber bestenfalls halbherzig handelte (SPIEGEL 20/2018). Und inzwischen ist auch ein Politiker im Blickpunkt, der wie kein anderer für Recht und Ordnung steht: Horst Seehofer, Bundesminister des Innern.

Das Bamf, das ihm unterstellt ist, kann immer noch nicht sagen, wie groß das Ausmaß des Skandals ist. »Da weiß die eine Hand nicht, was die andere tut«, kritisiert Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (SPD). Die FDP forderte bereits einen Untersuchungsausschuss im Bundestag.

Die Innenminister der Länder treibt die Frage um, wie groß das Sicherheitsrisiko war, das durch das Schlupfloch in der Bremer Dienststelle entstanden ist. Die Behörde winkte in vielen Fällen auch Flüchtlinge aus anderen Bundesländern durch, vor allem aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, zudem Bayern oder Brandenburg. Und das häufig, ohne die Identität der Asylbewerber und ihre Fluchtge-

* Name geändert.

schichte ordentlich überprüft zu haben. Ulrike B. schaute sich die Fälle der Asylsuchenden offenbar nur oberflächlich an, verzichtete vielfach darauf, Fingerabdrücke zu nehmen.

Bei Nuri Khalil aus Cuxhaven hat sich inzwischen herausgestellt, dass seine Papiere aus dem Gebiet der Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) stammten. Khalil sagt, ein Bekannter habe ihm die Dokumente für 550 Euro besorgt, sie seien ihm als Original angeboten worden, mit dem IS habe er nichts zu tun. Das kann man glauben oder nicht, für Bamf-Mitarbeiter jedenfalls galten klare Vorschriften: Solche Fälle sind dem Sicherheitsreferat des Amtes zu melden. Die Experten entscheiden dann, ob sie die Geheimdienste oder die Polizei informieren.

Es gibt weitere Beispiele dafür, dass die Bremer Praxis zu Sicherheitslücken führte. Ein Asylbewerber legte Papiere aus der einstigen IS-Hochburg Rakka vor, ohne dass diese geprüft wurden. Ein anderer berichtete in seiner Anhörung, er sei in Syrien beim Geheimdienst gewesen. Selbst diesen Vorgang meldete Ulrike B. offenbar nicht den Sicherheitsexperten. Gleiches gilt für einen Mann, der erzählte, in einem PKK-Lager mit Waffen hantiert zu haben.

Khalil ist der erste Nutznießer, der öffentlich darüber spricht, wie einfach er zu einem Bescheid aus Bremen kam. Wobei er selbst dort gar nicht vorstellig werden musste. Das habe alles Rechtsanwalt Irfan C. für ihn erledigt, sagt er.

Bekannte hätten ihm den Anwalt empfohlen. Er erinnere sich gut an das Gespräch in der Kanzlei in Hildesheim, sagt Khalil, 1000 Euro habe der Anwalt für seine Dienste verlangt. Khalil sagt, er hätte sogar das Doppelte gezahlt, wenn es noch schneller mit der Flüchtlingsanerkennung geklappt hätte, »ich hatte so viele Jahre lang Ärger«.

Irfan C. versprach nicht zu viel. Am 31. Mai 2016 erhielt Khalil seinen Bescheid, mit Dienstsiegel und Unterschrift der Bremer Bamf-Leiterin. Unter Asylbewerbern sprach sich der Erfolg des Anwalts herum. Auch sein Bruder sei bei Irfan C. gelandet, sagt Khalil, »der bezahlte 500 Euro Anzahlung«. Bei erfolgreichem Abschluss sollte er für seine vierköpfige Familie noch mal 1500 Euro drauflegen, »in bar«.

Die Schilderungen von Khalil decken sich teils mit einer E-Mail, die ein leitender Beamter aus Bremen im Juli 2017 an die Nürnberger Bamf-Zentrale schickte. Er belastet darin seine langjährige Chefin Ulrike B.: Sie habe »massenhaft« die Verfahren von Anwalt C. »vorgezogen«. Statt bis zu eineinhalb Jahre auf ihr Verfahren zu warten, sei den Jesiden, die der Anwalt vertrat, manchmal innerhalb einer Woche der Flüchtlingsstatus zuerkannt worden. Der Beamte berichtete auch davon, dass Geld

im Spiel sei: Der Anwalt kassiere vorab 700 Euro pro Flüchtling und organisiere mittwochs und freitags eine Bustour für Flüchtlinge nach Bremen.

Ob Ulrike B. von den Honoraren des Anwalts wusste, womöglich davon profitierte, ist nicht bekannt. Bisher beschränkt sich der Korruptionsvorwurf gegen sie darauf, dass sie sich angeblich eine Hotelübernachtung bezahlen und zum jesidischen Neujahrsfest einladen ließ. B.s Verteidiger hat bestritten, dass seine Mandantin sich bestechen ließ. Fragen zum mutmaßlichen Asylmissbrauch beantworten weder die Beamtin B. noch Anwalt C.

In den Bundesländern ist die Aufregung groß. Sie wollen wissen, in welchem Ausmaß sie von den Missständen betroffen sind; von der Bundesregierung sei bisher nicht viel gekommen, beklagt ein Beamter.

In dieser Woche trafen sich Staatssekretäre von Bund und Ländern in Berlin, um die Innenministerkonferenz Anfang Juni vorzubereiten. In einem Beschlussvorschlag verlangen die Länder vom Bund, »für eine umfassende Aufklärung« zu sorgen. Alle »in Verbindung mit dem Korruptionsskandal stehenden Asylentscheidungen« müssten überprüft und fehlende »erkennungsdienstliche Behandlungen unverzüglich« nachgeholt werden.

Da nur ein Teil der Flüchtlinge, die mutmaßlich zu Unrecht anerkannt wurden, in Bremen lebt, soll nun das Bundesamt für Verfassungsschutz die sicherheitsrelevanten Fälle bearbeiten. Dort habe man bereits Zustimmung signalisiert, heißt es.

Einen Fall haben die Verfassungsschützer ohnehin seit Längerem im Blick. Im Frühjahr 2017 warnte das Kölner Bundesamt vor Muhammad M., der möglicherweise eine Verbindung zur Terrorgruppe IS habe. Auch er war in Bremen als Flüchtling anerkannt worden. In dem Asylver-

fahren hatte er auf alle Fragen harmlose Antworten angekreuzt. Mit bewaffneten Gruppen habe er nichts zu tun. Aber als er sich ausweisen sollte, zeigte er einen syrischen Militärpass vor.

Der Fall beschäftigte auch das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum in Berlin-Treptow. Ende 2017 war M. aber wieder verschwunden, angeblich, um in Syrien zu kämpfen. Unklar ist, auf welcher Seite.

Ein weiterer Fall: Dalaf E., ein 45 Jahre alter Mann mit ungeklärter Herkunft. 2014 wollte die Ausländerbehörde ihm sein Aufenthaltsgesetz in Deutschland entziehen. Dalaf E. hatte in den vorangegangenen zehn Jahren immer wieder Straftaten begangen, dafür auch in Haft gesessen. Gerichte in Zerbst, Dessau und Wuppertal hatten ihn verurteilt, wegen versuchter räuberischer Erpressung, Strafvereitelung, Bedrohung. »Ich bring dich um, es ist mir scheißegal, ob ich dafür in den Knast gehe«, so bedrohte er seine Ex-Partnerin. Auch in Griechenland wurde E. schon verurteilt, wegen des Versuchs der Schleuserei.

Die Bremer Bamf-Außenstelle aber gewährte ihm Flüchtlingsschutz. Sein Anwalt: Irfan C. aus Hildesheim. Erst jetzt, im Nachhinein, stellten Prüfer des Amtes fest, dass die Straftaten wohl »ein Ausschlussgrund« gewesen wären und die Anerkennung vermutlich »von Anfang an rechtswidrig war«. Offenkundig kein Einzelfall – Hunderte Bremer Entscheidungen sollen rückgängig gemacht werden.

Der Bremer SPD-Innensenator Mäurer will endlich alle Fakten haben, der Umgang mit der Affäre verärgert ihn. Noch im November habe es aus Nürnberg geheißen: alles in Ordnung. Dabei habe es im Bamf längst ein Disziplinarverfahren gegen Ulrike B. gegeben, kurz darauf habe das Amt sogar Strafanzeige erstattet. Auch die Bundesregierung habe offensichtlich Ende 2017 falsche Informationen verbreitet, das sei »befremdlich«, sagt Mäurer.

Eine Kleine Anfrage im Bundestag hatte zutage gefördert, dass in Bremen die Asyl-Anerkennungsquoten ungewöhnlich hoch waren. Das Bamf wiegelte ab. Am 17. Oktober schrieb die Nürnberger Zentrale an das Bundesinnenministerium: Auch wegen der »extrem flüchtlingsfreundlichen Politik der grün-roten Bremer Koalition« sei die Hansestadt zum Anzugsort für Jesiden geworden – und diese hätten nun mal hohe Anerkennungschancen.

Dabei lagen dem Bamf bereits zahlreiche Hinweise auf massive Unregelmäßigkeiten vor, die nicht in der Bremer Landespolitik zu suchen waren – sondern im eigenen Amt. Inzwischen haben interne Ermittler bundesweit 4568 Fälle durchleuchtet: Drei Viertel der Bremer Verfahren waren Murks.

Hubert Gude, Wolf Wiedmann-Schmidt



ALEX KRAUS / LAIF

Bamf-Chefin Cordt 2017
Peinliche Details

Ein Bayer in Brüssel

Konservative Der Fraktionschef der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, bringt sich als Spitzenkandidat bei der Europawahl in Stellung. Kann ausgerechnet ein CSU-Mann die EU führen?



Europapolitiker Weber (M.), Festbesucher in Postmünster: »Er muss das machen«

Der Absender spart nicht mit freundlichen Worten. Wie kein zweites Unternehmen stehe Siemens für »das bayerische Erfolgsmodell«, heißt es in dem Schreiben aus Straßburg, die Firma sei ein »weltweiter Leuchtturm für Ideenreichtum«. Daher wäre es umso schöner, wenn der »liebe Herr Kaeser« es einrichten könnte, beim Kongress der Europäischen Volkspartei (EVP) zum Thema »freier und fairer Welthandel« zu sprechen.

Der Siemens-Boss, so versichert der Autor des Briefes, werde sich in illustrierter Gesellschaft befinden. Bundeskanzlerin Angela Merkel habe zugesagt, sogar Paul Ryan sei eingeladen, der Sprecher des US-Repräsentantenhauses.

Wer das Schreiben liest, mit dem Manfred Weber, der Fraktionschef der EVP im Europaparlament, für das Treffen seiner Fraktionspitze wirbt, bekommt den Eindruck, er bereite eine Krönungsmesse vor.

Der Aufmarsch internationaler Prominenz mag auch der bayerischen Landtagswahl im Oktober geschuldet sein, bei der die CSU um die absolute Mehrheit kämpft. Doch CSU-Vize Weber, 45, geht es um mehr. Er trägt sich mit dem Gedanken, als Spitzenkandidat der EVP für die Europawahl ins Rennen zu gehen. Das Münchner

Programm ist daher ganz auf ihn zugeschnitten. Erfolge im Europaparlament, Prioritäten der EU, Weber spricht zu allem. Damit es an Berichterstattung nicht mangelt, bietet seine EVP-Fraktion Journalisten, die aus Brüssel anreisen, sogar an, ihre Flug- und Hotelkosten zu erstatten.

Es geht um das höchste Amt, das Europa zu vergeben hat. Als Spitzenkandidat würde Weber nicht nur auf dem ganzen Kontinent für die EVP Wahlkampf machen. Seit der Europawahl 2014 ist die Wahrscheinlichkeit deutlich gestiegen, dass der Sieger anschließend zum Chef der Kommission aufsteigt, des mächtigen Brüsseler Beamtenapparats mit über 30 000 Mitarbeitern. Da die EVP mit ziemlicher Sicherheit als stärkste Parteienfamilie aus der Wahl in genau einem Jahr hervorgehen wird, ist die Frage ihres Spitzenkandidaten eine Art Vorentscheidung für den Posten des Kommissionspräsidenten.

Weber wäre der erste Deutsche auf dem Posten seit Walter Hallstein in den Sechzigerjahren. »Es ist gar keine Frage«, sagt der Bundestagsabgeordnete Max Straubinger aus Webers Heimat, »er muss das machen.« Parteichef Horst Seehofer, mit dem Weber vergangene Woche unter vier Augen in Berlin sprach, sieht das ähnlich.

Am vergangenen Sonntag sitzt Weber am frühen Nachmittag im Schatten vor einem Bierzelt in niederbayerischen Postmünster und stürzt einen halben Liter Mineralwasser hinunter. Eben hat er sich bei über 30 Grad schweißnass geredet, unter anderem warb er für mehr Demokratie in Europa, ein sperriges Thema fürs Bierzeltpublikum, noch dazu am Muttertag und bei bestem Grillwetter.

Weber hat das ganz gut hingekriegt, er ist beliebt in der Partei. In der CSU ist das für einen Europapolitiker eher ungewöhnlich. Offiziell lässt er sich nicht in die Karten blicken, ob er als Spitzenkandidat antreten will. »Die Frage steht jetzt nicht an«, sagt er. Er fühle sich an der Fraktionspitze wohl. Im kleinen Kreis jedoch hat er längst zu erkennen gegeben, wie sehr ihn der Job des Kommissionschefs reizt.

In den Tagen, an denen die CSU-Spitze im vorigen Herbst damit haderte, Markus Söder zum Alleinherrscher in Bayern aufsteigen zu lassen, ging es auch darum, ob Weber bereit wäre, von Brüssel nach Berlin oder München zu wechseln, um CSU-Parteichef zu werden. Weber liebäugelte zwar mit dem Posten, bestand aber darauf, die CSU von Brüssel aus zu führen. Der Grund, so vertraute er seinen Mitstreitern an: »Den Kommissionschef zu stellen, so eine Chance gibt es für die CSU so schnell nicht wieder.«

In Europas Hauptstädten steht das Thema ebenfalls auf der Tagesordnung. Egal ob Weber im Élysée-Palast vorbeischaute oder am Wiener Ballhausplatz, überall soll er sich erklären, ob er antreten wird. Und immer ist seine Antwort die gleiche: Den Sommer über will er das Bewerberfeld sichten, dann soll die Entscheidung fallen. Die EVP will ihren Kandidaten im Herbst in Helsinki küren, klare Favoriten gibt es nicht, das macht die Sache so reizvoll.

Zwar macht sich Michel Barnier Hoffnungen auf den Posten. Der Franzose wollte bereits 2014 Spitzenkandidat werden, damals unterlag er Jean-Claude Juncker. Nun eilt der Brexit-Chefunterhändler genauso eifrig durch Europas Hauptstädte wie Weber. Als Barnier zuletzt in Berlin war, schaute er kurz bei Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer in der CDU-Zentrale vorbei, sicher kein Zufall.

Allerdings ist Barnier schon 67 Jahre alt, dazu kommt, dass Frankreichs Präsident Emmanuel Macron womöglich lieber einen Getreuen in die nächste Kommission schicken will als einen Vertreter genau jenes Parteiensystems, das er bei der Wahl in Frankreich eben erst atomisiert hat.

Christine Lagarde wiederum, die Präsidentin des Internationalen Währungsfonds in Washington, hat zwar einen klangvollen Namen. Ihr Problem ist aber, dass Wähler in den von Sparprogrammen geknechteten Ländern wie Griechenland oder Portugal es als Zumutung empfinden dürften, für

QUELLE: FACEBOOK

die Chefin des verhassten IWF zu stimmen. Bedenken gibt es auch gegen die litauische Staatschefin Dalia Grybauskaitė, deren Name in Brüssel zuletzt häufig fiel. Wer aber traut sich, die Dame mit dem sperrigen Namen in Aschaffenburg oder Taufkirchen zu plakatieren?

Weber kennt die Nachteile der Kandidaten genau, in ihren Schwächen sieht er seine Chance. Für die Operation Spitzenkandidat hat er sein Brüsseler Team verstärkt, Udo Zolleis wechselte vom Planungstab der CSU-Landtagsfraktion nach Brüssel, der Politikprofessor schreibt nun Webers Reden und dient als Ideengeber.

Auffällig oft ist Weber derzeit auch in jenen Ecken Europas unterwegs, in denen die Unterstützung für einen deutschen Kandidaten alles andere als selbstverständ-

In Deutschland wird dieses Anbandeln mit den Mächtigen Europas kaum beachtet, doch Weber will ja nicht nur in seiner Heimat gewählt werden, sondern in allen 27 EU-Ländern. Im Ausland ist er eine feste Größe. Mitte April hatte Weber einen Termin bei Macron, seine Leute rechneten jede Minute mit einer Absage, es war der Tag, an dem zwischen Frankreich, Großbritannien und den USA die Entscheidung fiel, Syrien mit Raketen zu beschießen.

Doch Macron empfing Weber im Élysée-Palast, eine Dreiviertelstunde lang redeten die beiden unter vier Augen, auf Englisch. Zwischen zwei Telefonaten, in denen Macron, Theresa May und Donald Trump ihren Militärschlag gegen Assad planten, ging es um die Zukunft des Euro und die Frage, ob der siegreiche

Eine entscheidende Rolle in Webers Bewerbung spielen seine Fraktionskollegen. Vielen Abgeordneten gilt es als Krönung der europäischen Demokratie, wenn erstmals einer wie sie, ein Parlamentarier, an die Kommissionsspitze rückt. »Wenn Manfred Weber als Spitzenkandidat der EVP antreten will, wird er die breite Unterstützung der Fraktion erhalten«, sagt Daniel Caspary, der Chef der deutschen Unions-Europaabgeordneten.

Unklar ist noch, wieweit sich Weber mit seinem Kurs in seiner eigenen Partei durchsetzen kann. Zwar hat Parteichef Horst Seehofer intern bereits zu erkennen gegeben, dass die brachiale Anti-EU-Strategie der vergangenen Europawahl ein Fehler gewesen sei. Im Frühjahr 2014 zog der eigens zum stellvertretenden Parteichef

Hinter jedem erfolgreichen Trader steht ein erfahrener Broker

Über 20 Jahre Erfahrung machen uns zu einem Pionier des Online-Handels. Profitieren Sie davon!

Alle Trades ein Preis:

3,90€*

*An deutschen Börsenplätzen sowie im außerbörslichen Handel (außer Eurex und CFD-Handel). Ggf. anfallende fremde Kosten und börsenplatzabhängige Entgelte sowie Telefon-, Fax- und Briefzuschläge für die Ordererteilung werden zusätzlich berechnet. Nach Ablauf des Vergünstigungszeitraumes von 12 Monaten handeln Sie ab 9,90 Euro. Nur für comdirect Depotneukunden. comdirect bank AG, Pascallehre 15, 25451 Quickborn, info@comdirect.de

Jetzt lostraden auf www.comdirect.de/trading

comdirect

lich ist. Zuletzt half er Parteifreunden in Slowenien im Wahlkampf. Ungewöhnlich häufig taucht Weber auch in italienischen Zeitungen auf, für den »Corriere della Sera« gab er im vergangenen halben Jahr gleich drei Interviews. Und wenn Silvio Berlusconi in Brüssel weilt, eilt Weber zum intimen Dinner, das der skandalumwitterte Pate der Forza Italia in seiner Suite im Steigenberger-Hotel an der noblen Avenue Louise zubereiten lässt.

Selbst mit Ungarns Premier Viktor Orbán kennt Weber keine Berührungsängste, auch dessen Fidezs-Partei hat mitzureden, wenn in Helsinki die Entscheidung fällt. »Die Politiker, die die Grenze in Europa sichern, haben Unterstützung verdient«, ruft Weber im Bierzelt in Postmünster. Orbán weiß es zu schätzen, wenn sich ein Mann des Mainstreams hinter ihn stellt.

Spitzenkandidat auch Kommissionschef werden soll.

Macron ist kein Freund dieser Idee, auch deshalb nicht, weil seine Bewegung En Marche keiner der traditionellen Parteienfamilien angehört und er so keinen eigenen Kandidaten mit Aussicht auf Erfolg ins Rennen schicken kann. Doch das heißt nicht, dass Weber ohne Verbündete wäre, im Gegenteil. Gerade die jüngeren Regierungschefs im Europäischen Rat wünschen sich, dass nicht erneut ein ergrauter Ehemaliger wie José Manuel Barroso oder Juncker an die Kommissionspitze rückt. Irlands Regierungschef Leo Varadkar denkt so, ebenso Österreichs Kanzler Sebastian Kurz; 39 ist der eine, 31 Jahre alt der andere. Logisch, dass es sich Kurz nicht nehmen lässt, bei Webers EVP-Sause in München vorbeizuschauen.

beförderte EU- und Eurokritiker Peter Gauweiler als Spitzenmann durch Bayern und lästerte über Brüssel. Das Ergebnis: Die Zahl der CSU-Europaparlamentarier schrumpfte von acht auf fünf.

Auf der anderen Seite aber passt ein allzu europafreundlicher Kurs nicht zu der Strategie, der die CSU derzeit sonst alles unterordnet: Sie will so weit nach rechts rücken, dass für die AfD nur noch die rechtsradikale Schmutzdecke bleibt.

Hinterm Bierzelt in Postmünster winkt Weber ab. Wenn ein Bayer Kandidat für einen ganzen Kontinent würde, dann würde dies der CSU auch in Bayern gleich vier oder fünf Prozent mehr bringen, meint er.

Und ihn womöglich an die Spitze der EU. Peter Müller



Finanzminister Scholz

Der Fehlstart

SPD Zwei Monate nach der Kanzlerwahl fürchten viele Sozialdemokraten, dass sie in der neuen Regierung genauso schlecht abschneiden könnten wie in der alten. Erste Genossen drohen bereits mit einem vorzeitigen Ende der Großen Koalition.

Andrea Nahles ist selbst mal Juso-Vorsitzende gewesen, deshalb dürfte sie eine ungefähre Vorstellung davon gehabt haben, was ihr bevorsteht, als sie sich am späten Sonntagvormittag im Willy-Brandt-Haus aufs Podium stellt. Doch es kommt eher noch etwas dicker. Am Muttertag. Ausgerechnet.

Am Morgen hat sie sich daheim in der Eifel noch schnell ein selbst gebasteltes Geschenk von ihrer Tochter überreichen lassen, dann musste sie los, nach Berlin, wo wieder mal Ärger wartete – diesmal in Gestalt von mehr als 200 Jusos, die nun von Nahles wissen möchten, wie es weitergeht mit der SPD. Und die, vor allem das, mal ordentlich Dampf ablassen wollen.

»Wann kriegt die Union jetzt endlich auf die Fresse?«, fragt eine Junggenossin.

Einer fordert »mehr Umverteilung«. »Mir fehlt eine sozialdemokratische Sicherheitspolitik«, motzt ein anderer.

Was nütze der SPD eigentlich das Bundesfinanzministerium, »wenn wir jetzt die

Schäuble-Politik fortsetzen«? Und überhaupt: »Wo ist die Grenze des Erträglichen in dieser Koalition?«

Am Ende, nachdem sie anderthalb Stunden lang ruhig und ausführlich auf jede Frage, jeden Vorwurf, jede Forderung eingegangen ist, atmet Nahles durch und sagt: »Ich denke, das war jetzt gut.«

Tatsächlich weiß sie: Gut ist derzeit wenig in der SPD. Oder auch: fast nichts.

Natürlich sind die Jusos immer ein bisschen linker, feurer und empörter als der sozialdemokratische Durchschnitt. Doch Kritik, wie sie sich Nahles von den Jusos anhören muss, ist derzeit an vielen Stellen in der Partei zu hören. Der Unmut der Jungsozialisten steht stellvertretend für eine Stimmung in der Sozialdemokratie, die schon jetzt gefährlich ist – für Nahles und den Rest der Parteispitze, aber auch für den Fortbestand der Koalition.

Eigentlich sollte diesmal ja alles anders werden als 2005 und 2013, anders also als in den ersten beiden Bündnissen mit Ange-

la Merkels Union. Diesmal, so hatten es die Spitzengenossen den zahlreichen Zweiflern und Gegnern versprochen, würde die SPD nicht nur als fleißiges Anhängsel der Union wahrgenommen und am Ende vom Wähler abgestraft werden. Stattdessen, so hatte es gerade Nahles beschworen, werde man in der Regierung als eigenständige Partei sichtbar bleiben und neue sozialdemokratische Ideen entwickeln. Um dann 2021 stärker zurückzukommen.

Davon ist zwei Monate nach dem Start der Großen Koalition allerdings wenig zu sehen. Die Union prägt den Diskurs, während sich die SPD in internen Debatten über die Agenda 2010 oder die Russlandpolitik verheddert. Von der sozialdemokratischen »Erneuerung«, wie sie die Parteispitze versprochen hatte, hört man nicht viel. Stattdessen geht es im neuen Regierungsbündnis kaum anders zu als im alten.

Dabei kämpft die SPD um ihr Überleben. In Umfragen rangiert sie mittlerweile regelmäßig unter 20 Prozent, und das

Misstrauen gegenüber der Führung sitzt so tief wie nie. »Wir haben als Parteiführung vor dem Mitgliederentscheid ein Versprechen abgegeben, in der neuen Großen Koalition anders zu agieren als in der letzten«, mahnt Matthias Miersch, einflussreicher Chef der Linken in der SPD-Bundestagsfraktion. »Wir müssen jetzt liefern.«

Und wenn nicht? Dann wird in der SPD derzeit nicht einmal die äußerste Konsequenz ausgeschlossen: dass die Koalition, die keiner wollte, vorzeitig platzen könnte. Womöglich, so wird es in der Partei ventiliert, schon im nächsten Jahr. Der Bremer Regierungschef Carsten Sieling warnt bereits: »Das wird der Sommer der Wahrheit. Wenn die Vereinbarungen insbesondere im Bereich Arbeit nicht umgesetzt werden, wird das die Koalition schwer belasten.«

Es ist ein lauer Dienstagabend Ende April, als Andrea Nahles sich in der Rolle der Arbeiterführerin versucht. Vor dem Hochhaus des Axel-Springer-Verlags in Berlin-Kreuzberg demonstriert die Gewerkschaft Verdi gegen Amazon-Chef Jeff Bezos, der hier an diesem Abend einen Preis für sein »visionäres Unternehmertum« verliehen bekommt. Nahles, zwei Tage zuvor zur Parteichefin gewählt, hat sich extra eine neongelbe Verdi-Westе übergestreift. Aber die nützt ihr nichts.

»Hartz IV, das wart ihr! Hartz IV, das wart ihr!«, schallt es ihr entgegen. Mehrere Dutzend der etwa 500 Demonstranten buhen und pfeifen Nahles minutenlang aus. Der Verdi-Moderator versucht, die Leute zur Ruhe zu bringen: »Ein bisschen Respekt bitte! Und den Finger zeigt man einer Frau übrigens nicht!« Doch der Appell verpufft. Die Demonstranten brüllen: »Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!«

Zeitweise ist unklar, ob Nahles überhaupt reden kann. Knapp drei Minuten

werden es am Ende: »Jeff Bezos verdient keinen Preis!«, ruft sie. »Er verdient 'ne klare Ansage: Wir wollen den Tarifvertrag!« Schon wenige Meter von der Bühne entfernt ist sie nicht mehr zu verstehen.

Der verunglückte Auftritt steht symbolisch für die Misere der SPD: Was sie auch tut, sie wird ihre Vergangenheit nicht los. Und die politische Gegenwart wird von der Union dominiert. Jedenfalls bestimmen deren Themen die Debatte.

Mal bricht Jens Spahn, der Gesundheitsminister, eine Armutsdiskussion vom Zaun. Mal spricht Innenminister Horst Seehofer dem Islam ab, ein Teil Deutschlands zu sein. Dann wieder giftet CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt gegen die »Anti-Abschiebe-Industrie«. Und die SPD? Kommt kaum vor, weil sie sich bislang in Zurückhaltung übt. Vielen Genossen reicht es damit nun.

»Die SPD muss selbstbewusst ihre Themen vertreten und darf nicht schüchtern schweigen, wenn Dobrindt und Co. den Rechtsstaat infrage stellen«, fordert Parteivizin Natascha Kohnen. Als Spitzenkandidatin der Bayern-SPD hat sie im Herbst eine Landtagswahl zu bestehen. »Wir müssen unsere Lautstärke aufdrehen«, sagt sie.

Was viele in der Partei außerdem vermissen: eigene Akzente. Jahrelang hatten die Genossen sehnsüchtig auf das Finanzministerium geblickt, ohne das in der Bundesregierung nichts geht. Nun haben sie es – und was tut Minister Olaf Scholz? Trägt das Leitbild der »schwarzen Null« vor sich her und stellt sich damit in die Tradition seines Vorgängers Wolfgang Schäuble. Parteintern kursiert für Scholz bereits ein Spitzname: »Rote Null«.

Für zwei Genossen ist die Lage besonders gefährlich: Natascha Kohnen aus Bayern und Thorsten Schäfer-Gümbel aus

Hessen, der ebenfalls als Spitzenkandidat eine Landtagswahl vor sich hat, ebenfalls im Herbst. In Bayern wird zuerst gewählt, und nach derzeitigem Stand muss die SPD dort womöglich sogar darum kämpfen, zweistellig zu bleiben. Sollte es zum Desaster kommen, dürfte das auch die Chancen der hessischen Genossen zwei Wochen später schmälern. Entsprechend deutlich forderten Kohnen und Schäfer-Gümbel im SPD-Präsidium am vergangenen Montag, endlich eigene Akzente zu setzen.

In normalen Zeiten hätten Nahles und Scholz mindestens ein Jahr Zeit, um die Partei von ihrem Kurs zu überzeugen. Dass es in der Partei schon jetzt gärt, liegt an den allseits düsteren Aussichten der Genossen. In Bremen droht 2019 der Verlust der rot-grünen Mehrheit. In Sachsen, wo die Sozialdemokraten traditionell schwache Ergebnisse einfahren, steht die Regierungsbeteiligung auf dem Spiel. In Brandenburg, wo die Sozialdemokraten den Ministerpräsidenten stellen, liegt die AfD fast gleichauf mit der SPD. Besonders große Sorgen bereitet dem Willy-Brandt-Haus die Lage der Genossen im einstigen Stammland Nordrhein-Westfalen. Gerade mal 22 Prozent ergab dort zuletzt eine Umfrage für die SPD.

Und neben all dem, neben Dauerwahlkampf und Regierungsarbeit, soll sich die SPD nun auch noch neu erfinden. »Erneuerungsprozess«, so heißt das, was die SPD-Spitze in den nächsten Monaten und Jahren vorantreiben will. Mittlerweile fragen sich die Parteistrategen allerdings, ob der Begriff wirklich klug gewählt war – schließlich weckt man damit Erwartungen, die man kaum erfüllen kann.

Als Juso-Chef Kevin Kühnert kürzlich mit SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil auf einem Podium saß, fragte er: »Lars, wie oft habt ihr euch eigentlich schon in

BEGLEITEN SIE UNS IN EIN NEUES ZEITALTER

— Reisen in der Hurtigruten Hybrid-Klasse.



GRÖNLAND
SPITZBERGEN
ANTARKTIS
NORDWEST-PASSAGE



HURTIGRUTEN

MIT DEN WELTWEIT ERSTEN Hybrid-Expeditionsschiffen MS Roald Amundsen und MS Fridtjof Nansen hat die Zukunft der Expeditions-Seereisen begonnen. Ihre hochmoderne, nachhaltige Technologie, der herausragende Komfort sowie 100 % Außenkabinen, viele davon mit Balkon, sorgen für ein unvergleichliches Reiseerlebnis. Gleiten Sie lautlos zu den spektakulärsten Orten der Erde.

Mit Hurtigruten, dem Experten für polare Gewässer.

15-TAGE-EXPEDITIONSREISE

Nordwest-Passage inkl. Flug ab 11.100 € p. P.

Im Reisebüro oder www.hurtigruten.de | Tel. 040 874 084 62
Mo.–Fr. 8:30–20:00 Uhr · Sa. 9:00–18:30 · So. 10:00–18:30 Uhr

Jetzt gratis Katalog bestellen: www.hurtigruten.de/kataloge
Hurtigruten GmbH · Große Bleichen 23 · 20354 Hamburg



WEITWINKEL

Die ganze Welt in einem Kiez

Ein halber Quadratkilometer zwischen Gosse und Boheme: Im Frankfurter Bahnhofsviertel treffen Banker auf Drogenabhängige, Prostituierte auf Künstler, Angebertenies auf Kriminelle – das Leben in all seinen Schattierungen. Die Fotografen Kiên Hoàng Lê und Alina Emrich haben über zwei Jahre die Veränderung ihres Stadtteils dokumentiert und porträtieren Menschen, die hier gestrandet sind: Doris, die tagsüber zu Dieter wird, Camilla, die wie so viele hier nicht von den Drogen loskommt. Oder den Maler Alexander, der sagt: »Meine Kunst sind die Menschen hier.«

Sehen Sie die Visual Story im digitalen SPIEGEL, oder scannen Sie den QR-Code.



JETZT DIGITAL LESEN

den Hintern gebissen, dass ihr diesen Prozess ›SPD erneuern‹ genannt habt?«

Antwort Klingbeil: »Das ist doch gar nicht die Frage.«

Kühnert: »Doch, das ist die Frage.«

Worauf Klingbeil erläuterte, der Prozess müsse gelingen – denn: »Das ist einer der letzten Schüsse, die diese Partei hat.«

Ende Mai sollen vier Arbeitsgruppen loslegen. Ende des Jahres, wahrscheinlich im November, soll es dann ein sogenanntes Debattencamp geben, bei dem die Vorschläge und Ideen diskutiert werden. Sollten kurz vorher die Wahlen in Bayern und Hessen verloren gehen, dürfte dort jedoch über ganz andere Dinge debattiert werden. Statt um die mittelfristige Zukunft der SPD könnte es dann um die unmittelbare Zukunft der Koalition gehen.

Das Stichwort, das bereits durch die Partei geistert, lautet Revisionsklausel. Mit diesem Instrument, im Koalitionsvertrag neutral Evaluierung genannt, wollen Union und SPD zur Hälfte der Legislaturperiode überprüfen, was geschafft und was noch zu tun ist. Verschlechtert sich die Stimmung in der SPD aber weiter, könnte der linke Flügel die Klausel als Hebel einsetzen, um Schwarz-Rot platzen zu lassen.

»Nach zwei Jahren kommt die Koalition auf den Prüfstand«, warnt Johanna Uekermann, Mitglied im Parteipräsidium. »Weigert sich die Union, den Koalitionsvertrag umzusetzen, oder blockiert zentrale Fortschritte, dann wird die SPD die nötigen Konsequenzen ziehen müssen.«

Die Gegner der Koalition haben sogar schon ein Datum im Blick. Ende 2019 ist Parteitag, und neben der Wiederwahl der Vorsitzenden dürfte es dort auch um die Zukunft von Schwarz-Rot gehen. Das Argument der staatspolitischen Verantwortung, mit dem man die Basis nach dem Platzen der Jamaikagespräche auf Linie zwang, dürfte dann kaum noch ziehen – schließlich hätte man Ende 2019 bereits fast zwei Jahre regiert.

Der Parteispitze sollte es deshalb zu denken geben, wenn der Parteilinke Matthias Miersch nun betont, die Revisionsklausel »sehr ernst« zu nehmen: »Wenn Provokationen einzelner Akteure nicht aufhören und die Ziele des Koalitionsvertrags nicht konsequent abgearbeitet werden, kann das im nächsten Jahr für die gesamte Koalition ernste Folgen haben.« Der Bremer Bürgermeister Sieling sagt: »Die geplante Halbzeitbilanz spielt für die SPD eine große Rolle. Sollte die Union Vereinbarungen torpedieren, können wir das Regieren nicht einfach so fortsetzen.«

Als wären all dies noch nicht genug Schwierigkeiten für das neue SPD-Spitzen-duo, finden jetzt auch noch zwei Männer wieder zusammen, die viele politisch längst für erledigt hielten: Sigmar Gabriel und Martin Schulz. Ausgerechnet.



HANNES JUNG / DER SPIEGEL

Fraktionschefin Nahles

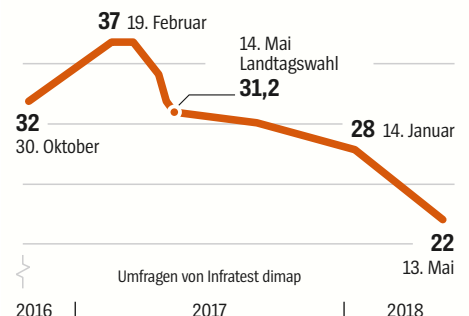
Düstere Aussichten

Gabriel und Schulz nehmen die Schwierigkeiten der neuen Parteiführung mit Interesse zur Kenntnis, beide haben wenig Lust, Nahles und Schulz unter die Arme zu greifen. Stattdessen trafen sich die abgetretenen Parteichefs vor einigen Tagen zu einem längeren Abendessen in einem Berliner Hotel, um sich nach ihrem Zerwürfnis im Wahlkampf auszusöhnen. Und offenkundig können sie über ihr eigenes Scheitern mittlerweile sogar lachen. »Wir haben ein Meisterstück geschafft«, sagte Schulz in dem Gespräch zu Gabriel. »Wir haben aus dem populärsten den unpopulärsten Politiker gemacht und aus dem unpopulärsten den populärsten. Das muss man uns erst mal nachmachen.« Grinsen auf beiden Seiten.

Beide haben karrieretechnisch noch etwas vor. Wie dieser Tage bekannt wurde, will Gabriel im nächsten Jahr in den Verwaltungsrat des geplanten Schienenunternehmens Siemens Alstom einziehen – was bei diversen Sozialdemokraten wieder einmal Kopfschütteln auslöste. Auch wenn der Schritt rechtlich sauber sein mag,

Sonntagsfrage Nordrhein-Westfalen

»Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Landtagswahl wäre?«
Stimmenanteile für die SPD, in Prozent



scheint er das alte Vorurteil zu bestätigen, wonach die Spitzengenossen doch sowieso mit dem Kapital im Bunde stünden.

Schulz wiederum steht vor der Frage, ob er noch einmal die Spitzenkandidatur für die Europawahl im nächsten Jahr anstreben soll, wie Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller vorige Woche im SPIEGEL angeregt hat. Er sagt dazu nur: »Ich kämpfe für die Inhalte des Koalitionsvertrags. Vor allem das Europakapitel liegt mir am Herzen, ich habe es selbst verhandelt. Über Personalfragen wird in den Gremien unserer Partei entschieden.«

Soll also jener Mann, der für die schlimmste Niederlage in der Nachkriegsgeschichte der SPD steht, im kommenden Jahr wieder von Wahlplakaten lächeln? Es ist die nächste unangenehme Debatte, die der Parteispitze bevorsteht – eine von zahllosen Baustellen, um die sich Andrea Nahles kümmern muss. Und weil die neue Chefin an manchen Tagen gar nicht weiß, wo sie anfangen soll, hat sie sich jetzt offenbar für eine Herangehensweise entschieden, die ihr schon immer lag: Attacke.

Mittwochmorgen im Bundestag, Generaldebatte zum Haushalt, Nahles legt los: »Was sollen unsere Polizei und unsere Justiz von Politikern halten, die von Rechtsbruch reden, wo es keinen gibt, und die Anwälte als Saboteure des Rechtsstaates bezeichnen?«, ruft sie. Jeder hier weiß, dass Alexander Dobrindt gemeint ist. Ohne seinen Namen zu nennen, rechnet Nahles mit ihm und seinen Tiraden über eine »Anti-Abschiebe-Industrie« ab.

Dann knöpft sie sich die Verteidigungsministerin vor. Deren Wunsch nach immer weiteren Etaterhöhungen könne sie nicht verstehen, sagt Nahles zu Ursula von der Leyen – schließlich habe die es in den vergangenen Jahren nicht einmal geschafft, das vorhandene Geld auszugeben.

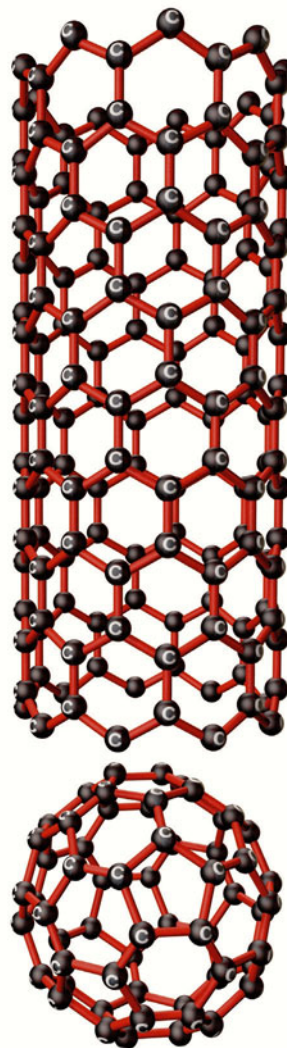
Das sitzt. Die SPD-Abgeordneten sind angetan: Genau das haben sie vermisst. Der Parteilinke Miersch lobt: »Die Haushaltsrede von Andrea Nahles muss der Maßstab für die Leidenschaft sein, in konkreten Themen Profil zu zeigen.« Und die Wahlkämpferin Kohnen aus Bayern fordert: »Davon brauchen wir mehr.«

Doch die Frage ist, ob Nahles den Wunsch erfüllen kann – schließlich will sie im Gegensatz zu ihren Parteifreunden vom linken Flügel unbedingt die volle Legislaturperiode durchhalten. Die andere Frage ist, ob es reichen wird, der Union hin und wieder eins überzubraten.

Am Tag nach Nahles' Auftritt im Bundestag kommt eine neue Umfrage auf den Markt, diesmal vom Meinungsforschungsinstitut GMS. Danach liegt die SPD in der Wählergunst bei 16 Prozent.

Christoph Hickmann, Veit Medick,
Christian Teevs

QUALITY WORKS.



LANXESS Qualität setzt Zeichen! Gerade in der Chemie macht Qualität den Unterschied zwischen Alltäglichem und Besonderem – so wie z. B. Nanotubes die Qualität vieler Produkte verbessern. Deshalb leben wir bei LANXESS Qualität in allem, was wir tun – für hochwertige, nachhaltige Produkte, für mehr Lebensqualität im Alltag und für den Erfolg unserer Kunden. Das ist es, was wir Energizing Chemistry nennen. quality.lanxess.de

QUALITY WORKS.

LANXESS
Energizing Chemistry

Integrationsverrat

Nation Zwei berühmte deutsche Fußballer lassen sich mit dem türkischen Autokraten Erdoğan fotografieren. Dürfen die das? *Von Lothar Gorris*

Es gibt dieses Foto von Angela Merkel aus den Katakomben des Berliner Olympiastadions, wie sie Mesut Özil die Hand schüttelt. Das Foto ist acht Jahre alt, entstanden nach einem Länderspiel gegen die Türkei. Frau Merkel hatte sich das Match zusammen mit dem damaligen türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan angesehen, der einen deutsch-türkischen Freundschaftsschal trug und damals noch nicht ganz der Schurke zu sein schien, als der er heute gilt. Die Deutschen siegten 3:0, es war eher ein Heimspiel für die Türken. Wenn Özil den Ball bekam, pfiffen die mehr als 40 000 Fans des türkischen Teams ihn aus, viele von ihnen Deutschtürken. Er schoss trotzdem ein Tor, auf den Jubel verzichtete er. Wer nicht zum Team gehört, hat normalerweise nichts in der Umkleidekabine verloren. Frau Merkel, einen Fotografen im Schlepptau, hat, so kann man das wohl sagen, Mesut Özil fast ein wenig gestalkt. Er steht dort in kurzer Hose und mit nacktem Oberkörper, ein Handtuch in der Hand, und weiß nicht recht, wie ihm geschieht. Er wirkt ein bisschen ratlos.

Das Foto sorgte damals für Ärger, der DFB-Präsident empfand das Verhalten der Kanzlerin als übergriffig. Von heute aus betrachtet erzählt es aber eine wunderbare Geschichte über das moderne, sich wandelnde Deutschland: die Bundeskanzlerin, die erste Frau in der Geschichte des Landes, im Gespräch mit einem schüchternen jungen Burschen aus Gelsenkirchen mit türkischen Wurzeln, der der neue Star einer deutschen Mannschaft ist, die so bunt ist wie die Gesellschaft und einen Fußball spielt, der nicht nur erfolgreich ist, sondern auch schön. Junge, Junge, wir können, das ist die Botschaft, ziemlich gut sein, besser, als wir glauben, wenn wir schlau sind und kreativ und uns anstrengen, wie die Podolskis und Neuers, die Özils und Lahms, die Boatengs und Hummels, die Jungs aus den Migrantenumfeldern und der Mittelschicht.

Diese Woche gibt es mal wieder ein neues Foto von Mesut Özil mit einem Regenten. Diesmal ist es Recep Tayyip Erdoğan. Diesmal lacht Özil. Es ist am Sonntag in London entstanden, während des Staatsbesuchs Erdogans in Großbritannien. Ilkay Gundogan, Özils Kolle-

ge im Nationalteam, die Großeltern ebenfalls Türken, ist auch zu sehen. Sie haben Erdoğan Trikots ihrer englischen Vereine mitgebracht. Gundogan hat seines mit einer Widmung versehen: »An meinen verehrten Präsidenten – hochachtungsvoll«. Die beiden wirken stolz und gut gelaunt, fast ein wenig feierlich, eins mit sich und der Welt und ihrem Präsidenten.

gan. Und dass der Bundestag nicht in Ankara, sondern in Berlin sitze. Die Kanzlerin ließ einen Tag später erklären, für ihre Verhältnisse also erstaunlich rasch, die Bilder würden Fragen aufwerfen und zu Missverständnissen einladen, weil Nationalspieler ja Vorbildfunktion hätten.

Wo man hinschaut, von der FDP bis zu den Linken, Eintracht überall: geht gar nicht. Frau Weidel von der AfD erklärte,



Sportler Özil mit Präsident Erdoğan in London, mit Kanzlerin Merkel 2010 in Berlin: DPA

Plötzlich war es, als ob das Land aufschreckte aus dem wunderschönen Traum von einer bunten Republik, weil zwei junge, erfolgreiche deutsche Fußballer einfach so zum Feind übergelaufen sind. Eine Art Landesverrat, ein Integrationsverrat, der nur die Höchststrafe als Antwort haben kann: Desintegration.

Dass irgendetwas Besonderes passiert war, zeigte sich schon daran, dass das politische Berlin, das sich sonst gern streitet und den Widerspruch pflegt, plötzlich ziemlich einig wirkte. Der Grüne Cem Özdemir sprach am Montag davon, dass der Bundespräsident eines deutschen Fußballnationalspielers Frank-Walter Steinmeier heiße und eben nicht Erdoğan.

die Integration in Deutschland sei gescheitert, die beiden sollten gefälligst für die Türkei spielen. Auch DFB-Präsident Reinhard Grindel beklagte sich, dass das Treffen für die Integrationsarbeit des deutschen Fußballs nicht hilfreich sei. Eine schnell erhobene Umfrage stellte fest, dass 66 Prozent der Bundesbürger glauben, das Ansehen der DFB-Elf sei beschädigt. Und als Trainer Joachim Löw am Dienstag den Kader für die Weltmeisterschaft in Russland bekannt gab, wurde er auch gefragt, ob er daran gedacht habe, die beiden Fußballer nicht zu berücksichtigen, was er verneinte.

Acht Jahre liegen zwischen den beiden Fotos. Acht Jahre, in denen Merkels

Kanzlerschaft langsam verblühte, Jahre, in denen eine Flüchtlingskrise das Land spaltete, eine rechtspopulistische Partei entstand, eine Volkspartei sich marginalisierte und die Gesellschaft im Dauerstreit um Populismus und Rassismus, um Islamisten und Einwanderer sich zerlegte – und sich inzwischen vor lauter Umwälzungen und Angst und Unsicherheit ständig selbst befragt, wer sie ist und was sie eint. Und kaum Antworten findet.

Vielleicht liegt auch darin die Wucht, die das Erdoğan-Foto der beiden Fußballer entwickelt hat. Natürlich ist Fußball ein Sport, ein Spiel, ein Spaß. Aber man sollte die Kraft des Spiels nicht unterschätzen, erst recht nicht, wenn es das einzige nationale Heiligtum zu sein scheint, das in diesen wilden, unruhigen Zeiten übrig geblieben ist und auf das

Millionen Follower auf Twitter, Instagram und Facebook. Seine Mitteilungen werden auf Türkisch, Spanisch, Englisch, Arabisch und, auch das, auf Deutsch verfasst. Er dürfte in seiner Karriere mehr als 75 Millionen Euro erspielt haben, ohne Sponsorenverträge, inzwischen lebt er in London und ist Teil einer globalen Elite superreicher Super-sportler.

Als das Foto in der Umkleidekabine des Olympiastadions entstand, war es gerade gut anderthalb Jahre her, dass er sich entschieden hatte, für Deutschland zu spielen und nicht für die Türkei, die jahrelang um ihn geworben hatte. Deswegen damals auch die Pfiffe in Berlin, deswegen die Angriffe in türkischen Medien, für die er ein Verräter war. Er hatte lange gezögert, viele in seiner Fa-

Land, stellt sich auch deswegen nicht so richtig, weil er zwar einen deutschen Pass besitzt, aber das Land längst verlassen hat. Die meiste Zeit verbringt er in England, den Sommer auf Jachten im Mittelmeer, die Freizeit in der Türkei, wo man ihm längst verziehen hat und wo seine berühmte Schauspielerfreundin zu Hause ist.

Der Weltstar Özil ist einer dieser heimatlosen Globalisten, und wahrscheinlich wird er die wenigsten Wochen eines Jahres in Deutschland verbringen. Wo denn auch? Im schönen Gelsenkirchen-Bismarck? Der Plan war ja, von ebendort so schnell wie möglich wegzukommen.

Ilkay Gündogan, was für ein Zufall, kommt auch aus Gelsenkirchen. Özil ist auf dem Platz eher eine Art genialer Schläfer, dessen Körper aber, wenn er denn erwacht, plötzlich Dinge tut, die eigentlich unmöglich sind. Gündogan ist eher das pfiffige Genie, schnell im Kopf, gerissen, wach, blitzgescheit. Er hat, anders als Özil, das Abitur gemacht. Er spielte in Bochum, Nürnberg und Dortmund und lebt nun seit fast zwei Jahren in Manchester.

Bislang steht Gündogans Karriere noch im Schatten von Özils, weniger Ruhm, weniger Geld. Immerhin bekommt er seinen Lohn inzwischen von einem Scheich aus Abu Dhabi, 40 Millionen Euro dürften alles in allem zusammengekommen sein. Als er im Herbst des vergangenen Jahres nach einem Dreivierteljahr Pause sein Comeback feierte, erschien ausgerechnet in der eher fußballfernen, dafür aber globalen »New York Times« der große Artikel eines Reporters, der ihn während der Leidenszeit begleitet hatte. Auch für Gündogan ist Gelsenkirchen längst Vergangenheit.

Es ist viel von Identitätspolitik die Rede, davon, dass sich die Menschen ihre eigene Identität schaffen, das werden, was sie sein wollen, und nicht das, was man ihnen zuweist. Mesut Özil hat sich mal öffentlich darüber gewundert, dass er immer der deutsch-türkische Nationalspieler sei, während Miroslav Klose, ein Spieler mit polnischen Wurzeln, immer nur ein deutscher Spieler war.

Gündogan und Özil werden in England vom selben Agenten vertreten, Erkut Söğüt. Seine Agentur nennt sich Family and Football. Er ist in Hannover geboren, als Teenager putzte er in Fabriken und verkaufte Klamotten bei H&M. Er spricht Englisch, Deutsch, Türkisch und Spanisch, ein smarter Typ, mit einem Dokortitel in Rechtswissenschaften, elegant, slick, und auch er hat sich längst integriert aus Deutschland. Im vergangenen Jahr erklärte er gegenüber einem britischen Journalisten, er fühle



Aufgeschreckt aus dem wunderschönen Traum

sich alle einigen können, voller Stolz und Hingabe. Die Fußballkanzlerin Merkel wird, wie so viele, ziemlich empört gewesen sein. Empört und vielleicht auch enttäuscht über diese undankbaren Türken.

Man kann die Geschichte dieser beiden Fotos, die Geschichte dieser acht Jahre aber auch aus der Perspektive der hochbegabten Fußballer erzählen. Mesut Özil ist in diesen Jahren von einem deutsch-türkischen Fußballer aus einem schwierigen Stadtteil in Gelsenkirchen zu einem internationalen Weltstar aufgestiegen. Damals, im Oktober 2010, war er gerade zu Real Madrid gewechselt, er sorgte schnell für Furore, der Mann an Ronaldos Seite, heute hat er mehr als 70

milie wollten, dass er für die Türkei spielt. Man tut ihm wahrscheinlich nicht unrecht, wenn man sagt, dass seine Entscheidung weniger damit zu tun hatte, ob er sich als Deutscher fühlt. Es war eine Karriereentscheidung. 2014 wurde er mit Deutschland Weltmeister.

Für viele Deutsche blieb er trotzdem ein Türke, für viele Türken ein Deutscher. Das muss unangenehm sein. Und plötzlich stand da im Olympiastadion die Kanzlerin der Deutschen vor ihm, während draußen die Türken pfiffen. Nicht meine Kanzlerin.

Die Frage, ob er nun ein Vorbild, ein Musterbeispiel sei für die gelungene Integration von Migrantenkindern in diesem



Fußballer Gündogan, Wahlkämpfer Erdoğan: Sieht cool aus

sich zwar in Deutschland zu Hause, weil er dort aufgewachsen ist, aber nicht deutsch. »Eigentlich gehörte ich nie dazu.« Mit den Deutschen und den Türken sei das so eine Sache. Wer dazugehören wolle, müsse sich assimilieren, so werden wie die Deutschen. »Polen und andere können das, aber Türken nicht, weil wir eine andere Kultur und eine andere Religion haben.«

Ein Foto mit Erdoğan? Warum denn nicht.

Das Treffen von Gündogan und Özil in London kam wohl auf Vermittlung des Erdoğan-Beraters Hamza Yerlikaya zustande, eines Olympiasiegers im Ringen. Es fand im Rahmen eines Abendessens im Four Seasons statt, das von einer Stiftung namens Turken ausgerichtet wurde. Die Stiftung betreibt Studentenwohnheime und vergibt Stipendien im Ausland. Sie gehört zu dem komplizierten, durchaus korrupt anmutenden Geflecht aus Stiftungen und Wirtschaftsunternehmen der Familie Erdoğan. Esra Albayrak, Tochter des Präsidenten, sitzt im Vorstand. Zum Abendessen in London brachte Recep Tayyip Erdoğan fast sein gesamtes Kabinett mit und auch den Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Die Fotos waren schon bei einem Treffen am Nachmittag entstanden.

Die Frage, was zum Teufel die beiden Fußballer sich dabei gedacht haben, dürfte ziemlich einfach zu beantworten sein: nicht viel. Wie cool, wir treffen den Präsidenten. Ihr Präsident ist ein anderer als der, den wir kennen. Kein Autokrat, kei-

ner, der einen unrechtmäßigen Krieg gegen die Kurden führt, die Pressefreiheit abschafft, Merkel Nazimethoden unterstellt oder Deniz Yücel ins Gefängnis steckt. Ihr Präsident Erdoğan ist offenbar nur ihr Präsident, der Chef, der Baba, der Sultan, die Heimat. Zwei Jungs aus Gelsenkirchen und ihr Präsident.

Gündogan ließ sich extra einen Schnauzer stehen, wie ihn die Männer der AKP gern tragen. Was nicht heißen muss, dass er die AKP unterstützt, sondern einfach nur: sieht cool aus. Ein bisschen Tradition, ein bisschen dicke Eier, ein fescher Undercut, ein bisschen Subkulturhebe, auch wenn ansonsten das Prinzip gilt: bloß nicht anecken, keinen Aufstand machen, keine Rebellion.

Dass vielleicht trotzdem ein wenig Ärger erwartet wurde, lässt sich daran erkennen, dass beide darauf verzichteten, die Fotos in den sozialen Diensten zu publizieren. Die Welle der Empörung und Wut und Enttäuschung aber überraschte sie. Gündogan ließ schon am Montagnachmittag eine Erklärung, wenn nicht gar eine Entschuldigung verbreiten, dass die Fotos aus Respekt vor dem Präsidenten gemacht worden seien, als Geste der Höflichkeit. Sie seien kein politisches Statement, kein Wahlkampf für Erdoğan. »Fußball«, schrieb Gündogan, »ist unser Leben und nicht die Politik.«

Eine politische Aktion war es wohl wirklich nicht, auch wenn Özil sich seit Jahren regelmäßig mit Erdoğan trifft. 2011 überreichte er dem Politiker, der

kurz zuvor operiert worden war, ein Trikot von Real Madrid. 2016 war er Gast auf der Hochzeit einer Nichte Erdoğan's, und auch im vergangenen Herbst noch trafen sich der Fußballer und der Politiker auf einem Empfang.

Was wiederum nicht heißt, dass die Fotos aus London nicht trotzdem Erdoğan's Wahlkampf helfen, der bislang noch nicht so richtig in Schwung gekommen war. Und so funktioniert das dann: Die Fotos, die von der AKP gepostet wurden, spielten erst eine Rolle, als Fußballdeutschland sich empörte. »Das Foto, das die Deutschen verrückt macht«, titelte die Boulevardzeitung »Akşam«. In der Zeitung »Sabah« hieß es: »Das wahre Problem der Deutschen ist ihre Türkei-feindlichkeit.« Und wer verstehen will, warum so viele Deutsche mit türkischen Wurzeln Sympathien für einen Autokraten haben, braucht sich nur in den sozialen Medien umzuschauen: »Spätestens wenn mit einem Bild deine Integration als gescheitert gilt, weißt du – Deutschland war nie deine Heimat.«

Der Philosoph Peter Sloterdijk hat einmal in einem SPIEGEL-Gespräch die Spiele der Nationalmannschaften als letzten Ort beschrieben, an dem moderne Nationen noch als Erregungsgemeinschaften zusammenfinden. Özil und Gündogan, um diesen Gedanken fortzusetzen, gehören nun irgendwie nicht mehr zu dieser Erregungsgemeinschaft. Dabei ist sie im Zeitalter der Hyperglobalisierung eigentlich ein lächerlicher Anachronismus. Oder was ist es sonst, wenn Deutschlandfahnen geschwenkt werden, Hymnen gesungen und sich gemeinsam an epische Schlachten gegen die Engländer erinnert wird oder an große Triumphe in Brasilien?

Global agierende Supersportler wie Gündogan und Özil haben das längst hinter sich gelassen. Sie spielen für Deutschland, weil sie sich davon einen Vorteil versprechen. Ehre? Werte? Nation? Vorbilder? Was also ist heute eine Nationalmannschaft, die inzwischen in den Medien immer öfter DFB-Auswahl genannt wird, was einerseits ziemlich politisch korrekt klingt, andererseits angemessen nüchtern und modern: die besten 11 Kicker unter 80 Millionen Staatsbürgern mit deutschem Pass. Nicht mehr, nicht weniger. Gündogan und Özil gehören zweifelsfrei dazu.

Jeder deutsche Staatsbürger kann denken und tun und lassen, was er will. Sogar ein Altkanzler darf sich in Moskau bei Putins Amtseinführung fotografieren lassen, so verrückt das auch ist. Gerhard Schröder ist auch weiterhin in der SPD, der deutsche Pass wurde bislang nicht eingezogen.

Kommentar

Staatliche Willkür

Das bayerische Polizeigesetz soll der CSU im Wahlkampf helfen – nutzt aber vor allem der AfD und islamistischen Ideologen.

An Himmelfahrt protestierten in München 30 000 Menschen gegen ein neues Polizeigesetz. Es war ein bemerkenswerter Vorgang: Bayern sind nicht für ihre Freude am politischen Straßenprotest bekannt. Und sie rufen selten nach weniger Sicherheit.

Das bayerische Gesetz ähnelt auf den ersten Blick den Regeln, die in anderen Bundesländern gelten. Es weitet die Befugnisse der Polizei aus – auf Kosten der Bürgerrechte. Aber in anderen Bundesländern haben nur wenige demonstriert. Warum auch? Die Gesetze versprechen mehr Sicherheit. Die Rechte jener, auf die sie vorrangig zielen, sind der Mehrheit herzlich egal: radikale Islamisten.

Doch das Gesetz gilt für alle. Bereits im Jahr 2017 hat die CSU die Rechtslage verschärft. Ist Neu-Ministerpräsident Markus Söder diesmal zu weit gegangen?

»Arme Freiheit« haben wir bereits vor drei Jahren über eine Titelseite des SPIEGEL (Nr. 24/2015) geschrieben. Wir haben kritisiert, dass Behörden aus Sicherheitsbedenken Großveranstaltungen absagten, und gezeigt, wie neue Gesetze seit dem 11. September 2001 die Freiheit in Deutschland einschränkten. Das war, bevor an Silvester 2015/16 in Köln Hunderte Frauen sexuell belästigt wurden und das politische Beben danach Ausländerhass salonfähig machte. Und bevor Anis Amri im Dezember 2016 einen Lkw in die Menschenmenge am Berliner Breitscheidplatz steuerte und zwölf Menschen tötete. Seither hat sich viel verändert: in der Rechtsprechung, in der Gesetzgebung, in der öffentlichen Debatte.

Davon ist wenig begrüßenswert. Inzwischen echauffiert sich der CSU-Politiker Alexander Dobrindt über eine »aggressive Anti-Abschiebeindustrie«. FDP-Chef Christian Lindner fordert, man müsse in der Schlange beim Bäcker sicher sein, dass die Mitschlangesteher sich legal in Deutschland aufhielten. Die »Bild«-Zeitung bejubelt die Abschiebung von Menschen. In mehreren Bundesländern sind Gesetze in Arbeit oder bereits in Kraft, nach denen die Polizei Menschen inhaftieren kann, die sie für gefährlich hält.

Unter den Tisch fällt dabei, dass in Deutschland eigentlich nur in Haft oder Untersuchungshaft geht, wer verurteilt wurde oder einer Straftat dringend verdächtig ist. Die Befürworter verschärfter Sicherheitsgesetze argumentieren, dass man den Terrorismus nicht bekämpfen könne, wenn man erst nach einem Anschlag etwas tue. Doch die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat ist in Deutschland schon lange strafbewehrt.

Sicher, auch bei der Präventivhaft entscheiden Richter, ob sie angeordnet wird. Aber sie befinden nicht über Schuld oder Unschuld, sondern darüber, ob die Polizei mit ihrer Einschätzung wohl richtigliegt, jemanden für gefährlich zu halten.

Die hohen Hürden, die im Rechtsstaat bestehen, um jemanden in Untersuchungshaft zu bringen, gelten hier nicht.

Es ist ein Jammer, dass sich darüber kaum jemand aufregt. Als der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Stephan Mayer, 2016 diese Präventivhaft für Gefährder forderte, hagelte es Kritik. Inzwischen erhebt außer den 30 000 von München kaum jemand die Stimme. In Nordrhein-Westfalen wird ein solches Gesetz mithilfe der FDP zustande kommen, in Baden-Württemberg war der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann verantwortlich.

Die simple wie dumme Rechtfertigung dieser Aushöhlung rechtsstaatlicher Prinzipien lautet: Das Berliner Attentat wäre nicht geschehen, hätte der Asylbewerber Amri in Haft gesessen oder wäre er nicht mehr im Land gewesen. Hätte niemand das Auto erfunden, wäre es übrigens auch nicht passiert.

Dass Amri nicht gestoppt wurde, hat damit zu tun, dass es keine vollkommene Sicherheit gegen Terroranschläge geben kann. Und damit, dass Behörden wie die Berliner Polizei versagten. Das Problem waren nicht mangelhafte Gesetze, das Problem war, dass sie nicht angewendet wurden. Die Politik antwortet auf Anschläge stets, indem sie Wünschen der Sicherheitsbehörden nachgibt. An den Wünschen ist per se nichts Falsches: Sie formulieren, wie aus Behördensicht die Bösen besser bekämpft und damit die Guten geschützt werden können. Aufgabe der Politik ist aber auch, die Rechte der Unbescholtenen zu wahren.

Seit Amri geht es stattdessen nur in eine Richtung. Das bayerische

Polizeigesetz ist ein neuer Tiefpunkt. Im Freistaat dürfen künftig viel einfacher DNA-Proben und Fingerabdrücke genommen werden, Polizisten sollen mit Handgranaten ausgerüstet werden und dürfen nun einschreiten, wenn sie eine »drohende Gefahr« wahrnehmen – anstatt wie bisher bei einer tatsächlichen Gefahr. Als Gefährder identifizierte Menschen dürfen ohne eine festgesetzte Höchstdauer in Präventivhaft genommen werden. Das ist ein Skandal.

Der Schritt zur staatlichen Willkür ist damit gemacht. Der Freistaat geht so weit wie kein anderes Bundesland. Sogar die Polizeigewerkschaft GdP sieht in dem Werk »Regelungen, die nicht dazu dienen, das Vertrauen zwischen der Bevölkerung und der Polizei zu stabilisieren«.

In Bayern ist Wahlkampf. Söder sorgt sich nicht darum, Stimmen an das liberale Lager zu verlieren, sondern an die AfD. Er übersieht dabei, dass seine Politik vor allem anderen dient: den Rechtspopulisten, deren Positionen dadurch akzeptabler werden. Und den Islamisten, deren Vorwurf, Muslime würden diskriminiert, manchen nun plausibler erscheint.

Die 30 000, die in München auf die Straße gegangen sind, hatten recht. Sie waren viel zu wenige. Fidelius Schmid



Demonstrationsplakat in München

1&1 DSL INTERNET & TELEFON

9,99

€/Monat*

Sparpreis für 12 Monate,
danach 24,99 €/Monat.



Der 1&1 HomeServer Speed+ mit
neuester WLAN-Technologie für
bestes Internet im ganzen Haus!



JETZT WECHSELN!



- ✓ **100,- € Wechsel-Bonus!**
- ✓ **Hervorragende Netz-Qualität!**
- ✓ **Ausgezeichneter Kundenservice!**



1&1 HomeServer Speed+
(FRITZ!Box 7590) siegt
bei Vergleichstest der
Computer Bild



Millionen von Kunden sind begeistert! Überzeugen Sie sich selbst und wechseln auch Sie zum Testsieger. Nehmen Sie Ihre Rufnummer ganz einfach mit und sichern Sie sich jetzt 100,- € Wechsel-Bonus on top!*

☎ 02602/96 90

*1&1 DSL Basic für 9,99 €/Monat für 12 Monate, danach 24,99 €/Monat. Inklusive Telefon-Flat ins dt. Festnetz, Internet ohne Zeitlimit (monatlich 100 GB bis zu 16 MBit/s, danach bis zu 1 MBit/s) und 1&1 DSL-Modem für 0,- €. Oder auf Wunsch auch mit Internet-Flat und leistungsstarkem 1&1 HomeServer Speed+ für 4,99 €/Monat mehr. Hardware-Versand 9,90 €. 24 Monate Vertragslaufzeit. 100,- € Wechsel-Bonus zur Verrechnung ab dem 4. Vertragsmonat bei Wechsel des DSL-Anbieters. Preise inkl. MwSt. 1&1 Telecom GmbH, Elgendorfer Straße 57, 56410 Montabaur



1und1.de

Feuer unterm Dach

Netzwerke Ein Unternehmer lädt Politiker zu Kaminabenden ein. Mit Christian Lindner kam er darüber ins Geschäft.

Am 13. November 2017 steuerten die Sondierungsgespräche auf ihren Höhepunkt zu, als Christian Lindner nach Hamburg reiste. Ein Abendempfang mit Bankern und Managern stand auf dem Programm, ein Termin wie gemacht für den eloquenten FDP-Chef. Im vornehmen Anglo-German Club an der Außenalster erfuhren die erlesenen Gäste aus erster Hand, woran es noch hängte in den Gesprächen mit Union und Grünen.

Den Abend veranstalteten die HypoVereinsbank und ein Unternehmer aus Düsseldorf, Gerd Kerkhoff. Er bezahlte das Honorar des Parteichefs. Wie viel Lindner genau erhielt, blieb geheim.

Wenige Tage nach dem Besuch in Hamburg scheiterte eine Jamaika-Bundesregierung an Lindner, der die Sondierungen platzen ließ. Das nahmen ihm viele Anhänger übel. Doch seiner Popularität bei Geldgebern schadete es offenkundig nicht: Der Fraktionschef hielt seit der Wahl im September mindestens 13 Vorträge und kassierte dafür locker 77 000 Euro. Nur wenige Abgeordnete schafften es, in so kurzer Zeit so viele Honorare einzustreichen wie er.

Parlamentarier müssen ihre Nebeneinkünfte auf der Website des Bundestags veröffentlichen, wenn auch nur ungefähr: von Stufe 1 (von 1000 Euro bis 3500 Euro) bis Stufe 10 (mehr als 250 000 Euro). Seit Kurzem sind fast alle Nebentätigkeiten online einsehbar. Der SPIEGEL und das Portal Abgeordnetenwatch.de haben sie analysiert (siehe Seite 46).

Beim Verhältnis zwischen Christian Lindner und Gerd Kerkhoff lohnt es sich, genauer hinzusehen. Der Unternehmer spendete an die FDP und heuerte Lindner seit 2011 mindestens siebenmal als Redner an. Auch der Termin in Hamburg taucht bei Lindners Nebentätigkeiten auf, merkwürdigerweise ohne den Mitveranstalter HypoVereinsbank. Allein für diesen Vortrag bezahlte Kerkhoff dem FDP-Vorsitzenden ein Honorar der Stufe 3, also bis

15 000 Euro. Das Geld floss aber auch in die andere Richtung: Als Lindner Fraktionschef im Landtag von NRW war, beauftragte die Fraktion Kerkhoff mit einem Gutachten.

Die Geschichte dieser Verbindung gewährt einen Einblick in die recht geschlossene Welt der politischen Salons und Kaminabende. Reiche Menschen bezahlen Politiker, um mit ihnen in vertrauter Runde zu diskutieren. Die Frage ist, was sie sich davon versprechen.

In der vergangenen Woche empfängt Gerd Kerkhoff zum Gespräch am Düsseldorfer Firmensitz. Die Kerkhoff Group residiert auf vier Etagen im Düsseldorfer

Zentrum. Sie berät Unternehmen und Behörden beim Einkauf. Gute Kontakte zu Politikern können da nicht schaden.

Auf den Fluren zu Kerkhoffs Büro hängen viele Urkunden. Der Berater wurde als »Hidden Champion« und »Top Consultant« ausgezeichnet, die Wirtschaftspressen feierte ihn als »Sparfuchs der Nation«. Kerkhoff, 60, trägt orangefarbene Socken und zieht in seinem Chefzimmer fortwährend an einer E-Zigarette.

Seit 2008 veranstaltet er gemeinsam mit seiner Frau die Kaminabende, sagt Kerkhoff. Auf die Idee sei er gekommen, als er selbst mal beim Kaminabend eines Managers gewesen sei. Der Gast damals hieß Guido Westerwelle: »Da habe ich gesagt: Wie geil ist das denn?«

Die Salons finden in seinem Haus in Rottach-Egern am Tegernsee oder in der Kerkhoff Lounge im Dachgeschoss der Firmenzentrale statt. Dort oben gibt es zwar keinen Kamin, dafür Ruhe und einen freien Blick über die Rheinmetropole.

Es existiert ein Büchlein, das Kerkhoff an potenzielle Abendgäste verschickt hat: »Das Buch der kleinen und großen Taten«. Darin wirbt er damit, die Gäste bekämen die Chance, in einem »kleinen, illustren Kreis« mit 12 bis 15 Leuten zu diskutieren. »Sie als Ehrengast und Kompetenzträger können Ihre Erfahrungen und Ihr Fachwissen an einem Kaminabend präsentieren. So können Sie prüfen, wie Sie von Ihrer Zielgruppe (Multiplikator) wahrgenommen werden.«

Die Broschüre listet auf, wer schon alles als Redner aufgetreten ist: Bischof Franz-Josef Overbeck, der Philosoph Richard David Precht, Helmut Kohls Sohn Walter und viel Politprominenz – Karl-Theodor

zu Guttenberg, Markus Söder, Joschka Fischer, Gerhard Schröder, Christian Wulff, Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier.

Wie kommt man an diese Leute?

Kerkhoff erklärt es so: »Wenn Herr Gabriel hier war, dann sagt man dem: Ich würde gern mal den Herrn Steinmeier haben. Dann spricht der Herrn Steinmeier an. Dann fragt Herr Steinmeier, ist das eine gute Veranstaltung? Und dann hat der gesagt, das war supernett bei den Kerkhoffs im Wohnzimmer. Dann kam Herr Steinmeier. Dann hat man zwei Ansprechpartner. Dann tauscht man die Karten aus.«

Neben den Gästen kämen Mitarbeiter, Kunden und Freunde zu den Kamingesprächen.



Firmenchef Kerkhoff: »Da habe ich gesagt: Wie geil ist das denn?«

JOHANNES ARLT / DER SPIEGEL

chen. Was besprochen werde, bleibe vertraulich: »In solchen Runden entstehen natürlich superspannende Diskussionen mit Menschen, die in ihrem Job erfolgreich sind. Es sind intellektuelle Zirkel, die losgelöst über ein Thema sprechen.«

Er sei sehr an Politik interessiert und habe mal Journalist werden wollen, sagt Kerkhoff, sich dann aber für den Beruf seiner Eltern entschieden: Betriebswirt. Die Kaminabende helfen auch dem Geschäft. »Das ist für mich ein Hebel, die Beziehungen zu meinen Kunden zu halten«, sagt Kerkhoff. Große Konkurrenten wie McKinsey und Roland Berger säßen überall in den Führungsetagen: »Wenn Sie sich als Mittelständler dagegen behaupten wollen, können Sie das ohne ein Netzwerk nicht machen.«

Vor einigen Jahren bewarb sich Kerkhoff um einen Auftrag der Uno. Die Vereinten Nationen wollten ihren Reinigungsservice optimieren. Kerkhoff wandte sich an den damaligen Uno-Botschafter Thomas Matussek. Die beiden verstanden sich gut. Matussek habe sich danach für ihn verwendet, sagt Kerkhoff, »wie sich Botschafter für Anwender ihres Landes immer verwenden«. Seine Beratungsfirma bekam den Auftrag. Später lud er Matussek zum Kaminabend ein.

Als Sigmar Gabriel 2009 zum SPD-Parteivorsitzenden gewählt wurde, organisierte Kerkhoff ein Dinner mit Mittelständlern. Kerkhoff wurde Berater des SPD-Politikers. Einige Jahre später, Gabriel war nun Wirtschaftsminister, reiste Kerkhoff mit ihm nach Vietnam. Als Teilnehmer einer Wirtschaftsdelegation saß er im Regierungsflieger nach Fernost.

Kerkhoff sagt dazu, er glaube nicht, dass seine Teilnahme an Wirtschaftsdelegationen davon abhängt, dass er jemanden zum Kaminabend einlade. Die Bewerbungen würden über den Bundesverband der Deutschen Industrie laufen, wo er im Förderkreis sitze.

Ab 2011 suchte Kerkhoff die Nähe zu Christian Lindner. Damals lag die FDP am Boden. Lindner warf als Generalsekretär hin und ging zurück nach NRW. Für Kerkhoff ein Grund, den Politiker zum Kaminabend einzuladen. Er sagt: »Ich wollte den Menschen näher kennenlernen. Okay? Das ist so. Es ist für einen jungen Mann nicht der leichteste Schritt, aus dem großen repräsentativen Berlin zurück nach Düsseldorf zu gehen. Das fand ich spannend.«

Bei der Landtagswahl 2012 in NRW holte die FDP mit Lindner als Spitzenkandidat 8,6 Prozent, damals ein Erfolg. Die Bande zwischen Kerkhoff und den Liberalen wurden allmählich enger. Im Bundestagswahljahr 2013 spendete Kerkhoff der Partei 13 756,40 Euro. Im Sommer 2015 erstellten Berater Kerkhoffs eine Studie

»eines »zentralen Bedarfs- und Beschaffungsmanagements« im Koalitionsvertrag mit der CDU. Kerkhoff sagt: »Ich will nicht bestreiten, dass ich aus meinen Netzwerken mal einen Ansatzpunkt verfolge. Wir haben die Studie auf Bitten von Christian Lindner erstellt und öffentlich präsentiert, weil er die Einsparpotenziale bei der Beschaffung des Landes zeigen wollte. Dafür gab es 5000 Euro. Das war's. Heute bin ich null involviert bei dem Thema.«

Lindner lässt über seinen Anwalt Christian Schertz ausrichten, zwischen Aufträgen der FDP-Fraktion im Landtag von NRW und seiner freiberuflichen Tätigkeit bestehe »kein Zusammenhang«. Er erfülle »alle Verpflichtungen zur Transparenz von vergüteten Tätigkeiten neben seinem Abgeordnetenmandat«. Bei dem Abendempfang 2017 in Hamburg sei ihm die Kerkhoff-Gruppe als Vertragspartner und Veranstalter erschienen.

Auf die Anfrage des SPIEGEL erklärte Schertz, Lindner habe »vorsorglich« die HypoVereinsbank gegenüber dem Bundestag als »Mitveranstalter« angezeigt.

Mittlerweile haben die Liberalen auf Bundesebene ihr Comeback geschafft. Gerd Kerkhoff sitzt im neu geschaffenen FDP-Wirtschaftsforum, das die Parteispitze berät. »Ich bin ein liberaler Mensch. Gleichzeitig möchte ich, dass es in dieser Republik vorangeht. Lindner ist dafür ein Aushängeschild«, sagt Kerkhoff.

Der FDP sei er nicht böse, dass Jamaika gescheitert sei. Christian Lindner gehöre die Zukunft – und die halte seine Firma auch fest im Blick, so Kerkhoff: »Wir sind eine Beratungsgesellschaft, die andere

Unternehmen frisch machen soll. Da liegt es in der Natur der Sache, dass man sich eher zu einem Politiker hingezogen fühlt, der frischer und unverbraucher ist als ein 78-jähriger Politiker, der noch vier Wochen hat.«

In diesem Jahr war Lindner zweimal zu Gast beim Kaminabend im Hause Kerkhoff. Wieder floss ein Honorar der Stufe 3 in die Kasse des FDP-Chefs. Kerkhoff hatte auch Cem Özdemir angefragt, der 2012 schon mal beim Kaminabend war. Aber Lindner sagte schneller zu.

Sven Becker

Mail: sven.becker@spiegel.de



FDP-Vorsitzender Lindner: Informationen aus erster Hand

im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion. Thema: »Einkaufspotenziale in der Beschaffung des Landes Nordrhein-Westfalen«. 5000 Euro überwies die Fraktion dafür an Kerkhoff.

Noch wichtiger dürfte der Imagegewinn gewesen sein. Kerkhoff und Lindner präsentierten die Studie gemeinsam im Landtag. Die wichtigste Forderung machte Karriere: Kerkhoff empfahl die Einführung einer »zentralen Einkaufsstelle« für die Landesbehörden. Die FDP-Fraktion übernahm sein Anliegen fast wortgleich in einem Parlamentsantrag.

Zwei Jahre später, als die FDP in die Landesregierung einzog, stand die Einfüh-

Bundestag Mehr als jeder fünfte Abgeordnete verdient sich etwas dazu.

Das gewisse Extra

● Es ist Ende Oktober 2017, in vielen Abgeordnetenbüros müssen die Umzugskisten noch ausgepackt werden, da erreicht die Parlamentarier schon ein Schreiben des frisch gewählten Bundestagspräsidenten.

Wolfgang Schäuble erinnert sie an die Pflichten, die das Mandat mit sich bringt. Ein 16-seitiger Fragebogen ist auszufüllen, zu unterschreiben und beim Präsidium einzureichen. Die Volksvertreter müssen unter anderem angeben, ob sie neben dem Mandat weiteren Tätigkeiten nachgehen.

Viele Parlamentarier halten bezahlte Vorträge, sind als Anwalt tätig, führen den eigenen landwirtschaftlichen Betrieb weiter oder sitzen in einem Aufsichtsrat. Das kann zeitraubend sein, ist aber ausdrücklich erlaubt: Das Abgeordnetengesetz erlaubt Nebenjobs, solange das Bundestagsmandat »im Mittelpunkt der Tätigkeit« steht. Um mögliche Interessenkonflikte offen-

zulegen, werden die Angaben auf der Bundestagswebsite veröffentlicht, bei bezahlten Nebentätigkeiten auch die Höhe der Einkünfte in Form grober Einkommensstufen. Seit wenigen Tagen sind die Angaben nahezu aller 709 Abgeordneten öffentlich. Der SPIEGEL und die Transparenzinitiative Abgeordnetenwatch.de haben sie ausgewertet.

556 Parlamentarier gaben Nebentätigkeiten an. 154 dieser Abgeordneten (22 Prozent aller MdB) erzielen mit mindestens einer Tätigkeit Einkünfte von mehr als 1000 Euro im Monat oder 10 000 Euro im Jahr. Spitzenreiter ist die FDP: 44 Prozent ihrer Abgeordneten gaben Tätigkeiten mit Einkünften an. Auch die Unionsfraktion liegt mit 26 Prozent über dem Parlamentsschnitt. In der AfD-Fraktion nannten 18 Prozent Nebeneinkünfte, bei der SPD 15 Prozent. Die Linksfraktion kommt auf einen Anteil von 14 Prozent, die Grünen auf sieben Prozent.

Die Angaben fördern interessante Konstellationen zutage: Landwirte und Bauernlobbyisten, die im Landwirtschaftsausschuss über die Agrarpolitik mitentscheiden; Aufsichtsräte, die im Wirtschaftsausschuss für Unternehmen relevante Entscheidungen treffen.

Der Arzt Rudolf Henke sitzt für die CDU im Gesundheitsausschuss und ficht gleichzeitig als Vorstand der Bundesärztekammer und als Vorsitzender des Marburger Bunds für die Interessen der Ärzte. Im Bundestag handle er »nicht danach, welche Ämter ich an anderer Stelle ausübe«, sagt er. Mit seinen Tätigkeiten kam er in den ersten Monaten der Wahlperiode auf Nebeneinkünfte in Höhe von mindestens 70 000 Euro – zusätzlich zu den Diäten von rund 115 000 Euro brutto im Jahr.

Henkes Parteifreund Johannes Röring ist selbstständiger Landwirt, tätig in den Bereichen Energieerzeugung und Düngemittel. Außerdem sitzt er in mehreren Aufsichtsräten und anderen Unternehmensgremien und kommt in der laufenden Wahlperiode mittlerweile auf Nebeneinkünfte von mindestens 288 000 Euro; bei den Bezügen als Selbstständiger handelt es sich allerdings um den Umsatz, von dem noch die nicht unerheblichen Betriebsausgaben abgehen. Dass er im Landwirtschaftsausschuss über den Politikbereich mitentscheidet, der ihn als Geschäftsmann betrifft, findet er nicht problematisch. Auch ein Zeitproblem durch die Mehrfachbelastung sieht er nicht: »Das Abgeordnetenmandat steht für mich an erster Stelle.«

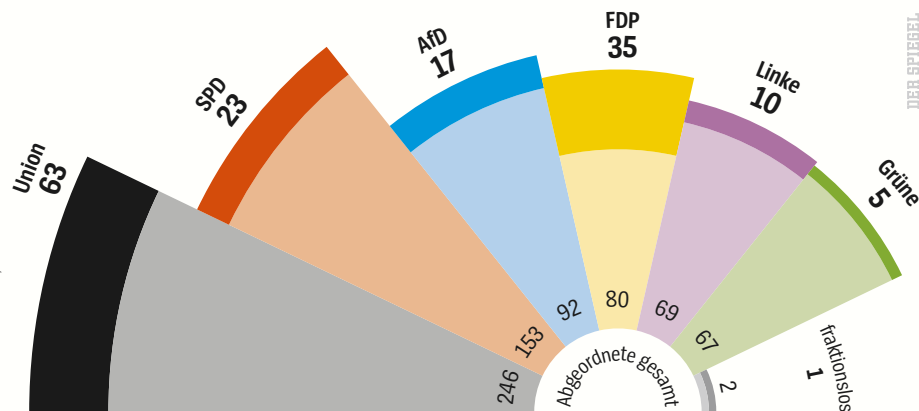
Von vielen Abgeordneten mit Nebenjob hört man solche Argumente: Reine Berufspolitiker gebe es schon genug, es brauche auch andere Volksvertreter. Und Abgeordnete mit eigenem Betrieb wollen für ein vierjähriges Bundestagsmandat nicht gleich den eigenen Laden schließen oder verkaufen.

Etliche Abgeordnete aber führen nicht einfach ihren Beruf fort – oft scheinen Unternehmen und Verbände erst wegen des Mandats auf sie aufmerksam zu werden. Für die vergangenen beiden Wahlperioden stellte die Otto Brenner Stiftung der IG Metall fest: Steigt die Mandatsdauer, steigt auch die Zahl der Abgeordneten mit Nebentätigkeiten. Die Stiftung kommt zu dem Schluss, »dass das Mandat dazu genutzt wird, neue Tätigkeiten aufzunehmen und neue gesellschaftliche Funktionen wahrzunehmen«.

Max Holscher, Marcel Pauly

► Weiterführende Informationen unter spiegel.de/abgeordnete

Abgeordnete mit Nebeneinkünften im Deutschen Bundestag



Rudolf Henke (CDU)
Ärztelfunktionär im Gesundheitsausschuss, Nebeneinkünfte von mindestens **70 000 €**



Enrico Komning (AfD)
Rechtsanwalt mit Nebeneinkünften von mindestens **347 500 €** von 15 Mandanten



Christian Lindner (FDP)
erhielt für 13 Vorträge und Kaminabende mindestens **77 000 €**



Carl-Julius Cronenberg (FDP)
Unternehmer mit Nebeneinkünften von mindestens **508 000 €**



Johannes Röring (CDU)
Landwirt im Agrarausschuss, Nebeneinkünfte von mindestens **288 000 €**, überwiegend Umsätze



Albert Stegemann (CDU)
Landwirt im Agrarausschuss, Nebeneinkünfte von mindestens **585 000 €**, ausschließlich Umsätze

Quelle: Deutscher Bundestag; Stand: 17. Mai 2018

WE SIMPLIFY BUSINESS TRAVEL.

Maßgeschneiderte Services,
rund um Ihre Geschäftsreise:



Mehr Hotel für Ihr Budget:
Bis 30% sparen im Business Tarif



Volle Flexibilität:
Bis 18:00 kostenlos stornieren



Profitieren bei jeder Buchung:
Meilen & Punkte sammeln



24-Stunden Soforthilfe:
Rundum sorglos mit HRS
Travel Care

Anmelden
und gewinnen:
5-Sterne
Hotelgutschein*

Jetzt kostenlos bei myHRS
anmelden und sofort profitieren:

myHRSvorteile.de



HRS
Das Hotelportal

*Unter allen Neuanmeldungen
verlosen wir 10 Hotelgutscheine
für je zwei Übernachtungen für
zwei Personen inkl. Frühstück
in einem 5-Sterne Hotel.

Buddhas Irrweg

Missbrauch Ein buddhistischer Abt aus Frankfurt am Main versprach Erleuchtung – und verging sich unter diesem Vorwand offenbar an seinen Klosterschülern.

Neun Menschen saßen 2013 in dem Kloster »Buddhas Weg« im Odenwald zusammen: fünf Mönche, drei Nonnen und ihr Zenmeister, der Abt Thich Thien Son. Sie sprachen darüber, dass der Abt mehrere Angehörige des Klosters sexuell belästigt und ein Kind missbraucht habe, so erinnern sich mehrere Anwesende übereinstimmend. Trotzdem sei die Atmosphäre lange erstaunlich freundlich geblieben.

Ruhig hätten die Schüler den Zenmeister gefragt, warum er so gehandelt habe, wie er es getan habe. »Für mich ist die Sexualität das größte Hindernis«, habe Thich Thien Son gesagt. Erst wenn sie »durchgearbeitet« sei, stünden ihnen die Wege frei.

Was »durcharbeiten« in dem Kontext bedeuten solle, habe einer der Mönche gefragt. Schließlich könne es nicht sein, dass der Abt einen Zwölfjährigen zum Oralverkehr auffordere, während auch noch ein Elfjähriger im Zimmer sei. Genau das soll acht Jahre zuvor passiert sein.

Der Zenmeister habe den Vorwurf damals nicht bestritten, sondern gesagt, es sei ein Fehler gewesen, ein Prozess des Lernens. Er habe nicht die Intention gehabt, irgendjemanden zu missbrauchen. Die Anwesenden erinnern sich, wie Thich Thien Son selbstbewusst gesagt habe, es sei für ihn kein Problem, wenn man ihm etwas anhängen wolle. Selbst wenn er ins Gefängnis müsse – kein Problem.

Er habe helfen wollen, so habe er sich gerechtfertigt, und den Zwölfjährigen mit dessen eigenen sexuellen Energien konfrontieren wollen. Bei einem älteren Klosterschüler habe er klären wollen, ob der Schüler Homosexualität in sich trage.

Eine Nonne habe noch einmal nach dem Minderjährigen gefragt, was denn da die Motivation gewesen sei, so erinnern sich Anwesende. Sie wolle es nicht anprangern, sondern verstehen, habe sie hinterhergeschoben. Der Abt habe ausweichend geantwortet, der Zwölfjährige sei einfach neugierig gewesen.

Dann habe der Zenmeister plötzlich abgeblockt. Er wolle nicht gezwungen werden, etwas auszusprechen, was die anderen hören wollten.

Glaubt man den Aussagen der Anwesenden, dann würden das lapidare Eingeständnis des Abts und seine Erklärungen offenbaren, wie er sich die Religion zunutze machte, um seinen Missbrauch zu er-

möglichen und zu rechtfertigen. Jenen Buddhismus, der als besonders tolerant und weltoffen gilt und dessen bekanntester Mönch, der 14. Dalai-Lama, den Friedensnobelpreis erhalten hat.

Wie anfällig geschlossene Systeme für sexualisierte Gewalt sind, ist schon seit den Skandalen der katholischen und der evangelischen Kirche sowie der Odenwaldschule bekannt. Buddhistische Gemeinschaften sind da offenbar keine Ausnahme.

während seiner Europareise 2009 auch zu einer viertägigen Veranstaltung in Frankfurt mit 50 000 Teilnehmern zu kommen.

Thich Thien Son soll nicht nur ein Kind sexuell missbraucht, sondern über Jahre auch andere Klosterangehörige sexuell belästigt haben. Davon hat ein Dutzend Personen dem SPIEGEL berichtet, Dokumente bestätigen die Vorwürfe. Außerdem wird dem Abt vorgeworfen, pornografische Videos gedreht zu haben.



Zenmeister Thich Thien Son 2009: »Gravierendes Ausnutzen der Schüler-Lehrer-Bindung«

So wurde einem der erfolgreichsten buddhistischen Lehrer der westlichen Welt, Sogyal Rinpoche Lakar, vorgeworfen, Schülerinnen und Schüler »physisch, emotional und psychisch« missbraucht zu haben. Zudem soll er sich »sexueller Vergehen« schuldig gemacht und einen »unersättlich verschwenderischen und genussüchtigen Lebensstil« gepflegt haben, finanziert aus Spenden. Lakar trat daraufhin 2017 von all seinen Ämtern zurück.

Der Abt Thich Thien Son ist nicht ganz so bekannt, in Hessen aber eine Größe. Er gründete das Kloster »Pagode Phat Hue« in Frankfurt am Main und leitete später auch »Buddhas Weg« im Odenwald. Bis 2009 war er Vorsitzender der Deutschen Buddhistischen Ordensgemeinschaft e. V. (DBO). Er war einer derjenigen, die den Dalai-Lama davon überzeugen konnten,

Einige Menschen hätten das Kloster wegen Thich Thien Son verlassen. Es gab auch Klostermitglieder, die sich an das Jugendamt und an die Polizei wandten. Doch das Jugendamt konnte nichts feststellen. Und die Staatsanwaltschaft stellte zwei Verfahren ein: 2011, weil der betroffene Jugendliche bestritt, sexuell missbraucht worden zu sein; zu der Zeit war er mit Einverständnis seiner Eltern in der Obhut des Klosters. Und im Jahr 2016, weil der ermittelnde Staatsanwalt nach einem aussagepsychologischen Gutachten Zweifel an den Aussagen des Betroffenen hatte – obwohl dem Staatsanwalt außerdem von dem Eingeständnis des Abts berichtet worden war. Eine Beschwerde gegen die Einstellung verwarf die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main Ende 2016.

Nur die DBO reagierte. Im Dezember 2010 schloss sie ihr Mitglied Thich Thien Son aus, nachdem ihr mehrere unterschriebene Briefe vorgelegt worden waren, die den Abt belasteten, der eine Stellungnahme zunächst verweigert hatte. »An dem Wahrheitsgehalt der Briefe können wir nicht zweifeln«, hieß es in einer öffentlichen Mitteilung dazu. Die Aussagen bezeugten ein Verhalten, das zum reinen Lebenswandel eines buddhistischen Mönchs in völligem Widerspruch stehe. Und: »Es zeigt ein gravierendes Ausnutzen der Lehrer-Schüler-Bindung.«

Den Stand eines Mönchs gab Thich Thien Son allerdings erst drei Jahre später auf. Einige Mönche aus Frankfurt hatten sich mit einem Brief an einen der populärsten buddhistischen Mönche im Westen, Thich Nhat Hanh, gewandt, in dem sie die Vorwürfe zusammenfassten. Bevor er bald

Im Frankfurter Kloster Pagode Phat Hue wurde zwar ein neuer Abt benannt, doch ohne Thich Thien Son geht es offenbar nicht. Er bringt die Spenden, er zieht neue Interessierte an. Das sagen die, die sich im Kloster und in der buddhistischen Szene auskennen. Sogar im Impressum der Internetseite steht sein Name noch.

Stefan Schulz* hat das dazu bewogen, mit dem SPIEGEL über seine Geschichte zu sprechen. Er wolle nicht, dass andere erleben müssten, was er erlebt habe, sagt er. Und er fühle sich schuldig, da er bei der ersten polizeilichen Vernehmung 2011 gelehnet habe, missbraucht worden zu sein.

Er ist derjenige, um den es bei dem Gespräch 2013 geht, er ist der Zwölfjährige von damals. Heute ist er Mitte 20 und sitzt in seiner spartanisch eingerichteten WG: eine Matratze auf dem Boden, ein Bücherregal, ein Tisch und ein Klappsofa, irgend-

wie eine Auszeichnung gewesen. Doch es habe nicht lange gedauert, bis Thich Thien Son ihn das erste Mal missbraucht habe. »Jede Nacht kam er mir etwas näher. Erst musste ich ihn nur so massieren. Dann auch seine Genitalien«, sagt er. Schließlich habe er ihn oral befriedigen müssen.

Einmal sei ein elfjähriger Klosterschüler mit im Zimmer gewesen. Während der dem Abt die Füße massiert habe, habe Schulz den Penis des Abts anfassen müssen, sagt er. Ob der Jüngere das gesehen habe, wisse er nicht genau. Woran er sich aber sicher erinnere, sei, dass das vietnamesische Hausmädchen des Abts an einem Morgen leise und in gebrochenem Deutsch zu ihm gesagt habe: »Nicht mehr bei ihm schlafen.«

Thich Thien Son weist diese Vorwürfe zurück. Er sei Opfer einer Intrige der DBO und der Deutschen Buddhistischen Union (DBU) geworden. DBO und DBU hätten den Buddhismus in Deutschland aus kommerziellen Gründen als Religionsgemeinschaft anerkennen lassen wollen. Da er dagegen gewesen sei, habe vor allem die DBO »alles Mögliche« unternommen, um ihn aus dem Amt zu drängen. Deshalb habe jemand aus dem Vorstand der DBO 2014 Anzeige gegen ihn erstattet. Der Abt verweist auf das aussagepsychologische Gutachten und die eingestellten Verfahren der Staatsanwaltschaft.

Aber neben Schulz berichten auch andere Männer, Thich Thien Son habe sexualisierte Gewalt ausgeübt – und sein Verhalten religiös begründet.

Thomas Arnold* war Anfang 20, als er Thich Thien Son traf. Damals habe er mit seiner Sexualität gehadert, sei unsicher gewesen, ob er vielleicht schwul sei. Er lebt inzwischen nicht mehr in Deutschland. Er sitzt in seinem Haus, als er per Videotelefonat von seinen Erlebnissen berichtet. Auch er heißt anders und will nicht, dass sein richtiger Name öffentlich wird. Er möchte endlich mit der Sache abschließen. Aber er möchte nicht, dass der frühere Abt weiter in Kontakt mit jungen Menschen ist, die ihm hörig sein könnten, so wie er es damals aufgrund von dessen gehobener Position war. Deswegen spreche er.

Es habe begonnen, als er dem Abt im Jahr 2005 seine Verwirrung über seine Sexualität anvertraut habe. Der habe unvoreingenommen zugehört, erinnert sich Arnold, und dann gesagt: »Nun, mach doch. Wenn du einen Mann küssen willst, tu es.« Er sei verduzt gewesen, sagt Arnold. Doch der Abt, dem er vertraute, zu dem er aufsahe, habe versichert: »Ich bin nicht an Sexualität interessiert. An mir kannst du das ausprobieren.« Also habe er den Abt geküsst. Immer wieder habe der ihn dabei gefragt: »Nun, bist du schwul oder nicht? Ändert das was?«

Dann habe er gesagt, er wolle mit Arnold »arbeiten«, um ihm zu »helfen«. So



Kloster »Buddhas Weg« im Odenwald: Das Jugendamt konnte nichts feststellen

auf Thich Thien Son treffe, würden sie ihm gern die »wahren Fakten« mitteilen, schrieben die Mönche und baten um seine »Weisheit«: »Wir fühlen uns hilflos, verletzt und sind verwirrt, wie wir weiterverfahen sollen.«

Ein paar Wochen später legte Thich Thien Son die gelbbraune Mönchskleidung ab und trat fortan nicht mehr öffentlich auf. Doch da die buddhistische Gemeinschaft hierzulande kaum Kontrollinstanzen hat und niemand entscheiden kann, welche Roben und welche Titel jemand bei Auftritten verwendet, arbeitet Thich Thien Son seit Längerem wieder. In seinem alten Kloster »Buddhas Weg« gibt er Seminare, auch für und über Kinder, zuletzt im April dieses Jahres: »Schattenkinder – Sonnenkinder« und »Familienkarma«. Zu Ostern leitete er eine Meditationsklausur.

wo in Europa. Er will nicht, dass seine Identität bekannt wird, darum sollen sein Name und sein Wohnort geheim bleiben.

Bei grünem Tee berichtet er von seiner Kindheit. Es habe viel Ärger in seiner Familie gegeben. Bei Akupunkturterminen seiner Mutter habe er den Abt kennengelernt. Der Abt habe ihn ins Kloster eingeladen, also verbrachte er immer mehr Zeit dort, gemeinsam mit anderen Kindern: »Das war wie ein Sommercamp, das einfach nicht endete.« Die Menschen erschienen glücklicher als die zu Hause. Deswegen wollte Stefan Schulz im Kloster leben, Mönch werden.

Wenn er im Kloster übernachtete, durfte er beim Abt im Zimmer, sogar in dessen Bett schlafen, sagt Schulz. Anfangs sei das

* Name geändert.

erinnert sich Arnold. Über Monate habe der Abt ihn zu sich geholt. Er habe ihn dann aufgefordert, ihn zu berühren, es habe Küsse gegeben, dann Oral-, später Analverkehr, sagt Arnold. »Immer wieder fragte er mich während des Sex: ›Bist du schwul? Bist du hetero? Ändert das was?‹« Arnold schüttelt sich. Ihm werde jedes Mal schlecht, wenn er daran denke.

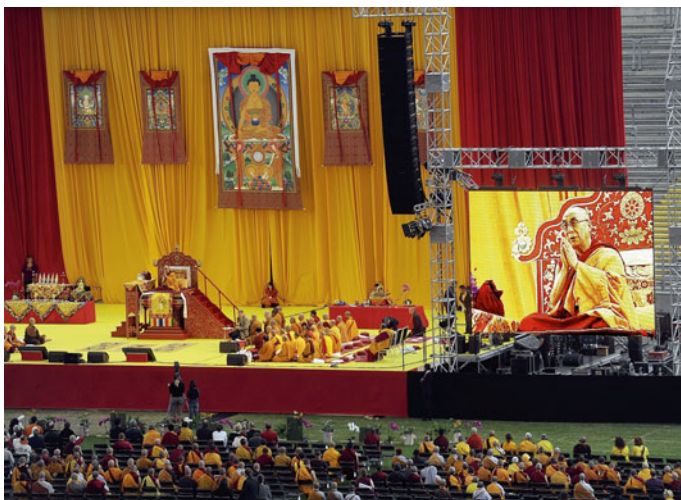
Als er die »Arbeit« nach ein paar Monaten infrage gestellt habe, habe der Abt ihm gesagt, dass ihm die Erleuchtung verwehrt bliebe, wenn er nicht weiter mitmache. Er sei doch bestimmt als Kind missbraucht worden, das wolle er nun »nachinszenieren«, damit sich Arnold daran erinnern und das Trauma verarbeiten könne. »Es war unendlich perfide«, sagt Arnold heute. Nach einem halben Jahr habe Thich Thien Son die »Arbeit« schließlich beendet – und danach so getan, als wäre zwischen ihnen nie etwas gewesen.

Drei Jahre später habe er mitbekommen, dass der Abt immer wieder junge Männer in sein Zimmer eingeladen habe, sagt Arnold. Einer dieser Männer habe sich ihm anvertraut und ihm berichtet, welche Gründe Thich Thien Son für die sexuellen Handlungen angeführt habe: »Es waren genau dieselben wie bei mir.« Arnold verließ daraufhin das Kloster.

All das schilderte Arnold im Oktober 2010 auch in einem Brief auf Englisch, der mit folgenden Sätzen beginnt: »Ich versichere an Eides statt, dass der folgende Brief nach bestem Wissen verfasst wurde, wissend, dass ich bestraft werden kann, falls herausgefunden werden sollte, dass er nicht stimmt.« Dann begründet er, warum er sich erst nach Jahren äußert. Er habe sich erst mal wieder »aufbauen« müssen. »Es war eine traumatische Erfahrung für mich, jemandem so viel Glauben und Vertrauen zu schenken, nur um dann sexuell missbraucht zu werden.« Die vergangenen Jahre seien die schwierigsten seines Lebens gewesen.

Es gibt noch vier weitere Personen, die 2010 schriftlich Vorwürfe gegen Thich Thien Son erhoben.

Ein Mann berichtet, wie ihn der Abt, als er ein junger Erwachsener war, auf einer Pilgerreise im Bus plötzlich am Penis berührt habe. »Er begründete diese Tat mit dem Argument, dass ich noch sehr viel sexuelles Verlangen in mir trage, welches ich unterdrücken würde«, schreibt er. Zurück in Deutschland habe er den Abt fast jeden Abend massieren müssen, »auch an seinem Hintern sowie um seinen Penis herum«. Widersprochen habe er nicht, weil



Gast Dalai-Lama in Frankfurt am Main 2009: Tolerant und weltoffen

er nicht gewusst habe, wie. »Gewollt habe ich es jedoch zu keiner Zeit«, schreibt er.

Im April 2008 habe der Abt ihn aufgefordert, bei ihm im Zimmer zu schlafen, da ein guter Freund von ihm gestorben sei und er nicht allein sein wolle. Der junge Mönch legte sich vor das Bett auf den Boden, schreibt er. »Während der Nacht kam er immer wieder zu mir runter auf den Boden und berührte und streichelte mich, besonders an meinem Penis.« Gewehrt habe er sich nicht, am nächsten Morgen aber seine Sachen gepackt und das Kloster heimlich verlassen. Im August sei er kurz zurückgekehrt, weil ihm Thich Thien Son gedroht habe, dass er »jegliche andere buddhistische Tempel benachrichtigen« wür-

»Er suchte sich grundsätzlich Jungs, die ohne Vaterfigur aufgewachsen waren.«

de, sodass er nirgendwo mehr aufgenommen würde. Nach drei Monaten aber habe er das Kloster endgültig verlassen.

Die drei anderen Briefeschreiber wurden selbst nicht belästigt, wollen aber Zeugen von Thich Thien Sons Verhalten gewesen sein: Einer hat ihn laut eigener Aussage bei sexuellen Handlungen mit jungen Männern gesehen. Die anderen haben mit Mönchen gesprochen, die davon berichteten. Es passierte demnach nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA, wo Thich Thien Son Seminare gab.

Die Briefe haben etwas gemeinsam: Die Autoren schreiben mit großem Respekt für ihren religiösen Führer. Sie erwähnen die Verfehlungen ebenso wie seine Fähigkeiten, schreiben, wie sehr er ihnen »spirituell« über die Jahre geholfen habe. Selbst Thomas Arnold, der berichtet, über

Monate zu sexuellen Handlungen gedrängt worden zu sein, beginnt seinen Brief mit dem Satz: »Ich verdanke Thich Thien Son einen großen Teil dessen, was ich bin.« Sein Anliegen sei es nicht, den Ruf des Abts zu ruinieren.

Der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main lagen all diese Briefe von 2010 vor, als sie zum zweiten Mal ermittelte. Dazu noch eine eidesstattliche Versicherung eines anderen Mönchs von 2014. Er bezeugt, dass Thich Thien Son bei jener Gesprächsrunde 2013 im Kloster im Odenwald ein Eingeständnis abgelegt habe, und schreibt, dass dieser seither mehrmals versucht habe, »auch mich mit Halbwahrheiten oder

Lügen zu manipulieren und einzuschüchtern, damit ich nach außen schweigen soll«.

Am Ende der Ermittlungen stellt die Staatsanwaltschaft fest: »Zwar sprechen viele Anhaltspunkte dafür, dass tatsächlich sexuelle Handlungen zwischen dem Beschuldigten und dem damals kindlichen Zeugen stattgefunden haben.« Doch weil die Erinnerungen der Zeugen nicht konkret genug seien, gebe es keinen »hinreichenden Tatverdacht«. Es habe Mängel in der »Aussagekonstanz« gegeben.

Die polizeiliche Vernehmung zu den Vorfällen fand im Februar 2014 statt, die Exploration des aussagepsychologischen Sachverständigen erst im Juli 2015. Die Vorfälle lagen da schon zehn Jahre zurück. Die wesentlichen Details, in denen sich der Zeuge widersprach, waren, ob in einem Hotel ein Missbrauch geschehen war, wie lange seine Hand auf dem Penis des Beschuldigten gelegen haben soll und ob der Beschuldigte ihn anal penetrieren wollte oder ob er ihn penetrieren sollte.

Dabei ist es nicht ungewöhnlich, dass Betroffene sexualisierter Gewalt solche Details verdrängen oder nur manchmal abrufen können. Der aussagepsychologische Sachverständige argumentierte dennoch, dass der Zeuge sich »intensiv mit dem Thema Missbrauch in Internetforen und in Gesprächen beschäftigt« habe und deswegen nicht auszuschließen sei, dass »Teile seiner Aussage Autosuggestionsprodukte sind«.

Auch das Eingeständnis des Abts half nicht. Der Staatsanwalt hielt vielmehr fest, dass sich an seiner Entscheidung »auch für den Fall«, dass sich noch weitere Zeugen aus dem Gespräch 2013 meldeten, nichts ändern würde. Das Jugendamt prüfte das Kloster wiederholt, 2013 sogar wegen Missbrauchsvorwürfen, fand aber »keine Anhaltspunkte für sexuelle Übergriffe«. Man werde die Sache allerdings »weiterhin gewissenhaft begleiten«, versichert die Amtsleiterin.

Tatsächlich hatte Abt Thich Thien Son offenbar ein ausgeklügeltes System. Wenn das Jugendamt kam, sei im Tempel schnell alles hergerichtet worden, sagt Schulz. Er beispielsweise habe kein eigenes Zimmer gehabt, weil er über Monate beim Abt geschlafen habe. Wenn aber jemand vom Jugendamt vor der Tür gestanden habe, »schossen sofort alle los, richteten ein Zimmer her, das als meines ausgegeben wurde, und legten auch noch ein paar ›Bravo‹-Hefte hin«. Damals habe er das lustig gefunden. Schließlich sei das Jugendamt böse gewesen, so sei es ihm beigebracht worden.

Melissa Horner* ist diejenige, die das Jugendamt eingeschaltet hat – wenn auch über Dritte. Die Nonne sagt, sie sei entsetzt gewesen über das, was sie im Kloster mitbekommen habe. Auch sie heißt eigentlich anders, will aber ihre Identität schützen. Einige Jahre hat sie mit Thich Thien Son im Kloster gelebt, bis heute fühlt sie sich ihm und der Gemeinschaft verbunden, lobt seine Fähigkeiten, seinen Charme.

Dennoch geht sie hart mit ihm ins Gericht. Sie habe gesehen, dass viele junge Männer bei ihm ein und aus gegangen seien, sagt Horner: »Er suchte sich grundsätzlich Jungs, die ohne Vaterfigur aufgewachsen waren.« Denen habe er einen Vaterkomplex eingeredet. Thich Thien Son sei sich seiner Macht immer sicherer geworden, sagt Horner. Einmal sei ein Siebenjähriger, der im Kloster lebte, zu ihr gekommen. In gebrochenem Deutsch habe er gesagt: »Ich habe gesehen! Der Penis in dem Mund! Und auf dem Computer, so ekelig!«

Weitere Mönche und Nonnen berichten, dass sie Pornos auf dem Rechner des Abts gefunden hätten, sogar selbst gedrehte. Auch Gleitcreme und Rechnungen von Spas, die als Treffpunkte Homosexueller galten, wurden demnach bei dem Abt entdeckt, der eigentlich zölibatär leben soll. Und sie berichten, dass Thich Thien Son auch Sex mit Frauen gehabt habe.

Er habe es »Initiation« genannt, sagt Horner, oder auch »Ritual auf dem Weg zur Erleuchtung«. Den Frauen habe er gesagt, es gehe um Tantra. Eine Frau habe ihr eines Tages erzählt, der Abt sei bei ihr so aggressiv vorgegangen, dass sie anschließend drei Stunden lang nicht in der Lage gewesen sei, das Bett zu verlassen. Beschwert habe sich wohl keine Frau, so Horner, denn Thich Thien Son habe gedroht: Falls sie jemandem davon erzählten, würden sie ihr Gelübde brechen und ihren Weg zur Erleuchtung unterbrechen.

Thich Thien Son geht weder auf sein mutmaßliches Eingeständnis noch auf alle konkreten Vorwürfe ein. Er sieht darin die »Verunglimpfung eines religionspolitisch Unliebsamen«.

Ann-Katrin Müller, Anna Sawerthal
Mail: ann-katrin.mueller@spiegel.de

Für SPIEGEL-Abonnenten: Digital-Upgrade nur € 0,50.

**Jetzt
4 Wochen
gratis
testen**



- ✓ Ohne Verpflichtung lesen
- ✓ Bereits ab freitags 18 Uhr
- ✓ Auch offline lesbar
- ✓ Auf bis zu 5 Geräten
- ✓ **Inklusive SPIEGEL DAILY** – Die neue digitale Tageszeitung

Ja, ich möchte den SPIEGEL digital testen!

Ich lese 4 Wochen den SPIEGEL digital kostenlos, danach als SPIEGEL-Abonnent für nur € 0,50 statt € 4,10 pro Ausgabe. Ich gehe keine Verpflichtung ein, denn ich kann jederzeit zur nächsterreichbaren Ausgabe kündigen.

Einfach jetzt anfordern:

 abo.spiegel.de/upgrade



Gesellschaft

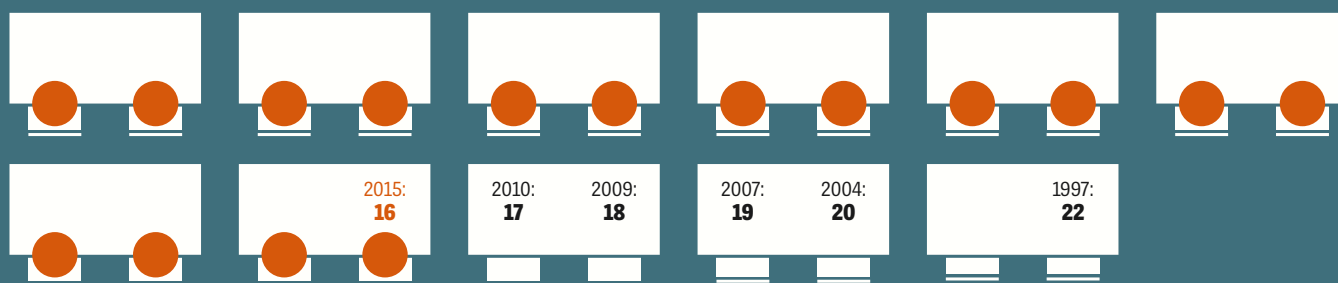
»Das Martinsfest heißt jetzt Laternenumzug – wegen der Fremden, die zu uns kommen.« ► S. 54

2015 kommen auf einen Lehrer
an einer deutschen Grundschule
16 Schüler. 1997 waren es 22.



Früher war alles schlechter

Nº 125: Schüler pro Lehrer



QUELLE: KULTUSMINISTERKONFERENZ

Wenn das Frau Bohse wüsste. Anfang des Jahres veröffentlichte die Bertelsmann-Stiftung eine Studie, der zufolge bis zum Jahr 2025 an den Grundschulen in Deutschland mindestens 35 000 Lehrer fehlen. 35 000, das klingt nicht gut. Man muss unweigerlich an seine eigene Schulzeit denken, Ende der Siebzigerjahre, 34 Kinder in der Klasse und eine Lehrerin, Frau Bohse, die alle Fächer unterrichtete; alle bis auf Religion – das hat der Rektor übernommen. Aber die Zeiten von Frau Bohse sind vorbei, Gott sei Dank. Gab es 1997 in der Grundschule noch 22 Kinder pro Lehrer, waren es 2010 im Schnitt 17 und vor drei Jahren nur noch 16. Damit steht Deutschland im internationalen Vergleich natürlich mal wieder gut da: Im weltweiten Durchschnitt kommen auf einen Grundschullehrer knapp 24 Schüler, in Europa

und Zentralasien sind es 18 und in Nordamerika 15. Am besten schneidet Norwegen ab (1:9), am schlechtesten die Zentralafrikanische Republik (1:80). Diese Zahlen sagen nichts darüber aus, wie viele Stunden die Kinder in der Schule verbringen und ob sie dort genügend lernen. Sie dienen jedoch als Indikator für den Lebensstandard in einem Land. Je besser die Schulen personell ausgestattet sind, desto höher ist er. In Deutschland sitzen im Schnitt 21 Kinder in einer Grundschulklasse, in Südkorea sind es mehr, trotzdem fordern bei uns Eltern- und Lehrerverbände ständig kleinere Klassen. Dabei schneiden die Asiaten bei Vergleichsarbeiten besser ab; im Lesen, Rechnen, Schreiben. Das hat vermutlich auch mit der Qualität der Lehrer zu tun. Aber das ist ein anderes Thema. maik.grossekathoefer@spiegel.de

Jäger und Sammler

Gehören Panini-Sticker zu Deutschland, Herr Kuhn?

Stefan Kuhn, 43, Gründer der größten Online-Tauschbörse »Stickermanager«, über das Sammeln von Panini-Stickern

SPIEGEL: Ein Päckchen Sticker kostet in diesem Jahr 90 Cent. Vor vier Jahren waren es noch 60. Das ist Abzocke, oder?
Kuhn: Wenn man bedenkt, dass das Album 682 Sticker umfasst und man dafür im günstigsten Fall Tütchen für rund 130 Euro kaufen muss, ist das ein ziemlich kostspieliges Hobby geworden. Langsam ist schon eine Schmerzgrenze erreicht.
SPIEGEL: Welcher Sticker ist denn am begehrtesten?
Kuhn: Man muss unterscheiden zwischen den beliebtesten und den wertvollsten.

Wenn man nach Angebot und Nachfrage auf unserer Tauschbörse geht, ist der wertvollste Sticker momentan das Brasilien-Emblem in Glitzer, gefolgt von den restlichen Glitzer-Stickern. Am beliebtesten ist das Panini-Logo. Der beliebteste deutsche Spieler ist Thomas Müller.



SPIEGEL: Und Mesut Özil?

Kuhn: Etwas hinter Messi, jedoch vor Neymar.

SPIEGEL: Ilkay Gündogan?

Kuhn: Gündogan hat es leider nicht ins Album geschafft. Panini sagt selbst, dass die Fehlerquote bei etwa zwölf Prozent liegt – bestimmt wird es einen Nachdruck mit den fehlenden Spielern geben.

SPIEGEL: Stimmt es, dass einige Sticker seltener als andere sind?

Kuhn: Das ist die Gretchenfrage bei der ganzen Angelegenheit. Panini bestreitet das. Aber auf unserer Tauschbörse sind fast 200 000 Nutzer angemeldet. Und anhand ihrer Daten sehen wir schon, dass die Glitzer-Sticker deutlich seltener zu sein scheinen.

SPIEGEL: Wer ist denn für das Mischen der Päckchen zuständig?

Kuhn: Eine Maschine namens Fimatic. Das Wort hat Panini erfunden. MKE

Der britische HSV

Ein englischer Fußballverein steigt nach 145 Jahren zum ersten Mal ab.

Es lief die 67. Spielminute an einem Samstag im April, dem vorletzten Spieltag der Conference North, der sechsten englischen Fußballliga, als Richard Kane seine Hände über dem Kopf zusammenschlug, hinter dem Tor seiner Mannschaft auf den Rasen sank und sich klein machte, als wollte er verschwinden. Der Gainsborough Trinity Football Club musste gewinnen, um nicht abzustiegen, hatte aber gerade gegen den AFC Telford United eine Führung mit zwei Toren verspielt. Da spürte Kane, dass sein Verein, dessen ganze Geschichte nach einem einzigen großen Fußballwunder klingt, dieses Mal kein Wunder erleben würde.

Richard Kane, 51, Vorsitzender des Gainsborough Trinity FC, ein Mann mit perfekten Zähnen und gestärktem Hemdkragen, erzählt davon auf den Rängen von »The Northolme«, einem Stadion mit 504 Klappsitzen und einem Eingangstor, von dem die blaue Vereinsfarbe abblättert. Er berichtet vom schwärzesten Tag in der Fußballgeschichte Gainsboroughs, einer Kleinstadt mit knapp 20 000 Einwohnern im Norden Englands, zwei Autostunden entfernt von Manchester. In derselben Woche, in der der HSV nach 55 Jahren zum ersten Mal aus der ersten deutschen Bundesliga absteigt, spricht Kane von einem »zerschmetternden Ergebnis« und von einem »Gift«, das sein Verein zu schlucken habe.

Den HSV, sagt er, kenne er nicht, aber was seien auch schon 55 Jahre? »Trinity«, erzählt Richard Kane, sei bis vor Kurzem 144 Jahre lang nicht abgestiegen.

Es war das Jahr 1873, auf dem britischen Thron saß Queen Victoria, das Deutsche Kaiserreich war gerade erst entstanden, aber in Deutschland gab es noch keinen einzigen Fußballverein, als der Gainsborough Trinity FC gegründet wurde. Börsencrash und Weltwirtschaftskrise hatten die Insel in die Große Depression gestürzt, da wollte ein Pfarrer der Holy Trinity Church die Menschen mit Sport von ihren Geldsorgen und ihrem Leid ablenken. Er taufte den Klub unter dem Beinamen »The Recreationists«, die Erholungssuchenden, und tatsächlich kamen bald Menschen aus ganz Gainsborough und der Umgebung zusammen, um für Trinity zu spielen oder die Mannschaft anzufeuern.

Die ersten Fans waren Zeugen, wie der Klub Mitglied der Second Division wurde, der damals zweithöchsten Spielklas-

se des englischen Fußballs. Sie waren dabei im Jahr 1902, als Trinity zu Hause auf eine Mannschaft traf, die sich gerade von Newton Heath in Manchester United umbenannt hatte. 4000 Männer, herausgeputzt mit Melonen und Jacketts, sahen im »Northolme« zu, wie Trinity nur knapp verlor.

Seither, so erzählt Richard Kane, sei die Geschichte seines Klubs eine fast endlose Aneinanderreihung aus vielen Niederlagen und gelegentlichen, identitätsstiftenden Erfolgen. Da sei die Saison kurz nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen, als Bomben viele Häuser in Gainsborough zerstört hatten und Trinity es trotzdem in die erste Runde des FA Cups schaffte. Da sind die Jahre 1928, 1949 und 1967, als Trinity den Meistertitel der Midland League nach Gainsborough geholt hatte. Aber als »größten Triumph überhaupt« bezeichnet Kane die Tatsache, dass der Klub seinen Anhängern in 144 Jahren keinen einzigen Abstieg antun musste.

Andere Vereine kamen, wieder andere gingen zugrunde. Die Spielklasse, in der Trinity antrat, wurde mal umbenannt, mal neu zusammengestellt, aber nie spielte Trinity gut genug, um in eine höhere Liga aufzusteigen, und immer wenn der Abstieg schon nicht mehr zu vermeiden schien, gelang dem Klub doch noch wundersam die Rettung. Im vergangenen Sommer, als am letzten Spieltag wieder mal

der Abstieg in die siebte Liga drohte, half erneut ein Priester, der in seiner Robe die Seitenlinie entlangschritt und den Rasen mit Weihwasser besprenkelte. Nur dank seines Beistands, da sind sich Kane und andere Vereinsmitglieder einig, wurde der Abstieg im letzten Moment verhindert.

Bis zu diesem Jahr, als selbst die Kirche dem Gainsborough Trinity FC nicht mehr helfen konnte, als gegen Telford United der Ausgleich fiel und Richard Kane hinter dem Tor kniete, reglos, wie verstorben. Es vergingen nur sieben Minuten, dann musste er mitansehen, wie Trinity auch noch das dritte Tor kassierte, wie das Schicksal des Klubs endgültig besiegelt wurde. Er kann heute nicht mehr genau sagen, woran er in diesen Augenblicken dachte. Er grübelte wohl, wie es nun weitergehen sollte, eine Liga tiefer und mit weniger Einnahmen. Würden Trinitys Fans noch immer zu al-

len Spielen kommen? Würden die Spieler dem Verein die Treue halten?

Als der Abpfiff ertönte, ging Kane nicht zu seinen Spielern, die kein Wort sagten, sondern direkt zu seinem Auto. Er war »am Boden zerstört«, so erzählt er, also fuhr er stundenlang durch die Stadt, vorbei an Feldern und an Backsteinhäusern, bis er wieder klar denken konnte.

Am Abend, die Trauer und Wut wich nur allmählich neuem Mut, schrieb er auf seine Twitter-Seite, was nach Hoffnung und nach Phrasen klingt, aber was Fußballvereinsvorsitzende auf der ganzen Welt nach Abstiegen eben zu sagen pflegen, sogar in Hamburg. Kane schrieb: »In it together«, alle im selben Boot, und: »We go again«, wir kommen wieder. Cathrin Schmiegel



Gainsboroughs Schicksalsspiel

Dino Senior

Gainsborough Trinity kann über den HSV nur müde lächeln. 145 Jahre lang stieg der englische Sechstligist weder auf noch ab. Jetzt hat es ihn erwischt. Dabei sind die Parallelen zum HSV unübersehbar. Irgendwie.

Von der Website 11freunde.de

Das wird man ja wohl noch singen dürfen

Verführung Die Rockband Frei.Wild füllt Deutschlands große Arenen. Ihre Lieder bedienen rechtes Gedankengut, manche sagen: Sie sind rechtsradikal. In jedem Fall klingen sie wie der Soundtrack zum Parteiprogramm der AfD. Ein Tourbericht von Maik Großekathöfer

Drei Stunden vor dem Konzert liegt Philipp Burger in seiner Garderobe auf dem Sofa, er guckt auf seinem Laptop eine Komödie, während draußen die Polizei anrückt. Sie fährt mit 13 Mannschaftswagen vor, weil sich auf dem Parkplatz vor der Arena in Bremen Demonstranten versammelt haben, die Burgers Musik verabscheuen. Burger ist Sänger, Texter und Komponist der Gruppe Frei.Wild. Ein Songtext lautet folgendermaßen:

Kreuze werden aus Schulen entfernt, aus Respekt

Vor den andersgläubigen Kindern

Das ist das Land der Vollidioten

Die denken, Heimatliebe ist gleich Staatsverrat

Wir sind keine Neonazis und keine Anarchisten

Wir sind einfach gleich wie ihr ... von hier.

Burger streckt die Beine aus, gähnt. Seit vier Tagen tourt die Band durch Deutschland, die Nächte sind kurz. Burger ist 37 Jahre alt und Vater von zwei Töchtern, ein sportlicher Typ in Turnschuhen und engen Hosen. Seine Schläfen sind kahl geschoren, das restliche Haar kämmt er mit reichlich Gel zur Seite. Er ist großflächig tätowiert. Auf seiner Brust sind die Wörter »Glaube, Liebe, Hoffnung« in die Haut gestochen, unterhalb des Bauchnabels steht »xtreme«. Ist er das, extrem?

Er hat den Film auf seinem Laptop angehalten. Burger meint, »größere Arschlöcher als die Antifa« gebe es kaum. Dann holt er sich ein Bier aus dem Kühlschrank.

Es ist ein gewittriger Freitag Mitte April. Vor der Halle wartet das Publikum auf Einlass, knapp 10 000 Leute werden es am Ende sein, ein solider Querschnitt durch die Gesellschaft. Grau melierte Herren im Blouson sind dabei und Männer, die das Bier aus Dosen trinken, auffallend hübsche Frauen, Mütter mit Teenager-Kindern und Glatzen mit breitem Nacken. Auf den Parkplätzen stehen tiefergelegte Karren neben SUVs. Es gibt keine einfachen Zuordnungen bei diesem Publikum.

Die Demonstranten rollen ein Banner aus, auf dem »Kein Bock auf Frei.Wild« steht. Der Parteinachwuchs der Grünen und der Linken hat zum Protest aufgerufen, und rund 200 Leute sind erschienen, ältere Damen, Studenten im Kapuzenpulli. Sie werfen der Gruppe vor, rassistisch zu sein und »Blut-und-Boden-Metaphern« zu verbreiten. Eine Frau mit runder Brille greift zum Megafon: »Frei.Wild macht rechtes Denken salonfähig!«, ruft sie.

Etwa hundert Meter entfernt steigt ein Mann aus seinem Auto. Er besucht zum vierten Mal ein Konzert von Frei.Wild. Als er die Demonstranten sieht, fragt er: »Lieben diese Menschen ihre Heimat nicht? Haben die keine?« Entgegnet man ihm, dass sie gegen Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit protestieren, sagt er: »Frei.Wild ist nicht rechts. Ihre Lieder sind lebensbejahend. Also ich liebe meine Heimat, und ich bin weder links noch rechts. Ich habe im Prinzip auch nichts gegen Flüchtlinge. Ich habe nur was dagegen, dass die morden und vergewaltigen.« Er zeigt den Demonstranten den Mittelfinger und läuft hinüber zur Halle.

Das aktuelle Album der Band heißt »Rivalen und Rebellen«, es stieg auf Platz eins in die Charts ein, in diesem Jahr hat sich bisher kein Album in Deutschland besser verkauft. Und das, obwohl kein ernst zu nehmender Radiosender ihre Lieder spielt. Frei.Wild ist umstritten und populär wie keine zweite deutschsprachige Band.

Wenn man versuchen will zu verstehen, warum das so ist, wer diese Band ist und wie ihr Publikum denkt, muss man mit ihr auf Tournee gehen, 14 Städte in 19 Tagen, sie haben nur die größten Hallen Deutschlands gebucht, fast alle sind ausverkauft. Mehr als 135 000 Menschen haben sich ein Ticket gekauft.

Um 20.57 Uhr steht Philipp Burger in Bremen hinter der Bühne und betet. Gott stellt er sich dabei als alten Mann vor, der aussieht wie sein Großvater. Burger war Ministrant, er hat den Jugendkatechismus der katholischen Kirche gelesen, und er versucht, dreimal im Monat in die heilige

Messe zu gehen. Burger meint, christliche Traditionen müssten bewahrt werden.

Er kann die tobende Halle hören. Gut zwei Stunden Konzert liegen vor ihm, 22 Songs. Burger bekreuzigt sich mit geschlossenen Augen, dann läuft er los. Das Schlagzeug setzt ein.

*Unser Wort als spitzes, scharfes Schwert
Biegt sich nicht, bricht nicht, nein es wehrt*

Sich voll Aggression ...

Die Evolution hat nach uns verlangt

Wollte keine Speichellecker

Sie wollte Rock-'n'-Roll-Vollstrecker.

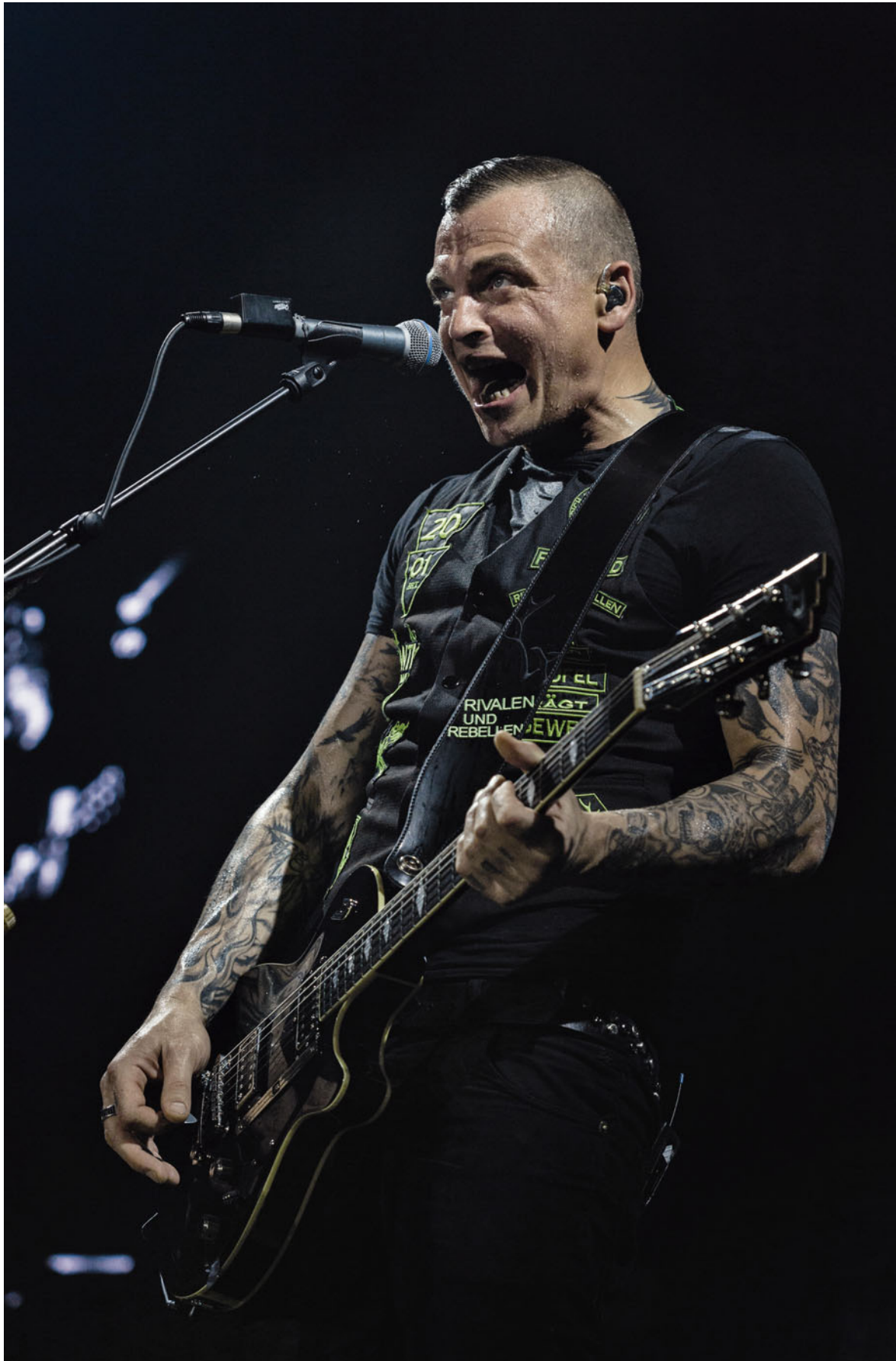
Jede Show startet mit den Versen. Burger singt sie nicht, er grölt sie ins Mikrofon. Vor ihm tanzende, schwitzende Leiber.

Es sind Menschen wie Tine Schwan, die 25 von 30 Urlaubstagen nutzt, um mit auf die Konzertreise zu gehen. Sie kommt aus dem Saarland und ist Vorsitzende des offiziellen Fanclubs, auf ihrem T-Shirt ist das Logo der Gruppe abgebildet: ein F und ein W, das aussieht wie ein Geweih. Schwan ist 49 Jahre alt, sie arbeitet als Informatikerin und findet, in Deutschland laufe einiges schief.

Sie sagt es so: »Unsere Kultur wird doch immer mehr an den Rand gedrängt. Durch die Globalisierung. Das Martinsfest heißt jetzt Laternenumzug – wegen der Fremden, die zu uns kommen. Das geht doch nicht. Die Musik von Frei.Wild bestätigt mich da.«

Für Tine Schwan und viele andere Fans, mit denen man spricht, ist Frei.Wild »Die Band, die Wahrheit bringt«. So heißt ein Song, der vor drei Jahren erschienen ist. Der Titel erinnert an den Slogan »Mut zur Wahrheit«, den die AfD auf ihre Plakate druckt. Beide, Frei.Wild und AfD, locken mit derselben Verheißung: Sie sind Pächter der Wahrheit in einer Umgebung voller Lüge. Die Band liefert gewissermaßen den Soundtrack zum Parteiprogramm.

In ihren Liedern teilt Frei.Wild die Welt in Gut und Böse, in »wir« und »die«. Wir, das sind Menschen, die sich jeden Tag abrackern müssen, mit ihren Händen arbeiten und meinen, keine Anerkennung zu



SVEN DÖRING / DER SPIEGEL

Frei.Wild-Sänger Burger in Riesa: Heute wieder das große Gedeck

bekommen. Die, das sind Politiker, Journalisten, die Elite.

Frei.Wild schreibt Lieder für Leute, bei denen sich offensichtlich etwas aufgestaut hat, die darum ringen, wo sie herkommen und wer sie eigentlich sein wollen. Die etwas rauslassen wollen, das man nicht überall laut sagen darf, aber singen schon. Seinem Publikum bietet die Band ein einfaches Identitätsangebot: die Rückkehr zu Bekanntem und Bewährtem.

Ich scheiß auf Gutmenschen, Moralapostel

*Selbst ernannt, political correct
Der die Schwachen in die Ecke stellt
Und dem Rest die Ärsche leckt.*

In München steigt Philipp Burger nachts um zwei in den Tourbus, ein mobiles Hotel mit zwei Etagen. Unten die Lounge mit Smart-TV und Minibar, darin Sojamilch und drei Sorten Bier. Oben 16 Betten. Vor den Fenstern hängen Plissees. Burger lässt sich in einen Ledersessel fallen, schiebt ein Stück Gemüsepizza in den Mund, öffnet dann ein Bier mit dem Feuerzeug, zündet sich eine Zigarette an. Er hat eine ungeduldige Art zu rauchen.

Wenn man ihn mit dem Vorwurf konfrontiert, er lehne eine offene, moderne Gesellschaft ab, nimmt er einen energischen Zug, presst den Rauch durch die Nase und denkt ersichtlich etwas in der Art: heute wieder das große Gedeck.

Er legt die Finger an die Schläfe und beginnt mit seiner Gegenrede. Er sagt, dass er »gewisse Parallelen« erkenne zwischen der Judenverfolgung und der Massendynamik, mit der Frei.Wild als radikal abgestempelt werde. »Das hatten wir schon: Wenn der Mensch nicht seinem Herz und seinem Verstand folgt, sondern in einen Automatismus verfällt.«

Burger zündet sich die nächste Zigarette an. Er sei nicht rechts, sagt er, sondern konservativ. »Ich schätze die scheinbar gestrigen Werte: Familie, Treue, Ehrlichkeit, Tradition.« Es sind die Werte der Provinz.

Dann ist er beim Thema Heimat. »Ich könnte niemals aufhören, über Heimat zu singen, sonst würde ich eine Depression kriegen«, sagt er. »Heimat bedeutet Freiheit. Das Problem in Deutschland ist, dass jeder, der stolz auf seine Heimat ist, sofort als Rechter gilt.«

Man muss sich erst einmal sortieren bei dem, was jetzt hier im Bus unter der Decke hängt. Hat er eben gesagt, dass er sich fühlt wie ein entrechteter Jude, wenn man ihn kritisiert?

Man muss das wahrscheinlich so verstehen. Frei.Wild ist, das soll hier einmal klargestellt werden, keine Naziband, sie sind nicht rechtsextrem. Aber Rechtspopulisten sind sie mit Sicherheit, sie beherrschen das Spiel mit dem Feuer. Und man kann unterstellen, dass ihre Fans mit Burgers Gedanken im Großen und Gan-

zen einverstanden sind. »Ich nehme die Sorgen der einfachen Bürger wahr«, sagt Burger. »Rockmusik ist total linkslastig. Wir passen nicht ins Schema, deswegen kritisiert man uns. Unsere Lieder klingen nach Meinungsfreiheit. Zum Auftrag der Kunst gehört, auch nonkonforme Themen anzusprechen. Deswegen mache ich Musik.« Er drückt den Stummel in den Aschenbecher und steigt die Treppe hoch ins Oberdeck.

Seine Kabine dort ist ein mal zwei Meter groß, er hat den Platz vorn links. Burger zieht den Verdunklungsvorhang zu, dann schläft er.

Wer ist dieser Mann?

Philipp Burger stammt aus Südtirol, wie alle in der Band. Südtirol ist ein sonderba-

Mit 18 trug er Glatze und Springerstiefel, Burger war Neonazi-Skinhead geworden. Er lernte Gitarre und spielte in seiner ersten Band, die »Kaiserjäger« hieß. Die Musik wurde zur Abspielfläche für seine Agenda. Er sang von »Negern«, von »Jugos« und »Gesindel«. Es gibt ein Foto aus jener Zeit, auf dem er den Arm zum Hitler-Gruß hebt.

Spricht man ihn darauf an, redet Burger von einer »Jugendsünde«.

Die Gruppe löste sich Anfang 2001 auf, nachdem bei einem Konzert eine Massenprügelei ausgebrochen war.

Sieben Monate später stand Burger erneut im Proberaum, dieses Mal mit Jonas Notdurfter, einem Automechaniker. Burger schrieb jetzt Lieder über Saufen, Schläge-



Frei.Wild-Fans in Hamburg: Lieder für Leute, bei denen sich etwas aufgestaut hat

rer Landstrich: Nach dem Ersten Weltkrieg fiel er an Italien, die Einwohner haben dafür gekämpft, die deutsche Sprache und die regionale Kultur bewahren zu können – inklusive Schützenbund und Herz-Jesu-Feuer. Hier ist Burgers Weltbild entstanden.

Er lebt in Brixen, einer mittelalterlichen Stadt am Rand der Dolomiten, 21 000 Einwohner. Er wohnt etwas außerhalb auf einem Gehöft mit Stallungen. Bei der Erziehung seiner Kinder lässt er »eine gewisse Strenge« walten.

Sein Vater ist Vermessungstechniker, seine Mutter Lehrerin. Als Kind lernte er Blockflöte und ging zu den Pfadfindern, in den Ferien besserte er sein Taschengeld als Hofknecht auf. Mit 15 Jahren zog er in ein Schülerheim, jeden Morgen betete er den Rosenkranz. All das erklärt nicht, warum sein Leben irgendwann nach rechts abbog.

reien, Freundschaft. Kurz darauf kamen Jochen Gargitter und Christian Föhre dazu, zwei gelernte Gärtner. Sie nannten sich Frei.Wild, weil sie so sein wollten: frei und wild.

Burger engagierte sich 2008 in Brixen bei den »Freiheitlichen«, einer Partei, die gegen Einwanderung und Überfremdung kämpft. 2012 fiel der Name der Band bei einer Fernsehsendung zu den NSU-Morden. Ein Kenner rechtsextremer Subkulturen mit dem Decknamen Thomas Kuban beschrieb Frei.Wild als neuartiges Phänomen: Burger sei »der erste Rechtsrockstar«, weil sein Wirken »auf keine Szene beschränkt« sei, er erreiche auch das »bürgerliche Spektrum«.

Burger hat ein Lied geschrieben, in dem ein berühmtes Zitat von Joseph Goebbels vorkommt, »Sturm brich los«. Mit diesen Worten schloss Goebbels seine Rede im Sportpalast, bei der er zum totalen Krieg aufrief.

*Für immer wild, für immer frei
Anker und Flügel unseres Lebens
Frei von Ketten und mit vollem Stolz
dabei*

*Sturm brich los, und trag uns laut
voran.*

Burger sagt, es handle sich um einen Zufall; er kenne den Satz aus der Bibel. Das muss nicht falsch sein, aber es bleibt eben auch ein Satz von Goebbels, und dieser Satz bleibt ein Teil von Burgers Song. Das ist das Einerseits.

Das Andererseits ist: Vor jedem Konzert von Frei.Wild kontrolliert der Sicherheitsdienst beim Einlass die Zuschauer auf rechtsextreme Zeichen und Symbole. Trägt jemand einen Aufnäher mit Lorbeerkranz und einer 88, der Chiffre für »Heil

Café in die Sonne, da klingelt sein Handy, ein WhatsApp-Anruf. Heino ist dran.

»Mensch, Heino«, ruft Burger ins Handy. Die beiden kennen sich seit Jahren. Sie haben mal auf demselben Festival gespielt.

Heino hat neulich der nordrhein-westfälischen Heimatministerin eine Platte geschenkt, »Die schönsten deutschen Heimat- und Vaterlandslieder«. Auf der LP befanden sich Stücke, die im Gesangsbuch der SS standen.

Er meldet sich bei Burger, weil er einen Song von Frei.Wild covern möchte, um an die alten Erfolge anzuknüpfen. »Ja, super«, sagt Burger. Er schlägt vor, sich nach der Tour zu treffen, um die Details zu regeln.

Als er nachmittags in seiner Garderobe auf den Soundcheck wartet, liest er auf

Der Vortrag könnte so ähnlich auch von Alexander Gauland stammen, die rhetorischen Mittel sind vergleichbar: Am Anfang stehen ein paar unverfängliche Sätze, dann folgt die Anklage und ein Referat darüber, was »die Leute« finden, und am Ende gern die Inszenierung als Opfer.

*Die Frequenz ihrer Mutter strahlt nur
»wir schaffen das«*

*Feuer auf dem Dach im Hause Ratlos,
Unmut breitet sich aus*

*Doch statt die Sorgen zu löschen, gießt
man Öl auf die Flammen ...*

Im Auge des Sturms

Lässt man die Menschen allein

Im Auge des Sturms

Predigt man Wasser und säuft Wein.

Zu den Konzerten kommen etwa genauso viele Frauen wie Männer, sie sind Krankenschwester oder Bürokauffrau, Schlosser oder Steuerberater. Was sie nicht sind: Migranten. Bei den Konzerten entdeckt man niemanden, der so aussieht, als könnte er einer sein.

Wenn Philipp Burger über die Fans redet, spricht er von der »Frei.Wild-Familie«. Das Publikum tritt aber nicht auf wie eine Familie, eher wie eine Armee. Fast alle tragen ein T-Shirt von Frei.Wild, fast immer ist es schwarz, darauf Sprüche wie »Gegengift« oder »Der Mittelfinger der Nation«.

Tobias Fritz ist ein einigermaßen bekanntes Mitglied dieser Armee. Er stammt aus Halle an der Saale und ist zum Konzert nach Leipzig gekommen. Im Oktober ist er verprügelt worden, weil er in einer Jacke der Band spazieren ging. Er weiß nicht mehr, wie viele Leute auf ihn losgegangen sind, fünf oder sechs müssen es gewesen sein. »Zecken«, sagt er. Sie haben ihm einen Zahn ausgeschlagen und die Ohrringe rausgerissen, und als er sich am Boden krümmte, haben sie ihn getreten. Tobias lag einen Tag lang auf der Intensivstation.

Die Band hat den Überfall in einem Musikvideo nachgespielt, er passt gut zur Opferrolle, die Frei.Wild einnimmt. In dem Lied, in dem die Band über sich selbst singt, lautet ein Vers: »Von oben gejagt, doch von unten gewollt.«

Tobias sagt, Frei.Wild gebe jemandem wie ihm eine Stimme.

Er macht im zweiten Jahr eine Lehre als Lackierer. Er sagt, sein Lohn reiche kaum zum Leben, manchmal frage er seinen Schwager, ob der ein Butterbrot für ihn habe. Tobias formt mit den Händen die Merkel-Raute. »Mutti interessiert das nicht. Ich meine: Wir sind doch auch noch da. Uns hört niemand zu.« Bei der Bundestagswahl hat er eine Stimme der SPD gegeben, die andere »einer Nebenpartei«. Genauer will er nicht werden.

Wenn man Tobias und all den anderen, die nach Leipzig gekommen sind, dabei zusieht, mit welcher Kraft sie die Texte mitsingen, bekommt man eine Vorstellung



SVEN DÖRING / DER SPIEGEL

Burger-Hände: Dreimal im Monat in die heilige Messe

Hitler? Hat irgendwer eine Jacke der Marke »Thor Steinar« an?

Bei der Show in Hamburg feiert in der zweiten Reihe ein Mann, dessen rechter Arm mit einem Eisernen Kreuz tätowiert ist, dem Reichsadler und dem Spruch »Gott mit uns«. Der Schlachtruf stand auf dem Koppelschloss der Wehrmacht. Nach einer Weile entdeckt die Security den Mann, holt ihn nach vorn, schaut sich den Arm an, unternimmt aber nichts.

Burger wird später sagen: »Solche Kerle wollen wir nicht sehen.«

Es ist ein Spiel mit Widersprüchen und Andeutungen. Es ist dasselbe Spiel, das Pegida bei seinen Demonstrationen spielt, bei denen Israel-Fahnen neben Reichskriegsflaggen wehen.

Am sechsten Tag der Tournee ist der Bus in Berlin angekommen. Burger lässt sich vormittags von einem Fahrer nach Friedrichshagen bringen. Er setzt sich in einem

dem Handy einen Artikel über die Islamdebatte. Als er fertig ist, legt er das Handy zur Seite, reibt sich mit der Hand durchs Gesicht, als würde er sich waschen, und hält einen Monolog über Angela Merkel.

Er sagt: »Ich frage mich, ob Merkel die Grenzen auch geöffnet hätte, wenn sie Mutter wäre. Was hätte sie geantwortet, wenn ein Kind am Frühstückstisch zu ihr gesagt hätte: Erklär mir mal, warum du das machen willst? Wenn ich dem Kind sage, du bist zu blöd, schere dich raus, dann darfst du dich nicht wundern, dass es keinen Bock mehr auf dich hat. So ist es vielen Leuten ergangen. Die möchten nicht für blöd verkauft werden. Da kann man sich hinterher nicht hinstellen und sagen: Wir haben hier 13 Prozent, die AfD gewählt haben, ihr seid alles Arschlöcher, ihr seid alle nicht gebildet, ihr habt keine Weitsicht, habt kein Mitgefühl, ihr seid Pack.«



Bandchef Burger im Tourbus: »Volkskrankheit Naziphobie«

davon, was in der Gesellschaft so vor sich geht. Ein Rockkonzert ist ja etwas anderes als ein Parteitag, Musik ist unverfänglicher.

Wo bleiben die echt harten Eisen, die »Sorgen des Volkes« heißen?

An denen sich tausende Tausende die Zähne ausbeißen

Ihr bleibt die Duckmäuser-Künstler, System-Marionetten

Die Menschen-Leben-Tanzen-Welt-Musikerdeppen.

Morgens um zehn, der Tourbus fährt über die A45 nach Oberhausen, erzählt Burger einen Witz. »Was ist der Lieblingsstahl der Polen? Na? Der Diebstahl.« Er findet das so komisch, dass man sein heiseres Lachen hört. Draußen zieht das Sauerland vorbei. Burger redet über das Laichverhalten von Saiblingen, er ist begeisterter Angler, dann öffnet er am Rechner eine E-Mail von Peter Maffay. Es ist ein handgeschriebener Brief, den Maffay eingescannt hat. Er entschuldigt sich, dass er es nicht zum Konzert schafft und wünscht noch eine gute Zeit auf Tour, »get rocking«.

Burger sagt: »Der Peter hat ein Gerechtigkeitsgen, genau wie ich.« Er hat Maffay vor einigen Jahren geschrieben, weil er unbedingt mit der Band in Maffays Studio nach Tutzing wollte. »Der hätte uns nie reingelassen, wenn er dieselben Vorbehalte hätte wie alle anderen.«

Wer Burger oder seine Musik angreift, dem antwortet er gern auf Facebook. Man bekommt dort ganz gute Einblicke, was er so über die Welt denkt.

Er schreibt vom »verdammt erbärmlichen linksradikalen Abschaum«, den Deutschland selbst gezüchtet habe, »gratuliere, deutscher Rechtsstaat«. Er schreibt von der »Volkskrankheit der nicht mehr nachvollziehbaren Naziphobie«, von »grü-

nem Kümmerer-Gift«, von einer »Überelite an Künstlern und Schreibern«.

Einer der wenigen Journalisten, die er für fähig hält, ist Julian Reichelt, der Chefredakteur der »Bild«. Reichelt ist wie Burger ein Mann in permanentem Kampfmodus. Reichelt macht Schlagzeilen wie diese: »Islamismus-Alarm an Grundschulen«. Burger sagt: »Der Reichelt nennt die Dinge beim Namen.«

Wäre Reichelt sein einziger Verbündeter, dann wäre die Sache klar. Die beiden gucken in mancher Beziehung ähnlich auf die Welt. Aber so einfach ist es eben nicht.

In Oberhausen geht die Tür zu Burgers Garderobe auf, und Klaus Farin betritt den Raum, ein 60-jähriger Mann mit schulterlangen Haaren und kleinem Bauch. Farin hat das Archiv der Jugendkulturen mitgegründet und ist politischer Autor, er bezeichnet sich als »eher linksradikal«. Ende März hat er eine Petition gegen die Ausgrenzung von Flüchtlingen gestartet, als Antwort auf die »Gemeinsame Erklärung 2018« von Uwe Tellkamp und Thilo Sarrazin. Farin hat ein Buch über Frei.Wild geschrieben, und darin hat der Linke den rechten Populisten einen Thron gezimmert. Seitdem ist Farin so etwas wie Burgers gutes Gewissen.

Farin sagt: »Die sind halt konservativ und sozialkritisch. Die machen Deutschrock. Nicht so einen Disco-Scheiß – langweilig und inhaltslos.« Wenn man das ganze Popgeschäft betrachte, sei das ein Fortschritt. Es gebe zwar eine Textpassage, die er für völkisch halte, »aber ich respektiere, wenn die Gruppe mir da widerspricht«.

Auf einem Tisch in der Garderobe steht eine Flasche Rotwein. »Ein Gläschen, Klaus?«, fragt Burger.

Sie reden dann über Flüchtlinge, im Verlauf des Gesprächs ist von der Scharia die

Rede und von »Lynchmorden von Muslimen an Ungläubigen«. Klaus Farin, der Linke, der Flüchtlingsverstehrer, scheint sich wohlzufühlen.

Du kannst dich nicht drücken, auf dein Land zu schauen

Denn deine Kinder werden später darauf bauen

Sprache, Brauchtum und Glaube sind Werte der Heimat

Ohne sie gehen wir unter, stirbt unser kleines Volk.

Philipp Burger ist ein Frühaufsteher, in Leipzig steigt er morgens um halb sieben aus dem Nightliner und telefoniert mit seiner Frau. Zum Frühstück geht er in die Halle, wo die Roadies schon angefangen haben, die Bühne aufzubauen.

Ein paar Stunden später läuft er in raumgreifenden Schritten durch die Arena, er sucht das Büro des Geschäftsführers. Burger hat gerade erfahren, dass die Band vor der Halle keine Fanartikel verkaufen soll, sie soll keine Zelte aufbauen, keine Plakate aufhängen und muss die Trucks im Hinterhof parken, wo sie keiner sieht. Der Betreiber des Sportforums befürchtet, die Antifa greife sonst mit Farbbeuteln an oder werfe die Scheiben der Halle ein.

Der Geschäftsführer steht vor dem Sekretariat auf dem Flur. Als Burger ihn anspricht, umarmt der Mann sich selbst, als müsste er seinen Körper schützen.

»Was soll der Scheiß?«, fragt Burger. »Wir sind doch keine Leprakranken.«

»Leipzig ist eine Stadt für sich«, sagt der Geschäftsführer.

»Was ist das für ein Signal, wenn wir uns diesen Geisteskranken beugen? Wo sind wir denn? In Nordkorea? Wir sind kein Risiko für andere.«

»Meinen Sie.« Der Geschäftsführer sagt, er habe sich intensiv mit der Band auseinandergesetzt. Er halte es für sinnvoll, draußen keine Ziele zu bieten.

Gegenüber von der Halle liegt eine Tankstelle. Burger schickt jemanden hin, der fragen soll, ob sie den Merchandising-Truck dort abstellen dürfen. Der Tankwart will das nicht.

Am Abend beginnt das Konzert um 21 Uhr. Draußen, vor der Halle, ahnt man nichts davon, niemand ist zu sehen. Als wären sie gar nicht da. Als wäre wirklich alles halb so schlimm. Aber das stimmt nicht. Man muss nur hinhören.

*So verteilen sich unsere Klänge
Von Ost nach West, von Nord nach Süden
Und nur die Sterne allein sind Zeugen
Dass sie uns verführten.*

Video
**Im Tourbus
mit Frei.Wild**

spiegel.de/sp212018freiwild
oder in der App DER SPIEGEL



Rosé-Sommertraum

Zarter Beerenduft, üppige Frucht, herrliche Frische: Der neue Rosé-Jahrgang 2017 verzaubert mit seiner eleganten Art und erzielt Top-Qualitäten. Für Sie haben unsere Experten ein Paket mit den schönsten heimischen Sommertropfen zusammengestellt – lassen Sie sich verführen!

Frische im Paket



-41%

pro Karton
6 x 0,75 l39,90 €
8,87 €/l

67,40 € UVP

Bestellnr.:
SP-55340

KNIPSER

Rosé 17
trocken 2017



Knipser zählt mit Höchstwertungen in allen einschlägigen Weinpublikationen zu den weltbesten Erzeugern und gilt als Pionier für hochwertige deutsche Rosés. Dieses frische, vollfruchtige Prachtexemplar ist für uns einer der Top-5-Rosés des Jahrgangs!

Pfalz

Preis/0,75 l: **9,90 €**
Preis/Karton: 6 Flaschen für 59,40 €
Preis/Liter: 13,20 €, 12 % vol
Bestellnr.: SP-52088

KÜHLING-GILLOT

Sky Rosé
trocken 2017



Carolyn Spanier-Gillot ist Vinum-„Winzerin des Jahres 2018“! Ihr jüngstes Glanzlicht „Sky Rosé“ duftet nach roten Beeren und brilliert am Gaumen mit Noten von Erdbeeren und reifem Pfirsich, feiner Würze und grandiosem Trinkfluss. Ein fruchtiges Meisterwerk!

Rheinhessen

Preis/0,75 l: **8,50 €** statt 11,90 € UVP
Preis/Karton: 6 Flaschen für 51,00 €
Preis/Liter: 11,33 €, 12 % vol
Bestellnr.: SP-52026

GRAF NEIPPERG

Saignée Rosé
trocken 2017



Vier Trauben und „Aufsteiger des Jahres 2015“ bei Gault&Millau: Von einem der besten Weingüter Württembergs kommend, verbindet diese Cuvée aus Spätburgunder und Schwarzriesling volle Frucht mit feinsten Mineralität. Das ist VDP-Premium-Rosé!

Württemberg

Preis/0,75 l: **7,90 €** statt 11,90 € UVP
Preis/Karton: 6 Flaschen für 47,40 €
Preis/Liter: 10,53 €, 12 % vol
Bestellnr.: SP-52145

FAUBEL

Spätburgunder Rosé vom
roten Kiesgestein tr. 2017



Dunkle Frucht, zarter Schmelz und beschwingter Abgang: Der Pfälzer Vorzeige-Winzer Gerd Faubel – drei rote Trauben bei Gault&Millau und 3,5 Sterne bei Vinum – hat hier aus der Edelrebe Spätburgunder ein phänomenales Rosé-Terroirgewächs gekeltert!

Pfalz

Preis/0,75 l: **7,50 €** statt 10,90 € UVP
Preis/Karton: 6 Flaschen für 45,00 €
Preis/Liter: 10,00 €, 12 % vol
Bestellnr.: SP-52892

KESSELRING

Rosé Signature
trocken 2017



Für die Süddeutsche Zeitung ist Lukas Kesselring das „Supertalent des Pfälzer Weinbaus“. Dieser Rosé aus der „Signature“-Linie bestätigt das hohe Niveau: Zart würzig, mit herrlich fruchtigen Noten, ist dieser Tropfen zudem biologisch und vegan produziert!

Pfalz

Preis/0,75 l: **6,50 €** statt 9,50 € UVP
Preis/Karton: 6 Flaschen für 39,00 €
Preis/Liter: 8,67 €, 12,5 % vol
Bestellnr.: SP-52054

STERNENMÜHLE

Rosé
trocken 2017



Noten von roten Johannisbeeren, feine Würze, zarter Schmelz und große Trinkfreude: Dieser Wein vereint einfach alles, was man von einem vollendeten Sommer-Rosé erwartet! Dazu ist er auch noch unschlagbar günstig: unser Preis-Genusz-Sieger!

Pfalz

Preis/0,75 l: **5,90 €** statt 8,90 € UVP
Preis/Karton: 6 Flaschen für 35,40 €
Preis/Liter: 7,87 €, 12 % vol
Bestellnr.: SP-54883

Liter Leidenschaft

-22%



Pfalz

Preis/Liter: **6,90 €** statt 8,90 € UVP
Preis/Karton: 6 Flaschen für 41,40 €
Alkoholgehalt: 12,5 % vol
Bestellnr.: SP-50372

FAUBEL Passion Riesling trocken Liter 2017

Einer der beliebtesten Liter-Rieslinge Deutschlands feiert seine 2017er Premiere! Drei Jahre in Folge vom Gault&Millau ausgezeichnet, vereint der unwiderstehliche „Passion“ erneut Saft, Frucht und Frische. Kein Wunder: Mit drei roten Gault&Millau-Trauben und 3,5 Vinum-Sternen steht Gerd Faubel kurz vor dem Aufstieg in die Top 10 der Pfalz. Und weil man in der Pfalz groß denkt und trinkt, kommt auch dieser animierende, nachhaltige Tropfen in der Literflasche auf den Tisch. Gigantischer Genuss!

Gleich bestellen unter:
www.vicampo.de/spiegel
oder 06131 3029-397

Pfälzer Winzer auf dem
Weg an die Spitze:
Gerd Faubel



IHR MARKTPLATZ DER WINZER



Versandkostenfrei

Ab 12 Flaschen,
darunter nur 4,90 €



Genuss-Garantie

Bei Nichtgefallen erstatten
wir Ihnen den Betrag



Einfache Zahlung

Auf Rechnung oder
mit Kreditkarte

WINZERWEINE
VICAMPO
DIREKT

ANBIETER: Vicampo.de GmbH, Taunusstraße 57, 55118 Mainz • Alle Preise inkl. MwSt., Versand 4,90 €, ab 12 Flaschen versandkostenfrei innerhalb Deutschlands. Alle Weine enthalten Sulfite. Nur solange der Vorrat reicht. Abgabe von Alkohol erfolgt nur an Personen ab 16 Jahren. **ABFÜLLER:** SP-52088 Knipser, Hauptstraße 47–49, 67229 Laumersheim • SP-52026 Spanier-Gillot GmbH & Co. KG, Bahnhofstraße 33, 67591 Hohen-Sülzen • SP-52145 Gutsabfüllung, Weingut Graf Neipperg, Schloßstraße 12, 74193 Schwaigern • SP-52892 Gutsabfüllung, Weingut Faubel, Marktstraße 86, 67487 Maikammer • SP-52054 Lukas Kesselring, Haardtstraße 12, 67158 Ellerstadt • SP-54883 DRP - 142 373, Vertrieb durch Vicampo.de GmbH, Taunusstraße 57, 55118 Mainz • SP-50372 Gutsabfüllung, Weingut Faubel, Marktstraße 86, 67487 Maikammer



Halleluja

Zeremonien Am 14. Mai wurde in Israel aus ein und demselben Grund gefeiert, gestorben, gelacht, geweint und getötet. Eine junge israelische Sängerin sang das Lied dazu. *Von Alexander Osang*

Als Hagit Yaso die Bühne in Jerusalem betrat, vermeldeten die Agenturen gerade den 39. Toten des Tages im Gazastreifen. Aber davon wusste sie nichts. Sie war in der Nacht zuvor von einem Auftritt in Wien angereist, sie hatte in einem Hotel in Jerusalem geschlafen und war von dort direkt in den Stadtteil Arnona gefahren worden, in dem die Botschaft der Vereinigten Staaten eröffnet wurde. Zu Hause in Sderot hätte sie die Schüsse natürlich gehört. Der Grenzzaun ist nur etwa einen Kilometer von ihrem Haus entfernt. Aber das hier war eine andere Welt. Jerusalem war mit amerikanischen und israelischen Flaggen behängt, das Viertel war abgeriegelt, als würde der Messias noch heute erwartet. Es gab eine kurze Probe, dann wurden die Gäste eingelassen und platziert. Hagit Yaso wartete mit ihrer Band hinter der Bühne auf ihren Auftritt. Sie bekam nicht mit, wie sie in Gaza die Toten zählten.

Es wurde der blutigste Tag der vergangenen Jahre. Aber es war auch der größte Auftritt im Leben von Hagit Yaso. Zunächst stand nur ein weißes Keyboard auf

der Bühne. David Friedman, der Botschafter der USA in Israel, begrüßte ein Publikum, das aussah wie eine Mischung aus Evangelistenversammlung und Zionistenkongress. Ein Rabbi aus New York und ein Baptistenprediger aus Dallas sprachen den Segen. Es war viel von Frieden die Rede und viel von Unendlichkeit.

Dann enthüllte Ivanka Trump das neue Namensschild der amerikanischen Botschaft. Es ist die erste amerikanische Botschaft in Jerusalem. Entsprechend groß war die Aufregung. Die Mehrheit der Unom Mitglieder kritisierte den symbolischen Akt, ein Großteil der Welt blieb der Eröffnung fern, in Gaza rannten Menschen in den Tod, um daran zu erinnern, dass ihre Familien vor 70 Jahren aus ihrer Heimat vertrieben worden waren, zu der sie auch Jerusalem zählen.

Es war der 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels. Auch das.

»Herzlich willkommen in der Botschaft der Vereinigten Staaten, hier in Jerusalem, der Hauptstadt Israels«, rief Ivanka Trump.

»Danke, Ivanka«, sagte David Friedman.

Friedman hat jahrelang als Insolvenzanwalt für Donald Trump gearbeitet und wurde sofort zum Botschafter in Israel berufen, als Trump Präsident war. David Friedman hatte vor allem ein Ziel: Er wollte, dass die Botschaft Amerikas von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt wird. Er saß während der Eröffnungsfeier die meiste

Zeit auf einem Stuhl neben der Bühne und lächelte wie ein Kind auf seiner eigenen Geburtstagsparty.

Jetzt stand er am Pult, um das Kulturprogramm anzusagen. Eine Sängerin, die er sich persönlich ausgesucht hatte. Hagit Yaso.

Friedman hatte sie im Frühjahr auf einer Veranstaltung in Jerusalem erlebt. Er hatte sie zu einem Casting in seine Botschaft eingeladen. Hagit Yaso hatte 2011 einen populären Gesangswettbewerb im israelischen Fernsehen gewonnen. Sie wirkte wie ein bescheidener, stiller Star. Vor allem aber stimmte ihre Geschichte. Und die erzählte David Friedman nun seinen Gästen. Es begann wie eine Lesung aus der Heiligen Schrift.

»Im Jahr 1980 heiratete ein jüdischer Mann im Alter von 18 eine jüdische Frau von 17 Jahren in Äthiopien. Noch in dieser Nacht verließ das Paar das Land und begab sich auf eine lange Wanderung durch die Wüste, bis es den Sudan erreichte. Dort wurden die beiden auf ein entlegenes Flugfeld geführt und von einem israelischen Militärflugzeug nach Israel geflogen. Solcherart gerettet, ließen sie sich in der Stadt Sderot nieder, an der Peripherie von Gaza. Jahre später wurde sie dort von anfliegenden Raketen geschützt, durch die »Eiserne Kuppel«, ein israelisches Raketenabwehrsystem, das die Vereinigten Staaten finanzieren haben.«

Es war seine Weltsicht in fünf Sätzen. Darum ging es heute. Herkunft, Glauben,

Die Bilder zu diesem Text sind einerseits Screenshots aus Sendungen des israelischen Nachrichtensenders i24news; sie zeigen Szenen von der Eröffnungsfeier der US-Botschaft in Jerusalem (Seite 60; mit Israels Regierungschef Benjamin Netanyahu und den US-Gästen Jared Kushner und Ivanka Trump, Seiten 61, 62; Sängerin Hagit Yaso). Andererseits Fotos von gewaltsamen Auseinandersetzungen im Gazastreifen und im Westjordanland.



Freundschaft, Land, Wehrhaftigkeit. Dafür wurde an diesem Tag gefeiert und gestorben. Aber noch war David Friedman nicht fertig.

»Eine ihrer Töchter wurde eine erfolgreiche Sängerin, und sie ist heute hier bei uns. Um ›Hallelujah‹ zu singen. Das große Wort des Segens, geschaffen von König David, dem ersten jüdischen König Israels. Begrüßen Sie Hagit Yaso.«

Die junge Frau, die die Bühne betrat, sah erstaunlich fragil aus, nach dieser Ankündigung. Hagit Yaso ist 28 Jahre alt, sie hat zwei Jahre lang in der israelischen Armee gedient, sie ist im ganzen Land bekannt. Aber jetzt wirkte sie jünger. Vielleicht hatte man auch nur die energiegeladene Frau im Kopf, die zwei Nächte zuvor den Eurovision Song Contest für Israel gewonnen hatte. Ihre Botschaft: I Am Not Your Toy. You Stupid Boy. Hagit Yaso erschien in diesem Moment wie das Gegenteil von Netta. Ein Spielzeug.

Und dann war da der Song. »Hallelujah«.

Leonard Cohen hat ihn geschrieben. In einem seiner letzten Gespräche hat er mit David Remnick vom »New Yorker« über sein Leben geredet, auch über jenes Lied. Er erzählte, dass ihn Bob Dylan einst gefragt hatte, wie lange er an »Hallelujah« gearbeitet hätte. Sie waren in Paris, zwei amerikanische Sänger in Europa.

»Zwei Jahre«, sagte Cohen.

Es war eine Lüge. Er habe es nicht fertiggebracht, dem Schnellschreiber Dylan zu gestehen, dass er für »Hallelujah« fünf Jahre gebraucht hatte. Er schrieb und schrieb, nichts passte zusammen. Manchmal fand er sich in Unterwäsche auf dem Boden eines Hotelzimmers wieder und schlug, verzweifelt über seine Unzulänglichkeit, den Kopf auf den Fußboden.

Der Song benötigte viele weitere Jahre und Interpreten, um berühmt zu werden. Er wirkt leicht und schwer zugleich, düster und hoffnungsvoll. Am Anfang des Liedes gibt es eine komische Passage, die einem musikalisch nicht so begabten Zuhörer die Struktur des Songs erklärt.

»Now I've heard there was a secret chord

That David played and it pleased the Lord«

Ganz vorn in der ersten Reihe saßen Ivanka Trump, Jared Kushner, Benjamin Netanyahu und seine Frau sowie ein Mann mit einem Haarschnitt, der vom gleichen Friseur gemacht zu sein schien wie der des Präsidenten Trump. Das war

Sheldon Adelson, 84-jähriger Casino-Milliardär aus Las Vegas, der viele Millionen Dollar für Trumps Wahlkampf spendiert und angeboten hatte, die neue Botschaft mitzufinanzieren. Kein Würdenträger, kein Politiker – ein Mann mit Kohle.

»But you don't really care for music, do you?«, sang Hagit Yaso ins Gesicht der Honoratioren. Aber es waren Cohens Worte. Hagit spricht kein Englisch.

Hinter ihr auf der Videoleinwand, die in den Farben der amerikanischen Fahne gerahmt war, tobten Wolken. Es war eine himmlische Perspektive. Gott sah zu.

»And love is not a victory march. It's a cold and it's a broken Hallelujah«, sang Hagit.

Vielleicht fragte sich David Friedman auf seinem Kindergeburtstagsstuhl, ob es das richtige Lied war. Er hatte Hagit gefragt, welche internationalen Songs sie im Repertoire habe. Es würden ja viele amerikanische Gäste im Publikum sein. Und Hunderte Millionen in der Welt würden zuschauen. Hagit singt normalerweise vor allem jüdische Lieder, viele religiöse.

Sie machte ihm eine Liste.

»Killing Me Softly« von Roberta Flack.

»Aïcha« von Khaled.

»If I Ain't Got You« von Alicia Keys.

Und eben: »Hallelujah«.

Friedman entschied sich sofort für »Hallelujah«. Vielleicht mochte er einfach das Wort. Vielleicht auch das Lied, in irgendeiner seiner unzähligen Fassungen. Es gibt Versionen von Bob Dylan, von John Cale, Rufus Wainright und eine wunderbare von Jeff Buckley. Und nun gibt es auch noch die von Hagit Yaso. Leonard Cohen befand am Ende seines Lebens: »Es ist ein gutes Lied, aber es wird von zu vielen Leuten gesungen.«

Das hat David Friedman nicht beeindruckt. Er hat sich das Lied genommen, so wie er sich die Sängerin nahm, deren Geschichte und die ganze Stadt. Jerusalem.

»Hagit«, sagte Friedman am Ende. »Danke, das war schön.«

Inzwischen gab es 41 Tote in Gaza.

Dann kamen weitere Reden, am Ende die von Benjamin Netanyahu, der die längste und die mitreißendste hielt. Er hatte die ganze Zeit gestrahlt, nun entlud sich seine Freude. Er platzte fast aus seinem Anzug vor Stolz und Kraft.

»Wir haben keine besseren Freunde auf der Welt als die Vereinigten Staaten«, rief er. »Was für ein glorreicher Tag. Das ist ein großer Tag für Israel. Für Amerika. Aber es ist auch ein großer Tag für den Frieden. Gott schütze Jerusalem. Die ewige, ungeteilte Hauptstadt Israels.«

Dann kam Hagit Yaso noch einmal für ein Schlusslied auf die Bühne, »Od Javo Schalom Aleinu«. Der Frieden wird zu uns kommen. Sie sang es in Arabisch, Hebräisch und Englisch. Ein Beschwörungslied für den Frieden in Israel. Aber das Sterben in Gaza war noch nicht zu Ende.

50 Tote jetzt, schrieben die Agenturen.

Hagit Yaso dachte, dass es nach der Feier vielleicht Gelegenheit geben würde, dem



**Nahost-
krise**



einen oder anderen die Hand zu schütteln und ein Erinnerungsfoto zu machen, aber alle brachen sehr schnell auf. Und so packten sie und ihre Bandkollegen ihre Sachen zusammen und gingen ebenfalls. Auf dem Weg zu ihrem Auto traf sie zufällig Jared Kushner, der sich freundlich bei ihr bedankte. Ein netter Mann. Das sagen alle.

Hagits Eltern warteten draußen auf sie. Es sind die beiden Menschen aus der Botschafterrede, die 1980 in ihrer Hochzeitsnacht aus Äthiopien ins gelobte Land aufgebrochen waren. Der Botschafter hatte sie zur Eröffnungsparty eingeladen. Sie waren auch schon in Shimon Peres' Residenz zu Gast, nachdem ihre Tochter den Talentwettbewerb im Fernsehen gewonnen hatte, um mit dem damaligen Präsidenten ihre Immigrationerfahrungen zu diskutieren.

Die drei fuhrten zusammen nach Hause, nach Sderot. Nun erreichten die Nachrichten von den Kämpfen in Gaza auch Hagit Yaso. Sie erschütterten sie nicht. Sie ist mit diesen Nachrichten groß geworden, sagt sie. Sie lebt ja seit 28 Jahren in Sderot. Die Stadt wird die Welthauptstadt der Luftschutzbunker genannt, weil es dort so viele davon gibt. Hagit hat drei Gazakriege hier erlebt. Den ersten sogar als Soldatin. 2008 war sie an der Operation »Gegossenes Blei« beteiligt. Es waren die schlimmsten Luftangriffe seit dem Sechstagekrieg.

Da war sie 19 Jahre alt.

»Es wird schlimmer, und dann wird es auch immer wieder besser«, sagt sie.

Als sie ihrem Heimatort näher kamen, sahen sie die Rauchwolken, die in Gaza in den Himmel stiegen. Am Ende würden 60 Menschen gestorben sein. Über 2000 verletzt, viele von ihnen schwer. Die Nachbarn beglückwünschten Hagit zu ihrem Auftritt an diesem Tag. Viele kündigten an, dass sie die Nacht lieber in ihren Bunkern verbringen würden. Einen Zusammenhang zwischen der Botschaftereröffnung und dem Bettenmachen in Luftschutzräumen sahen die meisten nicht.

Das Haus von Hagits Familie steht in einem modernen Wohnviertel. Sie sind vor fünf Jahren eingezogen. Zwei ihrer

vier Geschwister leben hier, ihr ältester Bruder lebt als Geschäftsmann in Miami. Sie haben zwei Schutzräume im Haus. Hagit Yaso aber schlief in der Nacht nach der Botschaftereröffnung in ihrem Zimmer. Sie war froh, nach der langen Reise endlich wieder zu Hause zu sein. Abends im Bett las sie noch die Nachrichten, die ihr Freunde geschickt hatten. Es waren sehr viele. Es gab auch die ersten Anfragen für Auftritte in Israel und in den USA. Sie fühlte sich ein wenig wie damals 2011, am Abend nach dem Sieg beim Talentwettbewerb, der ihr Leben verändern sollte. Es würde einen weiteren Schub geben.

Sie schlief gut. Am Morgen schien die Sonne. Alles war ruhig.

Hagit Yaso fuhr ins nahe Netivot, um zu beten. Der Glaube sei ihr wichtig, sagt sie. In ihrem Wohnzimmer hängt ein Porträt von Ovadia Josef, dem verstorbenen spirituellen Oberhaupt der Schas-Partei, einer ultraorthodoxen israelischen Partei. Die Familie versammelt sich jeden Freitagabend, um gemeinsam Schabbat zu feiern.

Mittags sitzt Hagit mit ihrer kleinen Schwester im Wohnzimmer. Die Jalousien sind heruntergelassen. Es ist ganz still. Es ist ein schmuckloser, sehr sauberer Raum. Der Fußboden gefliest, die Möbel eierschalenfarben, an den Wänden ein paar religiöse Sinnsprüche.

Was glaubt sie, wird passieren? Wie wird der Auftritt in der Botschaft ihr Leben verändern?

Sie lächelt. Sie weiß es nicht. Und sie weiß auch nicht, ob sie will, dass sich dadurch etwas ändert.

Sie habe lange überlegt, ob sie wirklich an der Botschaftereröffnung teilnehmen solle, nachdem ihr David Friedman gesagt hatte, es würden Hunderte Millionen dabei zuschauen.

Sie wüsste nicht, ob sie stark genug sei, sagt sie.

Sie war in jedem Fall sehr froh, als Donald Trump seinen Besuch abgesagt hatte.

Sie mag Trump, sagt Hagit Yaso. Nicht, dass man sie falsch verstehe. Sie mag Männer, die zu ihrem Wort stehen, sagt sie.

Vielleicht ahnt sie, dass es schwer ist, ihr da zu folgen. Aber sie sagt es nicht. Sie

zeigt den kleinen Spielplatz am Ende ihrer Straße, auf dem es eine große, bunte Betonschlange gibt, in die sich die spielenden Kinder bei einem Raketenangriff aus Gaza flüchten müssen. In Tel Aviv habe man eine Minute Zeit, um es vom Ertönen der Sirene bis zum nächsten Bunker zu schaffen. Dann schlägt die Rakete ein.

»Wir haben nur 15 Sekunden«, sagt sie. »Wir sind so dicht dran.«

Es ist ihre Heimat. Ein Land, das ihren Eltern Zuflucht bot, für das sie durch die Wüste gingen. Zwei junge, sephardische Juden, die sich in ihrer Hochzeitsnacht auf den Weg ins Gelobte Land machten und nun zum Teil der Erzählung ihres Volkes geworden sind, das so lange auf der Flucht gewesen ist.

Hagit war zweimal in Äthiopien. Sie mochte es. Die Leute, die Bescheidenheit, die Prioritäten. Sie hat, glaubt sie, auch etwas über sich gelernt. Ihre äthiopische Seite. Einmal ist sie aufgetreten dort. Einmal war sie mit ihrem Vater in dessen Dorf, um nach den Wurzeln ihrer Familie zu suchen. Ihr Vater war Schäfer in Äthiopien, in Israel hat er dann in einer Fabrik gearbeitet. Er war die ganze Zeit unruhig, als sie dort waren. Die Angst von damals kam wohl zurück.

»Man weiß, was man hier hat, wenn man von dort kommt«, sagt sie.

Gestern war der 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels, heute ist Nakbatag. Der eine Tag bedeutet ihr etwas, der andere nicht. Sie steht hier in Sderot zwischen diesen beiden gigantischen Tagen in der Geschichte dieses Landes. Am hellblauen Himmel Richtung Westen sieht man ganz leichte, graue Wölkchen aufsteigen. Die letzten Feuer von Gaza. Sie betrauern heute die Toten und versorgen die Verletzten. Es ist ruhig. Am nächsten Tag aber, wird Sderot von Maschinengewehren der Hamas beschossen, die israelische Armee antwortet mit Luftangriffen auf Gaza.

Hagit Yaso geht aufrecht durch die geputzte kleine Stadt an der Grenze zum Leid. Zerbrechlicher kann ein Auftritt nicht sein. Sie war die perfekte Wahl.

180 Puls

Homestory Warum der Spagat zwischen autoritärer und politisch korrekter Erziehung manchmal einfach zu groß ist

Zweimal im Jahr steigen meine Familie und ich in ein Flugzeug. Es ist immer dieselbe Flugnummer. Ryanair, FR 2529. Start in Berlin-Schönefeld irgendwann am Abend, Ankunft in Madrid gegen Mitternacht. Wir sind sechs. Zwei Erwachsene, vier Kinder.

Vielleicht sollte man gleich klarstellen: Ich weiß, dass wir für alle anderen Fluggäste der Horror sind. Wenn Ryanair mir schreiben würde – »Lieber Herr Moreno, nehmen Sie es uns nicht übel, aber Ihre Familie ist eine verfluchte Plage. Könnten Sie künftig bitte Easyjet fliegen?« –, ich würde das verstehen.

Meine jüngste Tochter ist zwei und liebt es, mit den Füßen gegen den Vordersitz zu treten. Sie hält das drei Stunden durch. Verbiete ich es ihr, kriegt sie einen Schreikrampf. Der Vordermann kann sich entscheiden: Rückenschaden oder Tinnitus.

Meine andere Tochter ist vier. Ihr schlägt die Fliegerei auf den Darm. Anders ausgedrückt: Sie pupst, ohne Unterlass, kein Witz. Der Zweitältesten wird traditionell schlecht. Spätestens über Frankreich hat sie alle verfügbaren Spucktüten gefüllt. Die Älteste, in der Blüte ihrer Pubertät, sitzt grundsätzlich genervt mit Kopfhörer im Flieger. Sie ignoriert uns und hofft, dass andere Gäste sie nicht mit uns in Verbindung bringen.

Die eine tritt, die andere pupst, die dritte kotzt, und die vierte schmolzt, und alle streiten ununterbrochen. Um den Fensterplatz, die Kopfhörer, das Stofftier, die Wasserflasche, um alles. Es ist, als würde der SPD-Vorstand verreisen.

Ich weiß nicht, was ich in diesen Momenten tun soll. Ich bin in Spanien geboren und habe eine südspanische Erziehung aus den Siebzigerjahren genossen. Meine deutsche Frau sagt, dass ich »'ne totale andalusische Erziehungsklatsche« habe. Ich sei viel zu streng. In Berlin-Prenzlauer Berg, wo wir wohnen, würden einige meiner Ansagen als Kindesmisshandlung durchgehen. Sagt meine Frau.

Meine Älteste musste Teile ihres Skiurlaubs, den sie mit einer Freundin und deren Eltern verbracht hat, von ihrem Ersparnis bezahlen. Der anderen habe ich das Taschengeld gekürzt, weil sie das Licht in ihrem Zimmer brennen ließ. Die Kleinen bestimmen selbstverständlich nicht, was sie anziehen und auch nicht, wann sie schlafen gehen. »Lauras Stern« gucken sie, wenn ich das erlaube. Wenn sie keine Lust auf Gemüse haben, haben sie auch keine Lust auf Grießpudding mit Zimt. Ein Geschenk zum Geburtstag reicht, gern vom Flohmarkt.

Für den Prenzlauer Berg bin ich so eine Art Ceaușescu der Kindererziehung.

Vergangene Woche stand vor der Kita meiner Tochter ein Vater 45 Minuten lang vor dem Eingang. Sein Sohn weigerte sich reinzugehen. Die Erzieherin sagte, dass dies zuletzt oft passiert sei. »Ihr Kind soll ohne das Wort ›Nein‹ aufwachsen«, sagte die Erzieherin.

So ungern ich das zugebe, so sehr ich das als Kind gehasst habe, so sehr ich weiß, dass es falsch war, wie er sich benommen hat: Ich bewundere meinen Vater, ein andalusischer Ziegenhirte, der von Erziehungstheorie keine Ahnung hatte und Pestalozzi vermutlich bis heute für ein Düngemittel hält.

Mein Vater hat nie getobt, nie geschrien. Er kontrollierte uns mit seinen Blicken. Prügelten wir drei uns in unserem Kinderzimmer (ja, wir hatten ein Zimmer für drei, und, nein, mir sind keine bleibenden Schäden bekannt), stand er irgendwann in der Tür und fragte in einem Ton, den ich später bei Christoph Waltz in einer seiner fiesen Rollen wiederentdeckte: »Darf ich mitmachen?« Der Gedanke löste Panik bei uns aus.

Dabei kann ich mich nicht erinnern, dass er uns jemals geschlagen hätte. Die Vorstellung, er könnte es tun, reichte. Ich weiß, dass eine gute Beziehung zwischen Vater und Kind nicht auf Angst basieren kann. Ich weiß aber auch, dass ich nicht viermal die Woche eine Dreiviertelstunde vor der Kita stehen kann.

Ich wusste immer, dass mein Vater mich liebt, irgendwie ahnte ich auch, dass er sich für jeden von uns vor ein Auto werfen würde, um uns zu retten. Aber wir hatten dennoch absolut keine Lust, unsere Grenzen auszuloten. Er war immer sehr streng, sehr fordernd, dabei aber immer gerecht und ehrlich. Nicht so schlecht für einen andalusischen Ziegenhirten.

Ich hingegen versage regelmäßig. Ich schreie, ich brülle. Das sind meine letzten Mittel. Außer natürlich im Flugzeug. Denn die gleichen Leute, die meine Kinder am liebsten direkt



über den Alpen absetzen würden, würden niemals akzeptieren, wenn ich laut würde. Jeder Wutanfall meiner Tochter verwandelt sich in diesem verdammten Madrid-Flieger zu einem Charaktertest für mich. Die Jury, das sind die Leute im Flugzeug. Erwartet wird eine souveräne, pädagogisch vernünftige Reaktion. Ruhig sollte man bleiben. Das Kind als gleichwertigen Gesprächspartner akzeptieren.

Alles schön. Alles richtig. Ich versuche das ja auch manchmal, aber immer passiert das Gleiche. Kaum mache ich auf Prenzlauer-Berg-Pädagogik, fange an zu erklären, warum man jetzt nicht treten darf oder pupsen sollte, weil wir doch jetzt im Flugzeug sind und die anderen Leute nicht stören wollen, merken meine Kinder, dass irgendwas nicht stimmt. Ich schwöre: Sogar meine Zweijährige merkt das. Dann tritt sie nur noch fester gegen den Vordersitz.

Es macht mich so hilflos, das kann ich gar nicht beschreiben. Ich sitze da und habe 180 Puls.

Manchmal frage ich mich, ob sich so viele deutsche Familien einen Hund anschaffen, weil der Vater wenigstens einen im Haus haben will, der auf ihn hört.

Als wir beim letzten Mal in Madrid angekommen waren, setzte sich meine Vierjährige aufs Gepäckband und wollte darauf eine Runde drehen. Ich konnte endlich wieder laut werden, wir waren ja raus aus dem Flugzeug. Sie stand auf, lächelte mich an und sagte: »Papa, jetzt geht es dir wieder gut, oder?« Juan Moreno

6 Prämien zur Wahl!

JETZT LESER WERBEN – SIE MÜSSEN SELBST NICHT ABONNENT SEIN.



100 € Amazon.de Gutschein

Über eine Million Bücher sowie 250 000 CDs, DVDs, Spiele, Technikartikel und vieles mehr stehen zur Auswahl.



€ 100,- BestChoice-Universalgutschein

Insgesamt stehen Ihnen 200 Händler mit über 25 000 Filialen oder Online-Shops zur Auswahl. Ohne Zuzahlung.



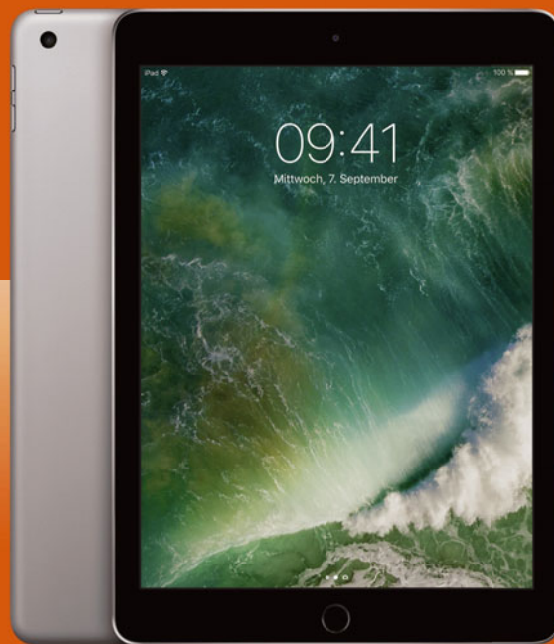
€ 100,- DriversChoice-Tankgutschein

Extra Benzingeld für Sie: Der Tankgutschein ist deutschlandweit bei über 8500 Tankstellen gültig. Wir wünschen Ihnen eine gute Fahrt! Ohne Zuzahlung.



€ 100,- Prämie

Erfüllen Sie sich oder Ihren Lieben einen besonderen Wunsch, oder legen Sie die € 100,- für eine größere Anschaffung zurück!



iPad 32 GB Wi-Fi in Spacegrau

Neues Modell mit A10-Fusion Chip und iOS 11,
9,7"-Retina-Display, Fingerabdruck-Sensor und
8-MP-Kamera. Zuzahlung: € 229,-.

Rosenzweig & Schwarz, Hamburg

Ich bin der neue SPIEGEL-Leser.

- Wertvolle **Wunschprämie** für den Werber.
- Der Werber muss selbst kein SPIEGEL-Leser sein.
- Zum Vorzugspreis: statt ~~€ 5,10~~ nur € 4,80 je Ausgabe inkl. Lieferung.
- Auf Wunsch den SPIEGEL digital für nur € 0,50 je Ausgabe inkl. SPIEGEL-E-Books.

- 100€ Amazon.de Gutschein (5075)
- €100,- BestChoice-Universalgutschein (5644)
- €100,- DriversChoice-Tankgutschein (5645)
- Samsung Galaxy Tab A 10,1" 32 GB (5664) Zzgl. € 129,-
- iPad 32 GB (5694) Zzgl. € 229,-
- €100,- Prämie (2160). Meins Konto für die Überweisung:

Anschrift des Werbers:

☐ Frau
☐ Herr

Straße, Hausnr.

Pl7 Ort

 **040 3007-2700**

 www.spiegel.de/p18

Anschrift des neuen Lesers:

☐ Frau
☐ Herr

Name, Vorname

Straße, Hausnr.

Geburtsdatum

PLZ

Oort

Telefon (für eventuelle Rückfragen)

E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Gleich mitbestellen!

☐ Ja, ich möchte zusätzlich den SPIEGEL digital für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen statt für ~~€ 4,99~~ im Einzelkauf. ☐

SD18-015

☐ Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Der neue Abonnent liest den SPIEGEL für zunächst 52 Ausgaben für zurzeit € 4,80 pro Ausgabe statt € 5,10 im Einzelkauf, den SPIEGEL digital zusätzlich für € 0,50 pro Ausgabe. Das Abonnement verlängert sich jeweils um weitere 52 Ausgaben, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraums gekündigt wird.

Ich zahle bequem per SEPA-Lastschrift* vierteljährlich € 62,40, digitale Ausgabe halbjährlich € 13,-

DE
IRAN

Datum

X

Unterschrift des neuen Lesers

SP18-106

Gläubiger-Identifikationsnummer DE50ZZ0000030206

Der Werber erhält die Prämie ca. vier Wochen nach Zahlungseingang des Abonnementbetrags. Der Vorzugspreis von € 0,50 für den SPIEGEL digital gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,49 für das E-Paper. Bei Sachprämien mit Zuzahlung zzgl. € 2,- Nachnahmegebühr. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu den AGB und dem Widerrufsrecht finden Sie unter www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg. Telefon: 040 3007-2700. E-Mail: aboservice@spiegel.de

* **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Wirtschaft

»Deutschland hat etwa tausend mittelständische Weltmarktführer, an die wollen die Chinesen ran.« ► S. 68



Haushalt

Hohe Belastung durch Flüchtlingspolitik

Mit 70 Milliarden Euro Kosten rechnet die Regierung für den Bund bis zum Jahr 2022.

● Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) rechnet bis 2022 mit Kosten für die Flüchtlingspolitik in Höhe von rund 70 Milliarden Euro allein für den Bund. Das geht aus einer Unterlage des Bundesfinanzministeriums zur mittelfristigen Finanzplanung hervor. Noch nicht eingerechnet sind 8 Milliarden Euro, die laut Koalitionsvertrag bis 2021 vom Bund an Länder und Kommunen als Entlastung für deren Kosten überwiesen werden sollen, deren Aufteilung aber noch nicht feststeht. Die Gesamtbelastung des Bundeshaushalts summiert sich im Finanzplanungszeitraum also auf rund 78 Milliarden Euro. Größter Posten ist laut der Aufstellung die

Bekämpfung von Fluchtursachen in den betroffenen Ländern, die mit 31 Milliarden Euro zu Buche schlägt. Für Sozialtransfers an Flüchtlinge stehen knapp 21 Milliarden Euro bereit. Für Integrationsleistungen, also zum Beispiel Sprachkurse, stellt Scholz 13 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Aufnahme, Registrierung und Unterbringung von Flüchtlingen kostet 5,2 Milliarden Euro. »Im Jahr 2018 unterstellt die Bundesregierung einen Migrationssaldo von 200 000 als technische Annahme«, heißt es in dem Papier. Bis 2022 werde die Zahl auf 150 000 sinken. »Eine explizite Annahme zur Asylumigration wird nicht mehr getroffen.« REI

Luftfahrt

Hält Easyjet Kunden hin?

● Die britische Fluglinie Easyjet bearbeitet Passagierbeschwerden nach Angaben des Fluggastrechteportals Airhelp sehr langsam, sie halte ihre Kunden hin und reagiere fast nur bei Druck durch einen Rechtsanwalt. Airhelp will seit 2014 von Easyjet mehr als 1,8 Millionen Euro an Entschädigungen für Passagiere eingetrieben haben.

Das Unternehmen mit Sitz in Hongkong analysierte 28 000 Schadensersatzforderungen gegen die Billiglinie; bei diesen Fällen seien in weniger als zwei Prozent der Anfragen Entschädigungen an die Passagiere ausgezahlt worden, ohne dass diese juristische Hilfe brauchten. Auch die Bearbeitungszeit ist laut Airhelp lang, eine Antwort der Airline komme erst nach etwa 80 Tagen; wurde ein Anwalt hinzugezogen, sank sie in der Stichprobe auf rund

40 Tage. Easyjet sagt, dass man die Ergebnisse der Airhelp-Analyse nicht anerkenne. Man nehme die Fluggastrechte »sehr ernst«. Passagiere, die ein auf der Easyjet-Website vorhandenes Formular verwendeten, erhielten bei gültigen Ansprüchen in weniger als 21 Tagen eine Antwort. Bei Organisationen wie Airhelp verlören Passagiere »einen wesentlichen Teil ihrer Entschädigung unnötig«. Zudem sei Easyjet Mitglied der Schlichtungsstelle SÖP. MUM

Atomausstieg

EU-Kommission hilft Deutschland

● Die Bundesregierung hat gute Chancen, einen teuren Rechtsstreit über die Stilllegung zweier Atomkraftwerke zu gewinnen. Der schwedische Konzern Vattenfall hatte den deutschen Staat vor dem Schiedsgericht der Weltbank (ICSID) in Washington verklagt, weil er nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima die pannenanfälligen AKW Krümmel und Brunsbüttel abgeschaltet hatte. Vattenfall sieht darin eine Enteignung und fordert inklusive Zinsen rund 5,7 Milliarden Euro Schadensersatz. Nun gerät die Klage ins Wanken. Anfang März hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass Urteile von internationalen Schiedsgerichten bei Streitigkeiten über Investitionen zwischen EU-Staaten unzulässig sind. Die EU-Kommission hat sich nun auf Anfrage des ICSID dieser Meinung angeschlossen. Die Kommission fungiert in dem Rechtsstreit seit 2015 als unbeteiligte Partei, die zu wichtigen Fragen Stellung nehmen darf. Die erneute Konsultation der Kommission durch das Schiedsgericht wertet man in Berlin als Zeichen, dass das ICSID der EuGH-Vorgabe folgen wird. Die atompolitische Sprecherin der Grünen teilt diese Einschätzung. »Die Stellungnahme aus Brüssel könnte zum letzten Sargnagel der Vattenfall-Klage werden«, sagt Sylvia Kotting-Uhl. ssu

Griechenlandkrise

IWF vor dem Ausstieg

● Das aktuelle Rettungsprogramm für Griechenland wird wohl ohne finanzielle Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu Ende gehen. Das zeichnet sich nach einer Sitzung der sogenannten Arbeitsgruppe der Eurogruppe Anfang dieser Woche ab, bei der Spitzenbeamte aus den Finanzministerien der Mitgliedsländer und Vertreter des IWF in Brüssel zusammenkamen. Der IWF und seine Chefin Christine Lagarde schätzen die Wachstumsperspektiven Griechenlands viel skeptischer ein als die Europäer. Deshalb brauche das Land größere Schuldenerleichterungen. Darin soll-

ten auch die Unterstützungszahlungen des europäischen Rettungsschirms ESM und die bilateralen Hilfskredite einbezogen werden, die Mitgliedsländer Griechenland zu Beginn der Krise gewährt hatten, so forderten die IWF-Vertreter. Die Europäer lehnen diesen Vorschlag aus rechtlichen Gründen ab, weil damit direkte Belastungen für die jeweiligen Länderhaushalte verbunden wären, wenn Teile der bilateralen Kredite abgeschrieben werden müssten.

Als letzter Termin, doch noch eine Einigung mit dem IWF herbeizuführen, gilt nun das Finanzministertreffen in der kommenden Woche. Die Chancen dafür stünden jedoch schlecht, heißt es aus Teilnehmerkreisen. Die Beteiligung des IWF am dritten

Hilfsprogramm für Griechenland wäre mit gerade einmal 1,6 Milliarden Euro ohnehin nur von symbolischer Natur gewesen. Das Programm läuft im August aus. Dennoch ist der Ausstieg des IWF nicht unproblematisch. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte den Unionsabgeordneten zugesagt, dass der Internationale Währungsfonds an Bord bleibe. REI



Lagarde

Kommentar

Zeit für ein Abkommen

Mit ihrem Dauerstreit schaden sich Boeing und Airbus selbst.

● Es ist seit Jahren dasselbe unwürdige Ritual: Wann immer die Welthandelsorganisation WTO eine neue Entscheidung im Subventionsstreit zwischen Boeing und Airbus bekannt gibt, feiern beide das Ergebnis als Sieg – obwohl eine Seite meist eine heftige Klatsche abbekommt. Vergangenen Dienstag war wieder einmal Airbus dran. In ihrem jüngsten Urteil geißeln die Schiedsrichter, dass Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Spanien dem Unternehmen einst viel zu billige Anschubkredite für seine Jets vom Typ A380 und A350 gewährt hatten.

Trotzdem brach bei Airbus Jubel aus. Das WTO-Berufungsgericht habe immerhin einen Großteil der übrigen Vorwürfe des Erzrivalen Boeing verworfen. Auch die Amerikaner triumphierten. Nun sei klar, dass Airbus »unfaire Geschäftspraktiken« betreibt und »illegale Subventionen« erhalten habe. Zur Strafe drohten die USA mit Sanktionen. Dabei ist über die Boeing-Gegenklage von Airbus noch gar nicht entschieden. Der Schlagabtausch zwischen den Flugzeugbauern und ihren Herkunftslän-

dern um Anschubhilfen oder verdeckte Zuschüsse dauert inzwischen 14 Jahre. Es wird höchste Zeit, den Spuk zu beenden – und zwar nicht durch Strafzölle oder Exportbeschränkungen, sondern durch ein neues bilaterales Abkommen. So etwas gab es schon einmal. Doch der Vertrag aus dem Jahr 1992 wurde 2004 von den Amerikanern gekündigt. Ein neuer Pakt müsste beiden Konzernen enge Grenzen für die staatliche Förderung von neuen Jets setzen. Alternativ könnten die Firmen auch ganz auf Subventionen verzichten. Leisten könnten sie sich das. Der Börsenkurs von Boeing hat sich in den vergangenen zehn Jahren vervierfacht, der von Airbus sogar mehr als verfünffacht. Auch Umsatz und Gewinn legten deutlich zu. Außerdem haben die Regierungen ihre Anteile bei Airbus ohnehin drastisch reduziert. Lenken die Unternehmen nicht ein, könnte sie das teuer zu stehen kommen.

Lachender Dritter könnte der chinesische Staatskonzern Comac sein. Er wartet nur darauf, seine Flugzeuge in die angestammten Märkte von Boeing und Airbus zu drücken. Dinah Deckstein



JORDI BOIXAREU / ZUMAPRESS / PICTURE ALLIANCE / DPA



JASON LEE / REUTERS

**Audi-Plakat in Peking, Containerzug in Duisburg,
Messestand von Huawei in Barcelona**
Aus einem Entwicklungsland
ist ein mächtiger Konkurrent geworden



Aufholen und überholen

Globalisierung Deutschlands Wirtschaft hat sich von China abhängig gemacht. Jetzt wird ihr das zum Verhängnis. Im globalen Handelskonflikt zwischen der Volksrepublik und den USA kann es die Bundesregierung unmöglich beiden recht machen. Sie braucht eine neue Strategie.

Mit einem Bein steht China schon mitten in Deutschland, in Duisburg-Rheinhausen. Wo 1987 Stahlarbeiter vergebens um ihre Hütte gekämpft haben, rollen heute Züge über das Gelände; dort drehen sich die Hafenkräne und türmen sich die Stahlcontainer. Genau hier endet die »Neue Seidenstraße«, Chinas Jahrhundertprojekt.

»Logport I« nennt sich das Areal in Duisburg, es ist einer der größten Güterumschlagplätze in Europa. Am Terminal DIT, auch Chinaterminal genannt, kommen die Waggons von ihren Reisen aus Chongqing an, mehr als 10 000 Kilometer entfernt, über Kasachstan, Russland, Weißrussland und Polen. 25 Züge jede Woche.

Vor vier Jahren besuchte Chinas Präsident Xi Jinping den Binnenhafen. Mit ro-

ten Papierdrachen wurde die Ankunft der Lok gefeiert, die aus seiner Heimat gekommen war, die Kapelle spielte »Glück auf, ihr Bergleute jung und alt«. Damals schüttelte Erich Staake dem chinesischen Präsidenten die Hand. Staake, wie Xi 1953 geboren, ist der Vorstandschef des Hafens.

Der Manager verbindet große Hoffnungen mit der Bahnstrecke, für sein Unternehmen und für die Region, sie hat es nötig. »Wir wollen wachsen«, sagt er. »China und die Neue Seidenstraße bieten für uns großes Potenzial.« Mit der Seidenstraße rücken China und Deutschland näher zusammen. So kann man das sehen.

Oder auch ganz anders: dass das Milliardenprojekt nämlich den Chinesen nur dazu dient, eine Art Brückenkopf zu errichten. Von hier aus treiben sie ihre Expansion in Europa voran und bauen ihren wirtschaftlichen Einfluss aus. Was ist das nun: Chance oder Bedrohung?

Die Antwort zu finden fällt nicht leicht, und das ist bezeichnend. Wenn Kanzlerin Angela Merkel kommende Woche nach China reist, wird ihr Besuch einen anderen Charakter haben als die zehn Visiten zuvor. Das Verhältnis zwischen den Staaten hat sich verändert. Es hat seine Balance verloren.

Bislang schien die Beziehung fast symbiotisch, die Rollen waren klar verteilt: Deutschland verkaufte in China hochwertige Maschinen und Fahrzeuge, im vorigen Jahr allein mehr als fünf Millionen Pkw. Im Gegenzug exportierten die Chinesen Möbel, Kühlschränke oder Elektroartikel zu unschlagbar günstigen Preisen. Mittlerweile ist China flügel geworden, viel schneller als erwartet; die Volksrepublik ist zur reifen Supermacht aufgestiegen – und in der Lage, Deutschland abzuhängen.

Aus einem Entwicklungsland, das für westliche Industrieländer zuerst ein gigantischer Absatzmarkt und dann

ein Produktionsstandort mit schier unerschöpflichen Ressourcen war, ist ein mächtiger Konkurrent geworden. Chinesische Unternehmen entwickeln intelligente Maschinen und Anlagen; sie bauen Autos, immer öfter mit Elektroantrieb; sie tummeln sich auf Feldern, die Domänen der deutschen Industrie waren. China hat das Erfolgsmodell kopiert – nun wird es zur Bedrohung für das Original.

Mikko Huotari hat als einer der Ersten auf diese Entwicklung hingewiesen, vor Jahren schon. Huotari ist Wissenschaftler am Mercator Institute for China Studies (Merics), eines Thinktanks in Berlin. Die alte Logik »China braucht uns« stimme so nicht mehr, sagt Huotari. Es sei eher umgekehrt: Deutschland gerate immer stärker in Abhängigkeit von China, die Volksrepublik avanciere zum globalen Innovationstreiber: »Die ganze Mechanik im System hat sich verändert.«

Wie selbstbewusst, ja aggressiv die Chinesen auftreten, zeigen sie, wenn sie hierzulande Unternehmen kaufen. Früher beschränkte sich ihr Interesse auf Firmen aus der zweiten Reihe, seit einigen Jahren zielen sie mitten ins Herz der Industrie. »Deutschland hat etwa tausend mittelständische Weltmarktführer, an die wollen die Chinesen ran«, sagt Kai Lucks, Vorsitzender des Bundesverbands Merger & Acquisitions.

Neuerdings sind nicht mal mehr Dax-Konzerne vor dem Zugriff der Chinesen geschützt. Klammheimlich sicherte sich der Milliardär Li Shufu im Februar fast zehn Prozent der Anteile an Daimler. Vorstandschef Dieter Zetsche hält es sogar für möglich, dass sein Unternehmen einen weiteren Aktionär aus China bekommt, den Staatskonzern BAIC, Daimlers Partner in China. Auf wen, fragen sich Politiker und Manager, werfen die Chinesen als Nächstes ein Auge? Droht hier der Ausverkauf von Deutschlands Zukunft, die schleichende Unterwanderung der Volkswirtschaft?

Viele sind verunsichert. Für den Exportstandort steht ohnehin manches, was Gewissheit schien, nun infrage. Der Merkel-Besuch fällt mitten in eine Umbruchphase im Welthandel, eine neue Ordnung entsteht, mit einem starken China und einem



SHAN YUO / PHOTOSHOT / PICTURE ALLIANCE / DPA

unberechenbaren Amerika. Deutschland muss seinen Platz erst noch finden.

Die Wirtschaft hatte sich an scheinbar ewig währendes Wachstum in Fernost gewöhnt, in zehn Jahren konnte sie die Ausfuhr fast verdreifachen. Was aber, wenn die Volksrepublik selbst Hightechmaschinen baut oder Elektrofahrzeuge entwickelt? Dann wird die Industrie schmerzhaft spüren, wie sehr sie sich ausgeliefert hat.

Zugleich irritiert die Unternehmen der erratische Kurs, der in Washington gefahren wird. Sollte US-Präsident Donald Trump am 1. Juni die Zölle auf Einfuhr von Stahl und Aluminium verhängen und die EU darauf mit Vergeltungsmaßnahmen reagieren, wird sich Deutschland weiter von Amerika entfremden – noch ist es Exportziel Nummer eins. Auch hier hat die Volkswirtschaft viel zu verlieren.

Über allem grollt wie ein heraufziehendes Gewitter der Handelskonflikt zwischen der Supermacht des Westens und der Supermacht des Ostens. US-Präsident Donald Trump wirft Peking unfaire Handelspraktiken und massiven Diebstahl geistigen Eigentums vor, er will deshalb Strafzölle auf Waren im Wert von 150 Milliarden Dollar verhängen, China droht mit Vergeltung.

Sollten beide Staaten Ernst machen, befände sich Deutschland in einer heillosen Lage, nämlich zwischen den Fronten: Dort lebt es sich am gefährlichsten. Kommen die Deutschen der einen Seite entgegen, verprellen sie die andere. In diesem Dilemma sind sie gefangen, und daraus müssen sie sich befreien. Nur wie? Wie kann eine neue Strategie aussehen, insbesondere gegenüber China?

Der Weckruf

Es gibt ein Datum, das einen Wendepunkt in der Beziehung zwischen Deutschland und China markiert, es war der 18. Mai 2016. An diesem Tag teilte der chinesische Konzern Midea mit, er wolle Kuka übernehmen, einen weltweit führenden Roboterhersteller. Im ersten Moment habe ihn die Nachricht erschreckt, sagt der Gewerkschafter Armin Kolb, »alles andere wäre gelogen«.

Kolb ist der Betriebsratschef bei Kuka. Damals hätten sich mehr als 3000 Mitarbeiter auf dem Werkshof in Augsburg versammelt, erinnert er sich, in Sorge, was die neuen Eigentümer wohl im Sinn hätten: ob sie das Unternehmen zerschlagen würden, Betriebsteile verlagern oder ganz dichtmachten. Vieles schien möglich.

Heute, zwei Jahre später, macht Kolb einen gelassenen Eindruck. Midea hat sich verpflichtet, am Firmensitz festzuhalten, keine Fabriken zu verlagern oder zu schließen und die Arbeitsplätze zu erhalten; bis 2023 gilt die Vereinbarung. »Wir haben aus dem, was möglich war, das Maximale herausgeholt«, sagt der Betriebsrat.

Kolb, ein bulliger Mittfünfziger, arbeitet seit bald 40 Jahren bei Kuka. Er steht in Halle 2, hier hat Kolb 1978 als Dreher begonnen. Heute demonstriert das Unternehmen in derselben Halle, wie die Fabrik von morgen aussieht. Ein mobiles Transportsystem befördert eine Autotür zu einer Vierergruppe von Robotern; diese identifizieren das Karosserieteil, beugen ihre Stahlarme darüber und setzen die Schweißpunkte an. »Mit Fräsen und Drehen hat das hier nicht mehr viel zu tun«, sagt Kolb.

Kuka gilt als Vorreiter der Industrie 4.0, der digital vernetzten Wirtschaft. Deshalb ist der Coup der Chinesen zu einem Politikum geworden, als hätten sie das Brandenburger Tor gekauft und rot angemalt.

Kuka dürfe nicht in chinesische Hände fallen, warnte EU-Kommissar Günther Oettinger, das Unternehmen befinde sich »in einem strategischen Sektor mit wichtiger Bedeutung für die digitale Zukunft der europäischen Industrie«. Auch der damalige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) missbilligte die Aktion. Hinter den Kulissen wurde sondiert, das Management heimischer Konzerne wie Siemens oder Bosch beschworen, sich doch bitte zu engagieren. Alle winkten ab. Und die Alt-eigentümer machten Kasse.

Der Kuka-Deal wirkte auf die deutsche Wirtschaftspolitik wie ein Weckruf. Zwar hatten chinesische Firmen schon seit Jahren Jagd auf Hightech »made in Germany« gemacht, sie kauften Maschinenbauer mit klangvollen Namen, KraussMaffei zum Beispiel oder Putzmeister. Doch erst der Fall Kuka weckte solches Unbehagen. Bis dahin waren die Erfahrungen mit chinesischen Eignern sogar eher positiv.

Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung äußerten die Unternehmen, sie seien mit ihren neuen Arbeitgebern sehr zufrieden. Die Investoren übten auf das Tagesgeschäft kaum Einfluss aus, sie hielten an den Standorten fest, investierten in Anlagen und schufen neue Arbeitsplätze.

Derzeit aktualisieren die Wissenschaftler die Untersuchung. Mittlerweile, so viel lässt sich sagen, beurteilen die befragten Aufsichts- und Betriebsräte das Engagement aus Fernost nicht mehr ganz so be-

Chinas Einkäufe in deutsche Unternehmen



geistert. »Das Bild bekommt Risse«, sagt der Forscher Oliver Emons. Der Druck auf die Arbeitsplätze habe zugenommen, die neuen Eigentümer träten selbstbewusst auf, manche verfolgten offensichtlich die Absicht, Know-how abzuschöpfen.

Chinaforscher sprechen von der »Haier-Strategie«, benannt nach dem Hersteller von Haushaltsgeräten aus Qingdao. Über Jahre hinweg hat das Unternehmen systematisch Wettbewerber geschluckt und verdaut. Haier interessiert weniger die Rendite, die die Akquisition verspricht. Sie haben es auf die Marke, die Technologie, den Vertrieb abgesehen. So ist Haier Weltmarktführer geworden, jedes fünfte Gefriergerät kommt von den Chinesen.

Noch ist nicht absehbar, ob Kuka ein ähnliches Schicksal blüht. In der Augsburger Zentrale findet sich jedenfalls kein Hinweis darauf, wer der neue Herr im Haus ist. Nirgendwo taucht der Name »Midea« auf, nicht mal im Kleingedruckten auf dem Briefpapier. Und vor der Zentrale flattern weiter die weiß-orangefarbenen Kuka-Fahnen. Nur im Januar waren hier einmal rote Fahnen zu sehen: Es war die IG Metall, die zum Warnstreik aufrief.

Auch im Management herrscht Kontinuität. Till Reuter, seit 2009 Vorstandschef von Kuka, fragte kürzlich auf der Hannover Messe beim Abendessen in die Runde: »Und Kollegen, hat sich was verändert?« Allgemeines Kopfschütteln, »nichts«.

Für Reuter zumindest ist neu, dass er einmal im Monat in China ist und an der Vorstandssitzung von Midea teilnimmt, in der Zentrale in Shunde. Mit Midea könne Kuka weit stärker wachsen, als dies allein möglich gewesen wäre, sagt Reuter, zum Beispiel mit Robotern, die in Handyfabriken zum Einsatz kommen können oder die im Krankenhaus beim Operieren assistieren: »Wir sehen da Riesen-Potenziale.«

Bislang lag Kukas Schwerpunkt bei Kunden aus der Autoindustrie. In Wolfsburg, München oder Sindelfingen schweißen, kleben und bohren die Automaten seit Jahrzehnten. Das Unternehmen weiß eine Menge über die Abläufe in den Werken, die Modellpolitik, die Technologien. Seit die Chinesen Kuka kontrollieren, zeigen manche Kunden Vorbehalte, sie sorgen sich um ihre Geschäftsgeheimnisse: Keiner möchte sich trojanische Pferde in die Fabrikhalle stellen. Das Kuka-Management muss nun immer wieder um Vertrauen werben. Dann verweist Reuter auf die vertragliche Zusage Mideas, wonach Kunden Daten tabu seien: »Dafür stehe ich ein.«

Kuka sei ein deutsches Unternehmen, das hier seine Steuern zahle, argumentiert der Vorstandschef, nur eben mit einem chinesischen Eigentümer. Bei der Hannover Messe im April besuchte die Kanzlerin erneut den Kuka-Stand, »ein wichtiges Signal« sei das gewesen, sagt Reuter. Die



Daimler-Chef Zetsche*: Im Visier chinesischer Investoren

Verpflichtung von Henning Kagermann als Aufsichtsrat, Ex-SAP-Chef mit besten Drähten in die Politik, ist ebenfalls als vertrauensbildende Maßnahme zu verstehen.

Andererseits: In den kommenden Jahren investiert der Roboterbauer vor allem in Shunde. Dort wird für 400 Millionen Euro eine neue Fertigungsstätte gebaut, dort entstehen die neuen Produkte, dort will das Unternehmen bis 2024 rund 75 000 Roboter im Jahr herstellen, dreimal so viele wie bisher in Augsburg. Was bleibt dann für Deutschland übrig?

Die Zukunft der Robotik liegt in China – und damit auch die Perspektive für Kuka. Das steht schon jetzt fest, auch wenn die Standortvereinbarung mit Midea noch fünf Jahre läuft.

Die Kampfansage

Kuka passt perfekt ins Beuteschema der Chinesen, sie haben einen Plan. Kaum jemand nahm hierzulande vor drei Jahren Notiz davon, als Peking ihn formulierte. »Made in China 2025« hieß das Dokument, das im sperrigen Jargon der Kommunistischen Partei festhielt, wie China zur wirtschaftlichen Supermacht aufsteigen will: eine Kampfansage an den Westen.

Die Kerndaten lauten: Bis 2025 soll das Land eine »starke«, bis 2035 eine »Mittelmacht« und bis 2049 eine »Weltmacht« der verarbeitenden Industrie sein, dann wird die Volksrepublik den 100. Jahrestag ihrer Gründung begehen. Krisen sind in Pekings Masterplan nicht vorgesehen. »Moderne Technik ist die scharfe Waffe ei-

nes modernen Staates«, hatte Staatschef Xi 2013 in einer Rede gesagt; sie bringt den Kern von Chinas neuer Industriepolitik zum Ausdruck. »Unsere Technologie liegt hinter der entwickelter Staaten zurück. Wir müssen eine asymmetrische Strategie anwenden, um aufzuholen und (*diese Staaten* – Red.) zu überholen«, sagte Xi.

Damit meint er, dass er zehn Schlüsselfelder schneller vorantreiben will als andere: Informationstechnologie, Automatisierung und Robotik, Luft- und Raumfahrt, Schiffsausrüstung und Navigation, Hochgeschwindigkeitsbahnen, Elektrofahrzeuge, Energietechnik, landwirtschaftliche Geräte, neue Materialien, Pharmaindustrie und Medizingeräte.

Anders als vorangegangene Langfristpläne hat die 2025-Strategie einen globalen Anspruch. Sie zielt darauf ab, westliche Konkurrenten abzuhängen und eigene Unternehmen zu internationalen Champions zu machen. Sie ist die Blaupause für den Umbau der Volkswirtschaft, von den Fabriken bis zu den Laboratorien, von der Industrie bis zu den Dienstleistern, von den Staatsbetrieben bis zum Privatsektor.

Ähnliche Strategien hatten zuvor auch andere Länder verfolgt: Südkorea, Japan – und Deutschland, dessen Industriegeschichte Chinas Experten eingehend studiert haben, bevor sie ihren eigenen Plan vorstellten. »Das Schlagwort Industrie 4.0 ist in China wie eine Bombe eingeschlagen«, sagt Changfeng Tu, Partner der Kanzlei Hengeler Mueller. Es lieferte letztlich die Blaupause für »Made in China 2025«. Der Unterschied besteht darin, dass Chinas System autoritär ist und die Dimension des Landes gewaltig.

Wenn die Führung in China es will, kann sie ganze Wirtschaftssektoren neu

* Mit Chinas Wissenschaftsminister Wan Gang bei der Automesse in Peking im April.

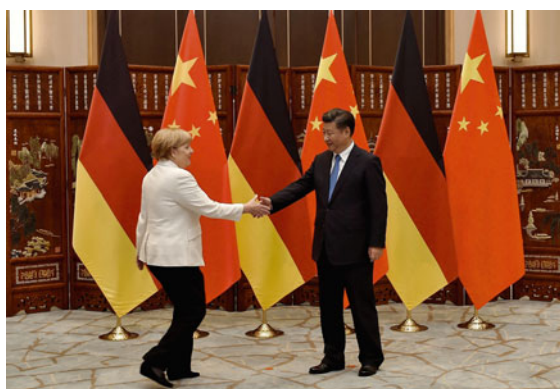


THOMAS DASTHUBER / AGENTUR FOCUS

**Kuka-Chef Reuter,
Flughafenterminal in Shenzhen,
Politiker Merkel, Xi 2016**
»Taktgeber für Elektromobilität
und Digitalisierung«



ZHANG SILING / IMAGINECHINA / LAIF



ETIENNE OLIVEAU / DPA

aufrollen, so ist es in der Stahl- oder der Solarindustrie geschehen. Und nun passiert es ausgerechnet in der Autoindustrie, der deutschen Paradebranche.

Das Klumpenrisiko

Früher empfanden deutsche Automanager eine Versetzung nach China als Strafe. Heute bedeutet es einen Aufstieg. Jochen Goller, 52, führt seit März das Chinageschäft von BMW. Er sitzt im 29. Stock eines gläsernen Hochhauses in Peking, trinkt grünen Tee und beschreibt die neue Realität in seiner Branche: »China ist zum Taktgeber für Elektromobilität und Digitalisierung geworden.«

Vor wenigen Wochen verkündete BMW, die E-Version des Kleinwagens Mini in China zu bauen, ebenso die elektrische Variante des Geländewagens X3. Die Münchner rechnen sich dort die besten Verkaufschancen aus. Während die Märkte in Europa und den USA stagnierten, ist BMW in China vergangenes Jahr um mehr als 15 Prozent gewachsen. Jedes vierte Auto verkauft BMW dort, der Wettbewerber Audi sogar jedes dritte.

Die Nachfrage ist groß, vor allem nach Premiummodellen mit teurer Sonderausstattung. Gleichzeitig liegen die Arbeitskosten in China noch immer deutlich niedriger. Das führt zu Traumrenditen für die Autohersteller, die teils doppelt so hoch liegen wie im Rest der Welt. Und zu einer immer größeren Abhängigkeit vom chinesischen Markt: Daimler erwirtschaftet dort mittlerweile 20 Prozent seiner Gewinne, BMW 28 Prozent, Volkswagen sogar 43 Prozent. Im Finanzwesen würde man von einem Klumpenrisiko sprechen.

Dies gilt umso mehr, da die Dominanz der deutschen Hersteller zu bröckeln beginnt, Konkurrenten wie Geely, Great Wall oder BYD holen auf. Von den Deutschen haben sie gelernt, wie man Großfabriken organisiert und darin jährlich Hunderttausende Fahrzeuge baut. »Viele chinesische Hersteller haben sich zu ernst zu nehmenden Herausforderern entwickelt«, sagt Goller. Mit neuen Antriebstechniken wollen sie erreichen, was ihnen mit eigenen Verbrennungsmotoren nie gelungen ist: den Weltmarkt zu erobern.

Die Strategie zahlt sich aus. Die fünf meistverkauften Elektroautos in China

stammen ausnahmslos von heimischen Anbietern. Allerdings subventioniert der Staat die Offensive massiv, er fördert die Forschung und weist die Kommunen an, E-Autos zu kaufen. Was für Peking zählt, ist das Ergebnis: Die Kunden können bereits zwischen rund hundert verschiedenen E-Autos wählen. Von einem solchen Angebot sind die Deutschen noch weit entfernt.

Selbst bei BMW, einem Vorreiter der E-Mobilität, werden manche nervös. Betriebsrats-

chef Manfred Schoch warnt vor einer drohenden Übermacht Chinas. »Wir haben überlegenes Wissen in Bezug auf Diesel- und Benzinmotoren«, sagt er, »aber in der Elektromobilität machen uns die Chinesen die Technologieführung streitig.« Sie handelten langfristiger, konsequenter, radikaler.

Peking kauft Minen in Afrika und sichert sich damit Lithium und Kobalt, essenzielle Rohstoffe für den Bau von Stromspeichern. Firmen wie BYD und CATL, die in Deutschland kaum jemand kennt, bauen eine Batteriefabrik nach der anderen auf. Und die Deutschen? Der Zulieferer Bosch hat sich gegen eine Zellenproduktion entschieden. Das Investitionsrisiko, angeblich 20 Milliarden Euro, war dem Konzern zu groß. Damit läuft die deutsche Autoindustrie Gefahr, sich beim Herzstück der E-Autos von Lieferanten aus Fernost abhängig zu machen.

Auch im Geschäft mit digital vernetzten Fahrzeugen strebt China die Führung an. Bis 2030, schätzt die Beratungsfirma McKinsey, werde das Land zum weltgrößten Markt für selbstfahrende Autos und entsprechende Mobilitätsdienste aufsteigen. Die Treiber hier sind Alibaba und

Tencent. Die IT-Konzerne besitzen einen Börsenwert von jeweils fast 500 Milliarden Dollar, siebenmal mehr als BMW. Der Abstand zeigt, wo die Anleger Fantasien für die Zukunft entwickeln.

Das Hightechlabor

In der kommenden Woche kann sich die Kanzlerin selbst ein Bild vom technologischen Anspruch der Chinesen machen – und von deren Vorsprung. Wenn Merkel in der südchinesischen Hightechmetropole Shenzhen wie geplant eintrifft, wird sie eines der spektakulärsten Flughafengebäude der Welt zu Gesicht bekommen. Wie ein gigantischer weißer Tintenfisch ragt der neue Terminal des Bao'an-Airports ins Perlflossdelta hinaus. Das Gebäude symbolisiert den Ehrgeiz einer Zwölfmillionenstadt, Chinas Silicon Valley.

In Shenzhen haben der Mobilfunkriese Huawei, der Onlinekonzern Tencent und Weltmarktführer wie der Drohnenbauer DJI ihren Sitz. Hier treffen sich Gründer und Wagniskapitalgeber, um die Grenzen des technisch und finanziell Machbaren zu erkunden. Gut eine Viertelstunde vom Flughafen entfernt steht, fast fertig eingerichtet, ein moderner Büroturm, es ist die Keimzelle der »vorbildlichen chinesisch-deutschen Industriezone von Bao'an«, wie es in einer Onlinebroschüre heißt.

Die Idee dazu ist vor zwei Jahren auf der Hannover Messe entstanden. In Bao'an wollen die Initiatoren Deutschlands »Industrie 4.0«-Konzept mit der »Made in China 2025«-Strategie verknüpfen. Anfang kommenden Jahres soll der Industriepark in Betrieb gehen. Im fünften Stock ist ein chinesisches, im vierten ein deutsches Restaurant vorgesehen. Und es soll eine Videowand geben: um gemeinsam die Fußball-Bundesliga schauen zu können.

Shenzhen ist das, was seit der industriellen Revolution auch Deutschland auszeichnet – ein Standort, der technisches Know-how mit industrieller Anwendung verbindet; ein Hightechlabor, von dem allerdings noch der Zauber des Neuen ausgeht. Der deutsche Ingenieur Jens Höfflin sagt: »Die Möglichkeiten, die Shenzhen bietet, sind fast grenzenlos.«

Höfflin, 36, sitzt in Shorts und Badelatschen bei HAX, einem Start-up-Zentrum. Er und sein amerikanischer Partner haben in Boston einen mobilen Magnetresonanztomografen entwickelt, der Herz- und Nierenpatienten den Weg ins Krankenhaus ersparen soll. Bei HAX in Shenzhen bekommen sie Unterstützung, um eine Kleinserie ihres Geräts herzustellen. Was immer man benötige, Leiterplatten oder Spritzgussteile, lasse sich in Shenzhen leicht beschaffen, sagt Höfflin. »Hier findet man im Umkreis weniger Kilometer die richtige Fabrik dafür.«

Am Schreibtisch nebenan nimmt ein australischer Gründer gerade den Prototyp eines Geräts in Augenschein, mit dem große Schafherden überwacht werden können. Es handele sich bereits um die dritte Serie seines Produkts, sagt er, für jedes Upgrade kehre er nach Shenzhen zurück.

Früher hätten die niedrigen Preise Shenzhens Attraktivität ausgemacht, sagt Ingenieur Höfflin: »Jetzt ist es das große Angebot an Zulieferern.« Gezielt locken die Chinesen deutsche Jungunternehmer nach Shenzhen, um von ihrem Know-how zu profitieren. Sie gehen aber auch den umgekehrten Weg, nach Deutschland.

Huawei hat im vorigen Jahr in München schon sein zweites Forschungszentrum eröffnet. Rund 300 Fachleute arbeiten hier an der 5G-Technologie, dem Mobilfunkstandard der nächsten Generation. Sie entwickeln spezielle Antennen oder auch Halbleiter für Smartphones. »Huawei betrachtet Europa als zweiten Heimatmarkt, und Deutschland hat hier das größte Gewicht«, sagt Torsten Küpper, Mitglied der Geschäftsleitung des Deutschland-Ablegers von Huawei.

Kein anderes Unternehmen hat im vergangenen Jahr in Europa mehr Patente angemeldet, nicht einmal Bosch oder Siemens. Bei Informations- und Kommunikationstechnologie sieht Küpper Huawei weltweit an führender Stelle. Jetzt aber gelte es, nicht nur Menschen, sondern die Industrie zu vernetzen, und deshalb sei man hierhergekommen, in die Region München, wo so viele Firmen aus Maschinenbau und Autoproduktion ansässig sind.

Als Netzwerkausrüster für die deutsche Industrie besetzt Huawei eine Schnittstelle zu sensiblen Firmendaten, es dringt gleichsam tief ins Nervensystem seiner Kunden ein. Es gibt Vorbehalte gegenüber den Chinesen, Küpper versucht sie zu entkräften. »Wir respektieren selbstverständlich den Patent- und Datenschutz, so wie auch wir respektiert werden wollen«, sagt der Manager. Huawei ähnele einem genossenschaftlich organisierten Unternehmen, es gehört den Mitarbeitern.

Eine solche Eigentümerstruktur schützt aber kaum vor einem Zugriff durch das Regime in Peking. Unternehmen wie Huawei stehen im Westen unter besonderer Beobachtung. Der Konkurrent ZTE wurde von der Regierung Trump von einem Tag auf den anderen vom Zugang zu US-Zulieferern abgeschnitten, weil es gegen Nordkorea-Sanktionen verstoßen habe. Zwar klang Trump vor wenigen Tagen wieder moderater, ob aber das Unternehmen überlebt, hängt letztlich von den Launen des Präsidenten ab.

Huawei ist in Amerika nicht so exponiert wie ZTE. Doch auch Europa könnte auf die Idee kommen, dass Mobilfunknetze gewissermaßen systemrelevant

sind. Das Misstrauen wächst, zumal immer deutlicher wird, wie strategisch China seine wirtschaftliche Macht ausbaut und nach Europa expandiert. Dieser Weg führt über die neue Seidenstraße.

Der Brückenkopf

Es war kurz nach seinem Amtsantritt 2013, da präsentierte Chinas Staatschef Xi die Idee für eine neue Weltordnung. Die Seidenstraßen-Initiative ist ein Netz von Handels- und Energiekorridoren, Pipelines, Eisenbahn- und Schifffahrtsrouten, das bis Mitte des Jahrhunderts ganz Eurasien umspannen soll – und in China seinen Ausgang nimmt.

Xi stellte das Vorhaben als Plan für »eine gemeinsame Zukunft der Menschheit« vor, sie solle »die Globalisierung offener, inklusiver und ausgeglichener machen«. In der Praxis ist es heute jedoch so, dass 89 Prozent aller Infrastrukturaufträge an chinesische Baufirmen fallen. Und diese Projekte haben vor allem die Funktion, die Handelskorridore zu sichern, über die China Rohstoffe importiert und seine Waren exportiert.

Zunächst konzentrierte sich die Initiative auf wirtschaftlich angeschlagene Länder wie Myanmar, Sri Lanka, Pakistan sowie die Staaten Zentralasiens. Je mehr aber China an Stärke gewinnt, desto konkreter werden auch die Projekte im weiteren Verlauf der Strecke: vom Bau einer Schnellbahn zwischen Belgrad und Budapest bis zum Engagement im Hafen von Piräus. Und von Duisburg, am westlichen Ende der Seidenstraße.

Dort plant derzeit direkt neben dem Logistikareal der chinesisch-deutsche Projektentwickler Starhai ein Handelszentrum. In den Gebäuden sollen sich chinesische Firmen niederlassen, um ihre Produkte in Europa zu vermarkten. Dazu nutzen sie unter anderem den Chinaexpress.

Der Erfolg des Handelszentrums hängt also auch davon ab, ob sich die Hoffnungen erfüllen, die Hafenchef Staake an die Zugverbindung nach China knüpft. Schon in diesem Jahr soll der erste Zug mit E-Autos »made in China« nach Duisburg fahren. Im Moment rechnet sich die Verbindung nur, weil sie von China massiv subventioniert wird. Außerdem sind die Züge lange unterwegs, im Schnitt 13 Tage.

Von Zentralchina bis an die EU-Außengrenze brauchen sie sechs bis sieben Tage, der kurze Rest, gut ein Zehntel der gesamten Strecke, dauert noch mal so lang. Warum dies so ist, dafür kennt Hafenchef Staake viele kleine Gründe. Manches habe mit starren Arbeitszeitregelungen oder mit bürokratischen Auflagen zu tun. Verständnis hat er dafür nicht.

Die Verzögerungen im Zugverkehr sind für Staake Sinnbild dafür, wie unentschlos-

sen die Europäer gegenüber der Volksrepublik auftreten. »China geht strategisch vor, während Europa noch immer darüber diskutiert, wie man mit der Initiative und China umgehen soll.« Die EU sei aufgefordert, eine Position zu finden, sagt Staake: »Nur in der Verteidigung kann man keine Spiele gewinnen.«

Der Riss durch Europa

Die Gefahr ist längst erkannt, Europa ringt seit Monaten um eine gemeinsame Linie gegenüber China. Im September kündigte EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker kämpferisch »einen neuen europäischen Rahmen zur Überprüfung von Investitionen« an, ein »Screening« für Firmenkäufe aus dem Ausland. In zwei Wochen soll der Handelsausschuss im Europäischen Parlament abstimmen. Doch bevor der Vorschlag Gesetz wird, muss der Rat mit der qualifizierten Mehrheit der 28 EU-Mitgliedstaaten zustimmen.

Ausgemacht ist die Sache nicht. Kanzlerin Merkel hatte schon beim EU-Gipfel vorigen Sommer noch unter dem Eindruck der Kuka-Übernahme erklärt, Europa müsse Investitionen aus China besser kontrollieren. Doch der entsprechende Passus des Gipfildokuments wurde auf Druck Griechenlands und Tschechiens verwässert; beide EU-Länder stehen China nahe.

Im Rat dürfte also hart gerungen werden. Der Kommissionsvorschlag sieht vor, dass EU-Mitgliedstaaten ausländische Direktinvestitionen überprüfen können, wenn ihre Sicherheit, kritische Infrastruktur oder die öffentliche Ordnung betroffen sind. Die Kommission gibt Empfehlungen ab, die Entscheidung bleibt Sache der Mitgliedstaaten. Sie sollen »Instrumente zur Überprüfung solcher Investitionen in die Hände bekommen. Wenn wir hier zusammen handeln, gibt das den Mitgliedstaaten die Stärke, bei dem einen oder anderen verlockenden Investitionsangebot auch mal Nein zu sagen«, sagt Handelskommissarin Cecilia Malmström im SPIEGEL-Gespräch (siehe Seite 76).

Europaparlamentariern der Union geht dies nicht weit genug. Sie fordern, dass die Überprüfung der EU-Kommission übertragen wird. »Die Chinesen haben in einigen EU-Mitgliedstaaten inzwischen so viel Einfluss, dass gar nicht sichergestellt ist, ob ein Screening tatsächlich stattfindet«, sagt Daniel Caspary, Handelsexperte und Chef der deutschen Unionsabgeordneten im Europaparlament. Wenn die Kommission ein Screening für notwendig halte, müsse sie es notfalls gegen den Willen des betroffenen Staates durchsetzen.

Führende Europapolitiker fürchten allerdings, dass es ohnehin zu spät sein könnte, Chinas Einfluss einzudämmen. Mit der Seidenstraßen-Initiative und dem

16+1-Format sei China dabei, Europa zu spalten. 16+1, das sind 16 mittel- und osteuropäische Staaten – plus China. Vor sechs Jahren hat die Volksrepublik dieses Bündnis gestartet, es richtet sich gegen Russland und gegen die EU. Mit dabei sind Serbien oder Mazedonien, aber auch EU-Mitglieder wie Tschechien und Ungarn.

Beim letzten 16+1-Treffen in Budapest hörte sich Chinas Premierminister Li Keqiang die Wünsche der Europäer nach chinesischem Geld an. Ein Regierungschef nach dem anderen habe im großen Kreis bei Li vorsprechen müssen, berichtet einer, der dabei war. Am Ende nannte jeder noch ein Projekt, bei dem die Chinesen doch bitte Geld zuschießen sollten.

Die Politiker dienen sich China regelrecht an, die Chinesen müssen nicht um Einfluss kämpfen. Ungarns Regierungschef Viktor Orbán droht sogar mehr oder minder offen, sich der Volksrepublik zuzuwenden, wenn die EU zu wenig Geld gibt oder herummäkelt.

Immerhin konnte die Kommission durchsetzen, dass ein Behördenvertreter bei den 16+1-Terminen als Beobachter dabei ist. Für Handelsfragen liegt die Kompetenz allein bei der EU, Länder wie Ungarn können nicht ohne Weiteres entsprechende Abkommen mit China schließen.

EU-Diplomaten verweisen darauf, dass Deutschland nicht ganz unschuldig daran ist, dass sich ein Riss durch Europa zieht. Die Osteuropäer würden eigene Wege gehen, auch weil Berlin in der Vergangenheit eifersüchtig darüber gewacht habe, selbst die besten Zugänge nach China zu besetzen. Die Bundesregierung muss erst lernen, damit umzugehen, dass China zum Wettbewerber geworden ist. Bislang reagiert sie darauf mit einer Mischung aus Guerillataktik und schärferen Gesetzen.

Der machtlose Minister

Wenn es um den Schutz der deutschen Wirtschaft geht, erzählt Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) neuerdings die Geschichte von der State Grid Corporation of China. Der Staatskonzern wollte Anfang des Jahres beim Berliner Netzbetreiber 50Hertz einsteigen. Der Angriff auf den strategisch wichtigen Versorger schien Befürchtungen über das Hegemonialstreben Chinas zu bestätigen.

Doch dann schnappte der belgische Konzern Elia den Chinesen die Anteile an 50Hertz weg – im Hintergrund hatte Altmaier die Fäden gezogen. »Ein paar Anrufe in Belgien waren da schon nötig«, sagt er sichtlich stolz. Gegen Begehrlichkeiten chinesischer Investoren helfe manchmal List – und die Landessprache zu können.

In der Regel sind Altmaier und seine Beamten jedoch weitgehend machtlos, wenn ausländische Investoren nach deut-

schen Firmen greifen. Es müssen schon sicherheitspolitische Interessen berührt sein, damit seine Behörde mithilfe des Außenwirtschaftsgesetzes einen Kauf vereiteln kann. Daran hat sich auch wenig verändert, seit es im vorigen Sommer verschärft wurde. Seither hat das Ministerium 62 Erwerbsvorgänge geprüft, keine einzige Übernahme wurde untersagt.

Die nur bedingte Wehrfähigkeit wurmt den Minister. Deshalb erwägt er eine weitere Verschärfung. Derzeit darf sein Haus erst prüfen, wenn Anteile von 25 Prozent an einem deutschen Unternehmen zum Verkauf stehen; diese Schwelle war bei 50Hertz nicht erreicht. Also soll sie sinken, auf möglicherweise bis zu zehn Prozent.

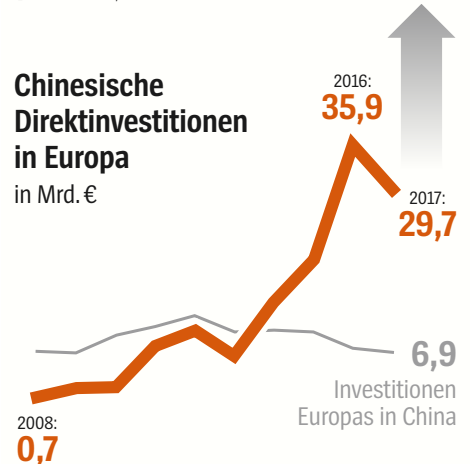
Mit Ordnungspolitik allein lässt sich der Kampf gegen China allerdings kaum gewinnen. Statt eine Abwehrschlacht zu führen, würde Minister Altmaier lieber konstruktiv agieren und deutsche Forscher, Ingenieure oder IT-Spezialisten fördern. Deutsche Universitäten brächten zwar junge Talente hervor. »Doch die gehen dann lieber in die USA, anstatt für deutsche Unternehmen ihr Können in ganz konkrete Produkte umzusetzen«, moniert Altmaier. Der Minister will die Abwanderung stoppen, mit der Gründung von Forschungszentren oder mit Programmen zur Förderung von künstlicher Intelligenz.

Investitionen 2017 nach Branchen, in Mrd. €			
DER SPIEGEL	Transport, Versorgung und Infrastruktur 15,3		
	IT und Kommunikationstechnologie 4,8	Immobilien- und Gastgewerbe	2,9
		Unterhaltung	1,8
		Autoindustrie	1,3
		sonstige 3,6	

Quellen: Rhodium, Merics

Chinesische Direktinvestitionen in Europa

in Mrd. €



Sein Wunsch: Er möchte, dass die erste weltweit führende Mobilitätsplattform aus Deutschland kommt. Mit ihr soll man sich in Berlin ein Carsharing-Auto für die Fahrt zum Flughafen buchen können, ein Flugticket nach Shanghai und dann ein U-Bahn-Ticket ins Hotel. Für Altmair wäre es ein Graus, wenn Amazon diese App vorstellte. Oder Alibaba.

Die Chinastrategie

Ein solcher Ansatz mag sicher nicht verkehrt sein – eine Strategie gegenüber der Volksrepublik ist er noch lange nicht. Was in Berlin und in Brüssel bisher erdacht wurde, um China Paroli zu bieten, wirkt wie Stückwerk. Deutschland muss der Volksrepublik mehr entgegensetzen, sonst läuft der Standort Gefahr, irrelevant zu werden.

Ein zentraler Punkt: Die Bundesregierung muss gegenüber China auf Gleichbehandlung drängen. »Reziprozität« nennt sich das Prinzip, es bedeutet: Was der andere darf, darf ich auch – und umgekehrt.

Heute fällt es Chinas Investoren viel leichter, sich an deutschen Unternehmen zu beteiligen als deutschen Investoren an Firmen in China. »Der Mangel an Reziprozität verletzt Prinzipien der Fairness, auf die die ökonomische Nachkriegsordnung aufgebaut war«, so eine Merics-Studie. Nach Einschätzung der Wissenschaftler wären von den großen Übernahmen chinesischer Firmen in Europa seit 2000 drei Viertel nicht zustande gekommen, hätten hier chinesische Regeln gegolten.

Deshalb ist es gerecht, dieses Ungleichgewicht zu beseitigen. Die Bundesregierung könne selbstbewusst auftreten, meint der Managementexperte Lucks. »China reagiert auf Druck«, ist seine Erfahrung. »Deutschland sollte ihn hochhalten, gerade weil die chinesische Regierung diese Beziehung als sehr wichtig ansieht.«

Allerdings wird sich Deutschland allein kaum Geltung verschaffen können. Es ist daher angebracht, sich mit anderen Staaten Europas zu verbünden und eine gemeinsame Industriepolitik zu entwickeln.

Wie das funktionieren kann, hat die Bahnbranche im vorigen Jahr vorgemacht. Als in China durch die Fusion zweier Hersteller CRRC, der größte Bahnkonzern der Welt, entstanden war, dauerte es gar nicht lange, bis die Wettbewerber in Europa reagierten: Siemens und Alstom, der französische Konkurrent, kündigten an, ihr Zuggeschäft zusammenzulegen. Sie schufen eine Art »Airbus auf Schienen«, einen europäischen Champion, der auf dem Weltmarkt Hochgeschwindigkeitszüge verkauft: eine Alternative zu CRRC.

Ein ähnliches Vorgehen wäre in der Batteriefertigung denkbar. Der Stromspeicher ist mit Abstand der teuerste Teil eines Elektroautos. China hat Milliarden in den

Aufbau von Fertigungsstätten investiert, es beherrscht den Weltmarkt. Wenn Europas Autoindustrie hier mitspielen und diesen Teil der Wertschöpfung behalten will, wird sie kaum umhinkommen, selbst Batterien herzustellen.

BMW-Betriebsratschef Schoch fordert dafür einen Masterplan, unterstützt durch Berlin und Brüssel. »Wenn wir keine Batteriefabriken für Elektroautos in Europa bauen, dann werden es die Chinesen tun.« Sein Vorschlag: Konzerne wie BMW, Daimler und Volkswagen sollten sich verbünden, um eine erste Großfabrik aufzubauen. Die würde nach seiner Kalkulation höchstens 1,5 Milliarden Euro kosten.

Im Erfolgsfall könnten weitere Fabriken folgen. »Wer diese Zukunftstechnik nicht beherrscht«, warnt Schoch, »der ist irgendwann weg vom Fenster.«

Viel Zeit bleibt nicht mehr, um eine Chinastrategie zu entwerfen und sie auch anzuwenden. Unermüdlich klettert die Volksrepublik auf der Leiter des Fortschritts weiter nach oben. Bei einer aktuellen Umfrage der Deutschen Handelskammer in China hätten mehr als 40 Prozent aller dort vertretenen Unternehmen angegeben, dass China in ihrer Branche in fünf Jahren zum Innovationsführer aufsteigen werde, berichtet der Handelskammer-Manager Jens Hildebrandt. Das Büro in Shenzhen würde aufgerüstet und ein Expertenteam eingestellt, die die Entwicklungen in der Stadt beobachten sollen: »Techno-Scouting« für den deutschen Mittelstand.

Nicht alles, was China anpacke, verwandele sich automatisch in einen Erfolg, sagt Hildebrandt. Industrieparks wie der in Bao'an hätten auch schon enttäuschende Ergebnisse produziert. Aber Rückschläge schreckten niemanden ab. Nur ein paar Kilometer von Bao'an entfernt baue die Stadt das größte Messezentrum der Welt, in einem Land, das heute schon einige der größten Industriemessen ausrichte.

Dass die Kanzlerin Shenzhen besuche, hält der Mann von der Handelskammer für eine gute Idee. Dort könne sie am besten ein Gefühl dafür bekommen, wie schnell aus der »Werkbank der Welt« dieser Innovationsstandort geworden sei. Allerdings müsse sie darauf gefasst sein, dass die Deutschen in Pekings »Made in China 2025«-Strategie eine ungewohnte Rolle spielten: »Zurzeit sind wir hier nur die Zulieferer.«

Simon Hage, Martin Hesse,
Alexander Jung, Peter Müller,
Gerald Traufetter, Bernhard Zand

Video
**Was China
Deutschland lehrt**

spiegel.de/sp212018china
oder in der App DER SPIEGEL



Wie wird man zum glücklichen Hobby- Handwerker?

Jetzt lesen,
lernen und selber
machen!



ISBN 978-3-54837-755-1

SPIEGEL ONLINE

ullstein

»Wir verhandeln erst, wenn Trump die Pistole von unserer Brust nimmt«

SPIEGEL-Gespräch EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, 50, will zurückschlagen, falls der US-Präsident Strafzölle verhängt. Sie sucht aber nach einem Kompromiss.

SPIEGEL: Frau Malmström, haben Sie Präsident Donald Trump und seinem Handelsminister Wilbur Ross eigentlich schon gratuliert?

Malmström: Ich wüsste nicht, wie ich dazu käme.

SPIEGEL: Die beiden haben die EU erfolgreich erpresst. Die EU ist bereit, mit den USA über niedrigere Zölle zum Beispiel für amerikanische Autos zu verhandeln.

Malmström: Moment mal, wir lassen uns nicht erpressen, und wir verhandeln nicht, wenn uns jemand die Pistole auf die Brust setzt. Das habe ich meinen amerikanischen Gesprächspartnern immer wieder sehr klargemacht. Erst dann, wenn sicher ist, dass die USA keine Strafzölle auf Stahl und Aluminium aus der EU erheben werden, sind wir bereit, über die Dinge zu reden, die Präsident Trump umtreiben.

SPIEGEL: Die Entscheidung soll am 1. Juni fallen. Haben Sie schon Hinweise darauf, wie Trump sich entschließen wird?

Malmström: Mein Eindruck ist, dass es eine dauerhafte Entscheidung geben wird, in die eine oder andere Richtung. Wilbur Ross und ich haben vielleicht zehnmal telefoniert in den vergangenen Wochen. In wenigen Tagen treffe ich ihn in Paris. Ich habe sehr deutlich gemacht, dass wir dauerhaft von den Strafzöllen ausgenommen werden wollen. Sie verstoßen gegen die Regeln der Welthandelsorganisation WTO und sind durch nichts gerechtfertigt. Garantieren kann ich so ein Ergebnis aber nicht. Die letztendliche Entscheidung trifft Präsident Trump, und wir haben ja gesehen, dass das in jede Richtung gehen kann.

SPIEGEL: Haben Sie den Eindruck, dass Präsident Trump und seine Handelsbeauftragten für rationale Argumente überhaupt zugänglich sind?

Malmström: Ich hoffe doch. Mein Eindruck ist, dass Minister Ross und der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer nahe am Präsidenten sind und für ihn ver-

handeln. Sie stehen sehr loyal zu Trump, aber das kann uns ja nicht überraschen.

SPIEGEL: Als Trump zuletzt entschied, der EU noch mal einen Aufschub bis 1. Juni zu gewähren, reagierte Ihre Behörde beinahe pampig ...

Malmström: Ja, das alles ist ja auch kein Spiel. Wir reden von 25 Prozent Strafzöllen auf Stahl und 10 Prozent auf Aluminium. Es geht um viel Geld – und mehr: Die Unsicherheit schadet den Unternehmen, all das dauert bereits viel zu lange. Um es klar zu sagen: Für unsere Unternehmen ist es besser, jetzt eine schlechte Entscheidung und Klarheit zu haben, als vielleicht irgendwann einmal Aussicht auf Besserung. Diese Unsicherheit hat schon heute negative wirtschaftliche Auswirkungen. Sie schadet uns allen.

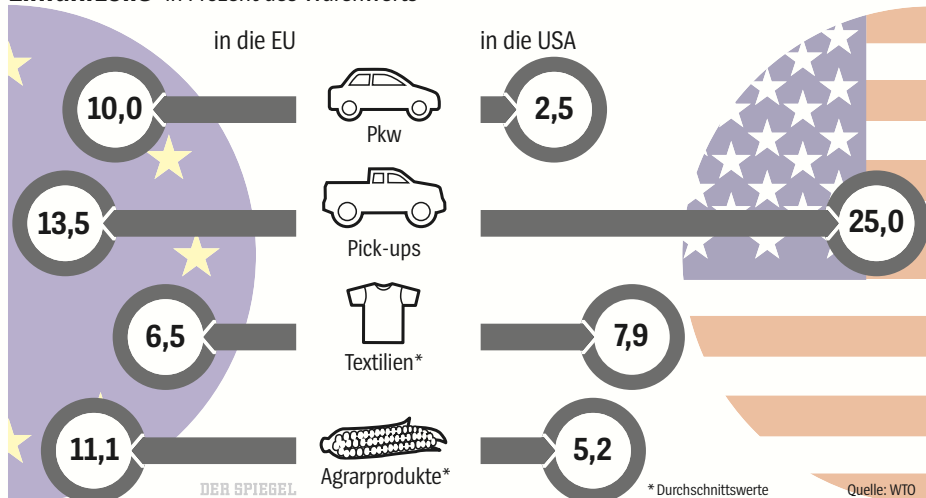
SPIEGEL: Wenn Sie von einer positiven Entscheidung ausgehen und Verhandlungen beginnen können, bietet die EU dann eine Art TTIP light an, also ein umfassendes Handelsabkommen?

Malmström: Nein, erst müssen wir sehen, was am 1. Juni passiert. Ich kann keine Verhandlungen beginnen, sondern nur eingrenzen, was das Thema solcher Verhandlungen sein könnte, und dann brauche ich dafür ein Mandat. Aber unabhängig davon: Es wird kein TTIP light geben. Es wäre ein schmales Abkommen, das sich auf Zölle und öffentliche Ausschreibungen beschränkt. Parallel können wir auch unsere Zusammenarbeit in Energiefragen diskutieren, ebenso darüber, wie die Funktionsweise der WTO verbessert werden kann.

SPIEGEL: Also bekommt Trump, was er will: Er kann Flüssiggas in die EU verkaufen, und die Zölle auf amerikanische Autos werden sinken.

Malmström: Zölle auf Industriegüter wären Teil solcher Verhandlungen, auch die

Einfuhrzölle in Prozent des Warenwerts





JUSTIN JIN / DER SPIEGEL

EU-Kommissarin Malmström: »Diese Unsicherheit schadet uns allen«

für Autos. Die Mechanik ist so: Da wir kein Freihandelsabkommen mit den USA haben, gelten für Autoimporte aus den USA die gleichen Zölle wie für all jene Länder, mit denen es solche Abkommen ebenfalls nicht gibt. Wenn wir Zölle speziell für die USA senken wollen, brauchen wir ein Abkommen. In jedem Fall müsste ein Abkommen Vorteile für beide Seiten bringen, und die Amerikaner müssten auch einige ihrer hohen Zölle abbauen. Darum geht es.

SPIEGEL: Mit Verlaub, das klingt schon nach TTIP light.

Malmström: Nein, bitte erinnern Sie sich: TTIP sollte der größte, ambitionierteste Handelsvertrag aller Zeiten werden. Da ging es nicht nur um Industriegüter, da ging es beispielsweise um die regulatorische Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung. Ich denke, die Umstände sind heute nicht so, dass wir darüber verhandeln könnten. Wenn unsere TTIP-Verhandlungen mit den Amerikanern von Erfolg gekrönt gewesen wären, befänden wir uns heute gar nicht in dieser misslichen Lage. Ich denke, Trump wäre dann immer noch besorgt über den Stahl- und Aluminiumsektor, aber das ist nicht Europas Schuld.

SPIEGEL: Was macht Sie so sicher, dass die Europäer eine einheitliche Verhandlungslinie gegenüber den USA halten werden? Schon in den vergangenen Wochen lagen Deutschland und Frankreich in der Frage des Umgangs mit Trump doch immer wieder erkennbar über Kreuz.

Malmström: Nein, schauen Sie doch auf die gemeinsame Haltung der Staats- und Regierungschefs bei ihrem Abendessen am Mittwoch in Sofia. Unsere gemeinsame Linie ist klar: Wir verhandeln erst, wenn Trump die Pistole von unserer Brust nimmt.

SPIEGEL: Ihr Wort in allen Ehren, uns scheint aber, dass die Europäer alles andere als einig sind. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier drängt schon länger auf Gespräche, Frankreich ist zögerlich.

Malmström: Ich würde das nicht überbewerten. Ich spreche beinahe täglich mit Peter Altmaier und den anderen Ministern. Sie haben unterschiedliche Prioritäten, das ist ganz normal. Ich gebe hier aber keine Noten über Minister ab.

SPIEGEL: Sprechen wir über das Alternativszenario. Die EU bereitet sich darauf vor zurückzuschlagen, falls Trump tatsächlich Strafzölle verhängt. Sie haben soeben bei der WTO die angedachten Gegenmaß-

nahmen angemeldet, etwa Strafzölle auf Bourbon Whiskey, Motorräder von Harley-Davidson ...

Malmström: ... vergessen Sie die Erdnussbutter nicht, ja. Ich habe Handelsminister Ross klipp und klar gesagt: Unsere Liste mit Gegenmaßnahmen ist fertig, sie umfasst 332 Produkte, auf die wir, je nach Umfang der US-Strafzölle, im Gegenzug ebenfalls Strafzölle erheben werden. Wir werden proportional reagieren, genau so, wie es die Regeln der WTO vorsehen.

SPIEGEL: Versteht ein Mann vom Typus Schulhoferpüpel wie Trump solch harte Aussagen besser als Kompromissvorschläge?

Malmström: Das kann schon sein, mir aber ist der Kompromiss immer lieber. Das liegt in unserer DNA als Europäer. Die EU ist eine Rechtsgemeinschaft, entsprechend wichtig sind uns Verträge und die internationale Ordnung. Fast immer gehen diese Regeln auf das gemeinsame Engagement von Europäern und Amerikanern zurück. Deswegen verteidigt die EU auch das Iran-Abkommen so vehement. Es ist ein Abkommen unter dem Dach der Vereinten Nationen, nicht irgendein Deal, wie es immer wieder abfällig genannt wird.

SPIEGEL: Wie beschädigt ist dieses internationale System bereits?

SPIEGEL GESCHICHTE

MONTAG, 21. 5., 21.00 – 21.45 UHR | SKY

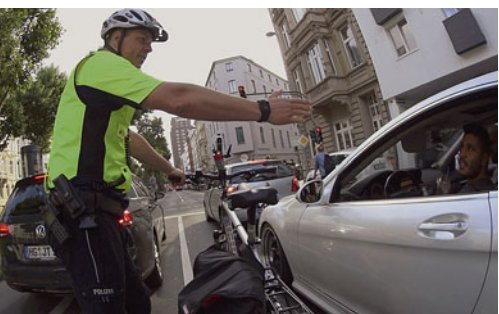
Fake War – Propaganda im Krieg

Propaganda ist Meinungsmache und in Gebrauch, seitdem Menschen über Menschen herrschen. In Kriegzeiten laufen die Propagandisten zur Hochform auf. Um den Gegner zu demoralisieren, die eigenen Truppen anzuheizen und die Heimatfront zum Durchhalten anzuspornen. In der Kriegspropaganda werden Worte und Bilder zu Waffen, die mindestens genauso rücksichtslos eingesetzt werden wie die Bomben und Maschinengewehre auf dem Schlachtfeld. Manipulationen, Täuschung, Lügen sind die Werkzeuge jedes Kriegspropagandisten.

SPIEGEL TV REPORTAGE

DIESTAG, 22. 5., 23.10 – 0.15 UHR | SAT.1

Die Stilllegung – Fahrradcops gegen PS-Protze



Polizist Mertens im Einsatz

Viel PS und wenig Einsicht: Getunte Autos mit lautstark pöbelnden Fahrern – das lassen sich die Kölner Fahrradcops nicht gefallen. In diesem spektakulären Fall heißt es, das PS-Monster kommt auf den Abschleppwagen und wird direkt zum TÜV gebracht. Und am Ende ist der Fahrer nicht nur seinen Wagen los.

SPIEGEL TV WISSEN

FREITAG, 25. 5., 20.15 – 21.00 UHR | PAY-TV,
BEI ALLEN FÜHRENDEN KABELNETZBETREIBERN

Spezialeinheit für Deutschland – Die Bundespolizei

Die fünfteilige Reportageserie dokumentiert den Alltag einer Mammutbehörde. SPIEGEL-TV-Reporter wurden Zeuge von Festnahmen, Vernehmungen und Abschiebungen. Gedreht wurde auch bei Auslandseinsätzen in Mogadischu und Kabul. In Folge eins geht es unter anderem um das ausgefeilte Auswahlverfahren der Polizeibeamten.

Malmström: Die internationale Ordnung wird schwächer, weil die USA sich immer mehr zurückziehen, sie bricht aber nicht zusammen. Es gibt eine Gegenbewegung. Schauen Sie nur, mit wie vielen Ländern die EU derzeit Handelsabkommen abschließt. Das Abkommen mit Japan ist gerade für Deutschland wichtig, unsere Verhandlungen mit Mexiko sind abgeschlossen, und auch mit den Mercosur-Ländern kommen wir gut voran. Es gibt also auch positive Nachrichten.

SPIEGEL: Macht es überhaupt Sinn, mit den USA über Zollfragen zu verhandeln? Sie können doch gar nicht sicher sein, ob Trump beim nächsten Vollmond nicht alles wieder aufkündigt. Sind die USA überhaupt noch ein verlässlicher Partner?

Malmström: Das werden wir sehen. Aber klar ist: Wenn wir in Verhandlungen einsteigen, müssen wir gemeinsam die Parameter festlegen. Wir verhandeln nichts, was nicht beiden nutzt. In jedem Abkommen gibt es einen Mechanismus für die Lösung von Streitfragen zwischen den Parteien.

SPIEGEL: Sie haben das Iran-Abkommen bereits erwähnt. Die Frage, ob Iran sich weiter an die Abmachung hält und sein umstrittenes Nuklearprogramm nicht wieder auflegt, wird sehr davon abhängen, ob europäische Unternehmen trotz der amerikanischen Sanktionen mit dem Land weiter Geschäfte machen können. Die EU tut sich erkennbar schwer, diesen Unternehmen zu helfen. Was muss geschehen?

Malmström: Wir arbeiten daran. Natürlich müssen wir europäische Unternehmen unterstützen, die völlig legale Geschäfte mit Iran machen und jetzt zum Ziel von Sanktionen werden. Einfach ist das allerdings nicht. Und, vergessen Sie nicht: Wir wissen ja noch gar nicht, ob Iran sich weiter an das Abkommen hält. Es gibt starke Kräfte in Teheran, die das Abkommen jetzt gern in die Tonne treten würden.

SPIEGEL: Zuletzt konnte sich Präsident Trump über einen einfachen Triumph freuen: Das WTO-Gericht urteilte, dass EU-Hilfen für Airbus unzulässig seien. Kann es sein, dass sich die EU in Handelsfragen gar nicht viel besser verhält als Trump?

Malmström: Das Gericht hat gesagt, dass einige wenige unserer Hilfen für Airbus gegen WTO-Regeln verstoßen, die große Mehrheit aber nicht. Außerdem gibt es wohl noch in diesem Jahr ein weiteres Urteil – dann urteilt das Schiedsgericht über die amerikanischen Hilfen für Boeing. Darauf freue ich mich schon.

SPIEGEL: Auch wenn man es angesichts des Gebarens von Präsident Trump vergessen könnte, hat die EU ja weiterhin gemeinsame Interessen mit den USA, etwa

* Christian Reiermann und Peter Müller in Malmströms Büro in Brüssel.



JUSTIN JIN / DER SPIEGEL

Malmström, SPIEGEL-Redakteure*

»Vergessen Sie die Erdnussbutter nicht«

was die Überproduktion von chinesischem Stahl angeht. Warum arbeiten Sie da nicht stärker mit den Amerikanern zusammen?

Malmström: Das wird Sie jetzt vielleicht überraschen, aber das tun wir längst. Wir reden ständig darüber in verschiedenen Gremien, auch mit den Amerikanern. Wir diskutieren darüber, wie wir mit China umgehen bei den Stahl-Überkapazitäten, bei Subventionen und geistigem Eigentum. Wir sprechen auch darüber, wie wir mit bestimmten ausländischen Investitionen umgehen. Die USA und Japan haben ihre Mechanismen, wir haben unseren Vorschlag vorgelegt. Ich hoffe, dass wir das noch in diesem Jahr zum Abschluss bringen können.

SPIEGEL: Wie groß ist die Gefahr tatsächlich, die von chinesischen Investitionen in sensiblen Wirtschaftssektoren ausgeht, etwa um europäisches Know-how abzusaugen?

Malmström: Unser Gesetz richtet sich nicht gegen ein Land, auch wenn es gerade Bedenken wegen China gibt. Es geht nicht darum, freien Handel zu unterbinden. Einige Investitionen aus China und aus anderen Ländern sind fantastisch. Wir wollen aber, dass die Mitgliedstaaten, die dies noch nicht haben, Instrumente zur Überprüfung solcher Investitionen an die Hand bekommen. Wenn wir hier zusammen handeln, gibt das den Mitgliedstaaten die Stärke, bei dem ein oder anderen verlockenden Investitionsangebot auch mal Nein zu sagen.

SPIEGEL: Welche meinen Sie?

Malmström: Investitionen beispielsweise in Häfen oder Flughäfen, in Kommunikations- oder IT-Unternehmen können problematisch sein, müssen es aber nicht. Genau darüber spreche ich mit meinen amerikanischen Partnern.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich, dass die USA auf der einen Seite ihre Partner wie Gegner behandeln und mit ihnen auf der anderen Seite, etwa gegen China, gemeinsame Sache machen wollen?

Malmström: Ehrlich gesagt habe ich dafür keine Erklärung. In der Tat ist das ein bisschen widersprüchlich.

SPIEGEL: Frau Malmström, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Digitale Inventur

Analyse Die Aufregung um die neuen EU-Datenschutzregeln ist entlarvend. Denn sie räumen dem Thema den Stellenwert ein, den es verdient – und bieten der Wirtschaft auch Chancen.

Sie nennen es monströs, irrsinnig oder eine Karikatur von einem Gesetz. Familienunternehmer und Mittelständler schimpfen über die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) genauso wie Sportvereine, Fotografen und Blogger. Das Wehklagen hat auch das Kanzleramt erreicht. Angela Merkel sagte vorige Woche, manches daran sei »wirklich eine Überforderung«.

Es ist eine Weile her, dass eine Vorgabe aus Brüssel derart emotionale Debatten ausgelöst hat. Manche vergleichen die Panik vor den neuen Regeln, die vom kommenden Freitag an vollständig umgesetzt werden müssen, schon mit dem »Millennium Bug« – den angeblich drohenden massenhaften Computerabstürzen in der Silvesternacht auf das Jahr 2000.

Die Verunsicherung ist enorm, die Kanzlerin hat sie mit der Andeutung, die Bundesregierung könnte in letzter Minute noch Änderungen planen, noch genährt. Ein Sprecher musste das schnell wieder einkassieren. Was ist passiert? Hat die EU tatsächlich ein neues Bürokratieungeheuer erschaffen, mit unkalkulierbaren Folgen?

Die Fakten sind vergleichsweise nüchtern. Die ersten Entwürfe für eine Neuregelung des europäischen Datenschutzes stammen aus dem Jahr 2012 und waren keine spontane Kopfgeburt gelangweilter Brüsseler Bürokraten – sondern eine Reaktion auf ganz reale Missstände. Die uneinheitlichen Regeln in den EU-Ländern ermöglichten es Konzernen wie Facebook, Google und Co., ihre Europazentralen im Land mit den laxesten Vorschriften zu errichten. Die galten dann für alle EU-Kunden. Wer als Nutzer Beschwerden vorbringen wollte, etwa gegen diese beiden üblichen Verdächtigen, musste das auf Englisch tun, bei einer unterbesetzten und eher unwilligen Behörde in Dublin.

Es gab damals im EU-Parlament intensive Debatten, es gab massives und teils erfolgreiches Lobbying der IT-Industrie und eigentlich ausreichend Zeit, sich vorzubereiten: Die DSGVO wurde im Frühjahr 2016 offiziell beschlossen. Am Freitag endet die zweijährige Übergangsfrist, die es allen Betroffenen ermöglichen sollte, die neuen Vorgaben umzusetzen. Nun werden sie sozusagen scharf gestellt.

Neben einheitlichen Regeln soll das vor allem mehr Rechte für Nutzer schaffen und ihnen eine bessere Kontrolle über die eigenen Daten geben. Wie überfällig das ist, zeigen die zahllosen Skandale der vergangenen Jahre, zuletzt wieder bei Facebook.

Nach der DSGVO dürfen personenbezogene Daten nur zweckgebunden verwendet werden, Nutzer können Rechenschaft über gespeicherte Informationen sowie deren Löschung verlangen. Anbieter müssen ihre Geschäftsbedingungen in verständlicher Sprache formulieren. Und ab sofort drohen empfindliche Strafen bei Verstößen: bis zu 20 Millionen Euro oder vier Prozent des weltweiten Umsatzes. Facebook könnte bei Vergehen gemessen an seinen aktuellen Geschäftszahlen also eine Buße von bis etwa 1,3 Milliarden Euro drohen.

Die aktuelle Aufregung, die in Deutschland ausgeprägter ausfällt als anderswo in Europa, ist entlarvend. Wenn Wirtschaftsverbände und Firmen klagen, mit der Umsetzung der Vorschriften nicht termingerecht fertig zu werden, dann illustriert das den Stellenwert, den viele dem Schutz persönlicher Daten bislang einräumen – nämlich irgendwo unter »ferner liefen«. Viele Vorgaben sind zudem gar nicht neu, sondern waren nach dem Bundesdatenschutzgesetz längst vorgeschrieben.

Insofern hat die DSGVO eines ihrer Ziele schon vor Freitag erreicht. Sie hat bei vielen Unternehmen und Organisationen so etwas wie eine digitale Inventur ausgelöst und dem Umgang mit personenbezogenen Daten die Aufmerksamkeit verliehen, den er verdient – nicht nur beim Datenschutzbeauftragten, sondern bis hinauf in die Vorstandsebene. Verbraucher bekamen in den vergangenen Wochen Mails mit der Aufforderung, neue Geschäftsbedingungen zu akzeptieren oder Newsletter-Abos zu bestätigen – und so Gelegenheiten für eine persönliche Bestandsaufnahme. Viele wurden dadurch erst wieder daran erinnert, wo sie ihre Daten bereits überall hinterlassen haben.

Natürlich gibt es an der DSGVO auch einiges zu kritisieren. Sie enthält unbestimmte Begriffe, die für Rechtsunsicherheit sorgen. Die umfangreichen Vorschriften, etwa die Dokumentationspflichten, gelten für kleinere Anbieter genauso wie für Großkonzerne, die ein Heer von Beratern und Anwälten darauf ansetzen konnten – Google allein will »500 Menschenjahre in die Vorbereitung gesteckt« haben. Sie zeitigt auch schon ungeplante Nebenwirkungen: Facebook verlegte die Verträge mit mehr als 1,5 Milliarden Nicht-EU-Bürgern kurzerhand von Dublin in

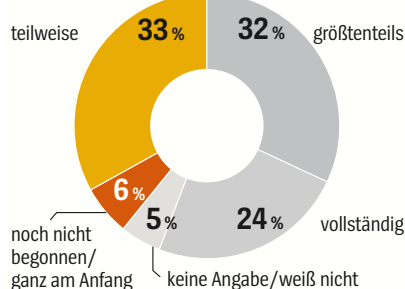
die USA – und stellte das Gros seiner Nutzer somit schlechter als zuvor. In die Einwilligungen, die seine EU-Mitglieder geben mussten, um das Angebot weiter nutzen zu können, schmuggelte der Konzern auch die zur Gesichtserkennung ein. Damit sichert er sich im Fahrwasser der DSGVO Zugang zu besonders sensiblen biometrischen Personendaten.

Andere mögliche Auswirkungen wären noch gravierender: Abmahnorgien beispielsweise gegen die vielen Anbieter, die auch am 25. Mai nicht alle Vorgaben umgesetzt haben werden. Oder ein Rückzug privater Blogger und Künstler aus Furcht davor – das würde das Netz ärmer machen. Vor allem darf die DSGVO nicht als Innovationsbremse wirken, etwa in Sachen künstliche Intelligenz, bei der Algorithmen anhand großer Datenmengen trainiert werden – und Europa derzeit hinter China und den USA um den Anschluss ringt.

Den Negativszenarien ihrer Gegner stehen indes auch Chancen gegenüber. Weil die Branchengiganten viel investiert haben, um die neuen EU-Regeln zu erfüllen, könnten diese zum internationalen Standard werden. US-Politiker nannten sie zuletzt häufig als mögliches Vorbild. Sollte sich das europäische Verständnis von Datenschutz durchsetzen und eine Art Qualitätssiegel werden, dann würde das nicht nur Nutzer besserstellen – sondern auch die Vorreiterfirmen aus der EU. Marcel Rosenbach

Datenschutz-Grundverordnung

Stand der Umsetzung* bei Unternehmen in Deutschland



* Bitkom-Umfrage von April/Mai, 505 Befragte

»Viel auf dem Spiel«

Telekommunikation United-Internet-Chef Ralph Dommermuth, 54, über Deutschlands Rückstand bei den 5G-Mobilfunkfrequenzen und eigene Pläne beim erwarteten Wettbieten

SPIEGEL: Herr Dommermuth, der Bund will die Frequenzen für den nächsten Mobilfunkstandard 5G nun doch erst im kommenden Jahr versteigern. Was bedeutet das für den ursprünglichen Plan der Großen Koalition, »Leitmarkt« dafür zu werden?

Dommermuth: Wir verlieren wertvolle Zeit, und andere Länder vergrößern ihren Vorsprung. Nächstes Jahr werden in den USA, Südkorea und China die ersten 5G-Netze in Betrieb gehen.

SPIEGEL: Kann 5G helfen, die deutsche Misere bei der Versorgung mit schnellem Internet zu überwinden?

Dommermuth: 5G wird die Echtzeitkommunikation von Geräten und Maschinen im Internet der Dinge ermöglichen, etwa das autonome Fahren. Das wird aber noch dauern, denn dafür wird eine gewisse Flächendeckung benötigt. Zuerst könnten Haushalte und Unternehmen profitieren, denn 5G eignet sich auch als Ersatz für einen Festnetzanschluss. Sie müssen nicht graben oder ihr Haus neu verkabeln und können trotzdem ihre Geräte mit Gigabit-Geschwindigkeit nutzen. Das ist eine Riesenchance, gerade für ländliche Regionen. Da würde ich mit dem Ausbau beginnen, gern auch gemeinsam mit interessierten Kommunen.

SPIEGEL: Das heißt, Sie bieten mit?

Dommermuth: Das entscheiden wir, sobald wir die genauen Bedingungen dieser Auktion kennen.

SPIEGEL: Milliarden Euro wird es in jedem Fall kosten. Oder welche Bedingungen meinen Sie?

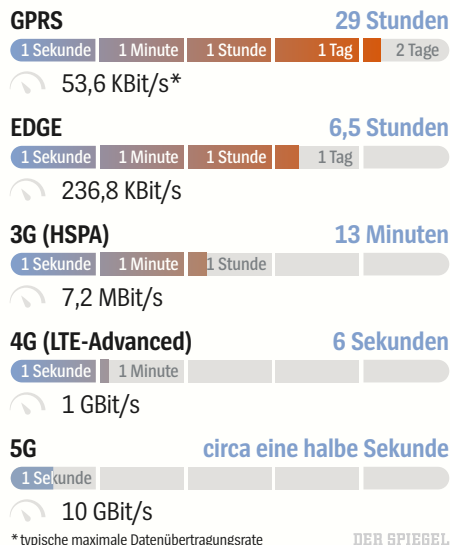
Dommermuth: Der Koalitionsvertrag formuliert den Willen, bei der digitalen Infrastruktur in die Weltspitze aufzusteigen. Bei den Vergabebedingungen wird sich nun zeigen, wie ernst das gemeint ist: Überlässt die Große Koalition den Aufbau dieser wichtigsten Zukunftstechnologie einem Duopol aus Deutscher Telekom und britischer Vodafone und vielleicht noch spanischer Telefónica? Oder ermöglicht sie den Markteintritt neuer Wettbewerber? Es steht viel auf dem Spiel: Jetzt werden die Weichen für die nächsten 20 Jahre gestellt, und wir entscheiden, ob Deutschland aufholt.

SPIEGEL: Bislange verkauft Ihr Unternehmen Handyverträge und nutzt dabei die Netze der Wettbewerber. Was hält Sie davon ab, mit 5G-Antennen eine eigene Infrastruktur aufzubauen, das ist doch Ihre ureigene Entscheidung?

Dommermuth: Das stimmt, aber niemand kann über Nacht ein bundesweites Funknetz realisieren. Wenn die frisch gewonnenen 5G-Kunden aus den ersten Ausbaubereichen herausfahren, müssen sie weiter durch herkömmliche Netze versorgt werden und dürfen nicht in Funklöcher fallen. Das würde kein Nutzer mitmachen. Wir brauchen bei der anstehenden Vergabe deshalb eine nationale Roaming-Pflicht für bestehende Netze, so wie es andere Länder schon handhaben. Ohne eine solche Auflage werden nicht nur wir abwinken, da bin ich sicher.

Mobilfunkstandards im Vergleich

Wie lange der Download eines einstündigen Films (0,7 GB) dauert



Unternehmer Dommermuth
»Die Politik ist am Zug«

SPIEGEL: Die Telekom hat Ihren Vorschlag als »Enteignung« gebrandmarkt.

Dommermuth: Das würde ich verstehen, wenn wir etwas geschenkt haben wollten, aber darum geht es ja nicht. Roaming bedeutet, dass Anbieter gegen eine angemessene Miete andere Netze mitnutzen können. Das ist Standard, sonst würde Ihr Handy im Ausland nicht funktionieren.

SPIEGEL: Wenn die Bundesnetzagentur das »nationale Roaming« in die Ausschreibung aufnimmt, sind Sie also dabei? Wie viele Milliarden Euro wollen Sie für die Frequenzen und den Netzaufbau in die Hand nehmen?

Dommermuth: Wir haben verschiedene Szenarien betrachtet. Es gibt nämlich noch weitere Themen, bei denen Deutschland von den 5G-Vorreitern lernen kann. Dort werden beispielsweise große Teile der Mobilfunkinfrastruktur gemeinsam genutzt. Das beschleunigt den Ausbau und schont Umwelt und Ressourcen. In Deutschland stapeln sich die Antennen an lukrativen Standorten, anderswo haben wir bis heute noch keine Mobilfunkversorgung. Dieses Businessmodell ist aus der Zeit gefallen.

SPIEGEL: Die Telekom hat in Berlin erste 5G-Antennen eingeweiht, Vodafone hat gerade ein Testlab eröffnet. Haben die beiden damit nicht einen großen Vorsprung gegenüber möglichen Neueinsteigern wie Ihnen?

Dommermuth: Ich kann da nichts Uneinholbares erkennen. Die Hardware kaufen ohnehin alle bei denselben Ausrüstern in China und den USA, es gibt keine Telekom-5G-Technologie.

SPIEGEL: Liebäugeln Sie deshalb mit dem Aufbau eigener Netze, weil die Verpflichtung von Telefónica und Co., Ihre Angebote zu transportieren, in einigen Jahren ausläuft?

Dommermuth: Wir stehen nicht unter Druck, aber vielleicht ergibt sich jetzt eine Chance. Nun ist aber erst einmal die Politik am Zug: Sie muss entscheiden, ob Deutschland sich die nächsten 20 Jahre auf Telekom und Vodafone verlässt oder ein neues, viertes Netz und somit mehr Wettbewerb möchte. Was der vermag, sieht man gerade in den USA. Dort greift die Telekom mit ihrer geplanten Sprint-Übernahme das bestehende Breitband-Duopol an und will in den nächsten drei Jahren 40 Milliarden Dollar in 5G investieren. Der T-Mobile-Chef hat betont, wie wichtig 5G für die USA sei, für den Technologiestandort und das ländliche Amerika. Übrigens gibt es dort National Roaming, und 75 Prozent der Antennenstandorte werden gemeinsam genutzt. Es wäre schön, wenn die Berliner Politiker sich das auch einmal ansehen würden.

Interview: Marcel Rosenbach

Der Sieger am Ring 2018: Ein Boxer, natürlich.

Porsche gewinnt die 24h vom Nürburgring.

Wir gratulieren Manthey Racing zum Gesamtsieg mit dem 911 GT3 R und seinem 4-Liter-Boxermotor.
Danke an all unsere Kundenteams und Fans für die einzigartigen #MomentsOfRacing.
Weil auch Siegesmomente größer werden, wenn man sie teilt. Mehr erfahren unter:
www.porsche.de/momentsofracing



PORSCHE

Ausland

»Draußen tobt ein Gewitter, und was soll ich sagen? Es scheint die Sonne!« ► S. 89



LUIS ROBAYO / AFP

Der Jubel für den Präsidentschaftskandidaten Javier Bertucci kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wiederwahl des Amtsinhabers Nicolás Maduro an diesem Sonntag in Venezuela so gut wie sicher ist. Der frühere evangelikale Prediger Bertucci verteilt bei vielen Wahlkampfauftritten Suppe, die meisten Menschen haben nicht genug zu essen. Teile der Opposition rufen zum Wahlboykott auf, weil Maduro nach ihren Angaben Stimmen kauft und Gegner unterdrückt. Die EU und die USA wollen das Ergebnis nicht anerkennen.

Georgien

Techno-Revolte in Tiflis

● Drogenrazzien in Technoklubs gibt es häufig, auch wenn sie meist nicht so brutal ablaufen wie die Durchsuchung zweier Diskotheken in der georgischen Hauptstadt Tiflis am vergangenen Wochenende, als schwer bewaffnete Polizeieinheiten Dutzende Raver verhafteten. Wenn sich aber schon Stunden später viele Tausend junge Leute mit Plattenspielern und Lautsprechern vor dem Parlament versammeln, um zu tanzen und den Rücktritt des Ministerpräsidenten und des Innen-

ministers zu fordern, ist das ziemlich ungewöhnlich. Der Innenminister entschuldigte sich für das harte Vorgehen der Polizei und wies diese dann an, die Raver vor Hunderten gewaltbereiten Rechtsradikalen zu schützen, die sich zu einer Gegendemonstration versammelt hatten. Wahrscheinlich gibt es jenseits von Berlin keine Stadt, in der die elektronische Tanzmusik eine solche Bedeutung hat wie in Tiflis.

Das Bassiani, das durchsucht wurde, gilt als einer der besten Undergroundklubs Europas, die Szene ist ähnlich international wie in der deutschen Hauptstadt.

Nur kommen die Leute hier vor allem aus Armenien, Aserbaidshan oder Iran, um die Freiheit der Tanzfläche zu suchen, viele von ihnen sind lesbisch oder schwul. Die Klubmacher sind selbstbewusst, hochprofessionell, gut vernetzt und unabhängig.

Seit Langem wehren sie sich gegen die drakonischen Drogengesetze Georgiens – schon der Besitz kleinster Mengen kann zu langjährigen Haftstrafen führen. Die Regierung möchte das Land gern in den Westen führen. Die Technotänzer erinnern sie nun daran, dass dazu auch Freiheiten gehören. RAP

Italien

»Eine teuflisch geniale Erfindung«

Marco Morosini, 65, langjähriger Ideengeber und Ghostwriter des Partei-Idols Beppe Grillo, über den Weg der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) in die Regierung

SPIEGEL: Herr Morosini, Sie zählten zu den Geburtshelfern der Fünf-Sterne-Bewegung. Sind Sie stolz darauf, dass sie jetzt wohl Italien regieren wird?

Morosini: Ich habe Beppe Grillo, dem Mitbegründer, geholfen, ein »Homo politicus« zu werden. Der späteren Partei gegenüber war ich immer skeptisch. Inzwischen ist sie eine Bedrohung für die Demokratie und das zivilisierte Miteinander in Italien wie in Europa.

SPIEGEL: Warum? Was steht Italien bevor?

Morosini: Sehr schlechte Zeiten, zumindest mit einer Regierung aus M5S und der Lega unter Matteo Salvini. Die Lega hat alle kriminellen Machenschaften Silvio Berlusconi mitgetragen. Sie habe sogar »dieses Land zerstört« – wie der M5S-Chef Luigi Di Maio oft betonte, allerdings nur bis kurz vor den Wahlen.

SPIEGEL: Sind die »Grillini« als angeblich erste digitale Partei der Welt leichter manipulierbar?

Morosini: Die digitale Partei ist eine teuflisch geniale Erfindung, die die totale Kontrolle und Manipulation der eigenen Abgeordneten und Aktivisten ermöglicht.



Wandbild von Di Maio und Salvini in Rom

SPIEGEL: Sie sind ein Freund und Wegbegleiter Grillos. Wie viel Macht hat er noch?

Morosini: In der Partei hat er nie Macht gehabt. Aber er hat ihr die Stimme und das Gesicht gegeben. Das Hirn der Partei war und ist woanders.

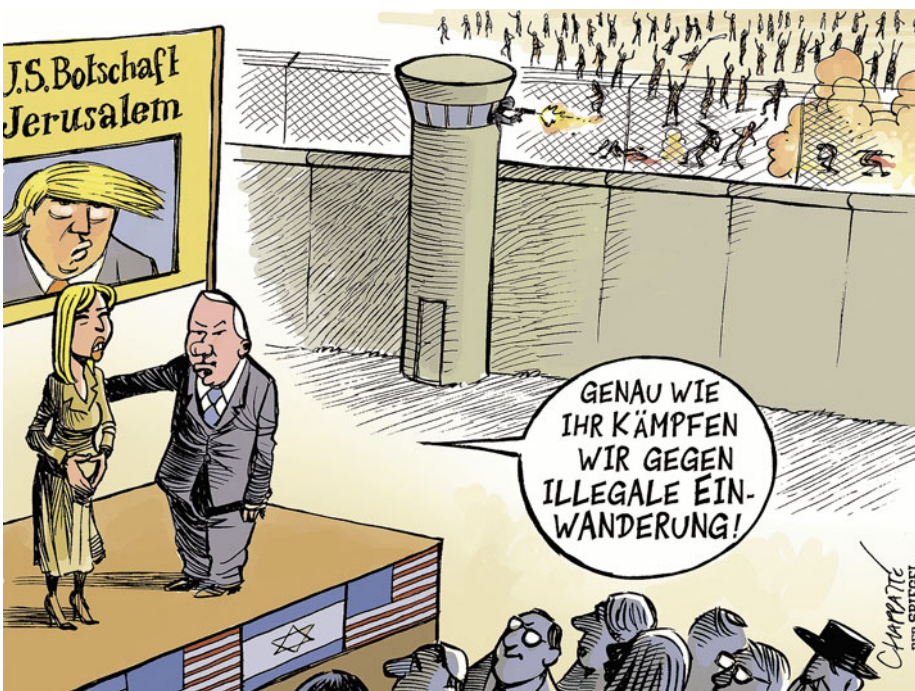
SPIEGEL: Das Mailänder Unternehmen Casaleggio gilt als strategische Schaltzentrale. Was trauen Sie einer Regierung unter dem M5S-Vorsitzenden Luigi Di Maio zu?

Morosini: Er brilliert in den TV-Talkshows, ohne eine einzige Idee zu formulieren – er macht das so gut, dass die eigentlichen M5S-Macher zu Hause auf dem Sofa ihre Fernbedienung, mit der sie ihn steuern, beruhigt aus der Hand legen dürfen.

SPIEGEL: Welche Überlebensdauer räumen Sie einer Regierung aus M5S und Lega ein?

Morosini: Wahrscheinlich eine sehr kurze – aber Italien ist immer für Überraschungen gut. WMA

Chappatte



Schweden

Schutz vor Einmischung

● Auch in Demokratien sind freie, unbeeinflusste Wahlen keine Selbstverständlichkeit mehr. Und so betreiben die Schweden gerade großen Aufwand, um ihre Parlamentswahl im September vor russischer Einflussnahme zu schützen. Sie befürchten die Verbreitung von Fake News über Propagandakanäle wie RT und Sputnik sowie in sozialen Netzwerken. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Stefan Löfven hat bereits die Gründung einer neuen Behörde für psychologische Verteidigung angeordnet. Und um auf Gerüchte, Falschmeldungen oder andere Manipulationsversuche sofort reagieren zu können, hat das Amt für Zivilschutz MSB ein Lagezentrum in Stockholm eingerichtet, das an allen Wochentagen rund um die Uhr besetzt ist. »Die Wahl in den USA hat uns die Augen geöffnet«, sagt der zuständige Abteilungsleiter Mikael Tofvesson, »jedes Land muss begreifen, dass es verwundbar ist.« DIP

Stadt der Mauern

Irak I Der eine entführt Menschen für Geld, der andere will Start-ups fördern – zwei junge Männer in Bagdad, zwei Versionen der Zukunft für eine geschundene Stadt. Wer wird sich durchsetzen?

Von Fritz Schaap und Christian Werner (Fotos)

Die Zukunft Bagdads spiegelt sich in den Geschichten zweier junger Männer. Der eine will die Gräben der Vergangenheit zuschütten. Der andere braucht die Gräben, denn Krieg ist alles, womit er Geld verdienen kann. Der eine will eine Zukunft ohne die Geister der Vergangenheit. Der andere ist ein Geist der Vergangenheit.

Der eine sagt: »Wir wollen Erfolgsgeschichten wie Viren schaffen. Die sich ausbreiten und das Klima der Angst und der Inkompetenz vernichten.« Der andere sagt: »Das Land hat keine Zukunft. Die Oligarchen im Parlament wollen nur reicher werden. Irgendwann werden wir, die Armen, uns erheben. Alle politischen Parteien und ihre Milizen müssen weg.«

Der eine ist Mujahed Waisi, der Gründer des ersten Start-up-Inkubators der Stadt. Er hat ein modernes Glashaus in Karrada errichtet, einem gutbürgerlichen Viertel, in dem die Stadt fast normal wirkt. Von hier aus soll eine neue Generation Unternehmer das Land aufbauen und den Kreislauf der Gewalt durchbrechen.

Der andere ist Ali al-Hassan, der davon lebt, Menschen zu entführen und einzuschüchtern. Er wohnt in einem unverputzten Haus in Sadr City, dort, wo die Regierung keine Macht hat, wo die Milizen herr-

schen. Dort, wo nie etwas besser wird.

Sie beide stehen für Bagdad. Nur dass es wenige gibt wie Waisi und viele wie Hassan. Wie also sieht die Zukunft dieser Stadt, dieses Landes aus, nun da der »Islamische Staat« (IS) militärisch so gut wie besiegt ist? Eines Landes, das in all den Jahren der Kriege – gegen Iran, Kuwait, gegen sich selbst, die Amerikaner, den IS – zersplittert ist. Und in dem die Zukunft mal wieder ungewiss ist, nach dieser Wahl am 12. Mai, bei der überraschend der schiitische Kleriker Muqtada al-Sadr vorn liegt und die bisher Regierenden abgestraft wurden.

Vor allem in Bagdad haben die Menschen für Sadr gestimmt, dieser Stadt, die zerrissen ist zwischen Aufbruchstimmung und Resignation, zwischen Hoffnung und Angst; die seit ihrer Gründung im Jahr 762 den Namen »Stadt des Friedens« trägt und deren Geschichte doch von Anbeginn so grausam war, dass sie später den Beinamen »Stadt des Blutes« erhielt.

Dort, wo Bagdad noch heute eher eine Stadt des Blutes ist, im schiitischen Slum Sadr City, benannt nach dem Vater von Muqtada al-Sadr, lebt Ali al-Hassan, der Entführer.



Nahost-krise

Fährt man nach Sadr City hinein, sieht man zuerst die Fahnen. Grün und Schwarz, die Farben des Islam, Konterfeis schiitischer Imame, zerfetzt an langen Stäben über den unverputzten Häusern, die eng aneinandergedrängt stehen, als könnten sie sich so schützen vor der Stadt, in der sie gebaut wurden.

Ali al-Hassan steigt aus seinem Nissan, schaut sich um, läuft in eine Seitenstraße, die wie eine Scharte in

den Slum geschlagen scheint. Dann schaut er sich wieder um und verschwindet in einem Durchgang, eilig verriegelt er das Metalltor des Hofes. Vor dem Tor fährt der Wind in die Plastiktüten, die im Stacheldraht festhängen, der die Mauern krönt.

Vor 32 Jahren wurde Hassan hier geboren, er hat die Hoffnung aufgegeben, jemals wegzukommen. Sein Gesicht ist weich, der Bart ist sauber gestutzt, er wirkt nicht wie ein Mann, der mit Gewalt sein Geld verdient. Seit seiner Kindheit atmet er den Rauch der brennenden Müllkippen, seine Stimme ist davon rau geworden. Er ging nur zwei Jahre zur Schule, und er erinnert sich mehr an die Schläge der Lehrerin als daran, wie man Buchstaben liest.

»Wir entführen für Geld, und wir entführen für Macht«, sagt Hassan über seinen Job. »Vor einigen Wochen haben wir einen Abgeordneten verschleppt, um eine Vertragsvergabe zu erzwingen.« In anderen Vierteln wird entführt, um Minderheiten wie die Christen zu vertreiben. Meistens aber geht es einfach um Lösegeld. Oder um Arbeitsplätze. Als einer den Job des Vizegeneraldirektors des Ölministeriums haben wollte, ließ er den Mann kidnappen, um seinen Rücktritt zu erzwingen. »Und viele der Entführer«, sagt Hassan, »kommen von hier«, aus Sadr City.

Zwei Millionen Menschen leben in dem schiitischen Armenviertel, in dem Tiere am Straßenrand in Ställen aus zusammengeordneten Kühlschrankschroten gehalten werden, in dem die Häuser flach und grau sind, die Bilder der Märtyrer hängen, Schiffe im Müll nach Essbarem suchen. Und in dem einst, nach der Invasion der Amerikaner 2003, die Armee Muqtada al-Sadrs entstand, die sich heute Friedenskompanie nennt. Sadr City steht sinnbildlich für die



CHRISTIAN WERNER / DER SPIEGEL

Milizmitglied Hassan: »Wir entführen für Geld, und wir entführen für Macht«



CHRISTIAN WERNER / DER SPIEGEL

Geier und Adler auf einem Markt in Bagdad: Nach jeder Bombenexplosion machen die Menschen weiter, als wäre nichts gewesen

Probleme, die das Land hat. Mit seinen Milizen, mit der Armut, der Gewalt.

Die Regierung schickte neben den regulären Soldaten Zehntausende Männer verschiedener, teils mafiöser Milizen in den Kampf gegen den IS. Im Juni 2014 gründete die Führung in Bagdad die Haschd al-Schaabi, einen mehrheitlich schiitischen Milizenverbund, und machte die Milizionäre zum Teil ihrer Streitkräfte. Nun können sie ihren kriminellen Nebengeschäften ganz legal nachgehen, mit Uniformen und Abzeichen der Streitkräfte.

Ali al-Hassan, der früher Taxi fuhr, ist Mitglied solch einer Miliz. Er kämpfte gegen den IS, plünderte auf Befehl eroberte Gebiete, stieg auf zum Kommandeur. Heute führt er eine kleine Einheit an, zuständig für Entführungen und Einschüchterungen. Jede Miliz, sagt er, habe solche Einheiten. »Es geht um viel Geld.« Und es geht darum, dass viele Männer ein regelmäßiges Einkommen, eine vorerst gesicherte Zukunft haben. Als Taxifahrer hatte Hassan das nicht.

Der Name seiner Miliz darf nicht genannt werden, auch nicht Hassans wahrer Name, sein Leben wäre sonst in Gefahr.

Er betritt das einzige, karge Zimmer, stellt den Fernseher stumm und setzt sich. Die rohen Klinker sind eierschalenfarben überstrichen. Nachts holen sie die feuchten Matratzen aus dem Anbau und schlafen

hier. Wenn ein Familienmitglied hinaus muss zu dem Loch, das die Toilette ist, steigt es über die anderen.

Ein Junge bringt Tee herein. Seit drei Tagen ist Hassan aus dem Süden der Stadt zurück, sein Auftrag dort: Eine Einheit seiner Miliz hatte sich am Kommandeur vorbei bereichert; sie hatten mehrere Zehntausend Dollar kassiert und dafür Uniformen und Abzeichen verteilt. Hassan fuhr mit zwölf Mann zu ihrem Checkpoint, ließ die Untreuen in eine Lagerhalle zerren und zusammenschlagen. Reich wird hier nur, wer Befehlsgewalt hat. »Korrupt ist jeder, der Macht hat«, sagt er, während Fliegen über den Teegläsern kreisen.

Es ist gefährlich für ihn zu reden. Doch die Abscheu vor dem System ist größer als die Angst. »Ich kenne alle Führer der Milizen«, sagt er. »Ich kenne ihre Familien, ihre Paläste: Sie sind alle Kriminelle.« Selbst der Einstieg in die Gruppe kostet Geld, es ist wie im Staatsapparat, auch dort werden die begehrten Stellen meist gegen Bestechungsgelder vergeben.

Hassan trat seiner Gruppe bei, als der IS vor Bagdad stand. Er kämpfte, bis sich die Islamisten zurückzogen. Nun ist er zurück in Sadr City. Aber Arbeit gibt es immer noch nicht. Und so kämpft er weiter gegen Gegner, die ihm sein Kommandeur am Telefon durchgibt. Einen anderen Job findet er nicht.

Es herrscht ein fragiler Frieden im Irak; wie schon 2010, nach dem Pyrrhussieg über al-Qaida, steht das Land vor einem vermeintlichen Neuanfang. Doch die Probleme der Zukunft zeichnen sich bereits deutlich ab. Mehrheitlich schiitische Milizen, die oftmals ihre Befehle aus Teheran erhalten, kontrollieren Teile der Hauptstadt und des Landes. Ihnen gegenüber stehen zornige Sunniten, die das Wüten der Streitkräfte und Milizen bei der Vertreibung des IS, all die Plünderungen und Morde, nicht vergessen haben. Und über allem liegt unausrottbar die Korruption. »Alles kann sich über Nacht ändern«, sagen sie deshalb in Bagdad, »nur die korrupten Politiker nicht.« Die Wahl des Populisten Sadr ist ein Ergebnis davon.

Knapp 40 Prozent der Iraker sind nach Saddam Husseins Sturz geboren. Viele kennen nur die Kämpfe, die folgten. Sie wollen Jobs, Sicherheit, ein bisschen Wohlstand. Diese Jugend sieht sich von den Regierenden im Stich gelassen. Redet man in Bagdad mit jenen, die während des Kampfes gegen den IS erwachsen wurden, entsteht Hoffnung, dass die konfessionellen Linien, die das Land lange trennten, verblasen. Diese Generation identifiziert sich mehr mit dem Staat als mit ihrer Religionsgemeinschaft. Und deswegen fordern vor allem junge Iraker nun einen funktio-

Irak II Einst töteten Muqtada al-Sadrs Milizen US-Soldaten und Sunniten. Jetzt hat sein Bündnis die Wahl gewonnen – und das könnte sogar gut sein.

Sieg des Predigers

Er war der Irrwisch des neuen Irak, auferstanden aus den Trümmern von Saddam Husseins Diktatur, die Amerikas Streitmacht in nur knapp vier Wochen zusammengebombt hatte: Muqtada al-Sadr. Jung, zornig und mächtig dank seines Namens. Denn er ist einer der letzten männlichen Überlebenden der berühmtesten schiitischen Klerikerdynastie im Irak. Seinen Vater und zwei Brüder hatte Saddam ermorden lassen. Dass Muqtada al-Sadr davonkam, lag an seinem Ruf, sich eher für seine Playstation als für Politik zu interessieren.

Kaum waren die US-Truppen in Bagdad einmarschiert, trafen sie auf wütende Menschenmassen, ausgerechnet jene, die sie doch gerade befreit hatten: die Schiiten, die ewig unterdrückte Mehrheit im Irak, von denen mehr als zwei Millionen allein in Bagdads größtem Slum lebten, in Saddam City, umgehend umgetauft in Sadr City. Ihr Anführer: Muqtada al-Sadr.

Seine auf Zehntausende anwachsende »Armee des Mahdi« machte brutal klar, dass sie sich nicht der US-Herrschaft unterwerfen würde. »Sadr« wurde zum Schreckensruf. Seine Milizen waren verantwortlich für zwei Aufstandswellen gegen die Amerikaner, für Entführungen und Morde an Sunniten, Homosexuellen, einstigen Saddam-Getreuen, Atheisten. Sadr gewährte keine langen Interviews. Traf man ihn, wie etwa Ende 2003 in einer Moschee in Kufa, gab er lediglich ein Stakkato von Slogans gegen die Ungläubigen von sich.

Jetzt, 15 Jahre später, hat ebendieser Mann mit einem Bündnis aus seinen Anhängern, Kommunisten und Säkularen die meisten Stimmen bei der Parlamentswahl gewonnen. Und zwar mit einem Programm, das der komplette Gegenentwurf zum früheren Sadr ist.

Damit hat Muqtada al-Sadr, mittlerweile 44, eine spektakuläre politische Verwandlung durchlaufen – die auf den ersten Blick widersprüchlicher erscheint, als sie tatsächlich ist.

In den ersten Jahren der amerikanischen Besatzung zog sich Sadr immer wieder nach Iran zurück, um nicht von den Amerikanern gefangen genommen oder umgebracht zu werden. Dass Teheran Sadr zu einem seiner Satrapen im Irak machen wollte, führte aber schließlich zum Bruch. Anders als viele Schiitenführer, die sich in Treueschwüren an



Siegesfeier von Sadr-Anhängern in Bagdad

Irans Revolutionsführer Ali Khamenei überbieten, setzte sich Sadr von dem Regime ab – und wurde ein irakischer Nationalist mit politischen Ambitionen. So wie einst sein Vater, den Saddam deshalb hatte umbringen lassen.

Mit Sadr geißelte ausgerechnet ein Abkömmling der verehrtesten Ajatollahs den Glaubensmissbrauch und die Unterdrückung der Sunniten im Irak. Aber wer außer ihm hätte es auch wagen können, sich Iran so glaubhaft und entschlossen entgegenzustellen?

Sadr und seine Anhänger meinten es ernst, das zeigte sich bei mehr als einer

Gelegenheit. Im Sommer 2015 etwa, als rund 50 000 Sunniten aus Anbar auf der Flucht vor dem »Islamischen Staat« nahe Bagdad strandeten und man sie nicht weiterließ, weil sie, wie alle Sunniten, als potenzielle IS-Terroristen galten. Die einzigen Helfer, die Wasser, Nahrung und Medikamente verteilten, waren Sadrs Leute. Und als im Frühjahr 2016 schiitische Milizen in der Stadt Tus Khurmatu auf kurdische Peschmerga und arabische Flüchtlinge losgingen, weigerte sich Sadr mittlerweile in Friedenskompanie umgetaufte Miliz, auf Kurden und Araber zu schießen. »Wir müssen die Sunniten als gleichberechtigte Bürger behandeln, sie für uns gewinnen«, sagte 2015 Saleh Obeidi, einer der engsten

Berater Sadrs. »Sonst zerstören wir den Irak endgültig.«

Danach richtete sich Sadr gegen die Korruption; wobei auch seine Minister in diversen Regierungen einst berüchtigt waren für ihre Gier. Gemeinsam mit den Kommunisten führten Sadrs Anhänger dennoch 2016 monatelange Proteste gegen die Korruption an, überrannten schließlich die Grüne Zone, das hochgesicherte Areal der Mächtigen in Bagdad, und zwangen Premier Haider al-Abadi zur Kabinetts-umbildung.

So ungewöhnlich das Bündnis mit den Kommunisten klingt, es hat historische Wurzeln, denn einst war die irakische KP vor allem die Partei der Schiiten.

Bei der Wahl am 12. Mai hatte Sadr seinen bisherigen 34 Abgeordneten verwehrt, abermals anzutreten, stattdessen ließ er Technokraten verschiedener Konfessionen aufstellen. Damit hat er offenbar den Nerv der Bevölkerung getroffen, sein Bündnis liegt

vorn, vor der Allianz des Premiers Abadi. Sadr selbst kann nicht Premier werden, da er nicht angetreten ist. Aber er könnte Königsmacher sein in einer Koalition.

»Er ist der einzige Politiker mit einer klaren Vision für den Irak«, konstatiert ein westlicher Diplomat in Bagdad. »Irak zuerst, Korruption ausrotten, eine Regierung der Technokraten.« Keine neue Idee, aber ausgerechnet Muqtada al-Sadr, der Nachkomme legendärer Geistlicher, hätte die Macht, sie durchzusetzen.

Nicht das Schlechteste, was man aus solch einem Erbe machen kann.

Christoph Reuter



CHRISTIAN WERNER / DER SPIEGEL

Frau mit Kind in Sadr City: Sinnbild für die Probleme des Landes, mit den Milizen, der Armut, der Gewalt

nierenden Staat. Gesetze, die eingehalten werden. Ein Ende der Korruption.

Einer von ihnen ist Mujahed Waisi, 33, ein Jungunternehmer, der im Viertel Karrada eine Insel der Normalität schaffen will, in diesem Meer aus Lethargie und Angst. Die Insel wird von einem Fahrradständer angekündigt. Dort steht ein liebevoll restauriertes Hollandrad. Daneben sitzt ein Wächter mit einer Kalaschnikow im Schoß vor einem schweren Metalltor. Dahinter steht ein Haus aus Glas und alten Schiffscontainern.

Hier sollen Start-ups entstehen, soll Bagdad neu gedacht werden. Mujahed Waisi hat seinen Inkubator, die »Station«, vor zwei Monaten eröffnet. »Es gibt hier keine Kultur, keinen Nährboden für junge, moderne Unternehmer. Wer sich verwirklichen wollte und konnte, ist ins Ausland gegangen.« Gegen diesen Braindrain will Waisi ansetzen. Er spricht fließend Englisch, betreibt nebenbei eine Produktionsfirma und eine Eventagentur. Ein junger Mann mit rundem Gesicht, den die Stadt älter aussehen lässt, als er ist.

Er sitzt in dem 15 Meter hohen Atrium, dahinter liegt ein Coworking Space, der aussieht, wie solche Orte auch in Amsterdam, Berlin oder London aussehen: lange Tische mit Laptops darauf, von der Decke baumeln nackte Lampenfassungen. Es läuft ein Song von Mark Knopfler.

»Bagdad«, sagt Waisi, »ist eine Stadt mit begrenzten Möglichkeiten.« Wer sie nutzen kann und wo die Grenzen liegen, darüber entscheiden allein Vermögen und Kontakte. Damit die Start-ups, die hier eingezogen sind, schnelles Internet bekommen, musste jemand im Kommunikationsministerium bestochen werden.

Waisi hat vieles miterlebt: Saddam Hussein, die Zeit des verheerenden Embargos, den Einmarsch der Amerikaner, die Plünderungen und Entführungen, den Krieg al-Qaidas und des IS. Aber er möchte darüber nicht mehr reden. Er wolle eine Zukunft haben, sagt er, die nicht mehr von der Vergangenheit diktiert wird. Und tatsächlich hat er Hoffnung.

Das Leben in der Innenstadt, in Karrada und Mansur, normalisiert sich. Die Menschen haben sich die Straßen, die Nächte zurückerobert. Die Restaurants sind voll, Nachtclubs werden eröffnet, Motorradclubs, Literaturvereine, Festivals, Galerien. Nur noch alle vier Stunden fällt der Strom aus, manchmal wird sogar der Müll eingesammelt. Auf der Mutanabbi-Straße werden wie immer Bücher verkauft, liegen alte Ausgaben von Ernest Hemingway neben denen von Simone de Beauvoir, finden sich arabische Übersetzungen fast aller europäischen Klassiker. Im Qishleh-Park am Flussufer stehen freitags die Dichter und rezitieren ihre Werke, sitzen Pär-

chen und picknicken Familien. In den bürgerlichen Vierteln antworten sie auf die Frage, wie das Leben in Bagdad denn heute sei, mit einem Wort: besser.

Bagdad, das ist auch immer dieser im Bombenhagel gehärtete Wille weiterzumachen. Und nun vor allem die Entschlossenheit, neu anzufangen.

Aber natürlich ist das nur eine Seite dieser Stadt. Mehrere Hundert Entführungen gibt es noch immer jedes Jahr, allein in Bagdad. 745 registrierte Fälle waren es in den ersten neun Monaten des Jahres 2016, neue Zahlen gibt es nicht. Und in den ersten vier Monaten dieses Jahres starben laut Uno bereits mindestens 180 Menschen bei Anschlägen oder bewaffneten Auseinandersetzungen im Gouvernement Bagdad, 500 wurden verletzt.

Es fehle der ordnende Staat, sagt Ali al-Hassan, der Entführer, ausgerechnet. »Früher, unter Saddam, hatten wir eine eiserne Faust, heute haben wir Dutzende.«

Über Jahrzehnte hatten sich die Menschen an einen bis in jeden Winkel präsenten Staat gewöhnt. Im Schlechten, aber auch im Guten: Die Schulen funktionierten, die Wasserversorgung, die Müllabfuhr. Seit mehr als 15 Jahren ist da nun ein Vakuum, und bei vielen sei deswegen der Wunsch nach starker Führung gewachsen. Aber dass es in Sadr City eher immer schlimmer als besser werde, das sei nicht nur die



CHRISTIAN WERNER / DER SPIEGEL



CHRISTIAN WERNER / DER SPIEGEL

Unternehmer Waisi, Coworking-Café in Karrada: »Den geistigen Stillstand beenden«

Schuld der Regierung, sagt Hassan. Es sei vielmehr die Schuld der Menschen hier.

»Sobald die Regierung Aufträge vergibt, wollen alle ihren Anteil haben«, sagt er. »Als die Türken den Auftrag bekommen haben, hier zu bauen, haben Männer von Kataib Hisbollah die türkischen Arbeiter erst bedroht und sie dann entführt.« Seitdem wird nicht mehr gebaut. »Die Leute denken nicht an die Zukunft. Das Morgen war so lange so unsicher, dass alle nur noch an das Heute denken und daran, wie sie zu Geld kommen können.« Das werde, sagt er, bevor er aufbrechen muss, auch die neue Regierung nicht ändern können.

Die Regierung, der Hassan so misstraut, sitzt noch immer in der Grünen Zone, verschanzt hinter Mauern aus Stahlbeton, die vor Bomben schützen sollen. Auch deswegen wirkt sie für die meisten Menschen so fern. Die Ministerien erheben sich wie

mittelalterliche Trutzburgen aus der flachen braunen Stadt, die sich an das Ufer des Tigris kauert. Zwar hat die Armee nach eigenen Angaben mehr als 70 000 dieser Mauerteile abgebaut, aber sie sind trotzdem noch überall. Der Staat ist in Bagdad vor allem präsent in Gestalt von Sicherheitskräften, darüber hinaus scheint die Stadt sich selbst überlassen.

In seinem Glashaus in Karrada holt sich Mujahed Waisi einen Tee und läuft an dem Buchhändler vorbei, der im Eingangsreich die Werke junger irakischer Autoren verkauft. »Die Leute sind des Krieges müde, aber der Krieg hat sie alle gezeichnet. Nicht die Korruption ist das größte Problem, sondern ein Mangel an Wissen und Qualifikation«, sagt er und geht dann hinauf in den Saal, wo die Vorbereitungen für ein Rockkonzert am Wochenende gerade beginnen. Er gibt ein paar Anweisungen und eilt wieder hinunter.

Niemand bekomme hier eine gute Ausbildung, sagt der Unternehmer. Alle wollten in den Staatsdienst, die wenigsten hätten weiterreichende Ambitionen. Ein Job als Beamter, das sei die größte finanzielle Sicherheit, die dieses Land biete. Und andere Jobs gebe es ohnehin kaum.

Tatsächlich sind die alten Fabriken im Süden der Stadt fast alle geschlossen. Die Industrieproduktion ist zusammengebrochen, das meiste muss importiert werden. Der Hauptarbeitgeber ist der Staat, einen Großteil der durch den Öllexport eingenommenen 60 Milliarden Dollar wendet er für die Gehälter seiner Angestellten auf.

»Es ist ein Denken wie in einer Planwirtschaft«, sagt Waisi. »Es kam zu einem geistigen Stillstand. Den wollen, den müssen wir hier beenden.« Er schaut nach draußen, auf den Wächter mit der Kalaschnikow, das Tor, die Schutzmauern.

Auch er weiß, dass es nicht einfach wird.

Die Bomben, die noch bis 2017 den Takt der Stadt angaben, sind weniger geworden, manchmal explodiert eine ganze Woche lang nichts. Aber sie sind nicht verschwunden. Die IS-Kämpfer haben sich in den sunnitischen Vorstadtring um Bagdad zurückgezogen. Die Terrorgruppe mag besiegt sein, verschwunden aber ist sie nicht.

Bagdad, so die Armeeführung, sei nun wieder das Hauptziel des IS.

»Die Bomben«, sagt Waisi, »sind Teil der Stadt geworden. Aber die Menschen interessiert das nicht mehr. Auf eine gewisse Art und Weise sind sie alle verrückt geworden. Wenn etwas explodiert, geht das Leben bald weiter wie zuvor.«

Waisi tritt vor die Tür, wo junge Männer mit sauber getrimmtem Bart und Tätowierungen an ihrer Zigarette ziehen.

»Den Menschen in Bagdad fehlt es an rudimentären Dienstleistungen. Trinkwasser, Strom, gute Schulen – es gibt fast nichts. Eigentlich sind das doch ideale Bedingungen für den privaten Sektor. Es ist Zeit für große Veränderungen. Für junge Unternehmer«, sagt er.

Das Problem ist, dass niemand in Bagdad einfach aufsteigen kann. Für alles braucht es Geld, für das schnelle Internet, aber auch für die Sicherheit. Die Menschen in Karrada zahlen auch heute noch Schutzgeld, das Männer wie Ali al-Hassan für ihre Bosse eintreiben.

»Die Veränderungen, die man sieht«, sagt der Entführer, als er einige Tage später zu einem Waffenschmuggler fährt, »die Cafés, die Restaurants, die Shoppingmalls, die Klubs – davon haben wir armen Leute nichts.« Dann schaut er aus dem Autofenster, ein Esel zerrt verzweifelt an einem Karren, der in einem Schlagloch festhängt.

»Wir müssen entweder Diebe oder Mörder werden. Oder arm sterben. Für uns wird sich nichts ändern.«

»Der amerikanische Präsident zerstört die amerikanische Weltordnung«

SPIEGEL-Gespräch Der frühere Bundesaußenminister Joschka Fischer spricht über die Gefahr eines Krieges gegen Iran, das gestörte transatlantische Verhältnis und er appelliert an Deutschland, in Europa und seine Verteidigung zu investieren.



Nahostkrise

SPIEGEL: Herr Fischer, Sie haben 2003 als einer der Ersten den Verhandlungsweg mit Iran eingeschlagen – das Abkommen von 2015 war gewissermaßen Ihr Erbe. Wie sehr hat Sie Donald Trumps Rückzug aus dem Iran-Deal getroffen?

Fischer: Ich nehme das nicht persönlich, mache mir aber große Sorgen über die fatalen Konsequenzen von Trumps Entscheidung. Die werden wesentlich dramatischer sein, als das in den meisten Kommentaren bislang dargestellt wird. Es ging mit dem Abkommen darum, nach dem Irakkrieg eine zweite Katastrophe zu verhindern: einen Landkrieg in großem Stil in Iran. Die Iraner haben schon damals versucht, Europa und die USA zu spalten, vergebens. Erst Donald Trump hat das jetzt geschafft.

SPIEGEL: Befürchten Sie, dass nun der Krieg gegen Iran kommt?

Fischer: Ich kann mir nicht vorstellen, dass Trump das wollen kann. Die Frustration über diese nicht gewinnbaren, endlosen Kriege hat doch mit zu Trump geführt.

SPIEGEL: Sein Sicherheitsberater John Bolton hat geschrieben ...

Fischer: Hören Sie mir mit Bolton auf!

SPIEGEL: Bolton kennen Sie noch aus Ihrer Zeit als Außenminister.

Fischer: Den kenne ich sehr gut. Er ist einer der Mitverantwortlichen für das Irakdesaster.

SPIEGEL: Bolton hat einmal geschrieben: Um Irans Bombe zu stoppen, müssen wir Iran bombardieren.

Fischer: Bolton hat auf alles immer nur diese eine Antwort: bombardieren. Da würde ich nicht allzu viel drauf geben. Aber wenn Iran mit der verstärkten Uran-Anreicherung wieder beginnt, hätten wir sicher eine sehr gefährliche Situation. Die Konfrontation zwischen Iran und Israel hat in Syrien militärisch ja bereits begonnen.

SPIEGEL: Sie sagten zu den Amerikanern damals, vor der Irakinvasion: »I am not



MAURICE HAAS / DER SPIEGEL

Außenpolitikexperte Fischer: »Ein historisches Moment, in dem Europa springen muss«

convinced.« Erinnert Sie die jetzige Krise des transatlantischen Verhältnisses an 2003?

Fischer: Die Lage ist heute wesentlich dramatischer. Die Gefahr eines militärischen Zusammenpralls zwischen Israel und Iran in Syrien wird durch den Rückzug der USA aus dem Abkommen noch verschärft. Richtig ist, dass wir die heutige Krise der Ursünde der Irakinvasion zu verdanken haben. Den Aufstieg Irans zu einer Hege-monialmacht hätte es ohne die tätige Mit-hilfe von George W. Bush und den ameri-kanischen Neocons nicht gegeben. Und ohne den Zerfall des Irak wäre es auch in Syrien mit dem Aufstieg des »Islamischen Staats« nicht so weit gekommen.

SPIEGEL: Wie sehr ist das transatlantische Verhältnis durch Trump beschädigt?

Fischer: Wir erleben eine Zeitenwende. Das transatlantische Verhältnis hat seine Selbstverständlichkeit verloren. Es wäre aber töricht, wenn wir es nun von uns aus aufgeben würden.

SPIEGEL: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat gesagt, dass wir uns auf die USA nicht mehr richtig verlassen können.

Fischer: Es ist sogar schlimmer. Die ame-rikanische Weltordnung wird bewusst vom amerikanischen Präsidenten zerstört. Ich war daran gewöhnt, dass die Nato vom lin-ken Flügel der Grünen angegriffen wird, aber doch nicht vom amerikanischen Prä-sidenten! Wirtschaftspolitisch stellt Trump das Geschäftsmodell der Bundesrepublik infrage, das von Anbeginn auf Export aus-gerichtet war. Viele sagen, das können wir uns doch nicht bieten lassen. Diese Reak-tion finde ich nachvollziehbar, aber auch putzig. Was will man denn tun? Wenn die Kräfteverhältnisse so sind, wie sie sind, bleibt manchmal nur ein Zähneknirschen.

SPIEGEL: Sie haben ein Buch veröffent-licht mit dem düsteren Titel »Der Abstieg des Westens«. Ist der Westen am Ende?

Fischer: Alles spricht dafür, dass es so kommt. Der Westen war der transatlanti-sche Raum, die Gründerväter waren Groß-britannien und die USA. Der Westen kann ohne sie nicht überstehen, schon gar nicht mit einem schwachen, gespaltenen Europa. Deshalb müssen die Europäer stärker wer-den, sehr viel stärker.

SPIEGEL: Ist der Ausstieg aus dem Iran-Abkommen der Moment, in dem Europa sich endlich entscheiden muss, eine eigen-ständige Außenpolitik zu entwickeln?

Fischer: Das ist leicht gesagt. Das muss man machen. Da müssten welche voran-gehen. Deutschland und Frankreich spie-len in der EU die entscheidende Rolle, ohne Deutschland geht es nicht. Wenn wir meinen, wir müssten uns weiter im Windschatten der Weltgeschichte auf-halten, werden die Europäer nicht hand-lungsfähig.

SPIEGEL: Was soll Deutschland also tun?

Fischer: Die Bundesrepublik war der wohl größte Erfolg der amerikanischen Außen-politik. Seit 1949 ist unter der Patronage der USA eine stabile, florierende Demokra-tie entstanden. Die Deutschen haben nach zwei Weltkriegen erkannt: Wir können Weltpolitik nicht, das hat uns als Nation fast völlig verbrannt, machtpolitisch und mora-lisch. Amerika war für unseren Schutz zu-ständig. Daran haben wir uns gewöhnt. Dies-es Windschattenfahren war bequem und historisch verständlich, aber das ist vorbei.

SPIEGEL: Hat Trump also recht, wenn er die Deutschen auffordert, mehr für die Ar-mee auszugeben?

Fischer: Es geht nicht um Trump. Hillary Clinton hätte das als Präsidentin genauso kritisiert. Es geht um uns: Seit Jahren in-vestieren wir zu wenig in unsere Sicher-heit. Was lese ich neulich innerhalb einer Woche? Bundeswehrpiloten verlieren ihre Lizenz, weil sie wegen Hubschrauber-mängeln nicht genug Flugstunden absol-vieren können. U-Boote können nicht aus-laufen, weil Ersatzteile fehlen. Wir haben nur vier kampffähige Eurofighter. Was für ein Armutszeugnis! Wenn Sie mich fragen, ob wir uns selbst verteidigen können, dann ist die klare Antwort: nein.

SPIEGEL: Die Deutschen wollen mehrheit-lich nicht mehr Geld für Rüstung ausgeben.

Fischer: Das ist ein Problem, aber wir müssen es tun. Wir müssen ein Minimum an Verteidigungsfähigkeit haben, sonst lei-det Europa. Meinen Sie, ich finde es für mich ansprechend zu sagen, wir müssten mehr in der Verteidigung tun? Wir sind zu groß und zu wichtig, als dass wir uns einen schlanken Fuß machen könnten.

SPIEGEL: Der Begriff Transatlantiker ist in gewissen Kreisen zum Schimpfwort geworden. Ein Teil der Deutschen wünscht sich eine Annäherung an Russland.

Fischer: Das ist spürbar. Die große Lei-stung Adenauers war, dass er vor dem Hintergrund seiner eigenen Biografie, der Erfahrung von zwei Weltkriegen, die Kon-sequenz gezogen hat, dass Deutschland rausmuss aus der Position des ewig schwankenden Halms in der Mitte Euro-pas. Er hat gesagt: Wir gehören zum Wes-ten. Das ist das Geheimnis des Erfolgs der

Bundesrepublik Deutschland. Wenn wir uns davon verabschieden, verabschieden wir uns von dem größten Fortschritt, der nach den nationalen Großkatastrophen durch die Bundesrepublik West erreicht wurde. Dass eine Partei wie die CSU da jetzt anfängt zu wackeln, ist für mich völ-lig unverständlich. Das Sonderverhältnis zu Russland ist ein alter Traum der deut-schen Konservativen wie der deutschen Linken, nur – es hat nie funktioniert.

SPIEGEL: Wenn Deutschland nicht bereit ist, mehr Geld für Verteidigung auszu-geben, wenn sich die USA gleichzeitig zurückziehen – bleibt da nicht nur der Aus-gleich mit Russland?

Fischer: Also statt Verteidigungsfähigkeit Unterwerfung? Diese Auffassung teile ich nicht. Dass wir mit Russland ein gutes Ver-hältnis anstreben sollten: ja. Aber nicht auf den Knien. Das wird in Moskau nie-manden beeindrucken. Im Kern des Kon-flikts um die Ukraine steht: Sind wir bereit zu akzeptieren, dass Russland seinen Großmachtstatus über Einflusszonen be-kommt? Wenn die Nationalisten in Europa wieder Einflusszonen definieren, landen wir in des Teufels Küche. Das wäre das Ende der EU.

SPIEGEL: Ist Trumps Ausstieg aus dem Iran-Abkommen ein Weckruf für Europa?

Fischer: Mein Eindruck ist, dass es so lang-sam einsickert. Dass die schwarze Null uns nicht retten wird.

SPIEGEL: Die schwarze Null gefährdet Europa?

Fischer: Sie gefährdet nicht Europa, aber sie blockiert uns. Wir müssen unsere finan-zielle Macht in politische Macht umwan-deln, im Interesse Europas. Buchhalterisch Sparkonten verwalten, das bringt's nicht. Insofern rate ich dazu, massiv in Europa zu investieren.

SPIEGEL: In Verteidigung?

Fischer: In alle Bereiche. Vor allem poli-tisch. Sicher, Deutschland hat seine Inter-essen, wir werden keine Blankoschecks schreiben. Aber dieses »Die wollen nur unser Geld«, das ist eine Selbstblockade.

SPIEGEL: »Die wollen nur unser Geld«, ist die Antwort, die Emmanuel Macron bis-her aus Deutschland auf seine Ideen für eine Reform der EU erhalten hat.

Fischer: Ja, das ist die Rückkehr zur deut-schen Zipfelmütze. Gegenüber der Pickel-haube und dem Stahlhelm ist das ein Fort-schritt, aber angesichts der dramatischen geopolitischen Situation ein Fehler.

SPIEGEL: Was wäre die richtige Antwort?

Fischer: Das große reiche Deutschland – ge-meinsam mit Frankreich – bezahlt. Warum gibt es die EU überhaupt? Weil seit Ade-nauer alle Bundeskanzler Kompromisse zu später Nachtstunde möglich gemacht haben,



MAURICE HAAS / DER SPIEGEL

Fischer, SPIEGEL-Redakteure*
»Rückkehr zur deutschen Zipfelmütze«

* Mathieu von Rohr und Christoph Schult im Zürcher Hotel Baur au Lac.



Antiamerikanischer Protest im Teheraner Parlament: »Die Kriegsgefahr kehrt jetzt wieder«

indem sie Geld auf den Tisch gelegt haben. Wir müssen unsere ökonomische Stärke im Interesse Europas in Macht umsetzen.

SPIEGEL: Haben Sie keine Angst, der AfD damit Wähler zuzutreiben?

Fischer: Emmanuel Macron hat in Frankreich mit einem explizit proeuropäischen Programm den Sieg von Marine Le Pen verhindert. Man kann solche historischen Zäsuren nicht beschweigen, man muss sie erklären. Das betrifft nicht allein die Kanzlerin. Alle Parteien haben doch im Bundestagswahlkampf zu Europa geschwiegen – haben Sie was gehört? Die Einzigen, die darüber geredet haben, das war die AfD. Das ist das Problem! Bei Macron kommt Europa von Herzen. Er weiß: Wenn Europa bei der Ausgestaltung der neuen Weltordnung nicht dabei ist, nicht nur machtpolitisch, auch technologisch, dann war's das.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich, dass Merckels Antwort auf Macrons Vorschläge noch immer aussteht?

Fischer: Sie kann nichts für das Wahlergebnis. Die große Tragödie der Bundestagswahl besteht darin, dass Christian Lindner nach der Wahl nicht begriffen hat, dass es nicht nur um die Rettung der FDP geht, sondern dass Deutschland eine neue Konstellation wie Jamaika braucht. Lindner hätte das angesichts seines Alters und seines Potenzials vorantreiben müssen. Dann würden wir heute ganz anders dastehen. Man hat bei der Großen Koalition den Eindruck, dass die bereits erschöpft sind, bevor es richtig losgegangen ist. Die können sich einfach nicht mehr sehen.

SPIEGEL: Die Europäer haben diese Woche mit Irans Außenminister Mohammad Javad Zarif die Absicht bekundet, den Deal zu erhalten. Wie könnte das gehen?

Fischer: Vermutlich gar nicht! Ich würd's mir wünschen, aber ich kann mir nicht vor-

stellen, wie das gehen soll. Sie können deutsche Unternehmen angesichts der engen Verflechtungen nicht schützen – viele haben riesige Investitionen in den USA, sie hängen vom US-Markt ab.

SPIEGEL: Die EU hat ein Gesetz reaktiviert, mit dem Firmen unter Strafe verboten werden könnte, sich an die US-Sanktionen gegen Iran zu halten...

Fischer: Ein deutscher Automobilkonzern, der nicht nach Iran liefert, weil der US-Markt zu wichtig für ihn ist, wird also noch mal bestraft. Wie soll das funktionieren?

SPIEGEL: Das heiße: Der Deal ist tot?

Fischer: Es wird schwer. Ich sehe es sehr skeptisch.

SPIEGEL: War es im Rückblick ein Fehler, sich in den Verhandlungen mit Iran nur auf das Atomprogramm zu konzentrieren, statt die aggressive Rolle Teherans im Nahen Osten sowie das Raketenprogramm einzubeziehen?

Fischer: Darauf hätte sich das iranische Regime nie eingelassen. Es war richtig, sich auf das Nuklearprogramm zu konzentrieren, denn davon ging die größte Kriegsgefahr aus, und die kommt jetzt wieder. Wir haben uns über den Charakter und die Absichten des iranischen Regimes nie Illusionen gemacht. Unser Ziel war es, Iran mit friedlichen Mitteln einzubinden, gleichzeitig das Nuklearprogramm zu verzögern und unter Kontrolle zu halten.

SPIEGEL: Israels Regierungschef Benjamin Netanyahu hat kurz vor Trumps Entscheidung mit Verweis auf den Mossad angebliche Beweise dafür präsentiert, dass Iran über sein Atomprogramm gelogen habe.

Fischer: Ich habe dadurch nichts Neues gelernt. Dass Iran vor dem Deal nach der Atombombe strebte, wussten wir; genau deshalb hatten wir ja die Verhandlungen begonnen. Ich hatte damals Diskussionen

in Israel und den USA. Ich habe die Verantwortlichen gefragt: Was wollt ihr denn durch einen Militärschlag erreichen? Die Antwort war: Wir können das Programm vielleicht nicht zerstören, aber verzögern. Genau diese Verzögerung ist zu wesentlich besseren Bedingungen durch das Abkommen erreicht worden.

SPIEGEL: Aber Iran hat seine nuklearen Ambitionen nicht aufgegeben.

Fischer: Da sind die Iraner aber nicht die Einzigen. Nehmen Sie Saudi-Arabien oder die Türkei. Sie können eine Karte des Nahen Ostens malen und einzeichnen, welches Land ein sogenanntes ziviles Atomprogramm anstrebt. Klar wollen die damit auch Strom produzieren, aber die wahre Absicht ist eine andere.

SPIEGEL: Die expansive Rolle Irans in der Region hat sich seit dem Abkommen noch verstärkt.

Fischer: Natürlich ist die Rolle Irans in der Region hochproblematisch, aber Iran war schon vor dem Nuklearabkommen expansiv. Glauben Sie, die Rolle Teherans in Bahrain, im Jemen oder in Syrien wäre ohne den Iran-Deal eine andere?

SPIEGEL: Sigmar Gabriel hat ein Szenario skizziert. Nach dem Ende des Iran-Abkommens investiert niemand mehr in Iran, das Atomprogramm wird wieder angeworfen – und die USA und Israel antworten mit einem Militärschlag. Ist das realistisch?

Fischer: Es ist nicht so, dass sich da eine Konstellation Irak 2.0 in sehr viel größer aufbaut. Aber Israel wird eine iranische militärische Präsenz in Syrien nicht akzeptieren, unabhängig von der Nuklearfrage. Insofern droht dort eine hegemoniale Auseinandersetzung aufgrund der Ambitionen Irans, die sich mit der Nuklearfrage sehr leicht verschränken lassen. Das alles kann uns Europäern nicht egal sein, nicht zuletzt nach unseren Erfahrungen mit der Flüchtlingskrise von 2015.

SPIEGEL: Das klingt alles sehr düster. Hat man als ehemaliger Außenminister automatisch einen pessimistischen Blick auf die Welt?

Fischer: Ich glaube nicht, dass ich einen pessimistischen Blick habe. Es macht mich rasend, wenn einem immer wieder gesagt wird, man sei pessimistisch, wenn man realistisch ist. Draußen tobt ein Gewitter, und was soll ich sagen? Es scheint die Sonne! Ich mach mich doch nicht zum Affen vor mir selbst. Wenn ein Gewitter droht, muss der Analyst sagen: Es droht ein Gewitter. Auch auf die Gefahr hin, dass man dann zum Dunkelpropheten ernannt wird. Es ist jetzt ein historischer Moment, in dem Europa springen muss. Entweder handeln wir jetzt, oder wir tun nichts. Dann werden wir abgehängt und spielen keine Rolle mehr.

SPIEGEL: Herr Fischer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Im Rotlicht

USA Zwei Menschen bringen Donald Trump in große Schwierigkeiten: sein Anwalt und eine Pornodarstellerin. Was als Sexaffäre begann, weitet sich zum politischen Großskandal aus.

Stripperin Stormy Daniels bei Auftritt: 130 000 Dollar, damit sie nicht redet – der Versuch ging grandios schief

Der Penthouse-Klub von Philadelphia liegt in einem Industriegebiet im Nordosten der Stadt, im Niemandsland zwischen einer Ölraffinerie und einem Betonmischwerk. Es ist abends um kurz nach neun, der Parkplatz ist noch leer. Am Eingang hängt hinter einer roten Kordel ein Plakat von Stormy Daniels: »Penthouse Pet of the Century«, das Haustier des Jahrhunderts. Zehn Dollar Eintritt, inklusive eines »Penthouse«-Magazins mit Stormy Daniels auf dem Cover, eingewickelt in die amerikanische Flagge. Neben der Kasse sitzen zwei Reporter des dänischen Fernsehens, drinnen saugen Männer an Zigarren.

Das ist die Welt von Stormy Daniels. Ein Klub mit geilen Herren, dazu das dänische Fernsehen, hier und da ein Ehepaar: die Peripherie des amerikanischen Traums. Das Haustier des Jahrhunderts. Nächstes Jahr wird sie 40. Der Manager des Penthouse-Klubs sagt: »Keine Fotos.«

Die Pornodarstellerin Stormy Daniels, bürgerlich Stephanie Clifford, ist die Frau, die von Donald Trump lange unterschätzt wurde, zu lange womöglich, und die ihm nun gefährlich nahe rückt. Riskanter für den Präsidenten sind vielleicht nur noch die Skandale rund um Michael Cohen, der einst der Mann für die heiklen Fälle war, der Problemkiller, seinem Boss loyal erge-

ben. Inzwischen ist er der Mann, der Probleme macht, anstatt sie zu beseitigen.

Im Grunde lässt sich das ganze Desaster dieser Präsidentschaft an diesen beiden Personen erklären, Clifford und Cohen. Im Juli 2006 hatte Trump Sex mit Clifford, angeblich nur ein einziges Mal, was dieser bis heute bestreitet. All das wäre nicht aufregend, wäre Clifford nicht eben eine Pornodarstellerin, und wäre vier Monate vor der Affäre nicht Trumps jüngster Sohn geboren worden. Nichts also, was sich im Wahlkampf gut macht, vor allem, wenn man von Konservativen gewählt werden will. Deshalb zahlte Michael Cohen vor der Wahl 130 000 Dollar an Clifford, um zu verhindern, dass sie redet.

Wie sich herausstellte, ging dieser Versuch grandios schief. Im Januar wurde die Zahlung an Clifford öffentlich, seitdem reißen die Enthüllungen nicht ab. Diese Woche gab Trump erstmals zu, Cohen im vorigen Jahr mindestens 100 000 Dollar zurückgezahlt zu haben. Sein Finanzbericht, den die Regierung am Mittwoch veröffentlicht hat, nennt zwar keinen Zweck für die Zahlung, in Washington aber glaubt niemand an eine harmlose Erklärung.

Und so wird der Präsident immer mehr von seiner Vergangenheit eingeholt. Von Frauengeschichten, von der Nähe seines Anwalts zu Gestalten aus der New Yorker

Halbwelt, von möglichen Verbindungen Cohens zur russischen Mafia, von all seinen Fehlritten. Die Stormy-Saga beschäftigt das Land deshalb so intensiv, weil Trump und seine Helfer bei der Vertuschung der Affäre ungeschickt bis dämlich vorgingen und weil fast täglich neue Details und Lügen ans Licht kommen.

Und dann ist da noch der Sonderermittler Robert Mueller, der seit einem Jahr der Frage nachgeht, ob Trumps Wahlkampfteam mit Russen kooperierte, um die Wahl zu gewinnen. Muellers Untersuchung hat sich längst zur großen Korruptionsermittlung ausgeweitet, die sämtliche Teile von Trumps Privat- und Geschäftsleben umwälzt. Und dazu noch die Stormy-Affäre.

Es sah ja lange nach einer Story für die Klatschpresse aus – der Anwalt des Präsidenten bezahlt eine alte Affäre aus dem Pornobusiness. Ein Präsident im Rotlicht, eine saftige Geschichte zwar, aber auch nicht sehr überraschend bei einem Mann, der zum dritten Mal verheiratet ist und immer gern mit seinen Liebschaften prahlte. Aber mittlerweile geht es nicht nur um Sex, es geht um die Fragen, ob Cohen Geld aus Russland bekam, wenn ja, wofür, und ob Trump davon wusste.

Aber natürlich geht es auch um Sex.

Um kurz nach elf regelt der DJ die Musik im Penthouse-Klub herunter und ruft:

»Sie ist die Nummer eins auf Pornhub!« Kunstnebel, Männerblicke, »American Woman« von Lenny Kravitz. Stormy Daniels tritt auf, sie trägt einen Umhang mit US-Flagge. Ein halbes Dutzend Bodyguards und Aufpasser achtet darauf, dass wirklich niemand Fotos macht. Nach zwei Minuten trägt sie nur noch BH und Slip, nach fünf Minuten noch etwas weniger. Männer stecken ihr Dollarnoten unters Strumpfband, aber ihre Brüste sind so riesig, dass man dazwischen einen ganzen Geldkoffer klemmen könnte. Nach einer Viertelstunde tritt sie ab.

»Bisschen kurz«, sagt Rich, ein Sportlehrer im Ruhestand, der an der Bar hockt. Er hat sich lange auf diesen Abend gefreut, er ist ein Fan von Stormy Daniels, seit sie im Mittelpunkt dieses großen Politskandals steht. Außerdem ist sie ein Star im Pornogeschäft, wenn auch einer, der langsam verblasst. »The Price of Lust« ist lange her, »Operation: Desert Stormy« ebenfalls. Die Aufnahme in die Hall of Fame ihrer Branche bedeutet, dass sie schon etwas zu lange dabei ist. Clifford ist wohlhabend, aber nicht reich, ihre Karriere im Business neigte sich allmählich dem Ende zu.

Jetzt aber ist sie wieder da, Trump sei Dank. Ihre Geschichte hat sie doppelt und dreifach verkauft, an CBS, ABC, zuletzt an »Penthouse«, für das sie sich schon vor Jahren auszog, aber diesmal sind die Posen noch eine Umdrehung expliziter. Sie sagt, sie wolle, dass die Wahrheit ans Licht komme, vor allem aber verdient sie mit der Selbstenthüllung Geld. Ziemlich sicher würde sie ohne Trump nicht mehr so häufig in Striplubs auftreten.

Nach der Show gibt sie Autogramme, für Fotos verlangt sie 20 Dollar. Erst am Vormittag hatte ihr Anwalt Michael Avenatti die Zahlungen eines russischen Oligarchen an Michael Cohen veröffentlicht, noch ein Skandal, mit dem niemand gerechnet hätte. Avenatti ist überzeugt, dass Trump seine Amtszeit nicht beenden wird. Wieder erschien ihr Name in Großbuchstaben. Stormy Daniels, das Maskottchen dieser Präsidentschaft.

Kurze Frage: »Glauben Sie, dass Trump bald zurücktreten muss?«

»Keine Ahnung.«

»Hoffen Sie, dass er zurücktritt?«

»Wenn alles stimmt, was heute Vormittag gesagt wurde, muss er das vielleicht.«

Einer ihrer Bodyguards schiebt den Reporter zur Seite. Netter Versuch.

Also Michael Cohen. Im Moment wohnt er im Loews Regency an der Park Avenue, einem dieser New Yorker Hotels, die gar nicht erst versuchen, bezahlbar zu wirken. Eine halbe Grapefruit zum Frühstück kostet zwölf Dollar. Dafür sitzt man in Gesellschaft von dunklen Anzügen, sehr weißen Zähnen und spitzen Absätzen.

Aber natürlich ist Cohen nicht zu sehen.

Besser, man fährt hinüber nach Queens, zehn Minuten mit der U-Bahn, in Cohens früheres Leben. Schrottlaster holpern über löchrige Straßen, auf den Hochgleisen rattern alle paar Minuten Züge vorbei, in der Luft schwebt ein Hauch von Marihuana. Die Zwölf-Dollar-Grapefruit ist weit weg. In einem Backsteingebäude an der 43rd Avenue hatte Cohen jahrelang seine Büroadresse, in einer Taxizentrale, die von dem ukrainischen Einwanderer Simon Garber geführt wird. Cohen betrieb hier mit Garber ein Geschäft mit Taxilizenzen.

Die Tür klemmt etwas. Drinnen sitzen drei Frauen unter Neonlampen, in Regalen stapeln sich Aktenordner. Die Managerin sagt mit russischem Akzent, sie kenne Cohen nicht. »Schade.« Und Mister Garber befindet sich auf Dienstreise, ihr Boss sei per E-Mail erreichbar. Sie lächelt. Die ganze Kulisse wirkt wie aus der Anwaltsserie »Better Call Saul«, ein tägliches Scheitern auf mittlerem Niveau. Auf die E-Mail antwortet der Boss natürlich nicht.

Cohens Karriere hat viele Wendungen genommen. Als junger Anwalt arbeitete er für einen Juristen in Manhattan, der sich auf Unfallopfer spezialisiert hatte; der Mann wurde später wegen Bestechung von Versicherungssachverständigen verurteilt. Zahlreiche Geschäftspartner verloren im Lauf der Jahre ihre Lizenzen, mal ging es um Betrug, mal um mehr. Simon Garber, der Taxikönig aus Queens, ist in mindestens drei Bundesstaaten bereits wegen Gewaltdelikten aufgefallen. Michael Cohen umgab sich gern mit Gestalten aus der Halbwelt der russisch-ukrainischen Immigranten in New York. Trotzdem schafft er es immer wieder, aus einem schmutzigen Umfeld scheinbar sauber herauszukommen. Zumindest bis jetzt.

Irgendwann nach dem Jahr 2000 wurde er auf Trump aufmerksam. Er bewunderte den Reichtum des Immobilienunternehmers und begann, Apartments in Trumps Gebäuden zu kaufen, in großem Stil. »Trump-Immobilien sind solide Investitionen«, sagte Cohen damals. »Michael Cohen kennt den Immobilienmarkt sehr gut«, sagte Trump. Cohen kaufte sich die Anerkennung des Unternehmers, im Gegenzug wurde er in den erweiterten Kreis der Familie aufgenommen.

Trump hat eine Schwäche für Schmeichler, besonders wenn sie von den Straßen von Queens stammen. Vermutlich hatte er nie einen größeren Bewunderer als seinen eigenen Anwalt.

So erfuhr Cohen alles, war überall dabei und sorgte unter anderem dafür, dass Frauen bezahlt und ruhiggestellt wurden, die über Affären mit seinem Boss plaudern wollten. Unterstützung fand er in dem Chefredakteur des »National Enquirer«, einem Trump-freundlichen Blatt, das die exklusive Geschichte einer Trump-Liebschaft kaufte, um sie für immer tief im Gitterschrank zu verstauen. Als ein Unternehmer kurz nach Bekanntgabe von Trumps Präsidentschaftskandidatur drohte, Bilder zu veröffentlichen, auf denen Trump angeblich die nackten Brüste einer Frau signierte, rief Cohen: »Ich mach dich fertig, wenn du die Fotos zeigst.«

Einer Journalistin erzählte er einmal: »Ich bin der Kerl, der den Präsidenten und seine Familie schützt. Ich bin der Kerl, der eine Kugel für den Präsidenten abfängt.«

Es gab kein Geschäft, bei dem er nicht dabei sein wollte. Ende 2015 schlug ihm ein alter Bekannter, der russischstämmige Unternehmer Felix Sater, vor, einen Trump Tower in Moskau zu errichten. Cohen wollte Wladimir Putins Sprecher



Jurist Cohen in New York: »Ich bin der Kerl, der eine Kugel für den Präsidenten abfängt«

YANA PASKOVA / AFP

Wie wir auch in der Hektik des Alltags Ruhe bewahren



240 Seiten | € 10,00 (D) | € 10,30 (A) | CHF 13,90 (empf. VK-Preis)

Bücher lesen, ein Musikinstrument spielen, achtsam sein und auf den »inneren Körper« hören – es gibt viele Wege zur Gelassenheit. Doch wie stellt sich dieser erstrebenswerte Zustand ein? Davon erzählt dieses Buch und auch von Menschen, denen es gelungen ist, ihren Seelenfrieden zu finden. Mit vielen praktischen Tipps und zahlreichen Beispielen von Experten für mehr Muße im Alltag, im Job und in der Beziehung.


PENGUIN VERLAG

eine Nachricht schicken, hatte aber keine direkten Kontakte in den Kreml und fand nur eine allgemeine E-Mail-Adresse für Presseanfragen. Cohen schickte die Mail trotzdem ab. Noch so eine dilettantische Aktion, die ihm die Aufmerksamkeit von Robert Mueller einbrachte.

Das Problem ist, dass Cohen nicht der hellste Jurist ist. Für die 130 000 Dollar, die er Stormy Daniels zahlte, gründete er vor der Wahl eigens eine Beratungsfirma, Essential Consultants, registriert im Bundesstaat Delaware, dem Paradies der Briefkastenfirmen. Allerdings beging er den Fehler, sich selbst als Bevollmächtigten einzutragen, statt einen Gewährsmann einzusetzen. Reporter des »Wall Street Journal« stießen auf Cohens Firma, so begann der öffentliche Teil der Geschichte.

Anfang April durchsuchten dann FBI-Beamte im Auftrag der New Yorker Staatsanwaltschaft seine Büro- und Privaträume, auch das Hotelzimmer im Loews. Sie nahmen 16 Mobiltelefone mit, Tablets, Computer, Dokumente – und die große Frage lautet seither, welche dunklen Geheimnisse über Trump und seinen Anwalt sich in all dem Material noch verbergen könnten. Trump jedenfalls war wütend wie selten zuvor, als er von der Razzia hörte.

Die Ermittlungen gegen Cohen liefen zu diesem Zeitpunkt bereits seit Monaten, so das Justizministerium, unter anderem wegen Cohens Verwicklung in zwielichtige Taxigeschäfte.

Seither kommen immer neue Skandale hinzu. Vorige Woche enthüllte dann Cliffords Anwalt Michael Avenatti, dass große Unternehmen an Cohen Geld gezahlt hatten, mehr als vier Millionen Dollar, das meiste im Jahr 2017. Plötzlich geht es nicht mehr nur um Schweigegeld, sondern um den Verdacht von Korruption und Betrug, um eine Ahnung von Endzeitstimmung.

Cohen sei, so erzählen es Freunde, nach Trumps Einzug ins Weiße Haus frustriert gewesen. Er hatte sich einen Job in der Regierung erhofft, in der Nähe des Chefs, war aber leer ausgegangen. Also bot er seine Nähe zum Präsidenten zum Verkauf an – offenbar erfolgreich.

»I'm crushing it«, erzählte er einem Bekannten vergangenes Jahr laut »Washington Post«, er schaufte das Geld nur so.

Der US-Telekommunikationskonzern AT&T überwies Cohen voriges Jahr 600 000 Dollar für angebliche Beratungsleistungen, der Schweizer Pharmakonzern Novartis knapp 1,2 Millionen, eine koreanische Rüstungsfirma 150 000. Im Gegenzug erhofften sich die Unternehmen Einblicke in Trumps Denken. Das ist nicht illegal, aber für einen Präsidenten äußerst peinlich, der angetreten ist, um den Sumpf von Washington trocken zu legen.

Eine große Summe kam auch von Columbus Nova, einer Investmentfirma in

New York, die mit dem russischen Magnaten Wiktor Wexelberg verwoben ist. Die Firma ließ an Cohen zwischen Januar und August vorigen Jahres 500 000 Dollar in acht Tranchen überweisen. Wexelberg zählt zum engen Kreis von Multimilliardären um Putin. Mittlerweile steht er nach dem Giftanschlag auf den russischen Ex-Geheimdienstler Sergej Skripal auf einer Sanktionsliste des US-Finanzministeriums, als einer von sieben Oligarchen.

Warum sollte ein Putin-Freund, mit einem Vermögen von rund 13 Milliarden Dollar, eine halbe Million Dollar an den Anwalt des US-Präsidenten überweisen? War das Geld für Cohen, oder diente er als Mittelsmann? Und: Wechselt Cohen nun die Seiten, kooperiert er mit Robert Mueller, wenn der Druck zu groß wird?

Muellers Ermittlungen führten zu einer Welle von Verfahren in den vergangenen zwölf Monaten, Cohen ist ein Teil davon. Vier frühere Berater des Präsidenten wurden unter anderem angeklagt, 13 Russen, drei russische Firmen, aber das wird erst der Anfang sein. Von den Geldströmen an Cohen wusste Muellers Team bereits im November, ohne dass etwas nach außen drang, der Sonderermittler ist bestens informiert, und das ist keine gute Nachricht für den Präsidenten. Am Mittwoch erzählte Rudolph Giuliani, ein weiterer von Trumps Anwälten, Mueller habe ihm angeblich bestätigt, er könne den Präsidenten gar nicht anklagen. Verlassen kann sich Trump darauf nicht, und so geht die Stormy-Affäre weiter, in täglicher Fortsetzung.

Womöglich sind sie sich ähnlicher als gedacht, der Präsident und die Pornodarstellerin. Sie wollen beide oben mitspielen, um jeden Preis, sie wollen beide Ruhm und Anerkennung. Bescheidenheit ist keine Option. Beide werden mit allen Mitteln kämpfen. Natürlich geht es dabei auch um Geld, ohne Frage.

Clifford ist keine Frau, die schnell aufgibt, sie ist stolz auf ihre Hartnäckigkeit. Sie sagt, ihr sei von Anfang an klar gewesen, dass dieser Mann nicht ihr Typ sei. Zu selbstverliebt, zu großkotzig vielleicht. Eine längere Affäre habe sie abgelehnt. Trump beeindruckte das offensichtlich, er war es bis dahin gewohnt, dass Frauen ihm und seinem Geld zu Füßen lagen. Irgendwann habe er zu Clifford gesagt: »Du erinnerst mich an meine Tochter.« Er meinte Ivanka.

Aus seiner Sicht war es das bestmögliche Kompliment. Christoph Scheuermann

Twitter: @chrischeuermann

Video
Ein Abend mit Stormy Daniels

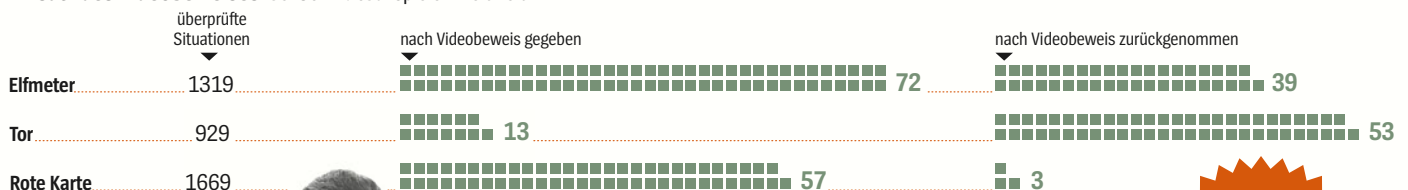
spiegel.de/sp212018daniels
oder in der App DER SPIEGEL



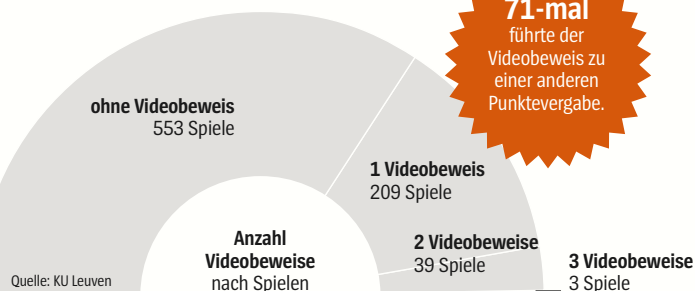
Sport

»Ich habe nur dafür gelebt, das nächste Ding zu gewinnen.« ► S. 96

Einsatz des Videobeweises bei 804 Fußballspielen weltweit*



*davon 154 in Deutschland



Anfang Mai gewann Melbourne durch ein 1:0 gegen Newcastle den Titel in der australischen A-League. Das Tor: regelwidrig, ein Spieler stand im Abseits. Doch der Verstoß blieb ungeahndet. Dem Video Assistant Referee (VAR) fehlten schlicht die TV-Bilder, die Technik streikte, das Tor zählte. Eine seltene Fehlent-

scheidung. Nach einer Studie der Universität Leuven in Belgien führte der VAR bis Anfang 2018 in 98,9 Prozent zum korrekten Urteil, ohne technische Hilfe liegt die Quote bei 93 Prozent. Nun kommt der Videoassistent erstmals bei der WM zum Einsatz. Ob sich das nächste »Wembley-Tor« so verhindern lässt?

Magische Momente

»Ein geiles Gefühl«

Ex-Torwart Uli Stein, 63, über den DFB-Pokal-Sieg mit Eintracht Frankfurt



SPIEGEL: Ihr Karrierehöhepunkt war der Europapokal-Triumph mit dem Hamburger SV 1983. Was blieb vom Pokalsieg mit Frankfurt fünf Jahre später hängen?

Stein: Mein Kabinen-Donnerwetter.

SPIEGEL: Bitte erzählen Sie ...

Stein: Wir hatten mit Karl-Heinz Feldkamp einen top Trainer, aber eines konnte er nicht: Mit der Faust auf den Tisch hauen! Wenn es schlecht lief, überließ er die lauten Töne mir.

SPIEGEL: Im Finale sah es nicht gut aus?

Stein: Unsere erste Halbzeit war grausam, und jemand musste die Mannschaft wach rütteln. Zwei Spieler unseres Gegners VfL Bochum erzählten mir später, dass ich so laut war, dass sie ihre Besprechung in der Kabine gegenüber abbrachen.

SPIEGEL: Was haben Sie gebrüllt?

Stein: Dass wir hier keinen netten Wochenendausflug machen, sondern den Pott wollen. Dass wir uns für die harte Arbeit belohnen können und es ein geiles

Gefühl ist, den Pokal in den Berliner Himmel zu heben.

SPIEGEL: Sie kannten dieses Gefühl schon aus dem Vorjahr ...

Stein: Da wurde ich mit dem HSV Pokalsieger, aber der Erfolg mit der Eintracht war viel überraschender.

SPIEGEL: Im Halbfinale bezwangen Sie sogar den späteren Deutschen Meister Werder Bremen.

Stein: Wir waren krasser Außenseiter, kamen gefühlt nur einmal über die Mittel-



Stein (l.) 1988 in Berlin

linie und erzielten das entscheidende Tor. Eintracht-Fans sagen bis heute, dass es ein Duell Werder gegen Stein war. Ich glaube, es war eins der besten Spiele meines Lebens.

SPIEGEL: Sie waren damals nach Frankfurt gewechselt, weil Sie einen Stürmer des FC Bayern München mit einem Faustschlag niedergestreckt hatten ...

Stein: Den Hieb gegen Jürgen Wegmann kann ich mir bis heute nicht erklären. Es war eine Kurzschlussreaktion, und der HSV zog die Konsequenzen. Bis zu meinem Rauswurf konnte ich mir nicht vorstellen, den Verein jemals zu verlassen.

SPIEGEL: Sie sind gebürtiger Hamburger und absolvierten 228 Bundesligaspiele für den HSV. Wie bewerten Sie den Abstieg?

Stein: Für Trainer Christian Titz und die treuen Fans tut es mir leid. Über die Jahre wurde beim HSV aber so viel falsch gemacht, dass der Abstieg die logische Konsequenz ist.

SPIEGEL: Thema Manuel Neuer – finden Sie es richtig, mit vier Torhütern in die WM-Vorbereitung zu gehen?

Stein: Ja. Die Tür sollte für ihn so lange wie möglich offen sein. Letztlich muss er im Gespräch mit Jogi Löw ehrlich erklären, ob er sich zu 100 Prozent fit fühlt oder nicht. PK

»Mama, es ist vorbei«

SPIEGEL-Gespräch Rennfahrer Nico Rosberg und Eishockeyspieler

Christian Ehrhoff beendeten ihre Karrieren auf dem Zenit ihres Erfolgs. Was hat sie dazu getrieben? Und wie fühlt sich das Leben jetzt an?

Monaco im Mai. Im Foyer des Hotels Le Méridien Beach Plaza treffen sich zwei ehemalige Weltklassesportler. Der eine hat 20 Jahre auf dem Eis verbracht, der andere 20 Jahre im Cockpit von Rennautos. Auf dem Höhepunkt ihres Erfolgs zogen sie sich aus dem Profisport zurück. Völlig unerwartet für Fans, Freunde und Familie.

Nico Rosberg, 32, saß mit 17 als seinerzeit jüngster Fahrer der Motorsportgeschichte in einem Testwagen der Formel 1. Elf Jahre lang fuhr Rosberg im Schatten von Teamkollegen wie Michael Schumacher und Lewis Hamilton, bevor er 2016 endlich Weltmeister wurde. Fünf Tage nach dem Triumph gab er seinen Rücktritt bekannt.

Christian Ehrhoff, 35, lernte Eishockey bei den Krefelder Pinguinen. In der nordamerikanischen National Hockey League (NHL) war er später kurzzeitig der bestbezahlte Verteidiger der Welt. Ehrhoff vertrat Deutschland bei sieben Weltmeisterschaften und vier Olympischen Spielen. Vier Wochen nach dem Gewinn der Silbermedaille von Pyeongchang beendete er seine Karriere.

SPIEGEL: Herr Ehrhoff, Herr Rosberg, wie findet man sich nach zwei Jahrzehnten im Profisport im normalen Alltag zurecht?

Ehrhoff: Einen richtigen Tagesablauf habe ich in diesen zwei Monaten noch nicht entwickelt. Ich kann meine Frau nun besser unterstützen, bin an den Wochenenden zu Hause, das ist eine ganz neue Erfahrung. Ich versuche, ein wenig Zeit zu finden für ein paar Hobbys, Golf und Tennis. Ich will erst mal den Kopf freikriegen, mich ins neue Leben reinfühlen.

Rosberg: Witzig. Genau das habe ich damals auch gesagt, in Kopie. Und jetzt, nur anderthalb Jahre später, bin ich in einer komplett anderen Lebensphase. 18 Monate machen einen Monsterunterschied aus.

Ehrhoff: Das kann ich mir vorstellen.

Rosberg: Es braucht einfach Zeit. Ich habe nur dafür gelebt, das nächste Ding zu gewinnen. Jeden Tag trainieren, noch besser werden, Ernährung, Fitness, Verletzungsprophylaxe, das wird zur Identität. Es ist nicht einfach, wenn das plötzlich wegfällt.

SPIEGEL: Sind Sie in ein Loch gefallen?

Rosberg: Loch klingt zu extrem, das nicht, aber man durchlebt schwierige Phasen, muss sich erst mal finden – und einen neuen Sinn.

SPIEGEL: Wie lange hat dieser Prozess gedauert?

Rosberg: Der dauert noch an, aber ich habe einen Riesenschritt gemacht. Ich pflege meine Sponsoren und habe mir ein cooles neues Team aufgebaut, mit dem ich neue Projekte angehe, um in der Businesswelt Erfolg zu haben.

Die Bedienung kommt an den Tisch. Rosberg fragt nach Karottensaft. Haben sie nicht. Also Tomatensaft. »Spicy?«, fragt die Kellnerin. »No, no, no«, sagt Rosberg. »And some purple chips.« Er zeigt zur Bar, auf der Kelche mit Trüffelpotatofelchips stehen. Ehrhoff bestellt Espresso und stilles Wasser.

SPIEGEL: Wie sieht Ihr Zeitplan aus, Herr Ehrhoff?

Ehrhoff: Die nächsten sechs Monate will ich mich auf nichts festlegen, was nicht heißt, dass ich ratlos auf dem Sofa sitze. Ich habe das Glück, machen zu können, wozu ich Lust habe. Das können nicht alle Profisportler nach ihrer Karriere. Die meisten hören ja auf, haben sich nicht vorbereitet und müssen dann irgendwas machen.

Rosberg: Ich erlaube mir mal, einen Tipp zu geben (*lacht*).

Ehrhoff: Klar, gern.

Rosberg: Geh raus und rede mit Menschen, die dich interessieren. Das hat mir enorm geholfen. Da finden sich ganz neue Wege. Und gerade jetzt nach deinem Erfolg hat jeder Zeit für dich.

SPIEGEL: Abseits des Erfolgs, was hat Ihnen beiden der Sport gegeben?

Rosberg: Er hat enorm zu meiner persönlichen Entwicklung beigetragen. Ich habe natürlich gelernt, wie man mit Druck umgeht, wie man mit anderen Menschen klar kommt, was Teamgeist bedeutet. Aber auch, dass ich besser werde, wenn ich mich ins Unangenehme stürze, wie zum Beispiel vor vielen Menschen zu reden.

Ehrhoff: Die Lebenserfahrung, die ich jetzt mit 35 habe, hätte ich in keinem anderen Beruf sammeln können. Ich habe in vielen Städten im Ausland gelebt. Als jun-

ger Spieler musste ich mich erst zurechtfinden, als Führungsspieler später vorneweg gehen.

SPIEGEL: Was waren besondere Momente Ihrer Karriere?

Ehrhoff: Mit einem Team etwas zu gewinnen, das gibt einem viel. Wie jetzt bei Olympia. Schon die Qualifikation war sehr emotional.

SPIEGEL: Sie gewannen das entscheidende Spiel gegen Lettland mit 3:2.

Ehrhoff: Wir standen unter großem Druck, schließlich ging es auch um Fördergelder für den Verband. Das Leuchten in den Augen der Jungs, die zum ersten Mal dabei sein konnten. Und dass wir das am Ende noch krönen konnten mit dem historischen Triumph, das ist wunderschön.

SPIEGEL: Schöner als der Gewinn der deutschen Meisterschaft 2003 mit Krefeld, Ihrem Heimatverein?

Ehrhoff: Das war auch unheimlich groß. Der Verein wartete seit 51 Jahren auf eine Meisterschaft. Und dann haben wir es echt geschafft. Damals war ich 20 und dachte, das geht jetzt so weiter.

Rosberg: Das habe ich in dem Alter auch gedacht.

SPIEGEL: Woran erinnern Sie sich?

Rosberg: Der erste Sieg hier zu Hause in Monaco, 2013, das war das beste Wochenende meiner Karriere. Und dann der WM-Gewinn natürlich. Ich bin mir nicht sicher, ob ich so intensive Emotionen noch einmal erleben werde. Das sind Dimensionen (*schüttelt den Kopf*) – crazy, völlig crazy.

SPIEGEL: Was verursacht solche Höhen?

Rosberg: Die Arbeit, die da drinsteckt. Bei meinem letzten Rennen, 2016 in Abu Dhabi, da kamen in den letzten zwei Runden Bilder aus den vergangenen 20 Jahren hoch. Wäre da etwas schiefgegangen, wäre alles für die Katz gewesen.

SPIEGEL: Was hätten Ihre Eltern dazu gesagt?

Rosberg: Meine Mutter war immer voller Liebe, ihr war völlig wurscht, ob ich gewinne oder Letzter bin. Mein Vater war auch unterstützend, aber erwartungsvoller. (*Keke Rosberg wurde 1982 Formel-1-Weltmeister –Red.*) Ich habe ihm als kleiner Junge immer zugeschaut und mir gesagt, das muss ich auch machen eines Tages.

SPIEGEL: Welche Rolle haben Ihre Eltern gespielt, Herr Ehrhoff?



REBECCA MARSHALL / DER SPIEGEL

Ex-Spitzensportler Rosberg, Ehrhoff: »Vom Kopf her war ich fertig«

Ehrhoff: Sie hatten mit Eishockey nichts zu tun, mein Vater kann nicht mal Schlittschuh laufen. Mit 17 habe ich morgens in Krefeld trainiert und abends in Duisburg, da mussten mich meine Eltern zweimal am Tag hin- und herkutschieren. Ihnen habe ich am meisten zu verdanken.

SPIEGEL: Eishockey und Rennfahren sind beides risikoreiche Sportarten. Hatten Ihre Eltern Sorge um Sie?

Ehrhoff: Meine Mutter konnte meine Spiele nicht im Fernsehen gucken, sie hatte zu große Angst um mich. Ihr ist wahrscheinlich der größte Stein vom Herzen gefallen, als ich aufgehört habe.

Rosberg: Meine Mutter hat meine Rennen auch nicht geguckt. Als ich zurückgetreten bin, habe ich zu ihr gesagt: »Mama, du brauchst nie wieder Angst zu haben in deinem Leben, es ist vorbei« *(lacht)*.

SPIEGEL: Wie gefährlich haben Sie selbst Ihren Beruf empfunden?

Ehrhoff: Wir riskieren auf dem Eis nicht unser Leben, aber natürlich nehmen wir langfristige Verletzungen in Kauf. Aber darüber denkt man nicht nach. Ich hatte nie Angst, mich zu verletzen.

SPIEGEL: Dabei hätten Sie mit 19 fast ein Auge verloren.

Ehrhoff: Ja, ich habe einen Schläger ins Auge bekommen, auf der Netzhaut ist eine Narbe zurückgeblieben. Deswegen sehe ich links schlecht. Es stand für mich aber nie zur Debatte, deswegen aufzuhören.

Rosberg: Und das hat dich nicht beeinträchtigt auf dem Eis?

Ehrhoff: Nein, das rechte Auge hat alles übernommen.

Rosberg: *(hebt das »Reserviert«-Schild vom Tisch hoch)* Kannst du das mit links nicht lesen?

Ehrhoff: Nein, nur mit rechts.

Rosberg: Das ist ja krass.

SPIEGEL: Sie erlitten 2015 zudem zwei Gehirnerschütterungen.

Ehrhoff: Die waren problematisch. Ich war zweimal hintereinander sechs Wochen außer Gefecht. Als ich nach der zweiten Verletzung vom Eis ging, dachte ich, das könnte der letzte Moment meiner Karriere sein.

SPIEGEL: Herr Rosberg, Sie wurden vor mehr als zehn Jahren bei einem Unfall ausgeknockt.

Rosberg: Ja, das war in der Formel 3. Die Bremse hat versagt, und ich bin voll in die Bande geflogen am Ende der Start-Ziel-Geraden. Aber ich habe Glück gehabt.

SPIEGEL: Haben Sie gesundheitliche Probleme durch Ihren Sport?

Rosberg: Die Wirbelsäule hat schon einiges abbekommen. Ein paar Wehwehchen, aber das kann auch das Alter sein.

SPIEGEL: Sie sind 32!

Ehrhoff: Ab 30 geht das los *(lacht)*.

Rosberg: Das ist so.



Olympiazweiter Ehrhoff 2018 in Korea: »Historischer Triumph«

Ehrhoff: Bei mir ist es auch der Rücken. Ich muss weiter Krafttraining machen, sonst kriege ich da Probleme.

SPIEGEL: Was waren die Tiefpunkte Ihrer Karrieren?

Rosberg: Ich hatte einige, besonders in den letzten Jahren gegen Lewis. Ich habe einmal die WM verloren im letzten Rennen der Saison, nachdem ich fast das ganze Jahr geführt hatte. Sich danach mit der Familie im Arm zu liegen, und alle weinen – boah. In unserem Sport weiß man ja auch nie, ob man noch eine Chance bekommt, denn man ist sehr vom Auto abhängig.

Ehrhoff: Ich habe 2011 mit Vancouver das Stanley-Cup-Finale verloren, im entscheidenden Spiel um die NHL-Meisterschaft. Da stehst du am Ende einer Saison nach 107 Spielen mit leeren Händen da und musst zusehen, wie der Gegner feiert.

SPIEGEL: Wie fühlt sich das an?

Ehrhoff: Erst mal war da totale Leere. Aber als ich nach dem Spiel meine Familie gesehen habe, bin ich in Tränen ausgebrochen. Du hast das Gefühl, auch die Erwartungen der anderen enttäuscht zu haben.

Rosberg: *(nickt)* Ich kann diesen Moment exakt nachempfinden.

SPIEGEL: Wie ist es dann, die Schlagzeilen am nächsten Tag zu lesen?

Ehrhoff: Ich habe mich nie darum geschert, was über mich geschrieben wurde, auch nie was gelesen. Außer jetzt bei Olympia.

Rosberg: Für mich gab es nur Familie und Rennsport. Keine News, kein Facebook, kein Instagram. Zwischenzeitlich hatte ich nicht mal ein Handy. Absoluter Fokus.

SPIEGEL: Braucht man den besonders, wenn der größte Konkurrent, Lewis Hamilton, im eigenen Team fährt?

Rosberg: Das ist schon echt kompliziert.

SPIEGEL: Kann man so eine Situation lösen?

Rosberg: Nein. Man hat 1300 Leute im Team, die zwei Rennautos bauen. 650 sind Nico-Fans, 650 sind Lewis-Fans, das zieht sich hoch bis zu den Chefs.

SPIEGEL: Haben Sie noch Kontakt zu Hamilton?

Rosberg: Fast gar nicht, obwohl wir im gleichen Haus wohnen. Jetzt ist der Pool wieder offen, da sieht man sich ab und zu. Früher ist er auch mal zum Burgeressen vorbeigekommen, das hat aber aufgehört.

Ehrhoff: *(grinst)* Er isst ja kein Fleisch mehr, vielleicht deshalb.

SPIEGEL: Sie sind auch Vegetarier.

Rosberg: Echt? Hat dir das was gebracht?

Ehrhoff: Ich habe den Eindruck, dass es mir bei der Regeneration geholfen hat.

Rosberg: Als ich gefahren bin, habe ich auf alles verzichtet: kein Gluten, keine Laktose, keine Fruktose, kein Industriezucker.

SPIEGEL: Haben Sie das beibehalten?

Rosberg: *(greift in die Chips-Schale)* Nein, jetzt ist mir alles egal *(beide lachen)*. Aber Mann, der Körper verwandelt sich. Unglaublich! Ich habe meinem Vater, der ein bisschen Bauch hat, früher gesagt, ich werde mich nie gehen lassen – habe ich alles zurückgenommen.

SPIEGEL: Herr Ehrhoff, auch Sie hatten mit Konflikten in Ihren Teams zu kämpfen. Wie sind Sie als Kapitän damit umgegangen?

Ehrhoff: Ich war eher ein ruhiger Typ, der mit gutem Beispiel voranging. Aber wenn ich mal laut wurde, wussten die anderen, dass es ernst ist.

SPIEGEL: Wie greifbar waren Sie für Ihr Team, Herr Rosberg?

Rosberg: Ich habe mir sehr viel Mühe gegeben, weil ich wusste, wie viel Energie meine Mechaniker investiert haben. Deren Familien haben darunter gelitten, wenn die mal wieder Tag und Nacht an dem Auto gebastelt haben, das ich am Ende



Weltmeister Rosberg 2016 in Abu Dhabi: »Crazy, völlig crazy«

gefahren bin. Deshalb: Meine Rennsportfamilie am Ende hängen zu lassen, das war mit das Heftigste für mich.

SPIEGEL: Inwiefern?

Rosberg: Ich hatte bei meinem Rücktritt noch zwei Jahre Vertrag und wusste, wie sehr ich mein Team in Schwierigkeiten bringe. Alle anderen Fahrer standen bereits unter Vertrag.

SPIEGEL: Warum sind Sie dann zurückgetreten?

Rosberg: Einmal Weltmeister zu werden, das war mein Kindheitstraum. Ich hatte mein Ziel erreicht. Die Überlegung, mehr Zeit für die Familie zu haben. Es war perfekt, es ist alles zusammengekommen. Als ich dann beim letzten Rennen über die Ziellinie fuhr, war mir klar: Ich mache das.

SPIEGEL: Das klingt nach einer einsamen Entscheidung.

Rosberg: Total. Ich habe es meiner Frau erst kurz vor der Verkündung erzählt und meinen Eltern nur eine SMS geschickt.

SPIEGEL: Sie haben sie nicht angerufen?

Rosberg: Ich habe mich nicht getraut. Ich hatte es auch meinem besten Freund erzählt, der mein größter Fan war. Der war am Boden zerstört und meinte: Jetzt weiß ich, wie sich meine Schwester gefühlt hat, als sich Take That aufgelöst hat (*beide lachen*). Ich war kaputt danach. Wenn mein Kumpel schon so reagiert, was wird dann wohl mein Vater sagen?

SPIEGEL: Was stand in der SMS?

Rosberg: »Mama, ich hör auf, bitte sag es dem Papa, ich melde mich später mal« (*klatscht lachend in die Hände*). Das war super.

SPIEGEL: Wie war es bei Ihnen?

Ehrhoff: Ähnlich. Ich hatte seit Beginn der letzten Saison überlegt, wann der richtige Zeitpunkt wäre. Körperlich habe ich mich noch super gefühlt, aber vom Kopf her

war ich fertig, es hat sehr viel Kraft gekostet, sich mental immer wieder aufs Neue auf Spiele vorzubereiten. Aber ich wollte unbedingt noch einmal bei Olympia dabei sein. Als ich dann in Pyeongchang ankam, wusste ich: Nach der Saison ist Schluss.

SPIEGEL: Am 25. März schieden Sie mit den Kölner Haien in den Play-offs aus. Das war Ihr letztes Spiel.

Ehrhoff: Danach saß die Mannschaft stumm in der Kabine, und ich habe kein Wort rausbekommen. Ich habe es den Jungs dann nach und nach erzählt. Dabei kamen mir schon die Tränen. Zu Hause habe ich dann einen Post für Instagram verfasst und meiner Frau vorgelesen, das war auch noch mal sehr emotional. Ich war erleichtert, als der dann raus war.

SPIEGEL: Das war sechs Wochen vor Beginn der Eishockey-WM. Es gab negative Reaktionen, eine Überschrift lautete: »Ehrhoff lässt das Nationalteam im Stich«. Was denken Sie, wenn Sie so was hören?

Rosberg: Da brauchst du jetzt gar nichts zu sagen, ich rede mal für dich. Das ist doch komplett scheiße. Was er für unser Land geleistet hat in all den Jahren und jetzt bei Olympia – das hat es doch überhaupt noch nie gegeben, oder?

Ehrhoff: Nein, das war der größte Erfolg des deutschen Eishockeys.

Rosberg: Der größte Erfolg der deutschen Eishockeygeschichte. Come on, guys, was wollt ihr denn noch?

Ehrhoff: Ich verstehe das auch nicht.

Rosberg: Habt ihr danach eigentlich schön gefeiert?

Ehrhoff: Na ja, so richtig ausgelassen war das nicht. Wir mussten noch in der Nacht wieder zum Flughafen, und drei Tage später stand das nächste Ligaspiel an.

SPIEGEL: Haben Sie das Finale gesehen?

Rosberg: Nein. Aber ich bin auch so was von raus. Aus allem. Mit zwei kleinen Töchtern bleibt kaum Zeit für anderes. Hast du auch Kinder?

Ehrhoff: Ja, drei Töchter, neun, sieben und dreieinhalb. Wie alt sind deine?

Rosberg: Zweieinhalb und acht Monate.

Ehrhoff: Oh, das ist noch viel Arbeit.

Rosberg: Heute früh um zwei kam meine Frau und sagte: Es geht nicht mehr. Die Kleine hat nur geweint. Also: Boxenstopp, fliegender Wechsel, ich habe übernommen.

SPIEGEL: Stichwort Boxenstopp. Juckt es Sie heute, wenn Sie Formel 1 schauen?

Rosberg: Ich genieße die Rennen, aber ich finde es schön, dass ich jetzt als TV-Experte zu dieser Show beitrage – ich habe ja ein Insiderwissen, das nur wenige haben.

SPIEGEL: Und wie ist es mit Eishockey?

Ehrhoff: Die Play-off-Spiele habe ich mit einem weinenden Auge verfolgt, aber eher weil ich selber nicht so weit gekommen bin. Spannend wird es, wenn ich zum ersten Mal als Zuschauer in einer Halle bin. Mal sehen, ob ich das Gefühl bekomme, dass ich eigentlich mitspielen sollte.

SPIEGEL: Also eine Rückkehr ist für Sie beide kein Thema?

Ehrhoff: Für mich ist das ausgeschlossen.

Rosberg: Kommt darauf an. Wenn Ferrari das Angebot verdoppelt, muss ich noch mal überlegen. Nein, ich bin komplett erfüllt.

SPIEGEL: Was sind Ihre nächsten Ziele?

Rosberg: Die Mobilität zu fördern. Ich bin Investor in der Formel E, dort werden Motoren entwickelt, die später alle auf der Straße fahren werden. Ich bin bei Autos zu Hause, finde Themen wie Nachhaltigkeit und grüne Mobilität sehr spannend. Dazu will ich meinen Teil beitragen.

SPIEGEL: Herr Ehrhoff, ist es bei Ihnen noch zu früh, über Ziele zu reden?

Ehrhoff: Ich möchte schon weiter im Eishockey bleiben. Der Sport hat mir so tolle Momente ermöglicht, da möchte ich etwas zurückgeben. In welcher Form das sein wird, muss sich noch zeigen. Und ich möchte auch als Unternehmer meine Erfahrungen machen. Ich habe mit zwei Freunden ein Physiotherapie- und Fitnesszentrum aus der Insolvenz übernommen, das versuchen wir wieder anzuschieben.

SPIEGEL: Herr Rosberg, weil Sie jetzt schon viel länger raus sind: Was vermissen Sie am wenigsten aus dem Sportlerleben?

Rosberg: Meine Torturmaschine für die Nackenmuskulatur.

SPIEGEL: Ihre Torturmaschine?

Rosberg: Ja, die steht in meiner Garage. Da sitzt man drin wie in einem Rennwagen. An dem Helm sind Ketten mit Gewichten befestigt. Dann geht es los, in alle Richtungen. Ekelhaft. Ich schwöre, da setze ich mich nie wieder rein.

SPIEGEL: Herr Ehrhoff, Herr Rosberg, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Angriff auf den Zeugen

Bundesliga Manuel Gräfe hat öffentlich Missstände im Schiedsrichterwesen angeprangert. Ein Gutachten empfiehlt daraufhin, ihn auszubooten. Die DFB-Aufklärung gerät zur Farce.

Der Schiedsrichter Manuel Gräfe war in der abgelaufenen Bundesliga-Saison ein Mann für die wichtigen Spiele. Im Revierderby und im Abstiegs-kampf – kein Schiedsrichter hat in dieser Spielzeit mehr Partien geleitet als Gräfe.

Ausgerechnet Gräfe soll jedoch aus dem Verkehr gezogen werden – so zumindest lautete im Januar die Empfehlung eines Gutachters des Deutschen Fußball-Bundes (DFB). Gräfe, 44, sei »ab sofort« nicht mehr »mit Spielleitungen zu betrauen«. Die DFB-Gremien sind dieser Empfehlung

tionsskandal um Robert Hoyzer im Jahr 2005.

Der DFB versuchte zunächst, die Gräfe-Affäre mit geringem Aufwand wegzubügeln, Krug und Fandel wurden teilweise entmachtet. Das war ein Teilerfolg für Gräfe, der als einziger aktiver Schiedsrichter öffentlich die Vorgesetzten angegangen war. Doch der Streit ging weiter, bis der DFB bei seinem verbandseigenen Ombudsmann für Spielmanipulation und Schiedsrichterwesen, Carsten Thiel von Herff, ein Gutachten in Auftrag gab.

der vor fast sieben Jahren versucht hatte, sich das Leben zu nehmen, seien »unverkennbar«, schreibt Thiel von Herff. Der Schiedsrichter selbst antwortet auf Anfrage, er halte die Ausführungen des Gutachters für unvollständig und zum Teil »mindestens fahrlässig«.

Fandel sagt, es sei nicht seine Absicht gewesen, zu viel Druck aufzubauen, an das Zitat könne er sich nicht erinnern. Auch der Gutachter sieht keinen Beweis für Mobbing. Überhaupt kommt Thiel von Herff zu Schlussfolgerungen, die Gräfes Kritik in vielen Punkten widersprechen. Krug und Fandel seien vom DFB »öffentlich zu rehabilitieren«. In 3672 Datensätzen sei keine systematische Einflussnahme auf die Benotung zu erkennen.

Der DFB-Gutachter, an den sich Whistleblower mit Informationen zu Spielmanipulationen vertrauensvoll wenden sollen, hat nicht nur an der Aufklärung der Vorwürfe gearbeitet. Er fertigte zudem einen

Bericht über seine persönlichen Eindrücke vom Hauptzeugen Manuel Gräfe an. Seine Beschreibungen fallen nicht sonderlich schmeichelhaft aus und stellen Gräfe als manipulativ dar. Er sei »nicht kontrollierbar«, außerdem solle man dem Schiedsrichter einen Kontakt zur Robert-Enke-Stiftung vermitteln, »als reine Vorsichtsmaßnahme«. Die Stiftung fördert Projekte, die über Depressionen aufklären.

Gräfe, der in der Fußballszenen durchaus als komplizierter, fordernder Charakter bekannt ist, focht das Gutachten mit einem 108 Seiten langen Schreiben anwaltlich an. Der Brief, für den der Gutachter nun wiederum Gräfe verklagen will, ging am 19. April auch an mehrere Vorgesetzte und kursiert seitdem in der DFB-Führung.

In dem Schreiben spricht der Anwalt des Schiedsrichters sogar von einer Intrige. Thiel von Herff habe im Gespräch mit Gräfe Informationen platziert, um seinen Zeugen zu testen.

Als diese am folgenden Tag in einem Artikel der »Bild«-Zeitung auftauchten, fühlte sich der Gutachter in seinem Misstrauen bestätigt. Gräfes Anwalt bestreitet, dass der Schiedsrichter die Details durchgestochen hat und hält das in seinem Schreiben für faktisch widerlegt.

Das Gespräch mit Gräfe hat Thiel von Herff in 30 Stichpunkten zusammengefasst. Nun steht Aussage gegen Aussage über den genauen Gesprächsinhalt. Gräfes Anwalt übermittelt zudem weitere Aussagen von Zeugen, die mit ihrer Rolle in Thiel von



FOTO: HUEBNER / PICTURE ALLIANCE / DPA

Unparteiischer Gräfe: Aussage gegen Aussage

nicht gefolgt. Vielmehr stellt man sich in der Verbandsspitze nun Fragen über diese Art der Aufklärung.

Es ist eine neue Volte im Schiedsrichterstreit, der seit August 2017 schwelt. Manuel Gräfe kritisierte in einem »Tages-spiegel«-Interview die Schiedsrichterbosse Hellmut Krug und Herbert Fandel hart. Er warf ihnen Vetternwirtschaft und Einflussnahme bei der Schiedsrichterbenotung vor. Zudem attackierte Gräfe seinen Kollegen Felix Zwayer für dessen Verstrickungen im Manipula-

tionsskandal um Robert Hoyzer im Jahr 2005. Der DFB versuchte zunächst, die Gräfe-Affäre mit geringem Aufwand wegzubügeln, Krug und Fandel wurden teilweise entmachtet. Das war ein Teilerfolg für Gräfe, der als einziger aktiver Schiedsrichter öffentlich die Vorgesetzten angegangen war. Doch der Streit ging weiter, bis der DFB bei seinem verbandseigenen Ombudsmann für Spielmanipulation und Schiedsrichterwesen, Carsten Thiel von Herff, ein Gutachten in Auftrag gab.

Herffs Gutachten nicht einverstanden sind. Der Bundesliga-Schiedsrichter Guido Winkmann bekundet, er hätte seine Zeugenaussage so nicht unterschrieben. Sein Kollege Robert Hartmann beklagt, er sei »wenig detailgetreu und in Teilen eindimensional wiedergegeben« worden. Thiel von Herff bestreitet das. Der ehemalige Schiedsrichterassistent Carsten Kadach erklärt laut Gräfes Anwalt, dass der Gutachter »belastende Details gegen H. Krug und H. Fandel« außer Acht gelassen habe. Thiel von Herff sagt, selbst auf Nachfrage habe Kadach keine belastenden Details geäußert.

Kadach kommt zu dem Schluss, dass es sich bei dem Gutachten »keinesfalls um eine externe Untersuchung handeln« könne, sondern um eine »sportpolitisch gesteuerte Aufarbeitung für den DFB«. Thiel von Herff hingegen sagt, Kadachs Aussagen seien »mit Vorsicht zu genießen«. Er habe ein differenzierendes Gutachten vorgelegt.

In seiner Handlungsempfehlung an den DFB rät Thiel von Herff, »die Chance des ersten ›medialen Aufschlags‹ zu nutzen und das Ergebnis seiner Untersuchung öffentlich zu kommunizieren, um Gräfe die Möglichkeit zu nehmen, ›Tatsachen in der Öffentlichkeit anders darzustellen‹. Im nächsten Satz schreibt der Gutachter wiederum, es gehe nicht darum, ›einen Zeugen zu sanktionieren oder gar mundtot zu machen‹ – nur um anschließend zu empfehlen, Gräfe als Schiedsrichter auszubooten.

Das DFB-Präsidium ist dieser Empfehlung nicht gefolgt. Vielmehr zeigt man sich in der Verbandsführung erschrocken über das strittige Gutachten. Ein hochrangiger DFB-Funktionär spricht aufgebracht ins Telefon: »Das ist alles verunglückt, eine Katastrophe.« Erst, so der Mann, der die inneren Abläufe beim DFB sehr gut kennt, hätte die verbandseigene Ethikkommission unter dem Vorsitzenden Ex-Außenminister Klaus Kinkel den Schiedsrichterstreit lösen sollen. »Das war eine Farce«, sagt der Funktionär. »Kinkel wollte lediglich verhindern, dass weiterhin in der Öffentlichkeit mit Schmutz geworfen wird.« Kinkel selbst antwortet darauf, dass er alle Akten vorliegen gehabt und sehr wohl eine einvernehmliche Lösung im Gespräch mit allen Beteiligten gesucht habe. Eine Untersuchung wäre aber zu umfangreich und teuer geworden und zu keinem raschen Ergebnis gekommen.

Aus der Sicht des DFB-Funktionärs folgte dann der Kardinalfehler des Verbandes, der den Skandal rund um die deutschen Referees auf die Spitze trieb: »Statt Thiel von Herffs hätte der DFB sofort einen unabhängigen Prüfer installieren müssen.« In einer Stellungnahme antwortet der DFB, dass Thiel von Herff ein »komplett unabhängiger Prüfer« sei, der hohes Ansehen genieße.

Rafael Buschmann, Christoph Winterbach



Das Nachrichten-Magazin für Kinder.



**Jetzt
testen:**

www.deinspiegel.de



dein SPIEGEL
EINFACH MEHR WISSEN



stern

Was uns bewegt.

Große Geschichten. Jeden Donnerstag. Und auf stern.de

TITEL

Die irre Show

Während Präsident Trump seit einem Jahr twittert und wütet, hat die Regierung in seinem Auftrag begonnen, alles abzuwickeln, was Amerika einst wichtig war. Über das Politik-Theater im Weißen Haus – und eine tief verstörte Nation

Von Andreas Albes und Nicolas Büchse

Wissenschaft+Technik

Starke Hintergrundgeräusche mindern die Fähigkeit, Süßes und Salziges zu schmecken. ► S. 110



NICOLE OTTAWA / OLIVER MECKES (EYE OF SCIENCE)

Die wenige Millimeter große Eintagsfliegenlarve (hier mit mehr als hundertfacher Vergrößerung dargestellt) schwimmt am Grund von Bergbächen oder Flüssen, wo sie sich von Resten abgestorbener Pflanzen ernährt. Die erwachsene Eintagsfliege nimmt keine Nahrung mehr auf – was auch nicht nötig ist, weil sie nur wenige Tage lebt, die sie mit Begattung und Eiablage verbringt. Das Foto stammt aus dem soeben erschienenen Buch »Wandlungskünstler. Die geheime Erfolgsgeschichte der Insekten«.

Infektionskrankheiten

Gefährliche Mückenspucke

● Der Speichel von Mücken könnte Krankheitserreger, die von den Insekten übertragen werden, noch gefährlicher machen. Das haben amerikanische For-

scher in Experimenten an sogenannten humanisierten Mäusen herausgefunden, Versuchstieren mit einem menschlichen Immunsystem. Obwohl die Nager im Laborversuch nur von erregerefreien Mücken gestochen wurden, verursachten die im Mückenspeichel enthaltenen Proteine eine starke, bis zu sieben Tage andauernde Immunreaktion. Bei infizier-

ten Mücken, so glauben die Forscher, helfe diese Reaktion Krankheitserregern wie dem Zika- oder dem West-Nil-Virus, sich im menschlichen Körper zu vermehren. Wenn es hingegen gelänge, einen Impfstoff gegen die Mückenspuckeproteine zu entwickeln, könnte das möglicherweise die Übertragung tropischer Krankheiten eindämmen. VH

»Heroin ist eine Verliererdroge«



Der niederländische Drogenberater Charles Dormans, 62, von der gemeinnützigen Organisation Novadic-Kentron für Suchtforschung und -prävention über neue

Rauschmittel und gefährliche Missverständnisse

SPIEGEL: Sie koordinieren die Arbeit von sieben Zentren, bei denen Konsumenten anonym Drogen testen lassen können. Wäre es nicht wichtiger, vor der Einnahme illegaler Drogen zu warnen?

Dormans: Klar, aber sie werden ja trotzdem genommen. Und es kann einen großen Unterschied ausmachen, womit eine Droge verunreinigt ist. Vor Kurzem haben wir Kokain gefunden, das mit Atropin verunreinigt war; die Einnahme kann tödlich enden. Wir haben Alarm ausgelöst und Polizei, Krankenhäuser, Ärzte informiert. Und natürlich auch das Publikum, über Flyer und Social Media.

SPIEGEL: Was erhoffen sich die Konsumenten von den Tests?

Dormans: Häufig kommen die zu uns mit einer Pille und fragen: Ist die gut oder schlecht? Dann muss ich oft erst einmal aufklären, wie gefährlich diese Drogen sind, egal, ob sie verunreinigt sind oder nicht.

SPIEGEL: Welche Mittel sind besonders gefährlich?

Dormans: Bei Open-Air-Festivals wird viel Ecstasy geschluckt, diese kleinen Pillen mit den lustigen Logos drauf. Ecstasy gilt als Liebesdroge, man kommt oft zärtlich drauf. Aber die Dosierung des Wirkstoffs MDMA hat sich in den letzten Jahren verdoppelt. Aktuell ist also eine Ecstasy-Pille so wirksam wie früher zwei. Damit wächst das Risiko einer Vergiftung.

SPIEGEL: Warum steigt die Dosis an?

Dormans: Viele Konsumenten suchen den schnellen Kick, nach dem Motto der Leistungsgesellschaft: Ich arbeite hart, ich feiere hart. Sie glauben, dass die Droge selbst sie high mache. Das stimmt aber gar nicht.

SPIEGEL: Sondern?

Dormans: Die Pillen führen dazu, dass Neurotransmitter wie Serotonin vermehrt ausgeschüttet werden und länger wirken. Ich kann noch so viele Pillen schlucken, aber wenn meine Serotoninspeicher nach einer Party leer sind, bringt das gar nichts mehr. Der Körper braucht zwei oder drei Monate, bis Ecstasy wieder in gleicher Intensität wirkt. Wer öfter Pillen nimmt, bekommt statt eines Kicks eher eine Vergiftung.

SPIEGEL: Woher wissen Sie all das?

Dormans: Es ist meine Arbeit, Entwicklungen auf dem Drogenmarkt zu verfolgen, aber ich habe auch eigene Erfahrungen. Als junger Mann war ich heroinsüchtig. Die Kids von heute lachen darüber nur, Heroin gilt heute als totale Verliererdroge. Aber meine eigenen Erfahrungen sind ein guter Anlass, um ins Gespräch zu kommen. Das ist wie beim Thema Sex. Aufklärung ist viel wirkungsvoller als Tabu und Verbote. HIL

»Knochen von dem Tier mit dem Rüssel«

Der Internethandel mit Elfenbein hat in Deutschland stark zugenommen. Bei einer Suche auf Onlinemarktplätzen fanden Mitarbeiter des International Fund for Animal Welfare 172 Anzeigen, in denen insgesamt 211 Objekte aus Elfenbein angeboten wurden. 2014 waren bei einer ähnlichen Suchaktion nur 27 derartige Anzeigen entdeckt worden. Angeboten wurde das Elfenbein in Form von Broschen, Ketten, Statuen und anderen Schnitzereien. Auf vielen Onlinemarktplätzen ist der Verkauf von Elfenbein seit Langem verboten. Trotzdem sei man dort auf Anzeigen gestoßen. Meist kam es dann aber nicht zum Verkauf. Um die wahre Natur der Ware zu verschleiern, seien die Produkte mitunter auch als »Bein der Elfe« oder »Knochen von dem Tier mit dem Rüssel« angeboten worden. VH



Beschlagnahmtes Elfenbein

Analyse

Mehr Sicherheit, weniger Reichweite

Zwei tödliche Tesla-Unfälle beunruhigen: Wie brandgefährlich sind Elektroautos?

Dass Autos ohne Verbrennungsmotor in Flammen aufgehen, klingt überraschend. Genau das passierte aber, als kürzlich ein deutscher Tesla-Fahrer auf einer Schweizer Autobahn in die Leitplanke schleuderte und tödlich verunglückte. Aufnahmen der Bergungsarbeiten zeigen den havarierten Wagen in einem Flammenmeer. Er brannte ebenso aus wie ein zwei Tage zuvor in Florida verunglückter Tesla, in dem zwei Insassen beim Aufprall gegen eine Wand ums Leben gekommen waren.

Ob die Flammen Todesursache waren, konnte bisher in keinem der Unglücksfälle geklärt werden. Unstrittig ist aber, dass Lithium-Ionen-Akkus brandgefährlich sein können; ihr Elektrolyt enthält leicht entzündliche organische Verbindungen. Fest steht auch, dass Tesla einen Batterietyp mit einer Nickel-Cobalt-Aluminiummischung (NCA) an der Kathode einsetzt, der sehr hohe Energiedichten speichert, sich im Falle einer Beschädigung der Zellen aber auch rasch und heftig entflammen kann. Üblicherweise set-

zen die meisten anderen Hersteller von Elektroautos deshalb bei ihren Großakkus auf weniger energiehaltige, dafür weniger entzündliche Nickel-Mangan-Verbindungen – geringere Reichweite, mehr Sicherheit. Bereits im Jahr 2014 hatte eine Folge von Feuerunfällen Tesla zur Nachrüstung einer Titanplatte im Bodenbereich des Model S bewogen, die die Gefahr einer Beschädigung der tiefliegenden Akkus vermindern soll. An der kritischen NCA-Kathodenchemie hält der Hersteller jedoch fest, da sie ihm die sehr weiten Fahrstrecken garantiert.

Unterm Strich attestieren Unfallexperten den Elektroautos bislang kein höheres Entflammungsrisiko. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft wertete 14 000 Pkw-Unfälle mit Brand- und Explosionsschäden im Jahr 2016 aus. Das Ergebnis: »Von Elektroautos«, sagt Sprecherin Kathrin Jarosch, »geht unserer Einschätzung nach keine höhere Brandgefahr aus als von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren.« Christian Wüst



1

REUTERS



2

AP



3

XINHUA / DDP IMAGES

- (1) Stück des Höhenleitwerks von MH370
- (2) Teilemarkierung der gefundenen Landeklappe
- (3) Ausgefranztes Flaperon
- (4) Mutmaßliche Trümmerstücke von MH370
- (5) Wabenplatte, mutmaßlich von MH370



4

ADRIEN BARBIER / AFP



5

BLAINE ALAN GIBSON / DPA

Massenmord am Himmel

Luftfahrt Was geschah an Bord des Geisterflugzeugs MH370, das vor vier Jahren spurlos verschwand? Ein kanadischer Flugunfallermittler hält das Rätsel jetzt für gelöst: Nicht ein Unfall, sondern ein Psychodrama habe zum Absturz der Maschine geführt.

Das größte Mysterium der Luftfahrt ist keines mehr. Das Schicksal des Geisterflugs MH 370 scheint endlich aufgeklärt – das Verschwinden einer Boeing 777 von Malaysia Airlines, die am 8. März 2014 kurz nach Mitternacht von Kuala Lumpur nach Peking fliegen sollte, dort aber nie ankam und auch nirgendwo sonst.

Auf die Frage, wo das Flugzeug und seine 239 Insassen denn nun sind, gibt es gleichwohl keine Antwort. Niemand weiß es, und wahrscheinlich wird es niemand je erfahren. Seit Januar läuft die Suchaktion einer US-Firma mit acht Tauchrobotern, doch diese wird Mitte Juni so ergebnislos abgebrochen werden wie die dreijährige Suche zuvor.

Der Jet liegt irgendwo auf dem Grund des südlichen Indischen Ozeans. Wie er dorthin kam und wer dafür verantwortlich ist, das zumindest wird immer klarer. Die Lösung des Rätsels gelang nicht den dafür zuständigen Stellen in Malaysia und Australien, wo Experten unter Hochdruck und mit Millionenbudgets an dem Fall arbeiteten. Sie gelang einem unbeteiligten Fachmann: Larry Vance aus Ottawa in Kanada, einem pensionierten und nun freiberuflich tätigen Flugunfallermittler.

Ende Mai erscheint sein Buch »MH370 – Mystery solved«. Vance, 69, weist darin mit bestechender Logik nach, dass nach Lage der Dinge nur ein möglicher Hergang in Einklang mit allen verfügbaren Indizien steht: MH 370, seine Crew und Passagiere wurden das Opfer des Flugkapitäns Zaharie Ahmad Shah, 53.

Shah – verheiratet, drei Kinder – hatte, aufgrund welcher Psychopathologie auch immer, offenbar den Plan gefasst, für alle Zeit ohne jede Spur von der Erdoberfläche zu verschwinden. Er hat seine Maschine deshalb bewusst über Stunden bis ans Ende der Welt geflogen, dorthin, wo kein Radar und keine Schiffe, nichts und niemand ihn je bemerken würden. Er setzte den Jet so sanft wie möglich auf dem Wasser auf, um ihn am Stück zu versenken.

Der Massenmord an seinen Passagieren und Besatzungsmitgliedern, so Vance, habe Shah ebenso wenig gekümmert wie den Germanwings-Co-Piloten Andreas Lubitz, der seinen Airbus A320 fast genau ein Jahr später in ein Alpen-Bergmassiv steuerte.

Neu ist das Schreckensszenario eines erweiterten Suizids als Erklärung für das Verschwinden von MH 370 nicht. Neu aber ist die Fülle an Belegen, mit der Vance seine Theorie nun untermauern kann. Er hat dafür die Mithilfe zweier weiterer Flugunfallermittler im Ruhestand genutzt. Terry Heaslip, Elaine Summers und Vance greifen zusammen auf mehr als hundert Jahre Berufserfahrung zurück.

MH 370 ist eben nicht so spurlos verschwunden, wie Shah dies wohl geplant

hatte. Mindestens 20 Wrackteile sind nach und nach aufgetaucht. Die meisten stammen von den Flügeln, den Triebwerken oder dem Leitwerk. Doch kaum ein Trümmerstück stammt aus dem Innern der Maschine. Nicht ein einziges Sitzkissen und keine Schwimmweste wurden angespült, obwohl Hunderte davon an Bord waren. Ein Hinweis darauf, dass MH 370 beim Absturz nicht aufgebrochen ist.

Vance und seine Mitstreiter haben in ihrem Berufsleben gelernt, in Wrackteilen zu lesen. Jede Delle und Verformung erzählt ihnen, was für physikalische Kräfte hier am Werk waren, jeder Kratzer und Riss im Metall wird für sie zum stummen Zeugen dessen, was MH 370 widerfahren ist. »Es ist nicht schwer«, sagt Vance, »festzustellen, was sich hier ereignet hat.«

Seinen australischen Kollegen wirft Vance mangelnde Sorgfalt und Inkompetenz vor. Sie hätten von Anbeginn eine falsche Spur verfolgt und diese stur verteidigt gegenüber allen Hinweisen, die ihre Theorie später infrage stellten. Ihre Leis-



Flugkapitän Shah

Todesflug am Simulator geübt?

tung sei besorgniserregend und »einer professionellen Untersuchung unwürdig«.

Vance ist ein Altmeister seines Fachs. In seiner Karriere hat er mehr als 200 Untersuchungen zu Vor- und Unfällen in der Luftfahrt verantwortet. Als stellvertretender Ermittlungsleiter hat er auch den mit 229 Toten schwersten Absturz in der Geschichte von Swissair aufgeklärt.

Was Vance bei der Rekonstruktion des Swissair-Crashes lernte, eine der komplexesten überhaupt, das half ihm jetzt bei der Rekonstruktion des Geisterflugs.

Am 2. September 1998 war die McDonnell Douglas MD-11 südwestlich vom kanadischen Halifax brennend in den Atlantik gestürzt. Vance und das Team haben das Wrack in vierjähriger Arbeit zusammengepuzzelt und die Brandursache aufgedeckt: Im oberen Cockpitpanel war es zu einem Kurzschluss gekommen. Ein damals noch häufig verwendetes Isola-

tionsmaterial hatte Feuer gefangen, das sich rasch ausbreiten konnte.

Was bleibt von so einem Jet, wenn er mit einer Geschwindigkeit von 555 Kilometern pro Stunde mit der Nase voran in den Ozean kracht? Die Antwort auf diese Frage liefert ein entscheidendes Indiz zu dem Schicksal von MH 370.

Die Millisekunden nach dem Aufschlag der Swissair-Maschine muss man sich in Superzeitlupe so vorstellen: Der Bug des Fliegers wird vom Wasser eingedrückt und platzt auf. Der Flugzeugrumpf taucht, ohne nennenswert gebremst zu werden, ins Meer ein. Die Luft im Inneren trifft auf Wassermassen, die sich, so ist die Physik, nicht komprimieren lassen. Also steigt der Luftdruck in der Kabine schlagartig ins Unermessliche. Die Maschine explodiert regelrecht von innen nach außen und von vorn nach hinten. Gleiches passiert mit allen Hohlräumen, etwa in den Flügeln.

Die Swissair-Maschine ist so in Sekundenbruchteilen in etwa zwei Millionen Einzelteile zerbrochen, und kaum ein Trümmerstück war größer als ein Handteller. Die Menschen wurden ebenso übel zugerichtet. Köpfe explodierten. Nur eine Leiche war visuell zu identifizieren.

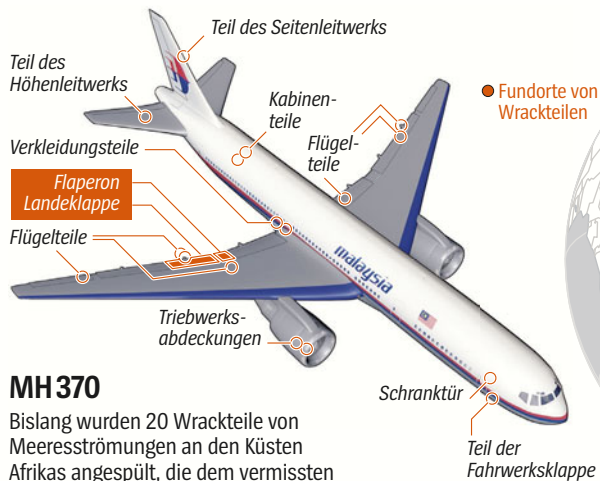
Was folgt daraus nun für die Rekonstruktion des Geisterflugs MH 370? Im Juli 2015 tauchte auf der Insel La Réunion das erste Wrackteil von MH 370 auf: eine 2,43 Meter lange und 1,5 Meter breite Flügelklappe, Flaperon genannt, die von der rechten Tragfläche stammt.

Im Juni 2016 wurde auf einer zu Tansania gehörenden Insel eine Landeklappen gefunden, 4,57 Meter mal 1,83 Meter groß. Sie war gleich neben dem Flaperon am rechten Flügel montiert gewesen. Beide Teile waren weitgehend intakt geblieben, ihre unbeschädigten Hohlräume hatten ihnen genug Auftrieb verliehen, um sie über den Ozean driften zu lassen. Nur an ihrer Hinterkante, der dünnsten Stelle, waren sie ausgefranst.

Als Vance die Fotos der massiven Wrackteile sah, wusste er auf Anhieb: »Diese Maschine kann unmöglich mit Hochgeschwindigkeit ins Wasser gestürzt sein.« Das aber ergäbe sich aus der Theorie, der die Ermittler der offiziellen Flugunfalluntersuchung immer noch anhängen. Die Australier gehen davon aus, dass MH 370 führerlos dahinflog, etwa nach einem Feuer an Bord, nur gesteuert vom Autopiloten, bis nach über sieben Stunden das Kerosin verbraucht war und die Maschine aus großer Höhe mit mindestens 700 Kilometern pro Stunde kopfüber auf das Meer knallte.

»Die Beleglage dagegen ist überwältigend«, sagt Vance. »Schon die großen Trümmer beweisen: So kann es auf gar keinen Fall gewesen sein.«

Wenn MH 370 also nicht hart aufschlug auf dem Wasser, wie dann? 13 charakteris-



MH 370

Bislang wurden 20 Wrackteile von Meeresströmungen an den Küsten Afrikas angespült, die dem vermissten Flugzeug zugeordnet werden konnten.

tische Merkmale an den beiden aufgefundenen Klappen lassen für Vance nur einen Schluss zu: Als die Maschine in Kontakt mit dem Wasser kam, müssen die Landeklappen, die als Auftriebshilfen dienen, voll ausgefahren gewesen sein – wie bei einem normalen Landeanflug.

Vance glaubt, dass die Maschine sich dem Wasser vollkommen gerade näherte. Als Erstes tauchten die Triebwerke in die Wogen ein und rissen ab. Dann zerfetzten die tief hängenden Klappenränder. Momente später versank die rechte Flügelspitze in einer Welle. Durch die dabei auftretenden Kräfte lösten sich nun die Klappen aus ihren Verankerungen. Jetzt wurde auch noch der gesamte rechte Flügel abgetrennt. Das schließt Vance daraus, dass Wrackteile gefunden wurden von jener Stelle, an der die rechte Tragfläche und der Rumpf ineinander übergehen.

Der Rumpf schlug leck, Wasser strömte hinein, rasch sank die Maschine, nur wenige Teile aus dem Innenraum verließen das Wrack durch die Löcher im Rumpf und die vordere rechte Tür, die bei allem Biegen und Brechen aufgesprungen war. Darauf deutet ein Teil der inneren Türverkleidung hin, das 2016 auf der Insel Rodrigues entdeckt worden war.

Wenn die Klappen aber ausgefahren waren, dann ergeben sich daraus eine Reihe von Schlussfolgerungen. Jemand hat im Cockpit gegessen und den entsprechenden Hebel betätigt. Dieser Jemand muss ein ausgebildeter Pilot gewesen sein.

Die Klappen bewegen sich nur, wenn das elektrische System und die Hydraulik funktionieren. Das wiederum ist nur der Fall, wenn mindestens ein Triebwerk läuft. Spritmangel, sagt Vance, könne daher als Absturzursache ausgeschlossen werden.

Vance geht in seinem Buch alle Möglichkeiten durch: ein Feuer im Cockpit, brennende Lithium-Ionen-Batterien im Frachtraum, mechanische und/oder elektrische Defekte, eine Entführung, ein ka-

tastrophaler Druckverlust, eine Bombe, eine Rakete. Doch gegen alle Varianten sprechen gewichtige Gründe. Am Ende bleibt nur ein Szenario, in dem sich laut Vance alle bekannten Fakten zu MH 370 und die zutage geförderten Hinweise widerspruchsfrei verknüpfen lassen: Das ist die Pilot-als-Täter-Hypothese.

Verdächtig ist damit auch der Co-Pilot. Fariq Abdul Hamid, 27, war gerade dabei, auf die Boeing 777 umgeschult zu werden. MH 370 sollte sein letzter Ausbildungsflug sein. Seine Freundin war ebenfalls Pilotin, die Hochzeit geplant. Seine Lebensumstände lassen eine Selbstmordabsicht als unwahrscheinlich erscheinen.

Sauerstoffmasken fielen herunter. Als die Vorräte leer waren, erstickten die Passagiere.

Shah hingegen besaß daheim einen Flugzeugsimulator. Ermittler des FBI haben entdeckt, dass er auf diesem in den Wochen vor seinem Verschwinden einen Kurs in den südlichen Indischen Ozean abgeflogen ist.

Vance macht keinen Versuch zu ergründen, warum ein Mensch so ein Verbrechen begehen sollte. Das ist nicht sein Fachgebiet. Er hofft, dass sich für die Klärung des Tatmotivs andere Experten finden. An die australischen Kollegen richtet er den Appell, sich seiner Analyse anzuschließen. Doch die offiziellen Stellen schweigen sich bisher aus, beziehen keine Stellung zu seiner Selbstmordtheorie. »Dabei gibt es keine Zweifel am Ablauf«, sagt Vance, »alle Beweisstücke erzählen die gleiche Geschichte.«

Andere Teile der Geschichte werden sich hingegen nie klären lassen. Wie hat sich Shah des Co-Piloten entledigt? Wie

und wann hat er die Menschen an Bord getötet? Am wahrscheinlichsten, sagt Vance, sei es, dass Shah mit einem Handgriff im Cockpit einen Druckabfall herbeiführte, kaum dass er nach 40 Minuten Flugzeit seine geplante Route verlassen hatte.

Sauerstoffmasken fielen von der Decke. Die verängstigten Passagiere atmeten durch sie. Als die Gasvorräte leer waren, erstickten sie. Der Pilot verfügte über eine separate Sauerstoffversorgung.

Um 1.20 Uhr Ortszeit verließ Shah den malaysisch kontrollierten Luftraum. »Good Night, Malaysia Three Seven Zero«, waren seine letzten aufgezeichneten Worte. Seine Stimme klang ruhig und entspannt. Augenblicke später begann er das Verbrechen. Er schaltete alle Geräte ab, die Informationen über das Flugzeug an Flugsicherung und Fluggesellschaft sendeten. Er wendete die Maschine und flog einen zuvor minutiös geplanten Kurs, der das Risiko minimierte, von militärischem Radar erfasst zu werden.

Shah wusste nur nicht, dass sein Flieger weiterhin ein Signal von sich gab. Einmal pro Stunde nahm ein Satellit automatisch Kontakt auf mit der Maschine. Ermittler konnten von diesen »Handshakes« mit raffinierter Mathematik Rückschlüsse auf den Kurs von MH 370 ziehen. So definierten sie ein Suchgebiet, in dem sie die Maschine mit einem hohen Grad an Hoffnung vermuteten.

Dies, sagt Vance, war der Moment, an dem die offizielle Untersuchung entgleiste. Denn die scheinbar objektiven Rückschlüsse aus den Satellitendaten verschleierte, dass diese auf einer Reihe von Annahmen fußten, etwa der, dass der Autopilot die Maschine immer geradeaus gesteuert hat. Da Shah sie aber mindestens in der letzten Flugphase aktiv geflogen hat und er selbst Kurs, Geschwindigkeit und Flughöhe bestimmte, endete MH 370 an einem Punkt, der für die Ermittler für immer unauffindbar bleiben wird.

»Es ergibt keinen Sinn mehr, die Suche fortzusetzen«, sagt Vance. Dazu sei der Ozean schlicht zu groß. Und um das Schicksal von MH 370 und seinen 239 Insassen aufzuklären, sei der Zugang zum Wrack auch gar nicht mehr nötig.

Marco Evers

Video
Was mit MH 370 geschah

spiegel.de/sp212018mh370
oder in der App DER SPIEGEL



Flexibel bleiben: Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten!



**Keine
Mindest-
laufzeit**

Der SPIEGEL jede Woche frei Haus:

- ohne Risiko jederzeit kündbar
- 6% günstiger als im Einzelhandel
- kostenloser Urlaubsservice
- mit dem LITERATUR SPIEGEL
- vergünstigte Tickets für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen
www.spiegel-live.de

Ja, ich möchte den SPIEGEL lesen!

Ich lese den SPIEGEL für nur € 4,80 pro Ausgabe statt € 5,10 im Einzelkauf und entscheide selbst, wie lange ich den SPIEGEL lesen möchte.

Einfach jetzt anfordern:

 **abo.spiegel.de/flexibel**

 **040 3007-2700** (Bitte Aktionsnummer angeben: SP18-215)

Professor Knusper

Psychologie Warum erlebt das Käsefondue ein Comeback? Wie wichtig ist die Anordnung der Speisen auf dem Teller? Stört zu viel Lärm das Genussempfinden? Der britische Gastroforscher Charles Spence sucht nach Antworten.

Es ist ein seltsames Ritual, dem hungrige Menschen neuerdings wieder häufiger frönen: Sie stecken Brotklumpen auf einen Spieß und tauchen ihn in einen Kessel, in dem geschmolzener Käse blubbert.

Das Fondue schien so aus der Zeit gefallen wie Discomusik und Bonanzräder. Doch plötzlich ist das gehaltvolle Partygericht aus den Siebzigern wieder in aller Munde. Anbieter von Fondue-Setts melden stark steigende Absatzzahlen.

Sogar das »International Journal of Gastronomy and Food Science« hat sich in seiner neuesten Ausgabe dem Comeback des Sattmachers angenommen. Dem Autor des Beitrags sind solche menschlichen Abgründe nur allzu vertraut – zumindest, wenn es ums Essen geht.

Der britische Psychologe Charles Spence von der Oxford University ist in der Welt der Kulinarik eine Ausnahmeerscheinung: Gastrophysik nennt er die von ihm geschaffene Disziplin, die mit den Mitteln der Psychologie und der Neurowissenschaften unser Essverhalten zu ergründen sucht.

Eine auffällige Wölbung in der Bauchregion verrät, dass der sinnenfrohe Professor Knusper lukullischen Anfechtungen selbst nur ungern widersteht. Anders als den Durchschnittsesser treibt Spence aber stets auch die Frage um, warum wir die eine Speise leckerer finden als die andere.

Für die neue Beliebtheit des zur Völlerei einladenden Käsegetunkes liefert er unter anderem folgende Erklärung: Das Gericht passe perfekt in unsere Zeit, in der Selbermachen großgeschrieben werde. Das Eintauchen des Spießes in den Käse vermittele dem Konsumenten das Gefühl, er habe sein Essen selbst zubereitet – was dazu beitrage, den Genuss zu steigern.

So hat eine Studie norwegischer Wissenschaftler tatsächlich nachgewiesen, wie positiv sich das Gefühl, selbst zu kochen, auf das Geschmacksempfinden auswirkt. Dieser Effekt trat sogar dann auf, wenn der Kochvorgang nur eine gut inszenierte Illusion war, weil die Probanden lediglich vorgefertigte Zutaten zusammenrührten.

Für Spence ist das keine unerwartete Erkenntnis. »Wie wir unser Essen und Trinken empfinden, hängt wesentlich von dem Ort und den Umständen ab, in denen

wir beides konsumieren«, ist der Psychokulinariker überzeugt. Der britische Forscher meint sogar, dass Geräusche, die beim Essen und Trinken auftreten, das Geschmackserlebnis stark beeinflussen.

»Beim Essen werden Aroma, Geschmack, die Textur, die Farbe und der Klang der Speise zu einer unglaublich komplexen multisensorischen Erfahrung verbunden«, sagt der Psychologe.

So hat Spence bei Experimenten mit Testessern in seinem Labor in Oxford herausgefunden, dass Chips umso besser schmecken, je höher der Crunch-Faktor des Kartoffelsnacks im Mund ist. Um bis zu 15 Prozent, so haben seine Versuche ergeben, lasse sich der Genuss durch intensivere Knusprigkeit steigern. Die mögliche Erklärung: Mit dem appetitlichen Geräusch verbindet das menschliche Gehirn größere Frische.

Deuten auffällige Geschmacksvorlieben auf krankhafte Persönlichkeitsmerkmale hin?

Diese Beobachtung deckt sich mit anderen Forschungsergebnissen. So haben Tests mit Probanden gezeigt, dass starke Hintergrundgeräusche die Fähigkeit des Menschen mindern, Süßes und Salziges zu schmecken. In einem Passagierflugzeug beispielsweise verursachen die Turbinen einen Lärmpegel von 75 bis 80 Dezibel, mit dem die Insassen während des Flugs beschallt werden. Spence: »Kein Wunder, dass das Essen im Flugzeug meistens nicht schmeckt.«

Das Wissen um unseren geräuschempfindlichen Geschmackssinn könnte nach Überzeugung des britischen Psychologen auch das Rätsel lösen, weshalb Passagiere in der Luft eine irritierend starke Neigung zum Tomatensaft entwickeln. Der Gemüsesaft, den am Boden nur wenige Menschen anrühren, nimmt mit einem Anteil von 27 Prozent aller an Bord geordneten Drinks eine Spitzenposition ein.

Spence glaubt, dass der rote Saft über eine besondere stoffliche Eigenschaft verfügen muss, die von der Süß-salzig-Hemmung im Flugmodus nicht betroffen ist.

»Vermutlich besitzt die Tomate eine geschmackliche Eigenschaft, die von den Hintergrundgeräuschen im Flugzeug unberührt bleibt.«

Die Spur führt zu einer besonders würzigen Geschmacksrichtung, die der japanische Chemiker Kikunae Ikeda Anfang des vergangenen Jahrhunderts entdeckt hat und die sich nicht mit den bis dahin bekannten gustatorischen Wahrnehmungen in Einklang bringen ließ. Diese Geschmacksempfindung firmiert seitdem unter dem Namen »umami« und wird häufig mit der besonderen Würze von Geschmacksverstärkern in Verbindung gebracht – und sie prägt offenbar auch den Tomatensaft.

Doch warum lässt die Geschmackschranke im Gehirn ausgerechnet das würzige Umami passieren, wenn im Flieger großer Lärm herrscht? Spence vermutet: Das Gehirn bevorzuge proteinhaltige Kost, wenn es unter Stress gerät – genau jene Nahrungsmittel, die stark umami schmecken.

Auf viele andere Fragen jedoch, die sich seinem Fachbereich der Psychokulinarik stellen, hat auch Spence noch keine Antwort. Nach Jahren der Gastroforschung ist er überzeugt: »Im Mund ist kaum etwas so, wie es scheint.«

Vieles deutet darauf hin, dass unser Gehirn bei der Nahrungsaufnahme Kapriolen schlägt. Warum etwa weckt eine rundlich geschwungene Schrift, wie Versuche zeigen, die Erwartung an süße Naschereien? Ebenso verblüffend ist, dass unsere Genusserwartung anscheinend davon abhängt, nach welcher Himmelsrichtung der Koch das Essen auf dem Teller ausrichtet.

Spence und seine Kollegen an der Oxford University baten Besucher des Science Museum in London, auf einem Computerbildschirm auszuwählen, welche Position einer aus roten Zwiebeln und Tapioka bestehenden Mahlzeit ihnen auf dem Teller am meisten behage; mehr als 12 000 Menschen beteiligten sich.

Das überraschende Ergebnis: Die Attraktivität einer Mahlzeit schien den Teilnehmern deutlich höher, wenn die einzelnen Elemente des Gerichts auf dem Teller nach oben oder zumindest nach außen zeigten, nicht aber nach innen.

Wenn es ums Essen geht, laufen im Hintergrund offenbar komplexe Denk-



REX / SHUTTERSTOCK



TAXI / GETTY IMAGES

prozesse ab, die über die bloßen Urteile »schmeckt« oder »schmeckt nicht« weit hinausgehen. Ist es sogar denkbar, dass auffällige Geschmacksvorlieben auf krankhafte Persönlichkeitsmerkmale hindeuten?

Der österreichischen Psychologin Christina Sagioglou von der Universität Innsbruck gelang mit einer Fragebogenaktion, an der sich knapp tausend Teilnehmer beteiligt haben, eine unerwartete Entdeckung: Statistisch gesehen besteht demnach ein Zusammenhang zwischen der Vorliebe für bittere Kost und sadistischen Neigungen – bis hin zu Elementen einer psychopathischen Persönlichkeitsstörung. Wenn dies tatsächlich zuträfe: Was sagt es umgekehrt über jemanden aus, wenn er bittere Speisen verschmäh?

Eine solche Person war der 41. Präsident der Vereinigten Staaten: Schon bald nach Ableistung des Amtseids im Jahr 1989 ließ George Bush senior die Zubereitung von Brokkoli im Präsidentenjet Air Force One verbieten. Schon als Kind habe er das bittere Gemüse gehasst; gleichwohl sei er von seiner Mutter zum Verzehr der Kreuzblütler gezwungen worden, klagte Bush – und erklärte triumphierend: »Ich bin Präsident der Vereinigten Staaten und muss keinen Brokkoli mehr essen.«

Offenbar gehört der inzwischen 93-jährige ehemalige Präsident zu der seltenen Spezies sogenannter Superschmecker, die überdurchschnittlich viele Geschmacksknospen besitzen. Diese Menschen können Bitterstoffe in Kaffee, Bier oder Gemüse wie Brokkoli besonders intensiv wahrnehmen. »Kann es sein, dass eine Sensibilität für Bitterkeit sehr viel mehr über die Persönlichkeit aussagt als die bloße Wahrnehmung des Geschmacks?«, fragt sich Spence.

Dass Essen nicht nur zur Befriedigung des körperlichen Energiebedarfs dient, sondern auch psychosoziale Funktionen hat, haben Forscher ohnehin längst aufgedeckt. In der Gegenwart von zumindest einer weiteren Person steigt die Menge der verzehrten Nahrung um bis zu 35 Prozent. Sitzen noch zwei weitere Menschen mit am Tisch, steigt der Umfang der Nahrungsaufnahme sogar um bis zu 75 Prozent.

Auch die gesellige Versammlung um den brodelnden Käse im Fonduetopf diene einem höheren gruppensozialen Zweck, vermutet Spence: der Beruhigung verunsicherter Menschen, welche die Welt zunehmend wieder als einen gefährlichen Ort erleben.

Der Gastrophysiker will deshalb mit Spannung verfolgen, ob der Rückzug der USA aus dem Atomabkommen mit Iran die Verkaufszahlen für Fonduesets weiter in die Höhe schnellen lässt. Frank Thadeusz

Psychologe Spence, üppig gedeckte Tafel: »Im Mund ist kaum etwas so, wie es scheint.«

Die unbekannten Genies

Bildung Mensa, der Verein für Hochbegabte, sucht in indischen Armutsvierteln mithilfe von Intelligenztests nach Wunderkindern. Die Mädchen und Jungen sollen später zur neuen Elite ihres Landes gehören – als Ärzte, Ingenieure oder Mathematiker.



ENRICO FABIAN / DER SPIEGEL

Mensa-Stipendiatin Ritu: »Unsere einzige Hoffnung, es hier rauszuschaffen«

In einem indischen Slum, in dem niemand einen Hochschulabschluss hat, träumt ein Mädchen davon, Medizin zu studieren. Und das Schöne an dieser Geschichte ist: Der Wunsch könnte in Erfüllung gehen.

Es ist Nachmittag, die Schule ist gerade zu Ende gegangen, und Ritu, so heißt das Mädchen, klettert auf das Dach ihres Hauses. In der Ferne rauscht die Metro in den Bahnhof, die Glasbauten internationaler Konzerne glitzern in der Sonne. Im Schatten der Türme liegt Ritus Zuhause: ein kleines Zimmer ohne Bad, ohne fließend Wasser und ohne Tageslicht. Das einzige Fenster ist mit Farbe übermalt.

Es ist ein elendiger Ort, und wenige würden wohl vermuten, dass ausgerechnet hier ein Genie aufwächst. Aber genau das ist der Fall.

Ritu hat einen IQ von mehr als 140 (der Durchschnitt liegt um die 100). Sie gehört damit zu den klügsten Kindern der Welt.

Das wäre womöglich nie jemandem aufgefallen, hätte der indische Mensa-Verein das Mädchen nicht entdeckt. Die weltweit tätige Organisation für Hochbegabte sucht derzeit in Ritus Heimatstadt Gurugram (früher Gurgaon) nach unbekannten Genies: nach Kindern, die überdurchschnittlich klug sind, aber deren Fähigkeiten bisher von niemandem erkannt wurden; deren Familien arm sind, aber deren Töchter und Söhne das Potenzial haben, später einmal zur Elite ihres Landes zu gehören.

Da ist Vishal, ein Mathegenie; er beschreibt die Welt lieber in Zahlen als in Worten (Familieneinkommen: 225 Euro). Oder die kleine Jyoti, die auf eine Schule geht, die kein Dach hat. Und eben das Wunderkind Ritu, 13 Jahre alt, auf das die ganze Nachbarschaft stolz ist. Alle drei, das haben Tests ergeben, sind hochbegabt, haben also einen IQ von 130 oder höher.

Aber sie leben in einem Land, in dem es oft nicht von der Intelligenz abhängt, was aus einem Kind wird, sondern von seiner Herkunft. Haben die Eltern genug Geld, um ihr Kind auf eine Privatschule zu schicken? Oder nehmen sie es früh aus der Schule, weil auch die Kinder mitarbeiten müssen – oder weil es ein Mädchen ist und früh verheiratet werden soll?

Es gibt in Indien die allerbesten Schulen und wahrscheinlich auch ein paar der aller schlechtesten. Das Land hat vier Nobelpreisträger hervorgebracht und die Chefs von Microsoft und Google. Aber laut einem aktuellen Bildungsbericht können

fast die Hälfte der Drittklässler, die eine staatliche Schule auf dem Land besuchen, nur mit Mühe lesen.

Es ist nicht schwer vorauszusagen, was aus Ritu geworden wäre, wenn niemand ihr Talent erkannt hätte.

Vor der Tür seiner Wohnung streift das Mädchen die Schuhe ab. Eine Lichterkette taucht den Raum in grünliches Licht. Barfuß läuft Ritu über den kalten Steinboden. Hier isst, lernt, lebt und schläft sie mit vier weiteren Personen. Abends, wenn die Familie Paswan die einzige Lampe löscht, legt sich der Vater ins einzige Bett. Ritu und ihre Mutter kauern sich auf den Boden davor, ihre beiden Brüder daneben.



Mathegenie Vishal: Mit vier Jahren Schach gelernt

Morgens, bevor Ritu zur Schule geht, pumpt sie Wasser aus dem Brunnen im Hof. Dahinter liegen vier Toiletten für 40 Familien. Die Miete für die Wohnung beträgt umgerechnet 50 Euro. Das ist fast so viel wie Ritus Mutter als Hausangestellte im Monat verdient.

Intelligenztests haben einen elitären Ruf, aber das Gute an ihnen ist, dass sie nicht unterscheiden zwischen Arm und Reich, Mann oder Frau, zwischen hoher und niedriger Kaste. Mensa verwendet einen sogenannten Matrizen-test. Sprache spielt darin keine Rolle. Rein theoretisch

muss ein Kind nicht einmal lesen und schreiben können, um gut abzuschneiden. Es zählen einzig und allein die kognitiven Fähigkeiten.

Die Kinder sehen eine Reihe von Mustern vor sich, die sie erkennen und dann fortführen müssen. Niemand schafft alle Aufgaben. Aber wenn es heißt, Ritu habe einen IQ von 140, dann bedeutet das, sie hat besser abgeschnitten als rund 99 Prozent aller anderen Teilnehmer.

Nach dem Mensa-Test hat sich für Ritu viel geändert. Sie hat seither einen Mentor an ihrer Seite. Sie bekommt ein kleines Taschengeld und vor allem: ein Stipendium für eine Privatschule. Ritu trägt ihre Schuluniform mit Stolz: weiße Hose und ein dunkles Filzsakko. Auf der Brust steht Vidya, Sanskrit für Wissen, der Name der Schule. Rund 1000 Schüler besuchen die Vidya, 40 Schüler pro Klasse, vom Kindergarten bis zu Klasse zwölf. Es gibt ein Physikkabinett, einen Computerraum und zwei Bibliotheken. Es ist hell, es ist luftig; die Vidya ist eine großartige Lehranstalt.

Sie strengt sich an, um ihren Traum, Ärztin zu werden, wahr werden zu lassen, sagt Ritu. Ihr Wunsch hat einen traurigen Hintergrund. Einer ihrer Brüder erkrankte in jungen Jahren schwer. Der Arzt sagte, er werde von selbst wieder gesund. 24 Stunden später war der Junge tot. Deswegen will sie Medizin studieren und dann von hier fortziehen. Und wohin? In das Dorf, in dem ihre Eltern aufwuchsen, »weil die Leute dort noch ärmer sind als wir und nicht einmal ein Krankenhaus haben«.

Es ist ein bemerkenswert reifer Satz für eine 13-Jährige. Aber die meisten Stipendiaten reden so. Es sind Kinder, die im Halbdunkeln ihre Hausaufgaben erledigen, weil die Eltern die Stromrechnung nicht bezahlen können. Ritu zum Beispiel rollt zum Lernen eine Decke auf dem Boden aus. Dann kniet sie sich hin, ein Hocker dient als Schreibtisch. So geht das mehrere Stunden pro Tag. Sie weiß, dass sie mit einer schlechten Note mehr riskiert als ihr Stipendium. Ritus Mama sagt: »Ritu ist unsere einzige Hoffnung, es hier rauszuschaffen.«

Aber Hochbegabung allein ist kein Garant für Erfolg. Es braucht harte Arbeit und auch den Glauben daran, es schaffen zu können. Zwei Stipendiaten droht derzeit der Ausschluss vom Programm. Ein hoher IQ macht viele Dinge einfacher: komplexe Sachverhalte zu begreifen, klar und strukturiert zu denken. Aber Intelligenz, sagen Forscher gern, sei wie eine



ENRICO FABIAN / DER SPIEGEL

Schule in Gurugram: »Niemand hat diesen Kindern jemals gesagt, dass sie schlau sind«

Blume: Pfllegt man sie gut, dann blüht sie auf. Falls aber nicht, dann verwelkt sie.

An diesem Morgen ist es so kalt, dass die Finger schmerzen. Ein Dutzend Kinder versammelt sich auf einem Feld, das aussieht, als wäre eine Bombe explodiert. Die Stadt ließ hier ein Gebäude abreißen, die Trümmer des Hauses haben die Bauarbeiter zurückgelassen. Die Kinder hängen ihren Rucksack an die Äste eines Baums. Dann machen sie sich ans Werk.

Sie fegen den Untergrund und husten im Staub. Sie rollen Teppiche aus, das wird der Boden. Sie spannen Planen, das werden die Wände. Innerhalb einer halben Stunde entsteht so eine Schule am Rand einer ungeteerten Straße. Eine Gruppe Nachbarn, die meisten Rentner, unterrichtet hier ehrenamtlich Kinder. Der Schultag beginnt mit Mathematik, und es wird schnell klar, dass der Lehrer es gut meint, aber Division gehört nicht zu jedermanns Stärken. Es wäre vielleicht auch nicht aufgefallen, säße in der Gruppe nicht dieses naseweise Mädchen, das den Lehrer immer wieder auf Fehler hinweist.

Jyoti hat ein breites Lächeln und zwei große Löcher in den Socken. Auch die Elfjährige hat sich für ein Hochbegabtenstipendium qualifiziert, aber bislang keinen Platz in der Privatschule erhalten, weil Mensa noch keinen Spender für sie finden konnte. Ein Schuljahr an einer besseren Schule kostet umgerechnet rund tausend Euro. 154 Kinder hat Mensa gefördert, doch nun sind dem Verein erst einmal die Spendengelder ausgegangen.

Jyotis Mutter arbeitet als Hausangestellte, ihr Vater als Sicherheitsmann. Sie selbst würde gern Polizistin werden, um Verbrecher zu fangen. »Streng dich an, dann wirst du Hauptkommissarin«, sagt Kishore Asthana, der selbst ein schlauer Mann ist: Er ist der Präsident des indischen Mensa-Vereins. Da grinst Jyoti. Es ist das Erste, was sich verändert: der Glaube an die eigenen Fähigkeiten. Und damit wachsen irgendwann auch die Ziele. Gut möglich, dass Jyoti später Ingenieurin wird und Weltraumraketen baut.

»Niemand hat diesen Kindern jemals gesagt, dass sie schlau sind«, erzählt Asthana. Und manche seien auch nicht in der Lage, es zu beweisen: weil sie keine Brille besitzen und die Tafel nicht erkennen können. Weil sie hungrig zur Schule kommen. Weil ihre Mutter erkrankt ist und sie zu Hause einspringen müssen.

Rund zwei Prozent der Weltbevölkerung gelten als hochbegabt. Ungerechnet auf das ländliche Indien wären das bis zu sechs Millionen Kinder. Asthana sieht sein Engagement daher weniger als gute Tat, sondern als einen Dienst an der Nation: Weil jedes Jahr das Talent Hunderttausender verkümmere, sei Indien heute nicht dort, wo es sein könnte.

Welchen Unterschied frühe Förderung auf die Entwicklung eines Menschen ausmachen kann, das wird auch an den Stipendiaten sichtbar. Denn deren Startbedingungen sind höchst unterschiedlich.

Vishal Paudel ist ein Junge mit strubbeligem Haar und vielen Fragen. Er ist

14 Jahre alt, nur ein Jahr älter als Ritu. Sie beide sind außergewöhnlich klug, beide sind Stipendiaten, und beide gehen auf die Vidya. Auch Vishals Familie lebt in einer zu kleinen Einzimmerwohnung mit nur einem Bett. Aber es gibt ein Bad, zwei große Fenster, durch die Sonnenlicht fällt. Seine große Schwester hat Bilder an die Wand gemalt, seine Mutter zeigt Fotoalben.

Auf dem Schrank liegen Bücher von Stephen Hawking und Comics über berühmte Wissenschaftler. In Ritus Wohnung gibt es zwei Fernseher, aber kein einziges Buch. Vishals Vater gab seinem Sohn ein Schachbrett, das er auf der Arbeit geschenkt bekommen hatte. Vishal lernte schon mit vier Jahren, Schach zu spielen. Heute ist er Schulmeister seines Bundesstaats. Mit 13 gewann er einen Robotikwettbewerb.

Auch Ritus Mutter gibt sich so viel Mühe, wie sie kann. Aber ihr Leben ist zu widrig, um es allein zu stemmen. Ihre beiden Söhne haben die Schule abgebrochen, als der Vater die Familie vor Jahren im Stich gelassen hatte. Vor vier Monaten stand er plötzlich wieder vor der Tür.

Vishals Vater hat als Koch vier verschiedene Jobs. Auch er hat keinen höheren Schulabschluss, aber er liest jeden morgen die Zeitung, vor allem den Wirtschaftsteil; wenn er einen Artikel interessant findet, dann schneidet er ihn aus und heftet ihn ab. Er träumt davon, dass sein Sohn Ingenieur wird und seine Tochter Versicherungskauffrau. Und er tut alles dafür, dass der Wunsch in Erfüllung geht.

Schon als sein Sohn vier Jahre alt war, schickte er ihn in den Kindergarten. Ein Jahr später, als er es gern getan hätte, sagt er bedauernd. »Aber Bildung ist teuer«, entschuldigt er sich.

Ritu besuchte anfangs eine Schule, in welcher der Lehrer manchmal nicht zum Unterricht erschien. Sie war elf Jahre alt, als sie dank Mensa auf die Vidya wechseln konnte. Dort angekommen, quälte sie sich sehr. Unterrichtet wird auf Englisch, so wie in den meisten Privatschulen in Indien. Ritu ist mit Hindi aufgewachsen, sie verstand kein Wort. Prompt blieb sie sitzen.

Intelligenz ist zum Teil angeboren. Aber was ein Mensch daraus machen kann, hängt von den äußeren Umständen ab; davon, ob Eltern ihrem Kind Aufmerksamkeit schenken, ihm vorsingen oder vorlesen – und es auf eine gute Schule schicken.

Elf Jahre sind eine lange Zeit in der Entwicklung eines Kindes. Aber selbst dann ist es noch nicht zu spät, eine Hochbegabte zu fördern.

Heute gehört Ritu zu den Klassenbesuten. Laura Höflinger

Mail: laura.hoefflinger@spiegel.de
Twitter: @hoefflingern

Jetzt testen: Das digitale manager magazin

2 Ausgaben für nur € 11,90

manager-magazin.de/angebot

DER FALL GENERAL ELECTRIC

Wie GE seine Investoren in die Irre geführt hat

KIFFERGLÜCK

Beim teuersten Drogenkonzern der Welt



manager magazin

Wirtschaft aus erster Hand



Klassik

Nachtstück

● Manchmal sind die Tage beim SPIEGEL sehr lang. Allein sitzt man dann zu Hause in der Küche, fast in der Dunkelheit, man will ja zur Ruhe kommen. Ein kleines Nachtessen. Ein bisschen Musik. Wenn es gut läuft, hört man ein Album wie das von Annika Treutler. Klavierstücke von Johannes Brahms hat sie aufgenommen, nicht die Monster der Klavierliteratur, die andere junge Pianistinnen heute runterdonnern, sondern kurze und sehr kurze Werke: die Orgelchoralvorspiele nach Busoni, von denen eine ganz leicht sakrale Intimität ausgeht; dann die Variationen und die Fuge über ein Thema von Händel, ein intellektuelles Spiel mit Barockmusik; schließlich die Fantasien aus Brahms' Spätwerk. Man hört zu und denkt an Gottfried Benn. Der hat mal ein Gedicht geschrieben. Nicht über Brahms, sondern über dessen Zeitgenossen Chopin. Das Wort »Sanatorium« kam darin vor. Stimmt schon, kleine Klavierstücke können wohltuend sein. Annika Treutler spielt sie klar, unprätentiös. Klassische Musik, ganz klassisch. SHA

Kommentar

Gläubige und Glaubwürdigkeiten

Die Anhänger von Joseph Beuys versuchen, ihr Idol vor der Wahrheit zu schützen.

Es ist faszinierend, wie mit der wachsenden Bekanntheit einer Person die Unsicherheit darüber zunehmen kann, wer dieser Mensch wirklich ist oder war. Joseph Beuys etwa: Viele Kunstexperten älteren Jahrgangs schätzen ihn, manche trafen ihn persönlich, profitierten von seinem Ruhm. Für sie ist Beuys ausreichend ausgeleuchtet, als Künstler, als (ehrenwerter) Charakter. Beuys gilt es nicht mehr zu hinterfragen, nur noch zu feiern. Seit fünf Jahren aber stört eine Debatte diese Andacht – ausgelöst vom SPIEGEL (20/2013), der eben doch Fragen zu Beuys stellte. Seither wird immer lauter darüber diskutiert, und derzeit besonders heftig, warum viele Seiten seiner Persönlichkeit ausgeblendet werden. Warum log er oft, wenn es um seine Vergangenheit (etwa im Krieg) ging? Weshalb umgab er sich mit Altnazis, mit einem Holocaust-Leugner? Warum blieb er ein Anhänger des Anthroposophen Rudolf Steiner, ohne sich von dessen rassistischen Ansichten zu distanzieren?

2017 kam eine Dokumentation über Beuys in die Kinos, vor Kurzem wurde sie mit dem Deutschen Filmpreis prämiert –

obwohl der Regisseur Andres Veiel Beuys sogar zum Märtyrer made in Germany verklärt. Und was Veiel in Interviews von sich gibt, nämlich, dass Auschwitz für diesen Künstler eine deutsche Wunde gewesen sei – das hält der in Harvard lehrende Kunsthistoriker Benjamin Buchloh für eine »absolute Obszönität«. Solche Termini drückten »deutsches Selbstmitleid« aus, keine Einsicht. Denn: Wurde dem Tätervolk eine Wunde zugefügt?

Vor fünf Jahren erschien die investigative Beuys-Biografie des Autors Hans Peter Riegel; jetzt kam eine erweiterte Version heraus. Biograf Riegel gab vor Kurzem ein Interview, es hagelte Entgegnungen, abgedruckt in der »Süddeutschen Zeitung«. Echte Argumente der Anhänger fehlten, allein der Glaube war spürbar. Doch Kunst ist nichts, das man vor der Wahrheit schützen muss. Beuys, der hoch talentierte Vernebler seiner selbst, ist nicht mehr das Problem, die Heuchelei der Kunstwelt, ihre schwindende Glaubwürdigkeit sind es sehr wohl. Ulrike Knöfel

Kino

Cowboy im All

● Der Laser hat gegenüber dem Revolver den Vorteil, dass man nicht ständig nachladen muss. Und der »Millennium Falke«, das legendäre Raumschiff der »Star Wars«-Serie, ist etwas schneller als ein Pferd. Doch ansonsten stapft Han Solo, Held des neuen Films »Solo: A Star Wars Story«, der am 24. Mai in die Kinos kommt, breitbeinig wie Billy the Kid durch die Gegend und hält nach jemandem Ausschau, der schneller zieht als er. Alden Ehrenreich spielt den jungen Han

Solo, der in den bisherigen Filmen der Serie von Harrison Ford verkörpert wurde, als charmanten Heißsporn. Der teilweise von Ron Howard inszenierte Film kehrt zurück zu den Wurzeln und erzählt, wie aus einem Lausbuben ein Kerl wurde. Es gibt Zugüberfälle und Duelle im Staub, Freunde, denen man nicht trauen kann, und ziemlich undurchschaubare Frauen. »Solo« ist eine Zeitreise, bei der sich Vergangenheit und Zukunft in einer fernen Galaxis zu treffen scheinen, eine recht vergnügliche Mischung aus Western und Science-Fiction-Epos. LOB



Szene aus »Solo: A Star Wars Story«

Zeitgeschehen

»Fatalismus und Schönheit«

Der Schriftsteller Michael Kleeberg, 58, über seine Eindrücke aus Iran, wo er sich am 8. Mai aufhielt, als Donald Trump das Atomabkommen aufkündigte

SPIEGEL: Welche Reaktionen haben Sie an jenem Tag in Teheran erlebt?

Kleeberg: Ich und andere Europäer waren diejenigen, die wie gebannt vor den Newstickern saßen. Die Iraner waren mäßig interessiert. Die weitverbreitete Stimmung ist: Eine Regierung, die mich nicht repräsentiert, die nichts für mich tut, sondern mich unterdrückt, hat Konflikte mit dem amerikanischen Präsidenten, der uns ohnehin nicht wohlwill. Fatalismus, Überdruß und die Abneigung dagegen, von der eigenen Regierung in die Arme Putins getrieben zu werden. Dass dies die Konsequenz wäre, wenn der Westen sich wirtschaftlich zurückzieht, ist allen klar.

SPIEGEL: Würden Sie eine Prognose wagen, wie sich die Entscheidung in Iran innenpolitisch auswirken wird?

Kleeberg: Da es keine organisierte Opposition im Lande gibt, sondern nur Reformer innerhalb des Systems, und da keine Exilgruppe irgendjemanden in der Bevölkerung repräsentiert, wird sich der Frust angesichts von Inflation, Korruption, großer Armut weiterhin auf individuelle Weise steigern, in Form eines passiven Widerstands und eines Aufbegehrens der jungen Leute.

SPIEGEL: In Ihrem neuen Roman »Der Idiot des 21. Jahrhunderts«, der im August erscheinen wird, schreiben Sie von »Wunderdingen«, die ein Reisender aus Iran erzählt. Was zählt für Sie zu diesen Wunderdingen?

Kleeberg: Die atemberaubende Schönheit der Städte und Landschaften. Das hohe Bildungsniveau und die überbordende Gastfreundschaft der Iraner. Die Liebe zu ihrer eige-

nen, auch vorislamischen Kultur und Geschichte. Die Bedeutung der persischen Literatur im Alltag der Menschen. Jeden Tag versammeln sich in Schiras Tausende Menschen aller Schichten und Altersgruppen am Grabmal des Dichters Hafis, der auch in meinem Roman eine wichtige Rolle spielt und dessen Name und Texte Lösungsworte des Widerstands gegen die Herrschenden sind. CIV



JUERGEN BAUER

Nils Minkmar **Zur Zeit**

Frau Nummer 15



In Frankreich ist die Aufnahme eines Autors in die »Bibliothèque de la Pléiade« des Verlags Gallimard bedeutender als der Nobelpreis. Hier werden aus Büchern Zeugnisse für kommende Generationen. Aber dieser Inbegriff des Kanons reflektiert auch die Machtverhältnisse der literarischen und der übrigen Welt: 209 Männer fanden bis dato Aufnahme in die »Pléiade«, aber nur 14 Frauen. Nun kommt die 15., und das Problem wird erstmals zum Thema, denn die neue ist Simone de Beauvoir. In zwei Bänden erscheinen jene Bücher, in denen sie über ihr Leben Auskunft gibt. Gefeierte wird der Verlag für diese späte Entscheidung nicht. Es ist, wie es immer war: Beauvoir kann es niemandem recht machen.

Aber man könnte auch einfach draufloslesen. In diesen Memoiren begegnet man einer Frau, wie es im vorigen Jahrhundert sonst keine gab. Die keine Kinder wollte, sondern lieber schreiben. Die den Heiratsantrag ihres lebenslangen Partners Jean-Paul Sartre ablehnte und die, als sie endlich mal einen ordentlichen Preis erhielt, nicht zur Verleihung erschien. Beauvoir galt der Bourgeoisie ihrer Zeit mindestens als linksradikale Nymphomane, manchen Feministinnen aber als zu wenig emanzipiert, weil in ihrem Leben ein Mann eine Konstante bildete, der sich doch allerlei Freiheiten nahm. Zeitgenössisch und posthum hat jeder eine Meinung zu den beiden. Es ist mit ihnen, wie wenn der Name Einstein fällt – dann findet sich immer jemand, der bemerkt, der habe doch gar nicht rechnen können. So viele Helden hat das 20. Jahrhundert nicht hervorgebracht, als dass sie per Anekdote dekonstruiert werden müssten.

Die Nachricht von der »Pléiade«-Ausgabe gab »Le Monde« Anlass, Beauvoir vorzuwerfen, sich stets als Nummer zwei hinter Sartre verstanden zu haben. Solche Kritik ist bemüht. Man sieht oft Frauen, die ein Taschenbuch von Beauvoir lesen – aber wer schaut heute noch in ein Werk von Sartre? In der Prüfung für Gymnasiallehrer war Beauvoir die Zweitbeste ihres Jahrgangs, Sartre war der Beste. Allerdings war er im Jahr zuvor durchgefallen. Heute teilen sich beide ein schmales Grab auf dem Pariser Friedhof Montparnasse. Es ist, hochverdient, die Nummer eins.

An dieser Stelle schreiben Nils Minkmar und Elke Schmitter im Wechsel.

»Die Eliten begehen den Fehler zurückzuschimpfen«

SPIEGEL-Gespräch Was läuft falsch in den Gesellschaften des Westens?

Der Philosoph Michael J. Sandel hat klare Antworten, er kritisiert den US-Präsidenten ebenso wie das eigene liberale Milieu.

Sandel, 65, ist Professor für Politische Philosophie mit dem Schwerpunkt Gerechtigkeit an der Harvard University.

SPIEGEL: Mr Sandel, lange Zeit schien die liberale Demokratie auf einem weltweiten Siegeszug. Mit ihr sollten sich Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit verbreiten. Dieses Sendungsbewusstsein des Westens ist geschwunden. Müssen wir uns von den Illusionen des politischen Liberalismus verabschieden?

Sandel: Das Vertrauen darauf, dass die demokratische Expansion einer Gesetzmäßigkeit der Geschichte folgen würde und die Menschheit auf den Endpunkt der ideologischen Evolution zusteuerte, war von Anfang an eine Wunschvorstellung. Sie befeuerte die Selbstzufriedenheit und die Selbsttäuschung der demokratischen Eliten, gegen die wir jetzt die Reaktion der Populisten und Nationalisten erleben.

SPIEGEL: Warum wirken die liberalen Kräfte dagegen wie gelähmt?

Sandel: Die Abgehobenheit im politischen Denken des Establishments offenbarte sich am anstößigsten in der Hinnahme wachsender Ungleichheit im Zuge der unbekümmert begrüßten Globalisierung. Von den Amerikanern, die im ärmsten Fünftel der Einkommensskala aufwachsen, bleibt fast die Hälfte auch dort; nur vier Prozent schaffen den Aufstieg ins oberste Fünftel. Die Statistik entlarvt die Rhetorik der Chancengleichheit als leeres Geschwätz. Womöglich noch schwerer wiegt das Gefühl der unteren Klassen, dass die Eliten auf sie herabblicken, dass ihre Arbeit nicht geachtet und nicht gesellschaftlich anerkannt wird. Dieser Eindruck der sozialen Zurücksetzung muss über kurz oder lang dazu führen, dass die da unten die da oben zur Rechenschaft ziehen wollen. Das Erstarken des Rechtspopulismus ist ein Symptom des Scheiterns fortschrittlicher Politik.

SPIEGEL: Die populistische Reaktion stürzt die liberale Demokratie in eine existenzielle Krise.

Sandel: Der Liberalismus hat die verhängnisvolle Tendenz, die Demokratie in eine Plutokratie zu verwandeln. Wer reich ist, ist auch politisch einflussreich. Große finanzstarke Konzerne und einzelne Milliardäre können sich einen überproportionalen Anteil an politischer Wirkmacht sichern. Die Lobbyisten- und Beraterindustrie blüht. Vor ein paar Jahren hat der Oberste Gerichtshof der USA die Begrenzung der gesamten Partei- und Wahlkampfspenden durch Einzelpersonen mit der Begründung aufgehoben, die Parteienfinanzierung sei eine Form der Ausübung von Rede- und Meinungsfreiheit. Das war ein schlimmer Fehler. Denn die Entscheidung lässt zu, dass die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen sich direkt in die Ungleichheit der politischen Stimme verlängert.

SPIEGEL: Und damit die Grundlage des demokratischen Systems sabotiert wird?

Sandel: Die Erfahrung, dass sich mit Geld Politik kaufen lässt, schürt zwangsläufig

Misstrauen in die Regierung, in Parteien und Politiker. Wenn Geld spricht, wenn die freie Rede in der politischen Auseinandersetzung käuflich wird, überrascht es nicht, dass sich Ressentiment gegen diese Art der Korruption aufbaut. Die Hybris der sogenannten Leistungsträger, die wachsende Ungleichheit, die Verandelung von Macht und Geld, die technokratische Abkapselung der Berufspolitiker – das sind die Ingredienzen, welche die Suppe des Populismus zum Brodeln bringen.

SPIEGEL: So gesehen wäre der Populismus eine verständliche Gegenwehr gegen die Geldaristokratie. Warum spitzt sich dann der Protest gerade auf der rechten Seite des politischen Spektrums zu?

Sandel: Der Groll nährt ja die Extreme auf beiden Seiten. Aber wenn die Bürger das Gefühl haben, dass sie in der Politik nichts zu sagen haben, sind die Parteien der liberalen und linken Mitte die ersten Opfer. Denn sie tun sich am schwersten mit der Einsicht, dass die Kümernisse nicht nur wirtschaftliche, sondern auch moralische und kulturelle Gründe haben. Es geht nicht allein um Löhne und Arbeitsplätze, sondern mehr noch um soziale Anerkennung. Diese wird doppelt versagt, wenn die Protestbewegung auf Nationalismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit reduziert wird. Hass und Intoleranz müssen selbstverständlich bekämpft werden. Aber es reicht nicht, wenn die etablierten Parteien sich auf deren Verurteilung zurückziehen.

SPIEGEL: Dass man die Sorgen der kleinen Leute ernst nehmen müsse, ist eine wohlfeile Floskel der Mehrheitsparteien.

Sandel: Die Eliten begehen den Fehler zurückzuschimpfen, die populistische Reaktion auf einen Mangel an Wissen, Bildung und Anstand zurückzuführen. Auf ihre ursprüngliche, eher unbewusste Arroganz setzen sie bewusst eine weitere drauf. Darin spiegelt sich ihr eigenes Defizit an kritischer Selbsterkenntnis und -reflexion. Sie entlasten sich durch Empörung von der eigenen Verantwortung am Prozess der demokratischen Erosion.



Denker Sandel

»Kunst des Zuhörens«

Das Gespräch führte der Redakteur Romain Leick an der American Academy in Berlin.



U-Bahn-Fahrgast in Washington, D. C., 2017: »Moralische Leere des öffentlichen Diskurses«

SPIEGEL: Populisten fordern, dass der Wille der Mehrheit uneingeschränkt zu gelten habe. In diesem Sinn sind sie zutiefst demokratisch. Zugleich sind sie zutiefst illiberal, denn sie erklären, dass es sowohl für die Justiz als auch für die Opposition oder die Medien nicht zulässig sei, die Stimme des Volkes zu missachten. Ist die illiberale Demokratie, zu der sich etwa Viktor Orbán in Ungarn offen bekennt, ein Widerspruch in sich?

Sandel: Das ist eine zentrale Frage. In gewisser Weise stehen Liberalismus und Demokratie in einem Spannungsverhältnis. Der Liberalismus beruht auf bestimmten Grundrechten, die Bestand haben müssen, egal was die Mehrheit will. Er errichtet Schranken gegen den demokratischen Willen. Er hält die Redefreiheit für Dissidenten oder die Religionsfreiheit für Minderheiten hoch, selbst wenn die Mehrheit sich durch sie bedroht fühlt. Demokratie ist mehr als das bloße Zusammenzählen von Stimmen. Sie benötigt eine Bürgerkultur und eine aktive Zivilgesellschaft auf der Grundlage gegenseitigen Respekts. Sie braucht deshalb Machtkontrolle, also

Gewaltenteilung, und Verhaltensnormen, also einen bürgerlichen Kodex, und ein Wertesystem, das sich auf Anerkennung und Achtung stützt. In diesem Sinn gehören Liberalismus und Demokratie unteilbar zusammen.

SPIEGEL: Die Gründerväter der amerikanischen Demokratie waren sich der Gefahr einer Tyrannei der Mehrheit sehr wohl bewusst. Ist der Punkt des Umkippens von Demokratie in Demagogie mit Donald Trump erreicht?

Sandel: Sie wären bestimmt ziemlich unglücklich, wenn sie sähen, was heute geschieht. Die Möglichkeit demagogischer Entgleisungen in einem ungefilterten Wahlsystem bereitete den Gründervätern große Sorgen. Ihre Idee war es, beratende Organe zwischen den Mehrheitswillen und die Verpflichtung auf das Allgemeinwohl zu schalten. Das Wahlkollegium, das den Präsidenten und den Vizepräsidenten wählt, sollte ursprünglich eine Versammlung weiser, erfahrener Männer sein, die aus eigener Urteilskraft entscheiden würden. Davon sind wir weit abgerückt.

SPIEGEL: Gibt die liberale Demokratie der Freiheit des Einzelnen zu viel Gewicht gegenüber der Sicherheit, dem Zusammenhalt und dem Gemeinwohl des Ganzen?

Sandel: Es gibt zwei Begriffe von Freiheit: Dem einen zufolge kann das Individuum nach seinen Wünschen und Interessen handeln, nach Glück und Selbstverwirklichung streben. Ich halte das für die Auffassung des Konsumismus. Der andere kommt aus der republikanischen Tradition: Ich bin frei, wenn ich ein bedeutendes Mitspracherecht bei der Gestaltung des Gemeinwesens und dessen Zusammenlebens ausübe und nicht bloß ein Privatier bin. Die westlichen Gesellschaften rutschen seit Jahrzehnten die schiefe Ebene von einem starken bürgerlich-republikanischen Freiheitsverständnis zu einem dünnen konsumistischen hinunter. Die bürgerlichen Tugenden höhlen sich zugunsten einer individualistischen Freiheit der Selbstoptimierung aus, die den Staatsbürger am Ende entmächtigt.

SPIEGEL: Der autonome Staatsbürger schafft sich ab, indem er seinem persönlichen Erfolg nachjagt?



Schiffspassagiere in New York: »Chancengleichheit als leeres Geschwätz«

Sandel: Das ist die Falle der Meritokratie. Wer sich eine privilegierte Situation verschafft hat, hält sie für ein persönliches Verdienst und die Belohnung seiner Leistung. Für ihn sind die anderen Versager. Der Einzelne wird mit der Verantwortung für sein Wohlergehen allein gelassen, auch wenn er damit überfordert ist. Obwohl selbst Milliardär, hat Trump das sehr gut verstanden. Anders als Barack Obama und Hillary Clinton, die ständig von »Chancen« und »Gelegenheiten« sprachen, zapft er das Ressentiment der Verlierer an, denen die Gewinner auch noch ihre Würde absprechen, indem sie ihnen die Schuld an ihrem Unglück zuschieben.

SPIEGEL: Hat der Wohlfahrtsstaat ein Klientenverhältnis hergestellt, in dem der Wähler vor allem Geschenke erwartet?

Sandel: Dass Demokratie mehr ist als eine Art Karitas für alle, nämlich partizipative Bürgerbeteiligung, daran gemahnt ausge-rechnet der Ruf der Populisten, das Volk müsse sich wieder Gehör verschaffen. Dazu gehört auch die Wiederherstellung von Würde, die durch die Entwertung von Arbeit und die Aufwertung des Kapitals für einen Großteil der Bevölkerung beschädigt worden ist. Die Transformation der herkömmlichen Arbeitswelt durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz wird diese Entwicklung in naher Zukunft noch verschärfen. Was tun mit denen, die überflüssig werden? Ein bedingungsloses Grundeinkommen kann diesen Bedeutungsverlust nicht wettmachen.

SPIEGEL: Menschen, die zu dem Schluss kommen, dass ihre Regierung sich mehr um billige Güter und billige Arbeit als um das Wohlergehen des eigenen Volkes sorgt, ja dass das Volk überhaupt nur noch eine künstliche Größe ist, fühlen sich schnell verraten und verkauft. Deshalb lösen Freihandel und Einwanderung den schärfsten Widerstand von Populisten aus. Die Demokratie lässt sich aber nicht dadurch konsolidieren, dass die drinnen sich gegen die draußen, wir gegen die anderen, zusammenrotten.

Sandel: Staaten haben die Pflicht, ihre Bürger zu schützen. Das schließt das Recht ein, eine Einwanderungspolitik festzulegen. Aber humane Staaten haben auch die moralische Verpflichtung, anderen Menschen in Gefahr Hilfe zu leisten. In der öffentlichen Wahrnehmung hat sich die Flüchtlings- mit der Migrationsfrage heillos verheddert. Die Feindseligkeit gegenüber den Fremden ist Ausfluss eines verschärften Nationalismus, der selbst wiederum ein moralisches Vakuum in der zeitgenössischen Politik zu füllen versucht. Die Menschen haben ein Bedürfnis, sich über Werte und die großen Dinge zu verständigen, über Gerechtigkeit, Gleichheit, darüber,

»Der Bann des Religiösen ist ein Zeichen der Angst. Strenger Laizismus schafft Spannungen.«

was ein gutes Leben bedeutet. Wenn das vernachlässigt wird, verschaffen sie sich Ersatz. Die moralische Leere des öffentlichen Diskurses hat den Weg für Nationalismus und Fundamentalismus freigemacht.

SPIEGEL: Was hält uns zusammen? Wer sind wir? Worin besteht unsere kollektive Identität? Sind das nicht abgründige Fragen, die extreme Antworten geradezu provozieren?

Sandel: Die größere Gefahr besteht darin, sie zu übergehen. Die Frage nach der politischen Identität muss gestellt werden, denn sie ist für das Selbstverständnis jedes Gemeinwesens zentral. Wenn keine pluralistische Antwort gefunden wird, schlägt die Stunde des Nativismus.

SPIEGEL: ... der sie mit Geburt und Herkunft beantwortet. Worauf gründet sich die kulturelle nationale Identität?

Sandel: Sprache, Geschichte, Erinnerung, Tradition sind Bestandteile nationaler Identität. Doch diese ist keine feste Größe, sie muss auch als Prozess verstanden werden, als Wettstreit der Argumente und Ideen. Patriotismus erschafft und erfindet sich immer wieder neu, er ist kein Fetisch an der Wand. Ein gesunder öffentlicher Diskurs begrüßt unterschiedliche Interpretationen der kollektiven Erinnerung und Geschichte.

SPIEGEL: Sie haben ein besonders heikles Merkmal der Identitätsbildung weggelassen – die Religion.

Sandel: Man kann sich auf den Standpunkt zurückziehen, Religion sei eine private Angelegenheit, die aus der öffentlichen Debatte herausgehalten werden solle. Diese Haltung geht dem Streit aus dem Weg, der mit Glaubensfragen fast unweigerlich verbunden ist. Aber sie ist zu einfach. Religionen regeln nicht nur das Verhältnis des Einzelnen zu Gott, sondern auch das der Menschen zueinander. Der Glaube ist nie nur privat, er prägt die Werte des Zusammenlebens. Die Herausforderung liegt darin, ethische Haltungen in der öffentlichen Sphäre zuzulassen, ob säkular oder religiös motiviert.

SPIEGEL: Muss nicht jeder moderne Staat säkular sein?

Sandel: Ich glaube, dass ein pluralistisches moralisches Engagement mehr zur Herausbildung einer toleranten Gesellschaft beiträgt als nackter, moralisch verarmter Säkularismus. Der Bann des Religiösen ist ein Zeichen der Angst. Die französische Form eines strengen Laizismus schafft Spannungen, die selbst Züge eines Kulturkampfes annehmen.

SPIEGEL: Halten Sie die moralische Neutralität des politischen Liberalismus für eine Schwäche?

Sandel: Eine pluralistische Gesellschaft muss die Kunst des Zuhörens statt des Ausblendens beherrschen. Das setzt eine öffentliche Debattenkultur voraus, für deren

Pflege vor allem die Medien verantwortlich sind.

SPIEGEL: Trägt moralische Neutralität zu einer fragmentierten Gesellschaft bei, in der unterschiedliche Teile beziehungslos nebeneinander existieren?

Sandel: Ja, Vermeidung von Kontakt und Konflikt spiegelt eine falsche Toleranz vor. Es ist schwieriger, sich fortwährend aufeinander mit allen Differenzen einzulassen. Eine pluralistische Demokratie ist ein offener Lernprozess ohne die Notwendigkeit endgültiger Einigung.

SPIEGEL: Braucht eine Gesellschaft nicht trotzdem gemeinsame Grundüberzeugungen?

Sandel: Eine gerechte Gesellschaft setzt nicht materielle Gleichheit voraus, wohl aber die Möglichkeit, sich gleichberechtigt zu begegnen, ungeachtet von Klassenzugehörigkeit und Glaubensgemeinschaft. Selbst im Sport sondern sich die Wohlhabenden inzwischen in der VIP-Loge, in den USA Skybox genannt, vom Fußvolk der Fans ab. Die »Skyboxification«, die Segregation im sozialen Leben, pflanzt sich durch die Gesellschaft fort, von der Schule bis zur Rente. Die Wiederherstellung einer staatsbürgerlichen Infrastruktur wäre das erste Gebot einer Gesellschaft, die mehr anzubieten hat als eine geographische Heimat, nämlich ein geteiltes Leben.

SPIEGEL: Wäre es im Zeitalter der Globalisierung nicht besser, eine kosmopolitische Ethik universeller Rechte zu kultivieren statt nationaler Identitäten?

Sandel: Eine universalistische, kosmopolitische Ethik übersieht, dass wir aktive Nächstenliebe und bürgerliche Tugenden nicht im Abstrakten, sondern im Konkreten und Besonderen erlernen und erfahren. Erst wenn wir in der Nachbarschaft verwurzelt sind, können wir über sie hinausreichen.

SPIEGEL: Wird das auch Trumps Amerika gelingen?

Sandel: Trumps Amtsführung hat die moralischen und zivilen Normen angegriffen. Er wirft den dunkelsten Schatten seit Richard Nixon auf den demokratischen Rechtsstaat. Doch noch hält das System.

SPIEGEL: Die Opposition scheint kein richtiges Mittel gegen ihn zu finden. Wird er an sich selbst scheitern?

Sandel: Die geradezu obsessive Aufmerksamkeit, die seine Tweets in der Öffentlichkeit erregen, spielt seiner Art zu regieren in die Hand. Die Medien können seinen Ausbrüchen nicht widerstehen, je schändlicher sie sind, umso weniger. Was die Opposition jetzt braucht, ist eine Ökonomie der Empörung. Moralische Empörung kann politische Energie freisetzen – aber nur, wenn sie von einem politischen Projekt kanalisiert und geleitet wird.

SPIEGEL: Mr Sandel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

SPIEGELBESTSELLER

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control); nähere Informationen finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (2) **Frank Schätzing**
Die Tyrannei des Schmetterlings
Kiepenheuer & Witsch; 26 Euro

Wie immer bei Frank Schätzing gibt es Bandwurmsätze mit schiefen Bildern, Spannung, solide Recherche und spektakuläre Schauplätze. Wer's mag
- 2 (1) **Volker Klüpfel / Michael Kober**
Klüftinger Ullstein; 22 Euro
- 3 (7) **Jojo Moyes** **Mein Herz in zwei Welten** Wunderlich; 22,95 Euro
- 4 (5) **Maja Lunde**
Die Geschichte der Bienen btb; 20 Euro
- 5 (4) **Ferdinand von Schirach**
Strafe Luchterhand; 18 Euro
- 6 (6) **Paluten / Klaas Kern** **Freedom. Die Schmahamas-Verschworung** Community Editions; 12 Euro
- 7 (3) **Martin Walker**
Revanche Diogenes; 24 Euro
- 8 (9) **Maja Lunde**
Die Geschichte des Wassers btb; 20 Euro
- 9 (8) **Laetitia Colombani**
Der Zopf S. Fischer; 20 Euro
- 10 (11) **Maxim Leo / Jochen Gutsch** **Es ist nur eine Phase, Hase** Ullstein; 12 Euro
- 11 (12) **Mariana Leky** **Was man von hier aus sehen kann** DuMont; 20 Euro
- 12 (17) **Daniel Kehlmann**
Tyll Rowohlt; 22,95 Euro
- 13 (13) **Bernhard Schlink**
Olga Diogenes; 24 Euro
- 14 (–) **Guido Maria Kretschmer**
Das rote Kleid Goldmann; 14 Euro
- 15 (14) **Éric Vuillard**
Die Tagesordnung Matthes & Seitz; 18 Euro
- 16 (–) **Ralf Rothmann** **Der Gott jenes Sommers** Suhrkamp; 22 Euro
- 17 (10) **Haruki Murakami** **Die Ermordung des Commendatore Band II** DuMont; 26 Euro
- 18 (18) **Marc-Uwe Kling**
QualityLand Ullstein; 18 Euro
- 19 (20) **Nina George** **Die Schönheit der Nacht** Knauer; 18,99 Euro
- 20 (–) **Lucinda Riley**
Die Perlenschwester Goldmann; 19,99 Euro

Sachbuch

- 1 (2) **Bas Kast** **Der Ernährungskompass** C. Bertelsmann; 20 Euro
- 2 (1) **Richard David Precht**
Jäger, Hirten, Kritiker Goldmann; 20 Euro
- 3 (3) **James Comey**
Größer als das Amt Droemer; 19,99 Euro
- 4 (5) **Hans-Wilhelm Müller-Wohlfahrt**
Mit den Händen sehen Insel; 22,95 Euro
- 5 (4) **Peter Hahne** **Schluss mit euren ewigen Mogelpackungen!** Lübbe; 10 Euro
- 6 (7) **Michael Wolff**
Feuer und Zorn Rowohlt; 19,95 Euro
- 7 (9) **Manfred Lütz**
Der Skandal der Skandale Herder; 22 Euro
- 8 (10) **Gerald Hüther**
Würde Knaus; 20 Euro
- 9 (8) **Hamed Abdel-Samad**
Integration Droemer; 19,99 Euro
- 10 (12) **Peter Wohlleben** **Das geheime Leben der Bäume** Ludwig; 19,99 Euro
- 11 (17) **Rolf Dobelli** **Die Kunst des guten Lebens** Piper; 20 Euro
- 12 (6) **Wolfram Eilenberger**
Zeit der Zauberer Klett-Cotta; 25 Euro
- 13 (–) **Yuval Noah Harari**
Homo Deus C. H. Beck; 24,95 Euro
- 14 (13) **Elke Heidenreich**
Alles fließt Corso; 24,90 Euro
- 15 (11) **Ranga Yogeshwar** **Nächste Ausfahrt Zukunft** Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro
- 16 (18) **Axel Hacke** **Über den Anstand in schwierigen Zeiten und die Frage, wie wir miteinander umgehen** Kunstmann; 18 Euro
- 17 (16) **Thea Dorn**
deutsch, nicht dumpf Knaus; 24 Euro

Die TV-Intellektuelle hat eine Streitschrift verfasst für die humanistische Bildung und für ein »Bekenntnis zur Nation« als verbindendes Mittel
- 18 (–) **Uwe Birnstein**
Margot Käßmann bene; 19,99 Euro
- 19 (19) **Wilhelm Schmid**
Selbstfreundschaft Insel; 10 Euro
- 20 (15) **Markus Feldenkirchen**
Die Schulz-Story DVA; 20 Euro

Verletzte verletzen

Autoren Gerade hat der US-Schriftsteller Junot Díaz öffentlich gemacht, dass er als Kind sexuell missbraucht wurde, da melden sich Frauen, die sich von ihm misshandelt fühlen. Was zunächst nach #MeToo aussieht, ist viel komplizierter. *Von Philipp Oehmke*

Dass Junot Díaz möglicherweise ein Problem hat, stand für Monica Byrne fest, seit sie 2014 in einer größeren Dinnerrunde mit dem Schriftsteller gesessen hatte, zehn Leute, der Verlag hatte eingeladen, ein fancy Restaurant, der Star in der Mitte. Díaz hatte zuvor auf einem Literaturfestival einen Vortrag gehalten über »The Importance of Love« in der Literatur. Byrne, damals 32, war kurz davor, selbst ihren ersten Roman zu veröffentlichen, eine feministische Science-Fiction-Geschichte. Der Verlag hyppte sie, man hatte sie neben ihn gesetzt, sie würden sich viel zu sagen haben.

Doch der Star beachtete sie nicht. Monica versuchte, am Gespräch teilzunehmen, und als es darum ging, wie Statistiken dabei helfen können, Unterdrückten eine Stimme zu geben, sagte sie, dass nicht nur die Zahlen, sondern die persönlichen Erfahrungen wichtig seien. Da habe sich Díaz zu ihr gedreht und ihr ins Gesicht gebrüllt, sie wisse wahrscheinlich nicht, wie Statistiken funktionierten, aber ihre Bemerkung sei, als ob sie gesagt hätte: Ich persönlich bin nicht vergewaltigt worden, also existiert Vergewaltigung gar nicht.

Das Wort Vergewaltigung habe Díaz ihr ins Gesicht gebrüllt, mehrmals. Rape! Rape! Von da an, sagt Byrne, sei Díaz ihr stets über den Mund gefahren oder habe sie verhöhnt. »Ich habe in meinem gesamten Erwachsenenleben noch nie so einen starken Frauenhass gespürt«, sagt sie.

Für Byrne war dieses Verhalten verstörend. Díaz war ein Vorgezeigautor der Linksliberalen, Held von Feministinnen, Antirassisten, Minderheitenaktivisten, Ivy-League-Studenten, Bernie-Sanders-Fans, Gleichstellungsbeauftragten.

Mit sechs war Díaz aus der Dominikanischen Republik in die USA gekommen, hatte mit 28, 1996, ein krachendes Debüt hingelegt, ein Autor, durchaus intellektuell, aber mit dem Sound der Latino-Barrios, der Toni Morrison genauso zitieren konnte wie den Rapper Tupac und seine Geschichten im »New Yorker« veröffentlichen durfte: der »golden brown boy« des weißen Establishments, wie eine Literaturwissenschaftlerin es ausdrückte. 2008 dann der Pulitzerpreis für seinen Roman »Das kurze wundersame Leben des Oscar Wao«.

Vier Jahre nach dem Dinner mit Monica Byrne, in einer, was die Geschlechterfra-

gen betrifft, komplett anderen Zeitrechnung – nach Bill Cosby, nach Harvey Weinstein, nach #MeToo –, veröffentlichte Díaz im April dieses Jahres mal wieder einen Essay im »New Yorker«. Der Text ist die erschütternde Schilderung davon, wie Díaz als Kind von einer Vertrauensperson in seiner engsten Umgebung wiederholt und systematisch vergewaltigt worden war, und beschreibt, wie diese Erlebnisse sein Leben zerstört haben, wie er gezwungen war, Jahrzehnte »hinter einer Maske« zu leben, und dass es den Junot Díaz, wie die Öffentlichkeit ihn kennt, eigentlich gar nicht gab.

Der Text schlug Wellen und löste, in diesen für Erlebnisse von sexueller Gewalt so sensibilisierten Zeiten, Stürme der Bestürzung und der Anerkennung aus. Junot Díaz war jetzt nicht nur der progressive Autor, er war auch ein mutiges Opfer, eines, das in der Lage war, sein Leid in einem sehr wirkmächtigen Text zu bündeln.

Dass er über Latino-Machos schrieb, hat seine Leser nicht gestört. Man hielt es für Authentizität.

Diesen Status behielt Díaz allerdings nur knapp einen Monat. Anfang Mai, am anderen Ende der Welt, in Sydney, wieder auf einem Literaturfestival, an dem Díaz teilnahm, kam die Autorin Zinzi Clemmons nach einer Veranstaltung mit ihm ans Mikrofon und fragte ihn sinngemäß, wie er das gemeint habe in seinem »New Yorker«-Essay: dass er, weil er selbst sexuelle Gewalt als Kind erfahren habe, diese nun als Erwachsener ausüben dürfe? Er habe sie nämlich ein paar Jahre zuvor, als sie eine blauäugige Studentin an der Columbia University in New York gewesen sei, gegen ihren Willen geküsst.

In den Tagen darauf meldeten sich weitere Frauen mit ihren Geschichten, darunter auch Monica Byrne. Alle handelten von Díaz als einem unsympathischen Typ, einem Arschloch vielleicht, der Frauen ins Bett kriegen will oder mit ihnen Affären hat, sie als Frauen demütigt oder unkontrolliert wütend wird. Aber keine weitere handelte von sexueller Gewalt.

Der Kuss gegen ihren Willen, den Zinzi Clemmons schilderte, ist möglicherweise schlimm genug, aber er ist auch das Schwerwiegendste, was bisher über Díaz bekannt wurde.

Der gerade noch gefeierte biografische Essay wurde nun anders gelesen. Allein die Wahl seines Titels: »The Silence: Confronting the Legacy of Childhood Trauma« – gehört zum »Erbe eines Kindheitstraumas« auch die spätere Weitergabe der erlebten Gewalt?

Seine Erfahrung als Kind habe ihn zu einem gestörten Menschen werden lassen, der andere verletzt habe, schreibt Díaz. Aber was soll es heißen in Zeiten von #MeToo, wenn jemand schreibt: »Ich denke an den Schmerz, den ich verursacht habe«? Anfangs unbemerkt öffnete Díaz' Text die Tür zu einer Frage, deren Erörterung in den vergangenen Jahren Fahrt aufgenommen hat: »Hurt people hurt people«, heißt es im Amerikanischen, auf Deutsch funktioniert der Satz nur beinahe: Verletzte Menschen verletzen Menschen. Díaz hat diese Verbindung in seinem Essay klar gezogen, wenn er von Depressionen, unkontrollierter Wut und einem klassischen Muster der Psychotraumatologie spricht: »Nähe und Distanz, Nähe und Distanz. Und anderen dabei wehtun.« Worin dieses Wehtun bestanden hat, war die große Lücke in dem Text. Sie lässt sich nun möglicherweise mit den Erlebnissen der sich zu Wort meldenden Frauen füllen.

Es gibt keine belastbaren Erhebungen dazu, wie häufig in der Kindheit missbrauchte Männer später selbst zu Tätern werden, aber ihr Anteil ist deutlich höher als im männlichen Bevölkerungsschnitt.

Auch wenn das stimmt, entschuldigt das irgendetwas? Monica Byrne nennt Díaz' »New Yorker«-Bekenntnisse eine Art Präventivschlag: schnell zum Opfer werden, bevor man der Täter ist.

Vergangenes Wochenende ist in den USA eine lang erwartete Fernsehserie gestartet, die in fünf Teilen den Lebensweg eines missbrauchten Kindes bis ins Erwachsenenalter verfolgt: Missbrauch, Heroin- und Alkoholsucht, selbstzerstörerisches Verhalten, Abstinenzversuche, schließlich selbst Familienvater. Es ist die filmische Umsetzung der halb biografischen Patrick-Melrose-Romane des britischen Schriftstellers Edward St Aubyn; und auch hier



KRISTA SCHLUETER / THE NEW YORK TIMES / REDUX / LAIF

Beschuldigter Díaz: Ein gequälter Mensch

kommt der einmal dem Kind zugefügte Schaden in unterschiedlichen zerstörischen Ausformungen stets zurück. Es gibt kein Entkommen, noch nicht einmal im Heroiraraus.

In Junot Díaz' Werk gibt es eine wiederkehrende Figur, oft der Ich Erzähler, er heißt Yunió, ein junger Amerikaner dominikanischer Abstammung. Er ist ein ziemlicher Latino-Macho, er betrügt seine Frauen und verliert sie meist. Man könnte sagen, er hat misogynen Züge. Das hat jahrelang niemanden von Díaz' progressiven Lesern gestört, man hielt es für, nun ja, Authentizität, für den genauen Blick auf eine Welt, die der Ivy-League-Student so nicht kennt. Und dagegen ist ja auch nichts einzuwenden, Yunió ist eine meisterhafte, lebendige, ambivalente literarische Fiktion. Die allerdings einem weißen Autor aus dem mittleren Westen wahrscheinlich nicht durchgegangen wäre. Marianella Belliard, eine Literaturwissenschaftlerin, die davon berichtet, wie Junot Díaz auch sie einmal am Haar gefasst und mehr gewollt habe, glaubt, dass Junot sich als Yunió auslebe, die ganze Frauenverachtung, als Yunió dürfe sie raus, und Junot werde auch noch gefeiert. Yunió sei Junots Mr Hyde.

Was bedeutet dies nun alles?

Zunächst sieht es so aus, als sei Junot Díaz ein gequälter Mensch, dem Furchtbare angetan wurde und der sich offenbar

nun öfter selbst furchtbar verhält, vor allem gegenüber Frauen. Möglicherweise aber hat es mit #MeToo weniger zu tun und sollte davon auch getrennt werden.

Am Montag vergangener Woche haben zwei Dutzend Professorinnen, viele darunter hispanischer Abstammung, einen offenen Brief veröffentlicht, in dem sie Díaz verteidigen und davor warnen, ihn als animalischen Sextäter darzustellen und somit rassistische Stereotypen über den männlichen Latino aufleben zu lassen. Die einen kommen mit der Gender-Keule, die anderen schlagen mit dem Rassismus-Hammer zurück. Es ist ziemlich irre.

Díaz selbst hat vergangene Woche über seine Agentin ein vages, etwas verstörendes Statement verbreiten lassen, in dem er die Vorwürfe nicht bestreitet. Er übernehme die Verantwortung für seine Vergangenheit, er höre sich die Schilderungen der Frauen an und lerne von ihnen. Was in aller Welt soll das heißen? Das ist die neue Form von Schadenskontrolle, die sich PR-Strategen ausgedacht haben: die Anklägerinnen ernst nehmen, zuhören und sagen, man wolle sich bessern.

Er hat den Vorsitz des Pulitzerpreis-Gremiums, zu dem er gerade erst gewählt worden war, sofort wieder abgegeben und ist abgetaucht. Die Anfrage des SPIEGEL ließ er unbeantwortet. Vielleicht hofft er, dass sich alles versendet.

Doch da ist Monica Byrne, seine Nemesis von dem Dinner, damals vor vier Jahren. Immer wieder gab es Gerüchte, und im November 2017, inmitten des Weinstein-Erdbebens, rief Byrne Frauen dazu auf, ihr ihre Geschichten von Erlebnissen mit Junot Díaz zu schicken. Inzwischen habe sie 34 Storys gesammelt, sagt sie. Einige sollen auch von sexueller Nötigung, Missbrauch und Gewalt handeln. Sie könne sie aber nicht öffentlich machen, die Betroffenen seien noch nicht bereit. Im Verdeckten liefen Nachforschungen über Díaz, die möglicherweise sehr bald bisher unbekannte, ernste Fälle zutage fördern würden. Mehr kann Byrne nicht sagen.

Sie weist aber auf eine Petition hin, unterschrieben von mehr als 400 Studenten, Ehemaligen und anderweitig Assoziierten des von Díaz mitgegründeten Literaturinstituts VONA, das Schreibkurse für Studenten mit dunkler Hautfarbe anbietet. Díaz ist dort bis heute der Stadozent. Die Verfasser sprechen in der Petition von einem »offenen Geheimnis« an der Schule, einer sexuell anzüglichen Atmosphäre und »einem zutiefst schädlichen Einfluss, den Junot Díaz' Gewalt« ausgeübt habe. Sie verlangen, dass die Schule ihren Mitbegründer und berühmtesten Lehrer entfernt.

Hurt People hurt people. So geht es immer weiter.

Der Blitz

Missbrauch Der Schriftsteller Christian Kracht berichtet von einem frühen Trauma und erklärt sein Werk.

Da ist vor allem dieser eine Satz – und alle, die in letzter Zeit vor sich hinmurmeln, jetzt sei es aber auch mal langsam gut mit all den Missbrauchsgeschichten und dieser bizarren Massentherapie der Welt, sollen ihn hören. Dieser Satz, den der Schriftsteller Christian Kracht am Dienstagabend in seiner Poetikvorlesung an der Frankfurter Goethe-Universität gesagt hat: »Lange Jahre, Jahrzehnte, 40 Jahre habe ich gedacht, ich hätte mir dieses Szenario eingebildet oder ausgedacht.«

Ein Mann hat in seiner Kindheit Schreckliches erlebt. Demütigung, Machtmissbrauch, sexuellen Missbrauch durch einen Menschen, dem er anvertraut war, ausgeliefert ganz und gar. Christian Kracht war zwölf Jahre alt, als ihm vom Pastor Keith Gleed in dem kanadischen Internat, in das ihn seine Eltern geschickt hatten, Ungeheuerliches angetan wurde. Und als er daraufhin, so berichtete es Christian Kracht am Dienstag den versammelten Zuhörern, seinen Eltern weinend am Telefon davon erzählte, glaubten sie ihm kein Wort. Er habe ja »schon immer so eine ausladende Fantasie« gehabt. Und so kam

es, dass er schon bald sich selbst nicht mehr glaubte.

Erst jetzt, im Zuge der Weinstein-Enttrollungen, las Kracht in einem Magazin den Bericht über 30 Jungen, denen Gleiches geschehen war. Und plötzlich – beinahe 40 Jahre nach dem Geschehen, wie ein Blitz, der Glaube an sich selbst. Zurückgegeben von Menschen, die sich erinnerten und darüber sprachen: »Sie können sich vielleicht vorstellen, was diese späte, vor ein paar Monaten erst erlangte Erkenntnis, ich sei eben kein fantasievoller Lügner gewesen, mir bedeutet hat.«

Können wir uns das vorstellen? Wenn da plötzlich fester Boden ist, auf dem man steht, und kein Abgrund mehr? Wenn ein Trauma, ein nie wieder ausgesprochenes traumatisches Erlebnis, das man selbst ins Reich der Fiktionen verabschiedet hatte, plötzlich wieder wahr erscheint?

Christian Kracht, der Meister des uneigentlichen Sprechens, der vielfach kodierten Ironie, von dem auch enge Freunde sagten, bei ihm gehe man »nie auf festem Grund«, hat an diesem Abend in Frankfurt, so berichten es alle, die dabei waren, plötzlich sich selbst und dem Publikum eine ungeheuerliche Wahrheit erzählt.

Um dann sogleich, in einem zweiten, unerhörten Schritt, dieses persönliche Trauma als Grundlage seines schriftstellerischen Werkes zu beschreiben. Und wir sehen einen Mann, dessen Vergangenheit von seinen Mitmenschen ins Reich der Fiktion wegberuhigt wurde und der nun in diesem Kosmos der Fiktion, im Reich des literarischen Schreibens, diesen verschwie-

genen Moment umkreist. Das unsichtbare Zentrum des Schreibens.

»Der Akt des Schreibens selbst, die Gewalt, die Erniedrigung, die Grausamkeit, der körperliche Ekel und die fetischisierte, oft verlagerte männliche Sexualität sind Topoi meiner Arbeit, deren ich mir erst bewusst werde, die aber sozusagen mit der ersten Zeile von »Faserland« alles bestimmt haben.«

Ein Mann erklärt sich selbst sein Werk. Mit schwingt dabei auch Krachts anhaltende Empörung über die Unterstellung, »Türsteher der rechten Gedanken« zu sein, die 2012 im SPIEGEL geäußert wurde.

Seine Protagonisten teilten sich alle »eine ausschweifende Unbarmherzigkeit«, sagt Kracht. »Und es ist vielleicht diese unkommentierte Bevölkerung meines nun ein gutes Vierteljahrhundert andauernden Panoptikums mit derlei Gestalten, die mir den widersinnigen Vorwurf eingebracht haben, ich sei ein Faschist.«

Er habe lange über die Motive des Pastors nachgedacht, berichtet Kracht. Er glaube, es sei einerseits »Freude an der Ausübung von purer, unverfälschter Macht«, andererseits »ein gewisser Ästhetizismus« und fügt hinzu: »Eigenschaften und Empfindungen, so scheint es mir jetzt, die viele meiner Figuren teilen mögen.«

So bilden die mutmaßlichen Motive dieses Verbrechens einen Teil des Fundaments von Christian Krachts ästhetischem Reich, das von seinem Erstling »Faserland« aus dem Jahr 1995 bis zu seinem bislang letzten Roman »Die Toten« reicht.

Und schließlich ist da die Szene, in der ein kanadischer Padre namens Keith dem Erzähler im Kriegsroman »Ich werde hier sein im Sonnenschein und im Schatten« in einer Höhle »geheimnisvolle Malereien« seiner Urahren zeigt, die Urherkunftsgeschichte des Erzählers also, und dabei, während er so versunken schaut, merkt er, »dass der Padre sich, hinter mir stehend, im schwachen Schein einer Öllampe, leise keuchend selbst befriedigte«.

Christian Kracht hat sich an diesem Abend in Frankfurt zwei Sätze von Walter Benjamin geliehen, um das Verhältnis von Trauma und Werk zu beschreiben: »In den Gebieten, mit denen wir es zu tun haben, gibt es Erkenntnis nur blitzhaft. Ein Text ist der lang anhaltende Donner.«

Krachts Lesung in Frankfurt war, so stellen wir uns das vor, in erster Linie eine Befreiung für ihn selbst. Vielleicht auch in der Hoffnung, damit all den Menschen Mut zu machen, die selbst in einem Gefängnis der Scham, der Selbstlüge, des Unglaubens gefangen sind. Und die nicht die Gabe haben, sich dem stillen Trauma ihres Lebens schreibend und zum Gewinn der Leser zu nähern. Befreit. Ein Blitz. Ein lebenslanger Donner. Volker Weidemann



J. LECHER / GOETHE UNIVERSITÄT

Autor Kracht in Frankfurt am Main: »Diese späte Erkenntnis«

»Kulturpolitik ist Außenpolitik«

Staatsministerinnen Die SPD-Politikerin Michelle Müntefering über das Berliner Stadtschloss und koloniales Raubgut

Müntefering, 38, ist als Staatsministerin im Auswärtigen Amt für die internationale Kulturpolitik zuständig.

SPIEGEL: Frau Müntefering, nach zwei Monaten als Kulturpolitikerin – wie geht es Ihnen?

Müntefering: Sehr gut. Ich bin ja politisiert worden mit Christoph Schlingensiefs Aktion »Sechs Millionen Arbeitslose in den Wolfgangsee, wir fluten Kohls Urlaubsparadies!«. Das fand der damals wahrscheinlich nicht sehr witzig. Jetzt bin ich selbst Teil der Bundesregierung.

SPIEGEL: Diese Regierung setzt mehr denn je auf Kultur. Allerdings ist die CDU da präsenter. Kulturstaatsministerin Monika Grütters hat die einstmalige linke Domäne für die Konservativen gekapert. Was können Sie von ihr lernen?

Müntefering: Das Amt des Kulturstaatsministers ist vor 20 Jahren von Gerhard Schröder ins Leben gerufen worden! Jetzt sollte es auch für die internationale Kulturpolitik eine Ansprechpartnerin geben, das bin ich. Keine Sorge, Monika Grütters und ich sind im Gespräch.

SPIEGEL: Warum braucht ein Land zwei Kulturstaatsministerinnen, eine fürs Innere und eine fürs Internationale?

Müntefering: Kulturpolitik ist nun einmal eine Säule deutscher Außenpolitik, die wir in Zeiten, in denen Autokratie und Nationalismus auf dem Vormarsch sind, sogar noch ausbauen müssen. Kulturdiplomatie ist eines der wenigen Instrumente, die bleiben, wenn die klassische Diplomatie an ihre Grenzen stößt.

SPIEGEL: Was kann Kulturdiplomatie im Notfall bewirken?

Müntefering: Wir helfen konkret, um nur ein Beispiel zu nennen, verfolgten Wissenschaftlern, darunter viele aus Syrien oder der Türkei, in Deutschland Zuflucht zu finden und hier an unseren Universitäten weiterzuforschen. Bei der Frage um Deutschlands Verantwortung geht es eben nicht nur um mehr Militär, sondern auch um unsere Überzeugungen.

SPIEGEL: Die viel diskutierte Frage, wie mit kolonialem Raubgut in den deutschen Museen umzugehen ist, betrifft Kulturpolitik im Inneren und ebenso die Beziehungen zu betroffenen Ländern. Sie könnte einen Konflikt mit Grütters auflösen.



MARKUS TEDESKING / DER SPIEGEL

Müntefering: Ein Teil dieser Aufgabe gehört klassischerweise in den Verantwortungsbereich der inneren Kulturpolitik, etwa die Aufarbeitung und die Erforschung der Provenienzen. Darüber hinaus gilt es aber, die kulturellen Beziehungen zu stärken und Zukunftsarbeit zu leisten, in und mit den betroffenen Ländern. Das wiederum ist Aufgabe der internationalen Kulturpolitik.

SPIEGEL: Wären Sie für die Rückgabe von Raubgut?

Müntefering: Wir stehen erst am Anfang der Diskussion um die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte. Ich bin aber sehr wohl offen für die Debatte, ob wir bezogen auf die Kulturgüter aus kolonialem Kontext beispielsweise Grundsätze der Washingtoner Kriterien anwenden.

SPIEGEL: Die wurden 1998 von vielen Staaten ratifiziert, als klar wurde, wie viel NS-Raubkunst noch in den Museen liegt. Gefordert wurden faire Lösungen in Form von Rückgabe an die Erben der Opfer oder Kompensation. Lässt sich das auf Raubgut aus kolonialen Epochen übertragen?

Müntefering: Der französische Präsident hat ein starkes Zeichen gesetzt, als er vor Kurzem versprach, afrikanisches Kulturgut zurückzugeben. Wir haben da unsere eigene Aufgabe, und die müssen wir gemeinsam mit erfahrenen Organisationen, wie etwa der Unesco, angehen. Für mich und meinen Bereich gehört dazu auch, eine kulturelle Infrastruktur in den verschiedenen Ländern mitaufzubauen.

SPIEGEL: In Berlin wird bald die Stadtschlosskopie fertiggestellt. Dort wird das

Humboldt Forum einziehen, das zum Schaukasten fürs koloniale Erbe werden soll. Was halten Sie davon?

Müntefering: Vor 20 Jahren, als ich gerade bei den Jusos aktiv war, haben wir bereits darüber diskutiert, wozu dieses neue alte Schloss gut sein soll. Dann wurde schließlich die Idee entwickelt, das Humboldt Forum zu einem Zuhause der Weltkulturen zu machen. Das hat mich überzeugt, geradezu versöhnt. Auch als Staatsministerin möchte ich das weiter mit vorantreiben.

SPIEGEL: Frau Grütters hat aber genaue Vorstellungen, welche Zuständigkeiten es im Schloss geben soll.

Müntefering: Ich gehöre nun auch zum Stiftungsrat des Humboldt Forums, und dort haben wir vor ein paar Tagen wichtige Weichen gestellt, um Fahrt für eine neue Phase aufzunehmen. Das Forum soll mit dem Goethe-Institut kooperieren und so – eventuell auch noch über eine eigene Stabsstelle – die mir so wichtige internationale Dimension stärken. Ich will da nicht zu sehr vorgreifen, wir müssen dieses Vorhaben gemeinsam zum Erfolg führen. Der ist für mich dann erkennbar, wenn aus dem Haus ein Fenster in die Welt geworden ist. Ich habe nach meinen Gesprächen mit dem neuen Generalintendanten Hartmut Dorgerloh den Eindruck, dass auch er frischen Wind einziehen lassen will.

SPIEGEL: Sie bestimmen nun maßgeblich die deutsche Außendarstellung mit. Welches Bild von Deutschland wollen Sie im Ausland vermitteln?

Müntefering: Weniger ein Bild als mehr eine Haltung: Freiheit stärken, für die Demokratie eintreten, für Kooperation.

SPIEGEL: War es denn politisch klug, den Kandidaten der AfD für den Vorsitz im Unterausschuss Auswärtige Kulturpolitik durchfallen zu lassen, obwohl der Partei der Posten eigentlich zusteht?

Müntefering: Das entscheiden jetzt die zuständigen Abgeordneten. Wie es weitergeht, wird sich zeigen.

SPIEGEL: In Deutschland ist umstritten, was die nationale Identität ausmacht.

Müntefering: Ja, und das ist sicher auch eine Frage, eine Aufgabe der Kultur. Denn Kultur ist eben auch, wie Menschen miteinander umgehen. In einer Welt, die sich so stark verändert, dürfen wir streiten, aber wir müssen auch aus der Geschichte lernen. Politik sollte nicht darüber entscheiden, ob ein Kreuz an der Wand hängt oder nicht. Meine Oma war katholisch und konservativ, das Kreuz und den Rosenkranz hätte sie sicher zu ihrem Leben, zu ihrer Identität gezählt. Aber ihr die Religion wegnehmen oder befehlen – das war mit ihr nicht zu machen.

Interview: Sebastian Hammelehle, Ulrike Knöfel

Batman in Weiß

Helden Er war die Stimme des goldenen amerikanischen Zeitalters: eine Verneigung vor Tom Wolfe, Schriftsteller und Reporter, 1930 bis 2018. *Von Thomas Hüetlin*

Die Hamptons waren schon damals, vor knapp 20 Jahren, im Sommer die Hölle. Nicht allzu lange Zeit vorher hatten Autofirmen herausgefunden, dass furchtsame Menschen bevorzugt überdimensionalen Geländewagen ihr Vertrauen schenken, weil sie nicht mehr so viel Angst hätten, dass sich etwas unter dem Wagen verstecken könne, wenn er so hoch sei.

Bei den Autobauern wollte man diesen Anfall von American Angst ursprünglich nicht wahrhaben. Aber dann gab man nach und baute diese Ungetüme für den Massenmarkt – und, peng, zogen die anderen nach.

Aus der Paranoia war eine Mode geworden, und jetzt, in diesem Sommer 1999, wurde der Wahnsinn in den Hamptons, einem Fegefeuer der Eitelkeiten der Extraklasse, voll durchgezogen.

Vom blauen Atlantik, den breiten, weißen Stränden, war nichts mehr zu sehen. Eine Wand aus Chrom und buntem Autolack verstellte die Sicht.

Tom Wolfe genoss das sehr.

Zum einen, weil er bereits damals ein gatsbyartiges Anwesen mit hohen Hecken und einem eigenen Atlantikzugang besaß.

Zum anderen, weil dieser Automobilerzess bewies, dass das amerikanische Modell blendend funktionierte: Finde eine Leerstelle im Unterbewusstsein deiner Landsleute, produziere wie ein Blöder, und du kannst steinreich werden.

»There's a sucker born every minute«, soll P. T. Barnum, der große New Yorker Zirkusmann, über dieses Modell gesagt haben und formulierte damit das Credo für das Zeitalter des Massenkonsums: In jeder Minute wird ein neuer Idiot geboren.

Es war heiß, die Menschen froren in Shorts in ihren tiefgekühlten Geländewagen, aber Tom Wolfe stand mit einem Terrier an der Leine in der Einfahrt und trug sein Markenzeichen – einen dicken weißen Anzug mit einer ebenso weißen Krawatte.

Ich kletterte aus meinem Auto, deutete in Richtung der Wand aus Geländeautos und fragte Wolfe, ob er sich genötigt sehe, sich ebenfalls ein solch doch eher unpraktisches Gefährt zuzulegen.

»Ich sollte das vielleicht tun aus Gründen der Selbstverteidigung«, sagte Wolfe. »Ein Fahrzeug wie der ›Annihilator‹, bei dem allein die Kotflügel fünfeinhalb Fuß

in die Höhe stehen, schafft es doch, einfach alles zu überrollen, was sich ihm in den Weg stellt. Die Leute haben in den letzten Jahren so viel Geld gemacht. Jetzt wollen sie ewig leben. Am besten hat diese Haltung William Paley, der Gründer von CBS, auf den Punkt gebracht. Auf dem Totenbett rief er aus: ›Aber warum soll ich überhaupt sterben?‹«

Ich fragte Wolfe, ob er sich vor dieser Haltung grause oder sich darüber amüsieren könne.

»Ganz ehrlich«, antwortete Wolfe, »ich bin völlig für die Neureichen. Deren Erfolg bedeutet doch nur: Ich kann das auch schaffen. Wenn Geld so neu sein darf, habe ich auch eine Chance, welches zu verdienen. Mein Gott, es ist doch schön, dass es so viel Geld da draußen gibt.«

Es war ein anderes Land damals noch, Amerika. Clinton regierte, der Wohlstand für die meisten wuchs, auch dank der Abschaffung des »Glass-Steagall Act«, der Trennung von Investment- und Privatbanken, was später fast zum Zusammenbruch des Weltfinanzsystems führen sollte.

Wolfe hatte das Gefühl, die USA seien das mächtigste und reichste Land aller Zeiten. Die Liga von Makedonien unter Alexander dem Großen, Rom unter Julius Caesar, dem Mongolischen Reich unter Dschingis Khan. Eine Arbeiter- oder Handwerkerklasse gebe es nicht mehr. Wenn man heute einen Elektriker oder einen Air-Condition-Fachmann suche, tja, Pech gehabt. Man bekomme keinen, weil die meisten gerade mit ihrer dritten Frau in der Karibik weilen würden, wo die Sonne der Goldkette in den Brusthaaren der vermeintlichen Proletarier eine Portion Extralganz verleihe.

Es waren noch eineinhalb Jahrzehnte bis Trump. Der Größenwahn, in dem sich das Land befand und der immer neues Material für Wolfe lieferte, war noch dürftig ökonomisch unterfüttert. Aber die Anspruchshaltung, dass es immer so weitergehen müsse, immer noch größere Autos, möglichst zweimal am Tag Barbecue, Rollschuhe, Wasserski und Schönheits-OPs für alle, barg bereits das Risiko, dass sehr viele Leute sehr wütend werden würden, wenn sich herausstellte, dass eben das Versprechen, als Amerikaner ein Master of the Universe zu sein, nicht mehr für jeden Swimmingpoolbauer oder Walmart-Verkäufer gefühlt irgendwann einlösbar wäre.

»Master of the Universe« – diesen Begriff hatte Wolfe berühmt gemacht mit seinem 1987 erschienenen ersten Roman »Fegefeuer der Eitelkeiten«. Der Investmentbanker Sherman McCoy war ein solcher Master, die Welt hatte ihm zu gehorchen. Manhattan war seine Kommandozentrale, als wäre die Insel sein Flugzeugträger, bis die Dinge beginnen, durch einen dummen kleinen Zufall schiefzugehen. Big Ego, Big Money, Big Trouble.

Tom Wolfe hatte stets mit großem Stauen auf die Hahnenkämpfe der amerikanischen Gesellschaft geblickt. Aufgewachsen im behüteten Richmond, Virginia, faszinierte ihn dieses Streben nach Glück made in USA, das für die meisten Teilnehmer vor allen Dingen ein Ringen um Status ist. Nach Häusern in guten Lagen, großen Uhren, tief dekolletierten Frauen und Eckbüros mit prächtiger Aussicht.

Dieser Nachkriegswohlstand entfesselte seine volle Kraft während der Sechzigerjahre, frei nach dem Motto: »Ich kaufe, also bin ich.« Während die Werber in der Madison Avenue immer neue Zigaretten, Autos, Farbfernseher, Fotokameras und Bikinis anpriesen, erfand Wolfe eine Erzählform für das wild durch die Warenwelt purzelnde Individuum.

Mit diesem Drive revolutionierte er den Journalismus, wenn auch zuerst unfreiwillig.

Wolfe hatte einem wichtigen Redakteur der Zeitschrift »Esquire« eine Geschichte über die Subkultur junger Autofanatiker in Kalifornien vorgeschlagen. Wolfe lebte zwei Wochen lang im kostspieligen Beverly Wilshire Hotel in Los Angeles, und als er wieder an seinem New Yorker Schreibtisch saß, startete er tagelang auf ein weißes Blatt Papier. Kein Einfall, keine Zeile, nichts.

Der Redakteur bat ihn schließlich resigniert, einfach die Notizen zu schicken. Wolfe begann, diese abzutippen. Eine Nacht, 49 Seiten. Der Redakteur druckte diese Notizen. Unter dem Titel »The Candy-Kolored Tangerine-Flake Streamline Baby« wurden diese zum ersten Klassiker des »New Journalism«. Eines neuen Stils zu schreiben, der die Pop- und Wohlstandsexplosion der Sechziger aufzog und spiegelte.

Geprägt von Jazz und Rock 'n' Roll, mit einem Sinn für Tempo und Pointen, sollte eine Story jetzt klingen wie großes Kino.



Autor Wolfe, SPIEGEL-Redakteur Huetlin 1999 in den Hamptons bei New York

»So viel Geld da draußen«

»Like a movie«, forderte Wolfe ungeniert. Eine gute Geschichte sollte starten mit einem Feuerball wie eine Mondrakete, sie sollte swingen wie »A Hard Day's Night« von den Fab Four, sie sollte schweben wie ein Schmetterling und zustechen wie eine Biene – oder Muhammad Ali.

Apropos Beatles. Natürlich schrieb Wolfe auch über sie und ihre ewigen Konkurrenten, die Stones. »Die Beatles kommen, um deine Hand zu halten, die Stones, um deine Stadt niederzubrennen«, textete Wolfe. Er brachte die Sache auf den Punkt und die Worte zum Tanzen.

Image war eines der großen Phänomene dieses neuen visuellen Zeitalters, ein Star zu sein, ein Verlangen der heraufziehenden Gesellschaftsdroge Narzissmus. Also

lief Wolfe bald nicht mehr nur im Sommer, sondern auch im Winter in seinem weißen Anzug herum. Er besaß mutmaßlich 40 Stück davon, er zog die Dinger nur noch zum Schlafen aus.

Der weiße Anzug wurde seine Uniform, sein Markenzeichen wie das Cape von Batman. Tschok, zack, kabum, da war er wieder, der Verrückte mit seinem weißen Anzug.

Wichtig war es auch für Wolfes Auftritt, die richtigen Feinde zu haben. Norman Mailer, John Updike, John Irving, das gesamte Establishment der amerikanischen Literatur begegnete dem Journalisten, der ab Mitte der Achtziger als Romanautor Millionen verdiente, mit Verachtung.

Über Wolfes »Ein ganzer Kerl« schrieb Mailer: »Wolfes Buch zu lesen ist wie Sex mit einer 300 Pfund schweren Frau. Wenn sie erst einmal oben ist, hast du nur noch zwei Chancen. Verliebe dich oder erstick.«

Wolfe antwortete damals in den Hamptons mit stolzem Spott in den Augen. »Ich bin der Leithund, und Mailer ist ein Teil der Meute, die an meinen Absätzen sabbert und versucht, mich in den Hintern zu beißen.« Er schätzte diese Duelle mit Mailer – auch weil der linkskonservative Mailer zuletzt im äußerst exklusiven Provincetown auf Cape Cod lebte.

Im Dezember 2012 habe ich Wolfe noch einmal besucht, in seiner Zwölfzimmerwohnung im 14. Stock am Central Park in New York. Die Sirenen der Feuerwehr auf den Straßen unten klangen hier oben wie zartes Vogelgezwitscher. Mailer und Updike waren bereits einige Zeit tot, aber ein dünner, leicht zitternder Tom Wolfe hielt noch immer Hof in seiner weißen Uniform.

Sein Spott war noch da, und gelegentlich glitten seine Worte noch dahin wie ein Song von Cole Porter, aber das Schreiben, das er täglich pflichtschuldig absolvierte wie seine Liegestütze im Gym, kosteten ihn allmählich mehr Kraft, als er zurückgewann.

Sein eben erschienener Roman »Back to Blood« wirkte ein wenig aufgepumpt, auch wenn seine Passagen über die Art Basel-Miami zum Lustigsten und Scharfsinnigsten gehören, was ich über das neue vermeintliche Masseninteresse an moderner Kunst bis heute gelesen habe. Damien Hirst oder Jeff Koons waren für Wolfe nur neue Statussymbole, die den Besitzer als »someone who is in the know« auswiesen. Jemanden mit Geheimwissen, jemanden mit einer quasireligiösen Spezialantenne in der Sphäre der Superreichen. Jacht, Heli-Landeplatz, Learjet? Kann jeder. Aber eine Arbeit von Bruce Nauman? Wow, he is soooooo in the KNOWWWWWW!

Tom Wolfe gehörte zu den großen Künstlern, die dem nun unter Trump im Zeitraffer verbleichenden goldenen amerikanischen Zeitalter eine Stimme gaben. Er lebte für das Schreiben und durch das Schreiben, er brachte uns mit so vielen seiner Geschichten zum Lachen, also fragte ich am Ende meines Besuchs, ob es ihm eigentlich noch Spaß bereite, das Schreiben.

Er blickte mich an wie ein Mann, den man fragt, ob es ihm Spaß mache, während eines Staus in einem Bus zu stehen.

»Ich traue keinem, dem das Spaß macht«, sagte Wolfe. »Es ist die härteste mentale Arbeit überhaupt. Man muss so viele Dinge beachten und verknüpfen. Trotzdem stellt man oft fest, o mein Gott, alles Müll.«

Verneigung, fliegender Reporter.

Da war doch was, da ist doch was

Rassismus Eine Ausstellung in Dresden widmet sich der Erfindung von Menschenrassen.

Im Raum steht auch die Frage: was zeigen und was nicht?

Zwei Beispiele aus der vergangenen Woche. Auf dem Parteitag der FDP am Samstag forderte deren Vorsitzender Christian Lindner, dass man beim Bäcker Sicherheit darüber haben müsse, ob jemand, der »anders aussieht und nur gebrochen Deutsch spricht«, legal oder illegal hier sei, und somit kein Zweifel an seiner »Rechtschaffenheit« bestehe. Viele Menschen fanden das rassistisch, wodurch sich andere wiederum dazu genötigt sahen, vor der »Rassismuskeule« (so Julia Klöckner, CDU) zu warnen.

Am Montag twitterte das ZDF einen Link zu einer Folge von »Terra X«. Deren Titel lautete: »Gibt es menschliche Rassen?« Angeteasert wurde die Sendung mit den Worten: »Hat die Abstammung eines Menschen Einfluss darauf, wie intelligent er ist? Es gibt Leute, die genau das bejahen. Doch gibt es wirklich menschliche Rassen? »Terra X« geht der Frage nach.« Beantwortet wurde sie schnell und klar. Mit: nein. In der sich auf Twitter ausbreitenden Diskussion fragte eine Nutzerin, ob man demnächst dann auch Sendungen zur These »Ist die Erde eine Scheibe?« machen wolle.

Beide Beispiele zeigen: Man muss kein Rassist sein, um rassistische Strukturen fortzuschreiben. Es muss nicht mal Kalkül sein. Es reicht ein Subtext, der eine leise Ahnung bestärkt, etwas, das wir eingesogen haben über Jahrhunderte, das irgendwo in uns wie Schlacke am Grund liegt und darauf wartet, an die Oberfläche zu kommen. Da war doch was. Da ist doch was. Da muss doch was sein. Ein Unterschied. Zwischen uns und den anderen.

Das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden versucht, diese Ablagerung zu untersuchen. Die Ausstellung »Rassismus – die Erfindung von Menschenrassen« stellt schon im Titel klar, dass die Rassenidee ein Konstrukt ist. Und allein schon das löst Irritationen aus, Widerspruch und Angst. In einer kleinen Vorankündigung zur Ausstellung auf der Website des MDR Ende 2017 lesen sich viele Kommentare wie das Ausbuchstabieren dessen, was die Kuratorin, Susanne Wernsing, die »Angst vor der Abgabe von Deutungsheftigkeit« nennt.

Wissenschaftlich gesehen gibt es keine Menschenrassen. Zwischen den Menschen



Porträt des Abgeordneten Belley*

Hinweis auf Unzivilisiertheit

ist die genetische Varianz so gering, dass der Begriff keinen Sinn ergibt. Tierische Rassen hingegen sind das Resultat von Züchtungen, von menschlichem Eingriff.

Die Ausstellung ist in vier Teile gegliedert. Zunächst geht es um die Anfänge der Rassenforschung und deren vermeintliche Wissenschaftlichkeit. Im zweiten Teil steht das Hygiene-Museum selbst im Mittelpunkt, das seinen eigenen unrühmlichen Beitrag zur Rassenhygiene schon vor und während des Nationalsozialismus geleistet hat. Der dritte Raum befasst sich mit der kolonialen Gewaltherrschaft, der vierte schließlich stellt die Frage: Wie wollen wir zusammen leben? Videos und Installationen beschäftigen sich mit Alltagsrassismus und wollen die Besucher in einen Dialog bringen.

Das ist viel, sehr viel sogar, und dass es nicht zu viel ist, liegt unter anderem an der Ausstellungsgestaltung. Der Architekt Diébédo Francis Kéré hat die Räume auf eine Weise konzipiert, die den Objekten Raum lässt, aber trotzdem eine Struktur anbietet, die mit dem Gezeigten kommuniziert.

* Gemälde von Anne-Louis Girodet, 1797.

Ein großes Holzregal empfängt den Besucher, es sieht schön aus im gedimmten Licht, es scheint durch den Raum zu wuchern, wächst in die Höhe, schlägt Brücken. Ein Ordnungssystem für die Exponate, das selbst Kommentar ist.

Das Wort Rasse, das sich vom arabischen Wort ras (Kopf, Anführer) und dem lateinischen radix (Wurzel) ableitet, war im Mittelalter nur in der Pferdezucht gebräuchlich und wurde erst im frühen 16. Jahrhundert, gegen Ende der spanischen Reconquista, der »Rückeroberung«, auf Menschen angewandt. Ziel war es, neben die »Reinheit des Glaubens« die »Reinheit des Blutes« zu stellen und damit die zunehmend nicht christlichen Religionen im spanischen Gebiet anders zu qualifizieren und herabzusetzen.

Hier zeigt sich schon ein Grundmuster rassistischen Denkens: Es ist dann stark, wenn etwas in Bewegung gerät, eine Unordnung entsteht, und diese dann, um daraus Kapital zu schlagen, in eine vermeintlich natürliche Ordnung wieder zurückgeführt werden soll. So war es auch der Ordnungs- und Kategorisierungsdrang der Aufklärung, der die wissenschaftliche Verwendung des Rassebegriffs und -gedankens immer weiter vorantrieb. Zudem wollte man aus ideologischen Gründen Menschen unterschiedliche Qualitäten zuzuordnen.

Der Historiker Christian Geulen beschreibt dies in einem Text zur Ausstellung: »Erst als Humanismus, Naturrecht und Aufklärung aus dem christlichen Menschheitsverständnis das säkulare Konzept einer universalen Menschheit entwarfen, bedurften die faktischen Differenzierungen, Ungleichheiten und Ungleichbehandlungen zwischen Menschen einer neuen Begründung.« Es ist zynisch: Indem Menschenrechte proklamiert wurden, musste dafür gesorgt werden, dass es Menschen gibt, für die diese Rechte nicht gelten. Die Idee der Gleichheit stimmte schlicht nicht mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit überein.

Damit begann die wissenschaftliche Untersuchung der vermeintlichen Rassen, die typischerweise auf Zirkelschlüssen beruhte: Man nimmt ein paar Menschen als Beispiel, sucht sich das passende Instrumentarium, entwickelt eine Skala und wendet diese dann wiederum auf genau diese Menschen an, und siehe: Es passt. Diese Skalen können Farbtafeln für Hautfarbe sein. Oder Augentafeln. Oder Haare.

Echte Haare liegen da, in der Dresdner Ausstellung, fein säuberlich sortiert nach Farbe und geografischer Herkunft. Doch menschliche Überreste zeigt kaum ein Museum mehr, auch diese Ausstellung sonst nicht. Da Haare aber heute noch in europäischen Sammlungen zu finden sind, hat sich Kuratorin Wernsing dazu entschlossen, sie hier auszustellen.



COURTESY TASHA DOUGÉ / PHOTO: ANTONY LEWIS

Künstlerin Tasha Dougé, Darstellung des US-Rassismus, 2016*: Eingesogen über Jahrhunderte

Die damit einhergehende Überlegung, was in einer derartigen Ausstellung gezeigt werden soll und was nicht, betrifft letztlich beinahe jedes Objekt. Denn immer wieder droht die Gefahr, ein Gewaltverhältnis, das die Ausstellung eigentlich erklären will, wieder neu herzustellen. »Viel zu spät«, sagt Wernsing, habe man sich entschlossen, auch Menschen mit ins Team zu holen, die selbst von Rassismus betroffen sind. Die Ausstellung wurde noch einmal komplett gesichtet. Zusammen mit den Aktivisten, Forschern und Mitgliedern diverser Initiativen ging das Museumsteam die einzelnen Exponate durch und kam zu dem Schluss, manches nicht mehr zu zeigen.

Zum Beispiel eine Fotografie von Alice Seeley Harris. Die britische Missionarin hatte Anfang des 20. Jahrhunderts die Menschenrechtsverletzungen im Kongo fotografisch dokumentiert. Auf dem Foto sieht man Harris, wie sie in weißem Kleid in einer riesigen Gruppe schwarzer nackter Kinder steht, etwas erhöht, sodass es

wirkt, als bildeten die Schwarzen einen Hügel, auf dem die Weiße thront.

Die Frage, die sich das Museum selbst stellen muss, lautet: Wie stellt man Rassismus dar und entzieht ihm gleichzeitig seine Bilder? Soll man das 1797 gemalte Bild zeigen, das Jean-Baptiste Belley zeigt, wie er lässig an einer Büste des Schriftstellers Abbé Raynal lehnt, der sich für die Aufhebung der Sklaverei ausgesprochen hatte? Was zunächst als respektvolle Darstellung erscheint, wird unterlaufen, indem der Maler Belley die Hand auf sein Geschlecht zeigen lässt, ein Hinweis auf Unzivilisiertheit.

Das Museum entschied: ja. Das ist anstrengend und mühsam, aber unerlässlich, nicht zuletzt deshalb, weil derselbe Prozess in der Gesellschaft stattfindet.

Es geht darum, was man noch sagen sollte und was nicht, ob man das N-Wort aussprechen und ausschreiben sollte – das Museum entschied: nein –, was die Gemü-

ter in den sozialen Medien, aber genauso auf der Straße am meisten erhitzt. Wenn Museen Teil des Diskurses sein wollen, bleibt ihnen nur, selbst zu entscheiden und diesen Prozess transparent zu machen. Die »Abgabe von Deutungshoheit« – sie betrifft auch die Museen, und dass die Dresdner Ausstellung das zwar spät begriffen, dann aber zum Thema gemacht hat, ist genauso wichtig wie das, was man schlussendlich in den Vitrinen sieht.

Es fängt alles mit dem Geisterkoffer an, im ersten Raum. Damit sollten außersinnliche Phänomene nachgewiesen werden, man wollte Geistererscheinungen belegen und mit Verstorbenen Kontakt aufnehmen. Quatsch, sagt man heute. Damals war das Wissenschaft. Zur selben Zeit wurden mit den gleichen Instrumenten Rassenuntersuchungen gemacht. Um etwas zu beweisen, was man haben wollte, weil es einem passte, nicht weil es da war. An Geister glaubt kaum einer mehr, an die Existenz von Rassen aber schon. Xaver von Cranach

* Aus Synthetikhaar geflochtene Flagge, Titel: »This Land Is OUR Land«.

La La Land im Weindapot

Filmkritik Sandra Hüller und Franz Rogowski sind ein hinreißendes Paar im Liebesdrama »In den Gängen«.

Kinostart: 24. Mai

Die Romanze unter zwei Supermarktangestellten, von der »In den Gängen« erzählt, ist eine Spur zu schön, als dass sie wirklich wahr sein könnte – aber das passt ganz gut zu einem Geschäft, in dem es ums verführerische Präsentieren eigentlich banaler Dinge geht. Es ist ein Lebensmittelgroßmarkt irgendwo in der Steppe vor den Toren Leipzigs, in dem der Film des Regisseurs Thomas Stuber spielt. Man sieht darin sagenhaft schön komponierte Bilder von tanzenden Gabelstaplern, von penibel aufgefüllten Regalen mit Weinflaschen und Nudelkartons, von regennassen Parkplatzflächen in der Morgendämmerung. Die Supermarktmalocher selbst sehen noch vor dem Kaffeeautomaten im Aufenthaltsraum so toll aus, als hätte sie ein Kunstfotograf für eine Ausstellung über die Anmut der werktätigen Klasse abgelichtet.

Der mit einem wunderbar ruhigen Blick und einem aparten Lispelsprachfehler gesegnete Schauspieler Franz Rogowski ist Christian, der junge neue Angestellte im Großmarkt. Sie nennen ihn »Frischling«. Am Anfang des Films bekommt er Dienstkittel, Namensschild, Kugelschreiber und den Cutter verpasst, mit dem die Bänder aus Plastik zu zerschneiden sind, die bei fast allen Waren zur Verpackung gehören. Christian wird Bruno (Peter Kurth) zugeteilt, dem altgedienten Herrn der Getränkeabteilung. Die beiden Männer wuchten Wasserkränze von Paletten, lassen den Stapler schnurren und rauchen auf dem Klo, dabei schweigen sie die allermeiste Zeit. Als der Frischling Christian sich in Marion (Sandra Hüller) aus der Süßwarenabteilung verguckt, die leider verheiratet ist, haben die Männer beim Schweigen wenigstens ein Thema.

»In den Gängen« lief im Februar im Wettbewerb der Berlinale und beruht auf einer Erzählung des Schriftstellers Clemens Meyer. Meyer lebt in Leipzig und ist ein bisschen berühmt für die liebevolle Präzision, mit der er die Außenseiter, Unterprivilegierten und manchmal auch Kriminellen der ostdeutschen Großstadtwelt porträtiert. Der Autor hat, wie schon bei Stubers Boxerdrama »Herbert« (2016), auch diesmal am Drehbuch mitgeschrieben. Gemeinsam feiern Schriftsteller und Filmemacher nun die Supermarktbelegschaft als ruppige, unter schwer erträglichen Bedingungen hart arbeitende, unbedingt solidarische Gemeinschaft. In der Truppe von Verkäuferinnen und Verkäufern, Lageristinnen und Lageristen herrscht eine Warmherzigkeit, die der Zuschauer surreal finden darf.

Manchmal wühlen die Werktätigen nach Dienstschluss trotz strengen Verbots in den Abfallcontainern und stopfen Seite an Seite ein paar der Lebensmittel in sich hinein, die sie wegen des abgelaufenen

Verfallsdatums wegwerfen mussten. Ab und zu spricht Franz Rogowskis Erzählerstimme aus dem Off ein paar Sätze, die wie lyrische Tagebucheinträge klingen. »Es gab kein Tageslicht in den Gängen«, sagt er zum Beispiel. Oder: »Wenn wir nach Feierabend den Markt verlassen haben, war draußen alles anders.«

Mit großer Geduld erkundet Stubers Film die Regeln, nach denen die geschlossene Welt des Supermarkts funktioniert. Der Zigaretten- und Zeitungsshop im Markt beispielsweise ist ein Rückzugsort, in dem sogar Schach gespielt wird. Und der väterliche Marktleiter verabschiedet die Frauen und Männer aus dem Team am Ende jeder Schicht mit Handschlag.

Viele Szenen des Films sind mit Musik unterlegt, mal mit sorgfältig ausgesuchtem zeitgenössischem Pop und mal mit Klassik-Gassenhauern von Johann Strauß und Johann Sebastian Bach. Mitunter wirkt »In den Gängen« wie ein Musical. Zumindest würde es einen nicht wundern, wenn Sandra Hüller und Franz Rogowski plötzlich lossingen würden wie Emma Stone und Ryan Gosling in »La La Land«. Die Palmentapete in einem der sächsischen Großmarktbüros sieht aus wie eine halb wehmütige, halb ironische Hommage an den kalifornischen Strand und an Hollywood.



Darsteller Hüller, Rogowski: Fernweh nach dem Palmenstrand

Allein die Untertreibungskunst der Schauspieler rettet Stubers Film, der natürlich von der Verlorenheit des Einzelnen im Kapitalismus erzählen will, vor dem Kitsch. Sandra Hüller und Peter Kurth sind schon länger für ihre Arbeit in Film und Theater hoch geachtet. Franz Rogowski wird erst in jüngster Zeit sogar in der »New York Times« als herausragender deutscher Sonderlingsdarsteller gefeiert; zuletzt war er für cineastische Großprojekte von Michael Haneke, Terrence Malick und Christian Petzold engagiert.

Es ist hinreißend, wie Rogowski im eher kleinen Film »In den Gängen« der Frau seiner Sehnsucht lange Blicke zuwirft, kleine Geschenke macht und über die Hindernisse verzweifelt, derentwegen die Liebenden offensichtlich nicht zueinander kommen können. Christian war mal im Knast, Marion hängt an ihrem Ehemann, der mutmaßlich ein Schlägertyp ist – aber die Art, wie das Paar von der ganzen Supermarktbelegschaft mit Zuneigung überschüttet wird, lässt schon ahnen: Der scheinbar unmöglichen Liebe im Zentrum dieses Films dürfte in naher Zukunft ein Märchenfinale beschert sein. Wolfgang Höbel



Video
**Ausschnitte
aus »In den
Gängen«**

spiegel.de/
sp212018kritik
oder in der App
DER SPIEGEL

GEO
AUSGABE 06 2018

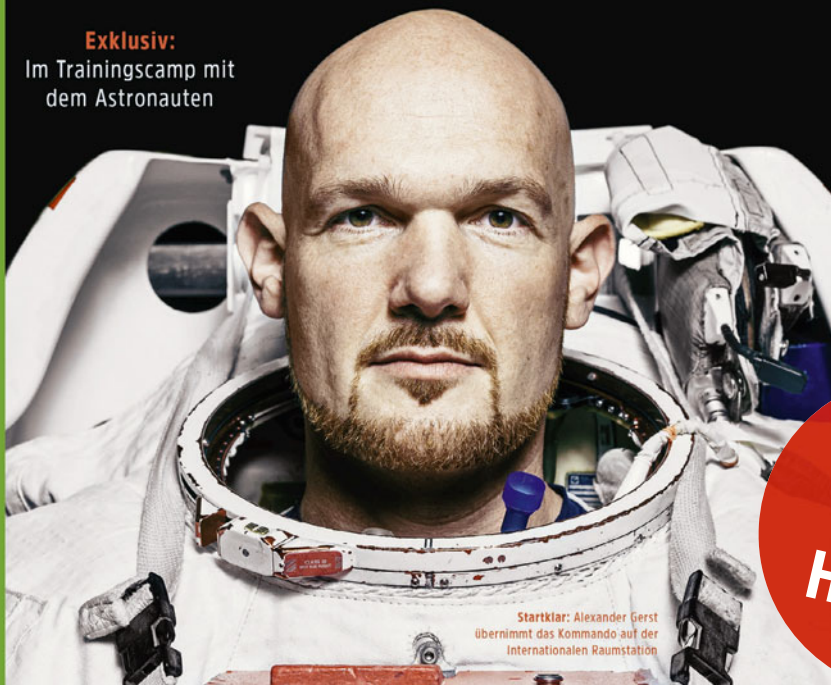
GEO

Die Welt mit anderen Augen sehen

Aufbruch ins All

Alexander Gerst und seine neue Mission

Exklusiv:
Im Trainingscamp mit
dem Astronauten



Startklar: Alexander Gerst
übernimmt das Kommando auf der
Internationalen Raumstation

Mongolei
Das Rätsel der
Hirschsteine

Schräge Typen
Die wilde Fantasie
der Evolution

Kolumbien
Wie Guerilleros
Bürger werden

Medizin-Ethik
Sollten wir unsere
Organe verkaufen?

Jetzt
im
Handel

GEO. *Das macht was mit dir!*

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · Mail spiegel@spiegel.de

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein
(1923–2002)

CHEFREDAKTEUR
Klaus Brinkbäumer (V.i.S.d.P.)

STELLV. CHEFREDAKTEUR
Susanne Beyer, Dirk Kurbjuweit,
Alfred Weizier

HAUPTSTADTBÜRO Leitung: René Pfister,
Michael Sauga, Christiane Hoffmann
(stellv.). Redaktion Politik und Wirtschaft:
Nicola Abé, Dr. Melanie Amann, Markus
Dettmer, Veit Medick, Ann-Katrin Müller,
Ralf Neukirch, Cornelia Schmergal,
Christoph Schult, Anne Seith, Gerald
Trautetter. Autoren, Reporter: Markus
Feldenkirchen, Konstantin von Hammer-
stein, Christoph Hickmann, Marc Hujer,
Christian Reiermann, Marcel Rosenbach

DEUTSCHLAND Leitung: Cordula Meyer,
Dr. Markus Verbeet. Redaktion: Laura
Backes, Katrin Elger, Michael Fröhling-
dorf, Hubert Gude, Charlotte Klein,
Miriam Olbrisch, Andreas Ulrich, Michael
Wulzinger. Meldungen: Annette Bruhns.
Autoren, Reporter: Jan Fleischhauer,
Annette Großbongardt, Julia Jüttner,
Beate Lakotta, Bruno Schrep (frei), Katja
Thimm, Dr. Klaus Wegreife

Berliner Büro Leitung: Frank Hornig.
Redaktion: Maik Baumgärtner, Sven Becker,
Sven Röbel, Michael Sontheimer (frei),
Andreas Wassermann, Lynn Wiedmann-
Schmidt. Autoren, Reporter: Stefan Berg,
Martin Knobbe

WIRTSCHAFT Leitung: Armin Mahler,
Susanne Amann (stellv.), Markus Brauck
(stellv.). Redaktion: Simon Hage, Isabell
Hülse, Alexander Jung, Nils Klawitter,
Alexander Kühn, Guido Mingels, Martin
U. Müller, Ann-Kathrin Nezik, Simone
Salden. Autoren, Reporter: Hauke Goos,
Michaela Schiefel

AUSLAND Leitung: Britta Sandberg,
Juliane von Mittelstaedt (stellv.), Mathieu
von Rohr (stellv.). Redaktion: Fiona Ehlers,
Katrin Kuntz, Jan Puhl, Tobias Rapp,
Raniah Salloum, Samiha Shafy, Helene
Zuber. Autoren, Reporter: Marian Blasberg,
Clemens Höges, Susanne Koellb, Dietmar
Pieper, Christoph Reuter

WISSENSCHAFT UND TECHNIK Leitung:
Rafaela von Bredow, Olaf Stampf.
Redaktion: Dr. Philip Bette, Manfred
Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika
Hackenbroch, Guido Kleinhubert,
Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar
Schmundt, Frank Thadeusz, Christian
Wüst. Autor: Jörg Blech

KULTUR Leitung: Sebastian Hammelehle
(stellv.). Redaktion: Tobias Becker, Lars-
Olav Beier, Anne Dürr, Ulrike Knöfel,
Katharina Stegelmann, Claudia Voigt,
Martin Wolf. Autoren, Reporter: Georg Diez,
Dr. Martin Doerry, Lothar Gortis, Wolfgang
Höbel, Dr. Nils Minkmar, Elke Schmittler,
Volker Weidemann

GESELLSCHAFT Leitung: Matthias Geyer,
Özlem Gezer (stellv.). Redaktion: Maik
Großekathöfer, Barbara Hardinghaus,
Maren Keller, Timofey Neshitov, Dalia
Neufeld, Claas Relotius, Jonathan Stock,
Takis Würger. Autoren, Reporter: Uwe
Busse, Ullrich Fichtner, Jochen-Martin
Gutsch (frei), Alexander Osang, Alexander
Smolczky, Barbara Supp

SPORT Leitung: Udo Ludwig. Redaktion:
Thilo Neumann, Gerhard Pfeil, Antje
Windmann, Christoph Winterbach

INVESTIGATIVREPORTER Rafael Busch-
mann, Jürgen Dahlkamp, Günther Latsch,
Jörg Schmitt (investigativ-reporter@
spiegel.de). Koordination SPIEGEL ONLINE:
Jörg Diehl, Koordination SPIEGEL TV:
Roman Leiberger

SONDERTHEMEN Leitung: Dr. Susanne
Weingarten, Dr. Eva-Maria Schnurr (stellv.).
Redaktion: Markus Deggerich, Uwe
Klufmann, Joachim Mohr, Bettina Musall,
Dr. Johannes Saltzwedel, Sandra Schulz.
Autorin: Marianne Wellershoff

KOORDINATION MEINUNG Markus
Feldenkirchen, Christiane Hoffmann
SPIEGEL PLUS Alexander Neubacher
DEIN SPIEGEL Leitung: Detlef Hacke,
Bettina Stiebel. Redaktion: Antonia Bauer,
Claudia Beckshebe, Alexandra Schulz

CHEF VOM DIENST Anke Jensen,
Thomas Schäfer

Schlussredaktion: Gesine Block; Christian
Albrecht, Gertred Alfies, Ulrike Boßerhoff,
Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Bianca
Hunekuhl, Ursula Junger, Dörte Karsten,
Sylke Kruse, Katharina Lüken, Stefan
Moos, Reimer Nagel, Sandra Pietsch, Fred
Schlotterbeck, Sebastian Schulz

Produktion: Petra Thormann, Reinhard
Wilms; Kathrin Beyer, Michele Bruno,
Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Petra
Gronau, Ursula Overbeck, Britta Romberg,
Martina Treumann, Rebecca von Hoff,
Katrin Zabel

BILDREDAKTION Leitung: Michaela
Herold, Claudia Jeczawitz (stellv.); Tinka
Dietz, Sabine Döttling, Torsten Feldstein,
Thorsten Gerke, Andrea Huss, Elisabeth
Kolb, Petra Konopka, Matthias Krug,
Parvin Nazemi, Peer Peters, Anke Wellnitz
Mail: bildred@spiegel.de
SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth,
Tel. +1 917 3998184

GRAFIK UND MULTIMEDIA Leitung:
Jens Radü. Grafik-Team: Cornelia Baumer-
mann, Thomas Hammer; Ludger Bollen,
Max Heber, Anna-Lena Kornfeld, Ferdi-
nand Kuchlmayr, Gernot Matzke, Cornelia
Plauter, Michael Walter.
Multimedia-Team: Olaf Heuser, Alexander
Epp, Birgit Großekathöfer, Roman Höfner,
Marco Kasang, Bernhard Riedmann

LAYOUT Leitung: Jens Kuppi, Reinhilde
Wurst; Michael Abke, Lynn Dohrmann,
Claudia Franke, Bettina Fuhrmann,
Ralf Geilhufe, Kristian Heuer, Elsa
Hundertmark, Louise Jessen, Nils Küppers,
Annika Loebel, Leon Lotuschütz,
Sebastian Raulf, Florian Rauschenberger,
Barbara Rödiger

TITELBILD Leitung: Katja Kollmann,
Johannes Unselt (stellv.); Suze Barrett,
Iris Kuhlmann

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexanderufer 5, 10117 Berlin;
Deutsche Politik, Wirtschaft
Tel. 030 886688-100, Fax 886688-111;
Deutschland, Wissenschaft, Kultur,
Gesellschaft Tel. 030 886688-200,
Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4,
01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0,
Fax 26620-20

DÜSSELDORF Frank Dohmen,
Lukas Eberle, Felix Schmid, Jägerhof-
straße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel.
0211 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch,
Tim Bartz, An der Welle 5,
60322 Frankfurt am Main,
Tel. 069 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße
36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737,
Fax 9204449

MÜNCHEN Anna Clauß, Dinah Deckstein,
Jan Friedmann, Martin Hesse,
Rosental 10, 80331 München,
Tel. 089 4545950, Fax 45459525

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BANGALORE Laura Höflinger, 811,
10th A Main Road, Suite No. 114, 1st Floor,
Bangalore – 560 038

BOSTON Johann Grolle, 25 Gray Street,
02138 Cambridge, Massachusetts,
Tel. +1 857 9197115

BRÜSSEL Peter Müller,
rue Le Titien 28, 1000 Brüssel,
Tel. +32 2 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL Maximilian Popp,
Tel. +90 5413971567

KAPSTADT Bartholomäus Grill,
P. O. Box 15614, Vlaeberg 8018, Kapstadt,
Tel. +27 21 4261191

KIEW Luteranska wul. 3, kw. 63,
01001 Kiew, Tel. +38 050 3839135

LONDON Jörg Schindler,
26 Hanbury Street, London E1 6QR,
Tel. +44 203 4180610,
Fax +44 207 0929055

MADRID Apartado Postal Número 100 64,
28080 Madrid, Tel. +34 650652889

MOSKAU Christian Esch, Glasowskij
Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau,
Tel. +7 495 22849-61, Fax 22849-62

NEW YORK Philipp Oehmke, 10 E 40th
Street, Suite 3400, New York, NY 10016,
Tel. +1 212 2275833, Fax 3026258

PARIS Julia Amalia Heyer,
137 Rue Vieille du Temple, 75003 Paris,
Tel. +33 1 58625120, Fax 42960822

PEKING Bernhard Zand, P. O. Box 170,
Peking 100101, Tel. +86 10 65323541,
Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing,
Caixa Postal 56071, AC Urca,
22290-970 Rio de Janeiro-RJ,
Tel. +55 21 2275-1204

ROM Walter Mayr, Largo Chigi 9,
00187 Rom, Tel. +39 06 6797522,
Fax 6797768

SAN FRANCISCO Thomas Schulz,
1 Post Street, Suite 2750, San Francisco,
CA 94104, Tel. +1 212 2217583

TEL AVIV P. O. Box 8387,
Tel Aviv-Jaffa 61083

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Asagaya
Minami 2-31-15 B, Suganami-ku,
Tokio 166-0004, Tel. +81 3 6794 7828

Warschau P. O. Box 31,
ul. Waszyngtona 26, 03-912 Warschau,
Tel. +48 22 6179295

WASHINGTON Christoph Scheuermann,
1202 National Press Building, Washington,
D. C. 20045, Tel. +1 202 3475222,
Fax 3473194

DOKUMENTATION Leitung: Dr. Hauke
Janssen, Cordelia Freiwald (stellv.), Peter
Wahle (stellv.); Zahra Akhgari, Dr. Susmita
Arp, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke,
Johannes Eltzschig, Klaus Falkenberg,
Cathrin Fandja, Dr. André Geicke, Thorsten
Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg,
Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Kurt
Jansson, Stefanie Jockers, Michael Jürgens,
Tobias Kaiser, Renate Kemper-Guseck,
Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac,
Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann,
Wiesner, Rainer Lübbert, Sonja Maaß,
Nadine Markwald, Dr. Andreas Meyhoff,
Gerhard Minich, Cornelia Moormann,
Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber,
Claudia Niesen, Sandra Öfner, Dr. Vasilios
Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch,
Thomas Riedel, Andrea Sauerbier,
Maximilian Schäfer, Marko Scharlow,
Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-
Ahrens, Mario Schmidt, Andrea
Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler,
Meike Stapf, Rainer Staudhammer,
Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stöde,
Rainer Szymm, Dr. Marc Theodor, Andrea
Tholl, Nina Ulrich, Ursula Wamser, Peter
Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning
Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP,
dpa, Los Angeles Times / Washington Post,
New York Times, Reuters, sid

**SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN
GMBH & CO. KG**

Verantwortlich für Anzeigen:
André Pätzold

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 72
vom 1. Januar 2018
Mediaunterlagen und Tarife:
www.spiegel.media

Verantwortlich für Vertrieb:
Thomas Hass

Verantwortlich für Herstellung:
Silke Kasuba

Druck:
Stark Druck,
Pforzheim



MIX
Papier

FSC® C008208

VERLAGSLEITUNG Jesper Doub
GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966
Mail: leserbriefe@spiegel.de

Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch
gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und
Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen
folgende Wege zur Verfügung:
Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1,
20457 Hamburg
Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«
Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ
Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung,
wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine
PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können.
Der dazugehörende Fingerprint lautet:
6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Redaktioneller Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdruckrechte / Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken

Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit
schriftlicher Genehmigung des Verlags.
Für Deutschland, Österreich, Schweiz:
Mail: lizenzen@spiegel.de, Telefon: 040 3007-3540
Fax: 040 3007-2966
Für alle anderen Länder: The New York Times Syndicate
Mail: ilaria.parogni@nytimes.com, Telefon: +1 212 556-5118

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre
sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und
SPIEGEL WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel
versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt
werden.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn
www.spiegel-antiquariat.de Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audio Version, Deutsche
Blindenstudienanstalt e. V. Telefon: 06421 606265
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde
Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise

Inland: 52 Ausgaben € 249,60
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 171,60
Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland
Mengenpreise auf Anfrage.

Der digitale SPIEGEL: 52 Ausgaben € 213,20
(der Anteil für das E-Paper beträgt € 187,20)
Befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonentenservice Persönlich erreichbar
Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg –
oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL

- ☐ für € 4,80 pro gedruckte Ausgabe
☐ für € 4,10 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das
E-Paper beträgt € 3,60)
☐ für € 0,50 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper
beträgt € 0,49) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe. Der Bezug
ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar. Alle Preise inkl.
MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu den AGB und
meinem Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP18-003, SD18-006, SD18-008 (Upgrade)



INTERNET www.spiegel.de
REDAKTIONSBLOG spiegel.de/spiegelblog
TWITTER @derspiegel
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

DER SPIEGEL (USPS no 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known
Office of Publication: German Language Publications Inc, 153 S Dean St, Englewood NJ
07631, 1-855-457-6397. Periodicals postage is paid at Paramus NJ 07652. Postmaster:
Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood NJ 07631.

Nachrufe



VON DER BECKE / ULLSTEIN

Dieter Kunzelmann, 78

Er war eine der schillerndsten Figuren der Revolte von 1968. Dieter Kunzelmann, Sohn eines Bamberger Sparkassendirektors, schloss sich in München der Künstlergruppe Spur an, wegen Gotteslästerung wurde er strafrechtlich verfolgt. Kontakt mit Staatsanwälten sollte zu einer Konstante seines unruhigen Lebens werden. 1967 gründete er in West-Berlin mit Fritz Teufel und anderen die Kommune 1, Vorbild für viele Wohngemeinschaften jener Jahre. Nachdem sie mit Puddingbomben ein Attentat simulieren wollten, wurden die Bewohner festgenommen. Kunzelmann war ein begnadeter Selbstdarsteller und Provokateur: Anlässlich eines Staatsakts sprang er im Nachthemd aus einem Sarg, vor Journalisten klagte er über »Orgasmusschwierigkeiten«. Er gehörte zum »Zentralrat der umherschweifenden Haschrebellen«, einem mit Sinn für Ironie benannten linksradikalen Bündnis, später zu den Tupamaros West-Berlin, einer terroristischen Gruppierung. Eines ihrer Mitglieder legte am 9. November 1969 im Jüdischen Gemeindehaus in West-Berlin eine Brandbombe, die ein V-Mann des Verfassungsschutzes geliefert hatte. Sie richtete zum Glück keinen Schaden an. Kunzelmann propagierte die Solidarität mit den gegen Israel kämpfenden Palästinensern, er lästerte über den »Judenknax« der deutschen Linken, bestritt aber die Verantwortung für das unsägliche Attentat. Da er wegen verschiedener Anschläge im Gefängnis saß, konnte er sich Anfang der Siebzigerjahre nicht den Terroristen der Bewegung 2. Juni anschließen. Schon vor seiner endgültigen Freilassung strebte er 1975 ins West-Berliner Abgeordnetenhaus, scheiterte aber als Kandidat einer maoistischen Kleinpartei. 1983 zog er dann doch ins Parlament ein, für die Alternative Liste, die Vorgängerpartei der Grünen in West-Berlin. Als Abgeordneter brachte er die CDU-Fraktion zur Weißglut, später traktierte er den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen und dessen Dienstwagen mit Eiern. Den Antritt der Haft verzögerte er, indem er einen Suizid simulierte. In den letzten Jahren zog sich der selbst ernannte »Obermufti des Chaos« in seine Zwei-Zimmer-Hinterhofwohnung in Kreuzberg zurück. Interviews gab er nur noch gegen ordentliches Honorar. Dieter Kunzelmann starb am 14. Mai in Berlin. MBS

Margot Kidder, 69

Berühmt wurde sie als Flugbegleiterin. Die kanadische Schauspielerin verkörperte zwischen 1978 und 1987 in vier Filmen Lois Lane, die Freundin des Comic-Helden Superman, gespielt von Christopher Reeve. Wenn er vom Boden abhob, sauste sie an seiner Seite schon mal über die Wolkenkratzer von New York. Margot Kidder nutzte die Rolle als Chance, dem kraftstrotzenden, bisweilen etwas tumblenden Helden mit Schlagfertigkeit und Charme Paroli



KOBAL COLLECTION / FOTOFINDER

zu bieten. Was er an Muskeln hatte, hatte sie an Grips, eine gute Voraussetzung, um die Welt zu retten. Doch Kidder schaffte es nicht, sich von der Figur der Lois Lane zu befreien. Viele der Filme, die sie außerhalb der »Superman«-Reihe drehte, waren Misserfolge. Also übernahm sie Gastrollen in Fernsehproduktionen und stand häufiger auf der Bühne. Sie gehörte zu den politisch engagierten Schauspielern Hollywoods, setzte sich für das Ende des Vietnamkriegs ein, für Gleichberechtigung und Umweltschutz. Margot Kidder starb am 13. Mai in Livingston, Montana. LOB

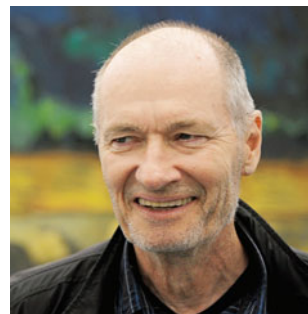
Karl-Ernst Herrmann, 81

Der russische Birkenwald, den er 1974 für Peter Steins Inszenierung der »Sommergäste« in die Berliner Schaubühne baute, war ein derart schöner Einfall, dass er ihn für Steins »Drei Schwestern« 1984 am selben Ort noch einmal variierte. Mit seinen oft wun-

derbar versponnenen Raumentwürfen für Regisseure wie Claus Peymann, Luc Bondy, George Tabori und Stein war Karl-Ernst Herrmann viele Jahre lang ein stilbildender Bühnenbildner des deutschsprachigen Theaters. »Manches Stück braucht Opulenz, manches nur einen Stuhl«, sagte Herrmann. Mit seinen filigranen Kunsträumen trug er zum Gelingen vieler Uraufführungen von Thomas Bernhard und Botho Strauß bei. Als Opernregisseur, oft gemeinsam mit seiner Frau Ursel, machte er von den Achtzigerjahren an eine spektakuläre Nebenbeikarriere an den großen Musiktheatern der Welt. Karl-Ernst Herrmann starb am 13. Mai in Berlin. HÖB

Per Kirkeby, 79

Lange wunderte er sich, weshalb er, der doch »ohne falsche Bescheidenheit« ein großer Maler und Bildhauer zu nennen sei, von der Kunstwelt übersehen werde. So sagte er es einmal dem SPIEGEL. Zwar luden schließlich auch die großen Museen den Dänen ein, darunter das Städel in Frankfurt und die Tate Modern in London. Aber seiner Meinung nach kam dieser Erfolg ein wenig spät. Per Kirkeby, promovierter Geologe, suchte seine Inspiration oft in der Natur. Auf seinen Gemälden ordnete er Farbschichten wie Sedimente an, alles wurde auf der Leinwand zur Schicht, auch Acker und Himmel. Seit einem Sturz vor drei Jahren konnte er nicht mehr malen. Per Kirkeby starb am 9. Mai in Kopenhagen. UK



FEDERICO GAMBARNI / DPA

Denkender Körper

● Derbe Sprüche über ihren Körper, kritische Blicke auf Fettröllchen, Falten, Dellen: Das ist für viele Schauspielerinnen Alltag. In einer Branche, in der Frauen dafür bezahlt werden, sich anschauen zu lassen, sind Schlankheits- und Schönheitsideale besonders wirkmächtig. Im Blog des Berliner Theatertreffens berichtet nun ein männlicher Theaterstar, dass es ihm nicht anders ergehe. Als er in den Beruf gestartet sei, sagt **Benny Claessens**, 36, habe es immer geheißen: »Dein Körper gehört nicht auf eine Bühne.« Später reagierten Zuschauer mitleidig, als er in einer Rolle mal seinen nackten Hintern zeigte. »Sie fanden mich zu dick.« Von einem wohlmeinenden Kritiker musste er sich als »poetisches Nilpferd« feiern lassen, als »gutmütiges Reittier«. Claessens sagt, für ihn werde die Zusammenarbeit mit heterosexuellen weißen Regisseuren immer schwieriger: »Am liebsten würde ich nur noch mit Frauen und Schwulen arbeiten.« Auch mit einigen Kollegen habe er Probleme: »Meiner Meinung nach sind 90 Prozent der Mitglieder eines Stadttheaterensembles keine denkenden Menschen. Kein Wunder, schließlich werden die hauptsächlich nach ihrer Optik ausgewählt.« TOB



Ein Koffer voller Geschichten

● »Sympathisanten – Unser Deutscher Herbst« heißt eine Dokumentation des Historikers Felix Moeller, die am 24. Mai in die Kinos kommt. Es ist ein persönlicher Film, eine Familiengeschichte. Moellers Mutter ist die Regisseurin **Margarethe von Trotta**, 76, die in den Siebzigern sogenannte politische Häftlinge besuchte. Die Fil-

memacherin (»Die bleierne Zeit«) engagierte sich in der Roten Hilfe, und einmal versteckte sie bei sich zu Hause einen Koffer, den ihr andere Linke übergeben hatten. Sie habe nie reingeschaut, behauptet sie im Film. Von Trotta galt als Sympathisantin der Terrorgruppe RAF, ebenso wie ihr damaliger Mann, der Regisseur Volker Schlöndorff. Der Staat sei an der Eskalation im Deutschen Herbst »in gewisser Weise« selbst schuld gewesen, findet sie. »Ohne

die Isolationshaft hätte es auch keine Sympathisanten gegeben. Darauf sind wir angesprungen.« Sie seien empört gewesen, »dass ein Staat, der sich als demokratischer Staat ausgibt, dann doch wieder Methoden anwendet, die eigentlich dem Nationalsozialismus zugesprochen werden konnten.« Im Rückblick wirft von Trotta sich vor, »dass ich nicht immer mit meinem eigenen Kopf gedacht habe«. Sie habe sich mitreißen lassen von Utopien und Ideologien. TOB

Showdown im Waschsalon

● **Veronica Ferres**, 52, wird in einem der ersten Spielfilme über die #MeToo-Debatte eine Hauptrolle übernehmen und einen übergriffigen Mann das Fürchten lehren. In dem Episodenfilm »Berlin, I Love You«, der seit dem vergangenen Jahr in der Hauptstadt gedreht wird und im November in die Kinos kommen soll, verkörpert die Schauspielerin eine Putzfee, die in einem Waschsalon



GERMAN SELECT / GETTY IMAGES

auf etwas andere Art für Sauberkeit sorgt. Zusammen mit drei weiteren Frauen knöpft sie sich einen Regisseur vor, der offenbar dem Hollywoodproduzenten Harvey Weinstein nachempfunden wurde – #MeToo als amüsante Rachegeschichte über Frauenpower. Der Film, an dem auch Stars wie Helen

Mirren, Keira Knightley, Mickey Rourke und Til Schweiger mitwirken, will Berlin als Metropole zeigen, in der sich die Debatten und Probleme unserer Zeit bündeln. LOB

Integration royal

● Die Rolle der Märchenprinzessin übernimmt 2018 eine Frau aus dem Land, das manchmal als das Mutterland der Demokratie bezeichnet wird: Die US-Amerikanerin **Meghan Markle**, 36, heiratet am 19. Mai den britischen Prinzen **Harry**, 33. Dass Markle Schauspielerin ist, geschieden, zudem afroamerikanische Vorfahren hat und dann auch noch mit einem Teil ihrer Familie verkracht ist, hat dazu geführt, dass sie in den Medien als Gegenfigur zu ihrer künftigen Schwägerin Kate aufgebaut wird – nicht nur wesentlich modischer, sondern aufgrund der gebrochenen Biografie auch viel zeitgemäßer als die allzu nobel wirkende Herzogin von Cambridge. Der Boulevard ist eben vergesslich: Als Kate Middleton, wie sie damals noch ganz bürgerlich hieß, 2011 Prinz William heiratete, machte man sich in der britischen

Upperclass noch darüber lustig, dass Kates Eltern einst beide als Flugbegleiter gearbeitet hatten. Längst vergessen! Heute wirkt Kate, als wäre sie direkt in den Hochadel hineingeboren worden und nicht in eine Familie von Kleinbürgern. Das Königshaus beherrscht eben die Kunst der Integration. Schon etliche Ausländer haben sich hier perfekt assimiliert. Prinz Philip zum Beispiel, geboren auf Korfu, Nachkomme eines hessischen Fürstenhauses, ist längst ebenso britisch wie die Queen. RED



TIM ROOKE / REX / SHUTTERSTOCK



UWE ANSPACH / DPA

Die Augenzeugin

»Die Gäste grölen mit«

Rund 740 000 Menschen in Deutschland sind mindestens 90 Jahre alt. Höchste Zeit, für diese Bevölkerungsgruppe eigene Freizeitangebote zu organisieren, findet Tanja Eichelbaum, 41, vom Sozialzentrum der Arbeiterwohlfahrt im südhessischen Bensheim.

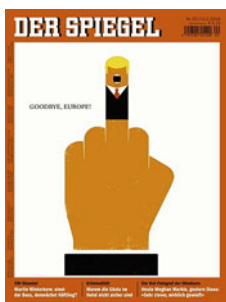


ERIC LANGERREINS

● »Die Idee für eine Ü-90-Party ist vor vier Jahren entstanden. Damals war Hessentag in Bensheim, ein großes Landesfest. Die Stadt ist auf uns zugekommen und hat gesagt, es gibt immer mehr 90-Jährige hier, warum versuchen wir es nicht mal mit einer Party? Keiner wusste, ob das funktionieren würde. Aber es ist ein Erfolg geworden, wir haben das seitdem jedes Jahr wieder gemacht. Viele ältere Leute fragen schon, ob sie auch kommen können, obwohl sie erst in ein oder zwei Jahren 90 werden. Aber da ist die Stadtverwaltung streng. Eingeladen wird nur, wer den 90. Geburtstag hinter sich hat – oder am Tag der Party 90 wird. Das hatten wir auch schon einmal, die Frau hat dann hier ihren Geburtstag groß gefeiert.

So eine Ü-90-Party muss man natürlich anders organisieren als eine Ü-30-Veranstaltung. In Bensheim leben 380 Bürger, die mindestens 90 sind. Die werden angeschrieben. 70 von ihnen haben dieses Jahr zugesagt. Eine Herausforderung ist schon der Fuhrpark, denn die meisten kommen mit einer Gehhilfe, einem Rollator oder im Rollstuhl. Da sind die Flure schnell zugeparkt.

Während der Party gibt es Livemusik. In diesem Jahr hatten wir die »Sorgenbrecher«, das sind zwei auch schon etwas betagtere Herren mit Akkordeon und Saxofon. Die machen ordentlich Stimmung mit Hits aus den Vierziger-, Fünfziger- und Sechzigerjahren. Da wird geklatscht und geschunkelt. Bei Volksliedern wie »Ein Jäger aus Kurpfalz« oder dem Udo-Jürgens-Schlager »Aber bitte mit Sahne« grölen die Partygäste mit. Erstaunlich, wie textsicher die sind. Getanzt wird nicht so viel, die meisten sind gesundheitlich dazu leider nicht mehr in der Lage. Aber manche stehen auf und bewegen sich zur Musik. Andere bleiben sitzen und freuen sich über den Kuchen und die Erdbeerbowle. Vor allem die Bowle mit Alkohol ist immer schnell weg. Aber es geht trotzdem gesittet zu bei den Partys. Die Gäste sind ja schon alle erwachsen.« Aufgezeichnet von Matthias Bartsch



»Auf die gegenwärtige US-Regierung ist kein Verlass mehr. Wenn die Stimme der Aufklärung und der Freiheit weiter Gewicht haben soll, ist eine starke und einige EU alternativlos.«

Dr. Walter Dallacker, Wolfenbüttel (Niedersachsen)

Ein Riss durch die Welt

Nr. 20/2018 Wie Trump die Welt gefährlicher macht und die Europäer demütigt

Dem Stinkefinger Trumps muss die Winkehand Europas entgegengehalten werden. Europa verabschiedet sich vom »großen Bruder«, wird selbstständig und endlich erwachsen. Ade, Amerika!

Harald Dupont, Ettringen (Rhld.-Pf.)

Am 12. Juni wird wohl erstmals ein Gipfeltreffen zwischen Donald Trump und Kim Jong Un in Singapur stattfinden. Allein deshalb wäre für mich folgendes Titelbild passender gewesen: nicht Mittelfinger von, sondern Daumen hoch für Trump.

Arnd Deterding, Hamburg

Der Riss verläuft nicht primär zwischen Europa und den USA, sondern quer durch fast alle Länder der westlichen Welt. Auch in Europa drücken diejenigen Trump die Daumen, die seine Rücksichtslosigkeit als Stärke preisen. Seine rigorosen Entscheidungen gegen alle Spielregeln sollen seine politischen Gegner bewusst brüskieren und schwächlich erscheinen lassen. Er baut dabei auf »lieb gewonnene« Abhängigkeiten und Verlustängste der Europäer. Nur wenn ihm Europa wirklich konsequent den Rücken zuwendet und ihm dadurch von seiner Bedeutung nimmt, wird sein destruktives Handeln in den USA mittelfristig zum Scheitern (durch Isolation) führen.

Winfried Burger, Ebensfeld (Bayern)

Vielen Dank für den wichtigen Artikel. Trump und sein Umfeld agieren derzeit wie die Kriegsherren im europäischen Mittelalter. Staatenbündnisse und Interessenausgleiche zum Erhalt des Friedens sind für sie hinderlich, wenn es gilt, gute Gelegenheiten für Drohungen gleichgültig gegen wen durchzudrücken, um eigene Vorteile zu gewinnen. So kann man Geschichte auch »nutzen«.

Dr. Lotte Herkommer, Ronnenberg (Nieders.)

Liebe SPIEGEL-Journalisten, aber auch alle anderen seriösen Kollegen der Zukunft: Bitte, bitte passen Sie Ihre Diktion nicht der platten Vorgabe an, die uns leider aus den USA entgegengewittert, und nennen Sie ein Abkommen weiterhin ein Abkommen und nicht einen Deal. So beginnt nämlich durch die Hintertür die schlechende

Unterwerfung unter ein Weltbild, das in Ihren Artikeln zu Recht bloßgestellt wird!

Monika Braun, Köln

Europa macht in dieser Zeit einen wirklich rat- und zahnlosen Eindruck. Großbritannien steigt aus, und Deutschland schafft es nicht, seine im Prinzip vorhandenen Pfundstärken politisch auf die Straße zu bringen. Deutschland macht in alter Manier Politik mit dem erhobenen moralischen Zeigefinger, ist großartig im Beschreiben der vielen Probleme auf dieser Welt, hat aber selbst – außer der traditionellen Scheckbuchdiplomatie – keinen Beitrag zur Lösung. Immer, wenn es in der Weltpolitik eng wird, erwartet man vom transatlantischen Partner eine Reaktion, auch militärischer Art, um sie dann, wenn sie erfolgt ist, wieder vehement zu kritisieren. So kann das Verhältnis zwischen Europa und den USA nicht mehr funktionieren.

Dr. Hubert Hofmann, Immenstaad (Bad.-Württ.)



Anti-Trump-Protest in Teheran

Cool down, SPIEGEL! Trump führt doch nur sein angekündigtes Programm aus; Kündigung des Pariser Klimaschutzabkommens, Kündigung des TTP, Immigrationeinschränkung, Erhebung von Importzöllen, Ausstieg aus dem Atomabkommen mit Iran, US-Botschaft in Jerusalem. Die USA befinden sich jetzt auf Kollisionskurs mit Europa. Kim Jong Un hat uns gezeigt, wie man auf Trump reagieren soll, Paroli bieten und aus einer Position der Stärke Trump zu einem Treffen einladen. Und das scheint zu funktionieren. Wie reagieren unsere wichtigsten europäischen Regierungschefs? Sie fliegen nach Washington; Macron spielt dort den Clown, und Merkel macht die Raute. Na dann gute Nacht, Europa.

Marcel Louis Bégoc, Ettlingen (Bad.-Württ.)

Könnte es sein, dass Trump mit dem Ausstieg aus dem Iran-Abkommen Herrn

Netanyahu einen Gefallen tun wollte, zu dem ja über Familie Kushner Beziehungen bestehen, genau wie mit der Aufwertung Jerusalems? Zumal das zu seiner Zwangsstörung passt, alles, was Obama an Positivem hinterlassen hat, zu zerstören.

Joachim Mandrysch, Bensheim (Hessen)

Trump ist nur auf Zerstörung ausgerichtet, auf Unterwerfung. Und Europa starrt auf die rücksichtslosen Alleingänge und hofft, mit Gesprächen eine Umkehr zu erreichen. Wollen die Politiker nicht sehen, dass der beratungsresistente Herr daran gar nicht interessiert ist? Entwickelt endlich selbst Pläne, um mit einer eigenen selbstständigen, vor allem geschlossenen Politik dagegenzuwirken. Europa, werde erwachsen!

Mertje Petersen, Minden (NRW)

Wir passen perfekt zusammen

Nr. 19/2018 Die Deutschen streiten, wie sie mit Russlands Putin umgehen sollen

Deutschland und Russland passen perfekt zusammen mit unserer gemeinsamen Kultur und der sich ergänzenden Wirtschaft. Durch unsere fatale Abhängigkeit von den USA und die gnadenlose Korruption und Unterdrückung in Russland kann diese Chance bisher leider nicht genutzt werden.

Dr. Frank Leschhorn, München

Das »wahre Russland« ist das Land Puschkins, Lermontows, Dostojewskis, das Land der großen Komponisten und Musiker von Glinka bis Schostakowitsch, das Land großer Malerinnen und Maler, bedeutender Regisseure, Tänzerinnen und Tänzer. Dieses »wahre Russland« ist nicht das Land Putins. Wir Deutschen sollten uns nicht als willfähige »Putin-Versteher« politisch verkaufen und moralisch prostituierten. Wir sollten vielmehr die vom Kreml drangsalierte und kriminalisierte russische Zivilgesellschaft unterstützen.

Prof. Dr. Dietrich Wörn, Tübingen

Eindämmung und Entspannung muss die Devise lauten! Nach allen Provokationen und Blockaden Russlands sind klare Worte von Heiko Maas voll berechtigt und verständlich. Appeasement wäre fehl am Platz. Ebenso wichtig aber ist weiterhin der Versuch, mit Moskau als weltpolitischen Player in konstruktivem Gespräch zu bleiben. Kuba 1962 darf sich nie wieder-

holen. Hart in der Sache (inklusive Beibehaltung der Sanktionen bei unveränderter Lage), aber etwas milder im Ton – allein mit dieser Strategie kann der Westen seine Glaubwürdigkeit behalten und stärken.

Dr. Hartmut Velbinger, Stuttgart



Gegenspieler Putin, Merkel

Vielen Dank für diese objektive Darstellung des Verhältnisses von Russen und Deutschen. Hier zeigt sich erneut der »neue« SPIEGEL, wie ich ihn mir wünsche. Seit 2004 haben meine Frau und ich dreimal in mehrmonatigen, selbst organisierten Wohnmobilreisen alle Regionen der ehemaligen Sowjetunion kennengelernt. Da wir recht brauchbar Russisch sprechen, kamen wir immer wieder in engen Kontakt zur Bevölkerung. Nirgendwo weltweit (gerade haben wir eine Weltumrundung beendet) trafen wir herzlichere, lebenswertere und hilfsbereitere Menschen als die Russen. Und ja, wir gehören zu den Putin-Verstehern. Wie hätte er eine Nato-Ukraine, die sich abzeichnete, zulassen können? Die Rüstungsausgaben der USA betragen etwa das Zehnfache derer Russlands. Um sie zu rechtfertigen, braucht es natürlich einen Feind. Da kommt Putin gerade recht.

Hans Gerd Scholz, Delbrück (NRW)

So läuft das

Nr. 19/2018 Übergriffe, Anzüglichkeiten, Machtmissbrauch: die Vorwürfe gegen den WDR-Fernsehfilmchef Gebhard Henke

Die Führung des WDR hat offenbar keinen Anstand und ist mit unqualifiziertem Personal besetzt. Ob sie jetzt Henke, Buhrow, Schönenborn oder Hassel heißen, man kennt sich, und man hilft sich. So läuft das beim WDR in Köln. Eine Selbstreinigung findet nicht mehr statt, darum müsste umgehend die gesamte Führungsspitze ausgetauscht werden. Das Ganze ist zudem ein Fall für die Staatsanwaltschaft.

Klaus Uhlworm, Münchenstein (Schweiz)

Realistisches Bild?

Nr. 19/2018 Warum die deutsche Angst vor Gewaltkriminalität so übertrieben ist

Bedroht fühle ich mich nicht, allerdings deutlich beunruhigt durch Meldungen beispielsweise über eine erhebliche Zunahme von Angriffen auf Lehrer und Helfer wie Ärzte, Sanitäter, Sozialarbeiter, Polizisten sowie über aggressives Mobbing unter

Schülern. Für mich sind das Signale für eine Verrohung der Gesellschaft, die nicht verharmlost werden sollten.

Dr. Brigitte Halewitsch, Köln

Ein gut recherchierter Artikel, doch wie geschrieben: Liefert die Polizeistatistik ein realistisches Bild der Sicherheitslage? Bei der gefühlten Gefahr spielt auch die Frage von de Maizières nach der Verrohung der Gesellschaft eine Rolle. Als Ärztin möchte ich nur auf die Meldung des Verbandes der niedergelassenen Ärzte hinweisen: Jeder vierte Arzt war schon einmal Opfer von Gewalt durch Patienten. Mancher Nachtdienst kann nur mit der Polizei bewältigt werden. Werden darüber Statistiken geführt? Allseits bekannt ist die Behinderung und Beschimpfung von Rettungssanitätern. Bekannt ist auch die Bedrohung von Lehrern. Bei der Prävention ist Bildung wichtig, ja, aber sollte die Erziehung der Kinder gleich welcher kulturellen Herkunft nicht auch Respekt vor berechtigten Autoritäten beinhalten? Nicht zu vergessen, dass wir ob unserer guten Sicherheitslage Ruheraum für die russische, italienische oder rumänische Mafia sind. Auch das bekommen Ärzte mal zu spüren, wenn die Behandlung nicht gefällt.

Sigrid Deussen, Bad Homburg (Hessen)

Die großartige Weltenuhr

Nr. 19/2018 Arabischer Atheist trifft intellektuelle Christin: SPIEGEL-Gespräch mit Sibylle Lewitscharoff und Najem Wali über das Kreuz und die Vollverschleierung

Ein multiperspektivischer Dialog auf hohem Niveau. Weiter so, SPIEGEL!

Dr. Veit Gruner, Heidenheim (Bad.-Württ.)

Frau Lewitscharoff stellt zu Recht fest: »Das Nichts entzieht sich dem Vorstellungsvermögen.« Schon die Antike hatte damit ihr Problem: »Ex nihilo nihil fit«. Unsere Denkkategorien kommen hier an ihre Grenzen. Aber wer hat diese großartige Weltenuhr aufgezogen? Wie kann aus dem Nichts ein Etwas werden? Dies nie zu erfahren ist für mich als Agnostiker das existenzielle Ärgernis.

Klaus Döhmer, Bochum

Das ist das Beste, was ich seit langer Zeit zum Thema Religion im SPIEGEL lesen durfte. Beide Autoren sprechen so viele Wahrheiten an, geben in ihrer Sachlichkeit so viel Stoff zum Nachdenken, dass man die selbst ernannten oder tatsächlichen politischen und religiösen Führer, Potentaten und Unruhe- und Kriegsstifter dieser Welt (ob im Orient oder Okzident) jeweils auf einem Stuhl festbinden und ihnen dieses Interview so lange vorlesen müsste, bis sie bekennen, etwas von dessen Inhalt und Wesen verstanden zu haben, und schwö-

ren, von ihrem bisherigen Tun abzulassen. Was den politischen Islam betrifft, ist zu bedauern, dass der SPIEGEL nicht nachhakte, als Herr Wali die kriegsrische und zerstörerische Rolle des von Saudi-Arabien ausgehenden Wahhabismus und der westlichen Verbündeten dieses Terrorstaates ansprach. Dazu sollten Sie mit Herrn Wali ein eigenes Interview führen. Der Mann kann als »ungläubiger« Araber dazu viel Aufklärishes leisten.

Dr. Dieter Weber, Oy-Mittelberg (Bayern)

Buch der Täter

Nr. 19/2018 »German Angst« – wie das Inferno des Dreißigjährigen Krieges die Deutschen prägte

Ich glaube, dass dieser fürchterliche Krieg doch nicht ganz aus dem Volksbewusstsein verschwunden ist. Meine Großmutter – ich bin 75 Jahre alt – hat mir in meiner Kindheit folgenden Spruch beigebracht: »Bet, Kind, bet/morgen kommt der Schwed'/morgen kommt der Ochsenstern/der wird dich das beten lehren.« Mit Ochsenstern ist offensichtlich der schwedische Reichskanzler Oxenstierna gemeint, der nach dem Tod König Gustav Adolfs die politische Führung übernommen hatte.

Gerhard Webert, Fulda (Hessen)



Designer Joop

Ich habe das Buch »Tyll« von Daniel Kehlmann gelesen und bin somit Herrn Kleinhubbert sehr dankbar, dass er in seinem Artikel »Weltenbrand« darauf hingewiesen hat, dass wir Menschen üblicherweise die Opfer vergessen und verdrängen und den Tätern und Henkern Denkmäler setzen. Das Buch der Geschichte ist eben ein Buch der Täter und nicht der Opfer. Es muss an unserer aktuellen Stimmung liegen, dass uns jetzt doch – nach 400 Jahren – die frühneuzeitliche Geschichte so unheimlich aktuell erscheint. Das erste Kapitel im Buch »Tyll« beschreibt die plötzliche Auslöschung eines Dorfes. Angesichts der Toten und Sterbenden, die unter religiösem Terror in letzter Minute beichten wollen, meint sein Tyll: Hast Du Angst vor der Hölle, dann stirb einfach nicht. Selten oder nie spürte ich beim Lesen eines Buches sowohl Spannung als auch einen beinahe physischen Schmerz.

Wolfgang Joop, Potsdam

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe (leserbriefe@spiegel.de) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter www.spiegel.de zu archivieren.



Hinweis in der Backnanger Bucht

Bildunterschrift in der »Heidenheimer Zeitung«: »Meghan und Harry stehen für ein moderndes Königshaus.«

Jugend- und Vogelschießen

Anzeige aus »Aktuell – Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Kirchen«

Auf Stuttgarter-Zeitung.de: »Er ist bekannt dafür, kein Wort vor den Mund zu nehmen: Karl Lagerfeld.«

Deutschland führt bei Fachkräftemangel

Aus der »Lebensmittel Zeitung«

»Blickpunkt St. Wendel« über das Aufstellen eines Maibaums: »Im Innenhof schmückten viele lachende Kinderaugen mit ihren Eltern liebevoll den Baum.«

Auto fährt gegen Zaun und flüchtet

Aus der »Plauener Zeitung«

Von einer Vermittlungsseite für freiwillige Arbeitseinsätze auf Bergbauernhöfen in den Alpen: »Zur Alm gelangt man nach Zurücklegen eines 3-stündigen Fußmarsches. Der Helfer kann dann dort nächtigen und auch erst tags darauf zum Hof zurückkehren. Man muss sich dann auf der Alm selbst kochen.«

NEU
im Handel



Online bestellen unter:
amazon.de/spiegel

Zitate

Bild.de zum SPIEGEL-Bericht »Mutter Teresa von der Weser« (Nr. 20/2018):

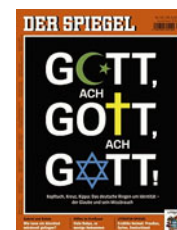
Der Skandal um nicht geprüfte Asylbewerber zieht immer weitere Kreise. Nun hat der frühere Chef des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Manfred Schmidt, nach »Bild«-Informationen ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt. Hintergrund ist offenbar der Skandal im Bremer Bamf, dessen Leiterin jahrelang Asylanträge ohne rechtmäßige Prüfung genehmigte. Schmidt war von 2010 bis 2015 Chef der Behörde. Obwohl es schon 2014 Hinweise auf Manipulationen bei Asylverfahren durch die Chefin des Bremer Amtes, Ulrike B., gab, soll die Bamf-Zentrale, der Schmidt vorstand, nicht reagiert haben. Laut SPIEGEL hatte der Leiter der Außenstellen Friedland und Oldenburg mehrere konkrete Fälle entdeckt, in denen die Bremer Behörde unrechtmäßig Asylanträge entschieden habe.

Michael Angele, Autor von »Schirmmacher«, einer Biografie des verstorbenen Herausgebers der »Frankfurter Allgemeinen«, in der »Welt« über Inspiration durch den Bericht »Verstörung beim Frühstücksei« (SPIEGEL reporter 12/1999):

»Juhu, ich bin der Karlsson, der allerbeste Karlsson der Welt.« Es ist nicht mehr zweifelsfrei zu rekonstruieren, wer Frank Schirmmacher auf den Spitznamen »Karlsson vom Dach« getauft hat. Vermutlich war es der Journalist Dirk Kurbjuweit, der seinem Sohn zufällig aus »Karlsson vom Dach« vorgelesen hatte, als er an einem Schirmmacher-Porträt arbeitete, das im Dezember 1999 im SPIEGEL reporter erschien. »Der ist doch wie Schirmmacher«, dachte Kurbjuweit und schrieb es hin.

Ehrung

Mit dem Titel »Gott, ach Gott, ach Gott! Kopftuch, Kreuz, Kippa« (Nr. 18/2018) gewinnt der SPIEGEL erneut den Zeitschriftenwettbewerb »Cover des Monats«. Juror Andreas Pauli, Chief Creative Officer von



Leo Burnett Deutschland: »Der SPIEGEL hatte einen Lauf. Drei starke Titelblätter hintereinander. Für mich das stärkste: Ach Gott! Die religiöse Zwickmühle simpel auf den Punkt gebracht.«

€ 100 zum Einkaufen für Sie!

LESEN SIE 1 JAHR DEN SPIEGEL DIGITAL, UND GEHEN SIE AUF EINKAUFSTOUR.



100€ Amazon.de Gutschein

Über eine Million Bücher sowie DVDs, Technikartikel und mehr zur Auswahl.



€ 100,- Prämie

Erfüllen Sie sich einen Wunsch:
€ 100,- als Prämie.

Ja, ich möchte den SPIEGEL digital lesen und wähle eine Prämie!

Ich lese 52 Ausgaben des SPIEGEL digital inklusive SPIEGEL DAILY für nur € 4,10 pro Ausgabe und erhalte eine Prämie meiner Wahl.



- ✓ 52x den SPIEGEL digital lesen
- ✓ Bereits ab freitags, 18 Uhr
- ✓ Auch offline lesbar
- ✓ Auf bis zu 5 Geräten
- ✓ Inklusive SPIEGEL-E-Books
- ✓ Wunschprämie dazu

Jetzt neu: ✓ Inklusive SPIEGEL DAILY
Die neue digitale Tageszeitung

Jetzt bestellen:  www.spiegel.de/digital18



seat.de/arona

Politik sagt gestalten. Wirtschaft sagt verkaufen. Ich sage leben.

**Der SEAT Arona
mit bis zu 2.000 €¹
Wechselprämie.**

Do your thing.

Warum alles machen wie die anderen?
Mit dem SEAT Arona kannst du deinen eigenen
Weg gehen. Der City-Crossover bietet alles,
was du dafür brauchst. Einzigartiges Design,
Full Link-Technologie² und Wireless Charger³
sorgen dabei für einen starken Auftritt.
Also: einsteigen und los.



SEAT CARE

**4 Jahre sorgenfrei unterwegs mit Garantie plus Inspektion & Verschleiß.
Ab 14,90 € im Monat.⁴ Mehr Infos auf www.seat.de.**

¹Die SEAT Deutschland GmbH, Max-Planck-Str. 3-5, 64331 Weiterstadt, gewährt ab dem 01.04.2018 bis zum 30.06.2018 eine Wechselprämie von bis zu 2.000 € beim Kauf eines neuen SEAT Arona und gleichzeitiger Inzahlungnahme eines Pkw, der nicht zu den Marken des VW Konzerns gehört und zum Zeitpunkt der Inzahlungnahme mindestens 6 Monate auf den Käufer des Neuwagens zugelassen war. Nur gültig für Privatkunden. Die Wechselprämie wird als Nachlass auf den Kaufpreis gewährt, ihre Höhe ist abhängig von der gewählten Variante des SEAT Arona. ²Optional für Style. Serie für XCELLENCE und FR. ³Optional ab Style. ⁴Ein Angebot der SEAT Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig. Alle Leistungen sind gebunden an die Vertragslaufzeit des Leasingvertrags bzw. Service-Management-Vertrags mit der SEAT Leasing. Bei Überschreiten der vereinbarten Gesamtfahrleistung entfällt der Leistungsanspruch des Kunden. Nicht für gewerbliche Leasingkunden, Sonderabnehmer und Großkunden. Der Angebotspreis ab 14,90 € (inkl. MwSt.)/Monat gilt für die SEAT Arona Modellreihe. Mehr Infos auf SEAT.de. Abbildung zeigt Sonderausstattung.